



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

84. Sitzung

6. Wahlperiode

Donnerstag, 11. Dezember 2014, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp,
Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt

	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	21
	Katharina Feike, SPD	23
	Stefan Köster, NPD	23
	B e s c h l u s s	26
Fragestunde		
– Drucksache 6/3530 –		3
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		3, 4, 8, 9
Minister Dr. Till Backhaus		3, 4, 5, 6, 7, 8
Stefan Köster, NPD		4, 5, 6
David Petereit, NPD		6, 7
Udo Pastörs, NPD		7, 10
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		8
Minister Christian Pegel		8, 9
Michael Andrejewski, NPD		9
Ministerin Uta-Maria Kuder		9, 10
Tino Müller, NPD		10
	Aussprache zum Thema gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT Innere Sicherheit stärken – Heimatschutz statt Islamisierung	27
	Stefan Köster, NPD	27
	Maika Friemann-Jennert, CDU	29
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Für sauberes Trinkwasser – Nitrat-Belastung im Grundwasser absenken und Vorgaben der EU-Nitrat-Richtlinie einhalten – Drucksache 6/3502 –	Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Ursachen für Strukturwandel bei den Handwerksberufen überprüfen – Handwerksnovelle aus 2004 evaluieren – Drucksache 6/3501 –	11
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		11, 24
Minister Dr. Till Backhaus		13, 18
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		18
Burkhard Lenz, CDU		19
	Wolfgang Waldmüller, CDU	33, 40
	Ministerin Uta-Maria Kuder	34
	Helmut Holter, DIE LINKE	35
	Jochen Schulte, SPD	36
	Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	38
	Udo Pastörs, NPD	39
	B e s c h l u s s	40

Antrag der Fraktion DIE LINKE Landkreis Vorpommern-Greifswald bei Altschulden und Altfehlbetragsumlage rechtsaufsichtlich kompetent und politisch verlässlich beraten – Drucksache 6/3496 –	40	B e s c h l u s s	82
Jeannine Rösler, DIE LINKE	40	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Gemeinschaftsstand des Landes auf der CeBIT 2015 sicherstellen – Drucksache 6/3504 –	82
Ministerin Uta-Maria Kuder	42	Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ...	82, 87
Heinz Müller, SPD	43	Minister Dr. Till Backhaus	84
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	45	Dietmar Eifler, CDU	85
Marc Reinhardt, CDU	47	Helmut Holter, DIE LINKE	85
Michael Andrejewski, NPD	49	Jochen Schulte, SPD	86
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	50	B e s c h l u s s	90, 91
Egbert Liskow, CDU	53		
Torsten Renz, CDU	54		
Peter Ritter, DIE LINKE	56		
B e s c h l u s s	56, 57, 112		
		Antrag der Fraktion der NPD Mobile Sondereinheiten zur Aufklärung der Ausländerkriminalität – Drucksache 6/3506 –	91
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Keine Energiewende ohne Kohleausstieg – Erneuerbare Energien und Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern und im Bund konsequent weiter voranbringen – Drucksache 6/3503 –	57	Tino Müller, NPD	91, 97
		Peter Ritter, DIE LINKE	95
		Udo Pastörs, NPD	98
		Stefan Köster, NPD	99
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ..	57, 70	B e s c h l u s s	100, 101, 113
Minister Christian Pegel	59		
Jürgen Seidel, CDU	62		
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	64	Antrag der Fraktion DIE LINKE Initiativen für ein Nationales Konversionsprogramm ergreifen – Drucksache 6/3498 –	101
Rudolf Borchert, SPD	66		
Udo Pastörs, NPD	69		
B e s c h l u s s	73		
		Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/3558 –	101
Aussprache zum Thema gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT Mecklenburg-Vorpommern: Abgetrennt vom Bahnverkehr!	73	Peter Ritter, DIE LINKE	101, 108
Stefan Köster, NPD	73, 75	Ministerin Uta-Maria Kuder	102
Jochen Schulte, SPD	74	Thomas Schwarz, SPD	103
		Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	104
		Wolfgang Waldmüller, CDU	105
		Stefan Köster, NPD	107
		B e s c h l u s s	110
Antrag der Fraktion DIE LINKE Warnschussarrest hinterfragen – Drucksache 6/3497 –	76		
Barbara Borchardt, DIE LINKE	76, 81	Nächste Sitzung Freitag, 12. Dezember 2014	111
Ministerin Uta-Maria Kuder	78		
Stefanie Drese, SPD	79		
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	79		
Andreas Texter, CDU	80		

Beginn: 9.03 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 84. Sitzung des Landtages. Ich stelle ...

Wenn die Zeitungsfrage geklärt ist, können wir dann mit der Sitzung beginnen?

(Jochen Schulte, SPD: Das hängt von der Präsidentin ab.)

Herr Schulte,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das ist ja frech, Herr Schulte.)

ich weise Sie darauf hin, dass weitere Bemerkungen in diese Richtung einen Ordnungsruf nach sich ziehen werden.

(Manfred Dachner, SPD: Richtig! Jawohl!)

Ich fange noch mal an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 84. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 6/3530 vor.

**Fragestunde
– Drucksache 6/3530 –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Frage 1** zu stellen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister! Meine Frage lautet:

1. Welche Planungen verfolgt die Landesregierung hinsichtlich der weiteren Nutzung des Hafens Darßer Ort?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Suhr! Die Zielrichtung, die wir verfolgen, ist, dass der Darßer Nothafen möglichst zügig geschlossen wird. Das ist klares Ziel, wie Sie wahrscheinlich auch aus den Medien vernommen haben. Ich bin wirklich ausdrücklich gern bereit – wenn Sie den Wunsch haben –, in die Fraktion zu kommen, um das Projekt vorzustellen.

Ich glaube, auch für die Landesregierung sprechen zu dürfen, dass wir mit der Alternative, die wir der Gemeindevertretung in Prerow und auch dem Amt jetzt vorgestellt haben, noch nie so weit waren in den letzten 25 Jahren wie heute. Ich wünsche mir sehr, dass wir eine sachliche und fundierte Diskussion führen. Ich habe das Alternativprojekt im Übrigen auch den Naturschutzverbänden vorgestellt.

Ich hoffe und wünsche mir, dass wir – am 26. Januar wird es die Bürgerversammlung in Prerow geben – eine sachlich fundierte Diskussion führen und dass wir dann auch im Februar – das ist die Zielstellung der Gemeinde, so hat man mir das jedenfalls gesagt in Anwesenheit des Wirtschaftsministers –, dass im Februar die Gemeindevertretung Prerow einen Beschluss fasst mit dem Ziel, dass man die Aktivitäten der Landesregierung zur Entwicklung eines kleinen angepassten Offshorehafens in Verlängerung der Seebrücke in Prerow auf den Weg bringen kann. Das bedeutet, dass mit Fertigstellung dieses neuen kleinen angepassten Offshorehafens in Verlängerung der Seebrücke Prerow der Nothafen Darßer Ort als Ersatz- und Ausgleichsmaßnahme fungieren soll und dann geschlossen wird.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darf ich eine Nachfrage stellen? (Zustimmung)

Wie beabsichtigt die Landesregierung denn vor dem Hintergrund, dass der Bürgermeister aus Prerow eine Bürgerbefragung angekündigt hat, mit einem etwaigen negativen Bürgervotum umzugehen?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich glaube – der neue Bürgermeister von Prerow ist wirklich über die Dinge informiert –, dass wir jetzt die Bürgerversammlung abwarten sollten. Ich bin auch der festen Überzeugung, dass es wichtig ist, dass dort all diejenigen, die an einer Lösung des Problems, wirklich an einer objektiven Lösung des Problems Interesse haben, dass die sich dort einbringen sollen und können. Ich agiere da sehr transparent und ich werde dort auch selbst die Vorstellung dieses Projektes vornehmen.

Ich betone noch mal, es wäre jetzt wichtig, auch vor dem Hintergrund 25 Jahre Kernzone Nationalpark, endlich eine Lösung zu finden. Auf jeden Fall ist für mich inhaltlich vollkommen klar – ich gehe davon aus, dass es für die Landesregierung und für alle Ressorts so ist, wie wir es besprochen haben –, dass dieser Darßer Nothafen in der Kernzone keine Lösung darstellt. Der muss geschlossen werden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Deswegen gehe ich davon aus, dass, wenn wir eine Landeslösung finden – auch das ist in der Frage integriert, es wird ja eine Lösung des Landes –, es ein Landeshafen wird. Das Land Mecklenburg-Vorpommern investiert, das Land Mecklenburg-Vorpommern betreut, sodass die Kosten und letzten Endes die Verantwortung für die Gemeinde wirklich sehr, sehr gering sind. Ich glaube, das haben die Gemeindevertreterinnen und -vertreter verstanden und jetzt wollen wir mal in Ruhe abwarten.

Der 26. Januar wird für mich einer der wichtigsten Termine des Jahres 2015 sein, um sachlich fundiert unsere Vorstellungen vorzutragen. Das, was zum Teil jetzt in den Medien dargestellt worden ist – das haben Sie angedeutet –, entspricht nicht dem, was wir besprochen haben. Im Übrigen habe ich heute Morgen auch noch mal mit der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, mit Herrn Fox, dem Vorstand und Geschäftsführer, gesprochen, der dieses Vorhaben, so, wie wir es vorgestellt haben, inhaltlich voll unterstützt und damit letzten Endes auch die Unterstützung vorhanden ist für diese alternative Lösung. Also das, was in den Zeitungen steht und was da zum Teil dargestellt wird, entspricht

nicht dem Stand der Diskussion, die wir vor Ort und auch mit den Fachleuten geführt haben.

Abschließend betone ich noch mal ausdrücklich: Wenn mir Herr Lamp oder Frau Cwielag, also die anerkannten Naturschutzverbände, erklären, dass sie uns, die Landesregierung, in dieser Frage voll unterstützen, dann muss ich schon sagen, kribbelt das bei mir im Rücken – so weit waren wir noch nie. Das hat auch eine Querverbindung zum Tourismus, zur Seenotrettung. Für die Fischerei und letzten Endes auch für die Infrastruktur dieses Landes ist das ein Meilenstein, wenn wir es endlich schaffen, dieses Problem zu lösen.

Ich hoffe – und wir erarbeiten das ja intensiv ressortübergreifend zusammen –, dass wir hier eine Lösung präsentieren werden, die eine Lösung für alle diese so wichtigen Bereiche ist. Und im Vordergrund steht für mich ganz klar die Seenotrettung. Wir haben, das wissen Sie auch sehr genau, mit der Kadettrinne die meistbefahrenste Schifffahrtslinie in Europa und auf der Welt. Wir brauchen hier eine Lösung und die Lösung, die andere versucht haben zu erarbeiten, die hat nicht funktioniert. Wir sind jetzt so weit, dass wir mit einer sehr fundierten Projektstudie vorlegen können und dass wir eine ernstzunehmende und auch umsetzungsfähige, sehr zügig umsetzungsfähige Lösung anbieten wollen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darf ich eine weitere Nachfrage stellen? (Zustimmung)

Welche Eingriffe, Herr Minister, sind denn für den Darßer Nothafen bis zum möglichen Fertigstellungszeitpunkt der von Ihnen gerade angesprochenen Lösung noch zu erwarten? Nach meiner Kenntnis ist 2019 ja ins Auge gefasst worden.

Minister Dr. Till Backhaus: Ich bitte auch da um Verständnis, wir sind am Anfang eines Projektes. Selbstverständlich wird es eine fachgerechte Planung geben müssen, die haben wir noch nicht. Wir haben jetzt eine Projektstudie und diese Studie deutet darauf hin, dass wir damit eine Lösung umsetzen können.

Mit dem Signal der Gemeinde werden wir innerhalb des Hauses, und zwar ressortübergreifend – das betone ich noch mal – die Planung in Auftrag geben mit dem Ziel eines Planfeststellungsverfahrens mit all den Fragen, die damit zusammenhängen: Ist es eine raumordnerische Notwendigkeit, eine Planung vorzunehmen? Muss es eine Umweltverträglichkeitsprüfung geben? Und, und, und – all die Fragen, die Sie jetzt mehr oder weniger wahrscheinlich im Hinterkopf haben. Ich bitte noch mal um Verständnis.

Wir haben eine sehr fundierte Zusammenarbeit im Rahmen einer Projektstudie mit einem sehr renommierten Unternehmen, das solche Projekte vergleichbarer Art auch schon in der Vergangenheit durchgeführt hat – Bornholm könnte man sich ja mal anschauen, ähnliche Lösung, die ist vergleichbar. Wir haben das visualisiert. Ich bin wirklich gern bereit – ich stecke im Detail, ich hoffe, Sie merken das –, ich bin bereit, das auch in den Fraktionen vorzustellen. Es gibt auch schon Absprachen mit anderen Fraktionen. Ich biete Ihnen das ausdrücklich an.

Auch mit dem Sach- und Fachverstand von Herrn Dr. Weichbrodt, der ist ja ein anerkannter Mitarbeiter unseres StALUs, der kommt aus dem StALU Rostock

und macht die Wasserwirtschaft dort, und wird sich ausschließlich nur um dieses Projekt kümmern mit dem Ziel, tatsächlich auch „25 Jahre Nationalpark“, „25 Jahre Deutsche Einheit“, „25 Jahre Lösung des Problems“ erarbeiten und auch begleiten. Der steht Ihnen zur Verfügung und ich persönlich auch.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD, die **Fragen 2 und 3** zu stellen.

Stefan Köster, NPD: Herr Minister!

2. Wie bewertet die Landesregierung die Aussage des Wissenschaftlers Dr. Jürgen Güntherschulze, wonach die vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz angeordnete Prophylaxe im Zusammenhang mit der Vogelgrippe am Kern des Problems vorbeilaufe und der Seuche mit der Stallpflicht nicht beizukommen ist?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Köster! Diese Aussage von einem Herrn Dr. Güntherschulze ist uns nicht bekannt. Der Frage nach geht es darum, die Gründe für den Nutzen der landesweiten Aufstallungspflicht zu erklären.

Ich betone hier noch mal: Nach dem Ausbruch der Geflügelpest – hoch pathogen, das heißt hoch ansteckend – mit dem Subtyp H5N8 am 5. November 2014 in einer Putenanlage im Landkreis Vorpommern-Greifswald erfolgte zunächst die Aufstallung in einem Radius von 50 Kilometern um den Ausbruchsbereich herum und in den festgelegten Risikogebieten. Das ist alles Vorsorge gewesen. Aber ich betone noch mal, wir haben es hier im Land mit einer hoch ansteckenden Seuche zu tun gehabt. Diese Maßnahme zum Schutz des Hausgeflügels und der Nutztierbestände war dadurch begründet, dass dieser Virustyp bisher nur in Asien vorgekommen ist und bekannt war und eine Einschleppung gegebenenfalls auch über Wildvögel nicht ausgeschlossen werden konnte.

Am 21. November 2014 wurde dann H5N8 bei einer im Landkreis Vorpommern-Rügen, also dem benachbarten Landkreis, erlegten Wildente nachgewiesen, die sehr eng mit dem Virus aus dem Mastputenbestand verwandt ist und damit auch hoch pathogen vorhanden war und ist. Zum Glück haben wir dieses Aufstallungsgebot vorgenommen. Wir wissen heute, dass in den Niederlanden, im Vereinigten Königreich, also in Großbritannien, und auch in Richtung Kanada eine sehr enge Verwandtschaft zu diesem Virus nachgewiesen worden ist. Dieser Nachweis zeigt im Übrigen, dass das Virus aktuell auch und insbesondere in der Wildvogelpopulation vorhanden ist. Dem dadurch gegebenen neuen epidemiologischen Situationsbericht wurde durch die Anordnung der landesweiten Aufstallung des Geflügels begegnet, um den Virusaustausch zwischen Nutztierbeständen und insbesondere der Vogelpopulation möglichst zu vermeiden.

In der aktuellen Risikobewertung hat das Friedrich-Loeffler-Institut – dies ist das europaweit existierende und anerkannte Referenzlabor der Europäischen Union – das Ansteckungsrisiko als „hoch“ bewertet. Das hat noch mal dazu geführt, dass wir diese Entscheidung getroffen haben.

Im Übrigen hatten wir 2006 eine vergleichbare Situation. Und was viele immer wieder verkennen, ist, dass es uns damals durch das Aufstallungsgebot und die Aufstallungspflicht gelungen ist zu verhindern, dass Nutztierbestände durch den Virus H5N1 betroffen waren. Insofern betone ich noch mal: Glauben Sie mir wirklich, alle in diesem Raum, die sich mit dem Thema befassen: Mir hat das auch keine Freude gemacht, die Einstellung vorzunehmen, und wir haben uns diese Entscheidung – noch mal ausdrücklich – nicht leicht gemacht. Im Interesse der Tiere, im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher, im Interesse des Tierschutzes und auch im Interesse der Wirtschaft haben wir diese Entscheidung getroffen und ich werde in Kürze – weil wir gestern aus dem Beobachtungsgebiet entlassen worden sind, damit gibt es in Mecklenburg-Vorpommern keine Restriktionen mehr –, ich werde wahrscheinlich am kommenden Montag, wenn wir mit den Fachleuten zusammengesessen haben, die Aufstallungspflicht lockern. Es gibt aber nach wie vor zurzeit die Aufstallungspflicht. Im Übrigen haben es andere Länder auch umgesetzt.

Stefan Köster, NPD: Eine Zusatzfrage, Herr Minister: Ist Ihrem Hause tatsächlich nicht der Artikel oder das umfangreiche Gespräch mit Herrn Dr. Güntherschulze, welches der „Nordkurier“ am 2. Dezember veröffentlicht hat, bekannt?

Minister Dr. Till Backhaus: Wenn Sie diesen Artikel meinen, natürlich sind uns diese Artikel bekannt. Aber Sie hatten ja die Frage anders gestellt, und zwar, ob es hier einen fachlichen – so habe ich Sie jedenfalls verstanden –, ob es einen fachlichen Beitrag gegeben hat. Dieser Artikel ist mir bekannt.

Ich habe Ihnen ja erläutert, es gibt jeden Tag viele, viele Anfragen. Zum Glück haben wir das Sorgentelefon eingerichtet, wir erklären den Menschen das. Und ich muss ausdrücklich betonen, ich bin den Tierhaltern sehr, sehr dankbar, dass man es verstanden hat, warum wir zu dieser Maßnahme gegriffen haben. Das ist nicht schön, aber im Interesse der Tiere, im Interesse der Verbraucher, im Interesse des Tierschutzes war es richtig und der Erfolg gibt uns recht. Wir haben zurzeit keinerlei Hinweise auf ein aktives Geschehen und darüber bin ich sehr froh.

Stefan Köster, NPD: Eine weitere Zusatzfrage: Vor dem Hintergrund der Stallpflicht, wie erklärt sich das Ministerium, dass bislang zumindest in Deutschland weder in der Freilandhaltung noch bei den Kleingeflügelhaltern dieses Virus aufgetaucht ist, sondern lediglich immer in Massentierhaltungsanlagen bei Tieren, die nicht das Tageslicht sehen beziehungsweise gar nicht in die Freiheit kommen?

Minister Dr. Till Backhaus: Dieses Problem als solches ist so umfassend und so komplex, und ich sage hier auch noch mal ausdrücklich, ich gebe nicht den Wildvögeln die Schuld, weil wir es epidemiologisch bis heute nicht eindeutig nachweisen konnten, sondern es geht um die Biosicherheitsmaßnahmen insgesamt. Und wer nicht untersucht – das ist auch die Begründung der Frage –, wer nicht untersucht, der wird auch nichts finden.

Wir haben mittlerweile über 1.000 Proben aus der Wildvogelpopulation gezogen und dabei eine Ente, die hoch pathogen, hoch ansteckend war, gefunden. Sie können mir glauben, ich weiß genau, was in den Niederlanden

los ist, die haben jetzt auch stärker in der Wildvogelpopulation gesucht und haben was gefunden. Und ich sage Ihnen heute schon, wir werden auch in Deutschland – weil die anderen Bundesländer jetzt angefangen haben, insbesondere unsere Nachbarländer, überhaupt in die Wildvogelpopulation hineinzuschauen –, ich sage Ihnen heute schon, ich wünsche den anderen Bundesländern wirklich, dass da nichts ist, aber die Befürchtung, dass es auch dort gewisse Probleme geben könnte, ist nicht auszuschließen.

Stefan Köster, NPD: Meine nächste Frage, Herr Minister!

3. Aus welchen konkreten Gründen wurden im Fall der Fütterung Hunderttausender Biohennen mit verunreinigter Nahrung laut Medienberichten die Vertriebsperre für mehr als eine Million Bioeier zu spät erhoben und somit die Bioeier zu spät aus dem Verkehr gezogen?

Minister Dr. Till Backhaus: Auch dieses Thema ist wirklich hochkomplex und die Fragestellung will ich insofern beantworten: Zum Glück existiert in Mecklenburg-Vorpommern eine strenge Futtermittel- und Lebensmittelüberwachung. Ich will an dieser Stelle mal sagen: Was unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den letzten Wochen und Monaten hier geleistet haben, ringt mir allergrößte Hochachtung ab. Das gilt auch für den Ökofachverein, der nämlich die Eigenkontrollen der Ökobetriebe durchführen muss. Der ist im Übrigen in großer Kritik gewesen in Mecklenburg-Vorpommern. Aber mittlerweile ist das behoben und ich glaube, man nimmt zur Kenntnis, dass das deutschlandweit eine Ökokontrollstelle ist, die ihrer Verantwortung vollumfänglich nachkommt.

Es ist so, am 20. November, am 20. November 2014, hat es die Mitteilung aus dem Ökofachverein Mecklenburg-Vorpommern gegeben, dass es eine Kontamination von einer Futterkomponente gegeben hat in einem Erzeugerbetrieb, der Ökoeier produziert. Die Sperrung des betroffenen Erzeugerbetriebes wurde umgehend am gleichen Tage vollzogen. Insofern ist die Aussage, die Sie hier treffen, nicht richtig.

Um die Ursache und den Umfang der Belastung bestimmen zu können, erfolgte dann einen Tag später, am 21., eine detaillierte Probennahme aller Einzelkomponenten eines Mischfutterwerkes in dem Erzeugerzusammenschluss Fürstenhof. Es galt unter anderem zu klären, welches Einzelfutter konkret belastet ist, in welcher Höhe dieses in die Futtermischung eingemischt worden ist und ob noch weitere Betriebe in und um dieses Gebiet herum beliefert worden sind.

Die Ergebnisse dazu – das ist ja auch eine schwierige Kontrolllage, das wurde dann deutlich – lagen am 28.11. vor und es ergab sich daraus, dass zwei Pflanzenschutzmittel, nämlich einmal ein Nikotinoid, also ein Beizmittel, um Sonnenblumenkerne praktisch vor bestimmten Einflüssen zu schützen, und ein Herbizid diese Probe belastet haben.

Am 28. November wurde ein befristetes Ökovermarktungsverbot verfügt wegen des Verdachtes, dass über den Erzeugerzusammenschluss gegebenenfalls in den Handel gelangte Eier belastet sein könnten. Und wenn Sie den 28. vor Augen haben, dann war das, glaube ich, ein Freitag, das heißt, sie haben dann wieder umfassende Proben gezogen und diese haben zu dem Ergeb-

nis geführt, dass im Übrigen diese Eier nicht belastet waren – ein Segen und ein Glück.

Wir haben dann noch mal Proben gezogen und daraus wurde deutlich, dass Mischfutter beziehungsweise Einzelkomponenten seit September – seit September, das wussten wir vorher nicht, uns ist das nicht gesagt worden –, seit September in den Betrieb geliefert worden sind, und zwar ein Sonnenblumenkuchen, der aus der Ukraine kommen soll, dann über Rotterdam wiederum quer durch Europa gehandelt worden ist.

Am 2. Dezember musste das Ökoverbot wieder aufgehoben werden, weil ausdrückliche Ergebnisse vorlagen. Wir haben, um das abzukürzen, angesichts der weiteren Erkenntnisse angenommen, dass belastetes Futter nur in der ersten Oktoberhälfte verfüttert worden ist. Das bedeutet, dass die letzten Pflanzenschutzmittelkontaminationen und -rückstände mehr als sechs Wochen zurücklagen. Sie wissen vielleicht, dass, wenn ein Ökobetrieb die Tiere sechs Wochen frei und ordnungsgemäß versorgt, die Anerkennung wieder erfolgen wird. Im Übrigen ist das ja auch ein Rechtsstreit, der hier läuft.

Nachdem wir zur Kenntnis genommen haben, dass diese Futtermittel von September bis November in verschiedenen Bereichen eingesetzt worden sind, ist am 4. Dezember das komplette Ökovermarktungsverbot verhängt worden, denn nun lagen die Ergebnisse weiterer Futtermittelproben vor, im Übrigen aus den rückstelligen Mustern, die wir gezogen haben, die vorher nicht beprobt waren. Auch diese wiesen wieder eine Überbelastung der Grenzwerte auf. Dies hat dazu geführt, dass der Biostatus ebenfalls aberkannt worden ist. Und ich bin sehr froh, dass das Verwaltungsgericht Schwerin dies am 06.12. auch so bestätigt hat.

Insofern gehe ich davon aus, dass wir hier eine solide Faktenbasis durch unsere Behörden erarbeitet haben und dieses Problem sauber abgearbeitet worden ist, und dieses nicht auf dem Fundament von Aktionismus, sondern aufgrund von Faktenlagen und von wissenschaftlichen Grundlagen abgearbeitet wird.

Ich bin sehr dankbar und froh, dass wir dies hier in Deutschland aufgedeckt haben. Ich will jetzt auch genau wissen – und das läuft seit Wochen –, wo die restlichen Futtermittel abgeblieben sind. Das ist eine Sendung von 4.000 Tonnen gewesen, Mecklenburg-Vorpommern hat 230 Tonnen bekommen. Das heißt, die Frage stellt sich, wo dieses Futter abgeblieben ist.

Stefan Köster, NPD: Herr Minister, da habe ich noch mal eine Nachfrage: Also es ist vollkommen aufgeklärt, welche Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern diesen verunreinigten Sonnenblumenkuchen bekommen haben oder Sonnenblumenpresskuchen?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, das wissen wir.

Stefan Köster, NPD: Und es sind dann auch entsprechende Maßnahmen vollzogen worden?

Minister Dr. Till Backhaus: Wir wissen, dass es nicht nur die Ökoeierbetriebe betrifft, sondern auch andere. Es sind noch Mutterkuhbetriebe, ein Mastschweinebetrieb, ein Biobetrieb plus zwei Betriebe in Brandenburg gesperrt und die Dinge sind aus der Sicht des Landes Mecklenburg-Vorpommern vollständig aufgeklärt.

Stefan Köster, NPD: Eine weitere Zusatzfrage: Ist es auszuschließen, dass Betriebe hier in Mecklenburg-Vorpommern über einen deutschen Zwischenhändler noch mit diesem Sonnenblumenpresskuchen beliefert worden sind?

Minister Dr. Till Backhaus: Davon gehe ich aus, denn das ist die entscheidende Aussage: Jeder Mischfutterbetrieb hat seine Eigenkontrollen zu führen. Wer das nicht macht, macht sich strafbar. Und ich gehe davon aus, dass alle Mischfutterbetriebe – die neun, die wir in Mecklenburg-Vorpommern haben – ihrer Verantwortung nachkommen. Wir haben das natürlich auch noch mal in dem Frühwarnsystem durchgestellt. Ich gehe davon aus, dass nur – und das ist auch bis jetzt so, es gibt keine anderen Erkenntnisse – diese beiden Mischfutterwerke Eldena und Fürstenhof dieses Futter bekommen haben, andere haben es nicht bekommen.

Stefan Köster, NPD: Danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bevor ich die **Frage 4** aufrufe, möchte ich den Antragsteller fragen, ob die Antworten des Ministers ausreichend waren, oder möchten Sie die Frage stellen? Es ist ja hier geschrieben worden, wenn die landesweite Stallpflicht bis zum ... aufgehoben wird, dann wollen Sie nicht.

(David Petereit, NPD: Ich möchte meine Frage stellen.)

Gut, dann rufe ich auf die **Frage 4** und den Abgeordneten David Petereit, Fraktion der NPD.

Bevor ich allerdings Ihre Frage zulasse, möchte ich noch mal darauf abstellen, dass Sie bereits gestern darauf hingewiesen worden sind, dass wir hier auf adäquate Kleidung Wert legen. Ich bin mir bewusst, dass es ein Grenzbereich ist. Da Sie aber ganz offensichtlich nicht bereit sind, sich diesen Hinweisen irgendwo anpassen zu wollen, behalte ich mir ausdrücklich vor, diese Frage – um dann eben die Abgrenzung ganz klar vorzunehmen – im nächsten Ältestenrat aufzurufen.

Jetzt können Sie Ihre Frage stellen.

David Petereit, NPD: Guten Morgen!

4. Unter welchen Umständen ist wann mit einer Aufhebung der landesweiten Stallpflicht für Geflügel zu rechnen?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich habe das ja eben schon ein bisschen angedeutet. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Fachleute zurzeit zusammensitzen, und ich betone noch mal, wir haben es hier mit einer hoch ansteckenden Seuche zu tun. Wer sich mit hoch pathogenen Keimen auseinandersetzt, der weiß, was das bedeuten kann.

Für mich ist entscheidend, es geht uns einzig und allein immer wieder darum, keine weiteren Ansteckungsgefahren in der Wildvogelpopulation zu bekommen und diese dann auch auszuschließen für Hausgeflügel und Nutztierbestände. Und letzten Endes geht es darum, dass wir ja auch die Menschen und die sonstigen Säugetiere davor schützen.

Auch in anderen Bundesländern werden die Monitoringuntersuchungen jetzt durchgeführt und insofern gehe ich

davon aus, dass wir in den nächsten Tagen zu einer Lockerung kommen werden. Aber ich bitte auch um Verständnis, wir haben ja die Risikogebiete in Mecklenburg-Vorpommern identifiziert seit vielen, vielen Jahren. Das sind also die Boddengewässer, das sind die großen Seen. Und wir nehmen zur Kenntnis, wer ein bisschen in die Natur hineinschaut und sich damit auseinandersetzt, der Vogelflug ist aufgrund der Witterungssituation, die wir haben, nicht abgeschlossen. Das heißt, wir werden auch nicht eine vollständige Aufhebung vornehmen.

David Petereit, NPD: Sie haben vorhin davon gesprochen, dass am Montag eventuell mit einer Lockerung zu rechnen ist. Wie würde die dann aussehen?

Minister Dr. Till Backhaus: Darüber reden wir zurzeit mit den Landkreisen, ich habe das ja schon mal gesagt, mit den Fachleuten. Es wird wahrscheinlich darauf hinauslaufen, dass wir in den Risikogebieten – noch mal, das sind die großen Seen, wo wir erhebliche Ansammlungen von Wildvogelarten haben, und es sind vor allen Dingen die Boddengewässer –, dass wir in den anliegenden Gebieten die Stallpflicht weiter aufrechterhalten müssen im Interesse des Tierschutzes, im Interesse der Tiere und im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher.

An dieser Stelle darf ich noch mit einflechten, sehr geehrte Frau Präsidentin, wenn ich darf, nur eine ganz kleine Information: Es ist ja durch den NDR berichtet worden, dass wir auf Flächen des Landes Mecklenburg-Vorpommern gegebenenfalls Reste von Lebensmitteln und Verpackungen gefunden haben. Ich bin hier und heute in der Lage, Ihnen noch mal zu sagen, die Aussage ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, einen Moment! So lange, bis die Frage beantwortet ist ...

(David Petereit, NPD:
Das ist nicht mehr meine Frage.
Das ist ein anderer Sachverhalt.)

Solange die Frage noch nicht beantwortet ...

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Also, Herr Petereit, Sie haben mir die Bewertung zu überlassen, wie lange Sie hier die Frage, die Beantwortung der Frage zu hören haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Pastörs, wir hatten gestern das Thema. Ich kann heute gleich nahtlos an das anknüpfen, was wir gestern am Ende der Tagesordnung hatten.

Herr Petereit, Ihnen erteile ich einen Ordnungsruf und erwarte, dass Sie sich jetzt wieder dort hinstellen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD –
David Petereit, NPD: Nein, das
ist nicht meine Frage.)

Dann erteile ich Ihnen einen zweiten Ordnungsruf und mache Sie darauf aufmerksam, dass ein weiterer Ordnungsruf die Wortentziehung für diese Sitzung bedeuten würde. Ich bitte Sie jetzt, sich die Beantwortung der Frage bis zu Ende anzuhören. Wir haben hier Regeln nach der Geschäftsordnung und der Minister beantwortet

Ihre Frage. Wie er sie beantwortet, das obliegt dem Minister.

(David Petereit, NPD: Nein,
das ist nicht mehr meine Frage.)

Da Sie ganz offensichtlich nicht bereit sind, meinen Anweisungen hier Folge zu leisten, erteile ich Ihnen den dritten Ordnungsruf. Damit haben Sie für diese Sitzung kein Rederecht mehr.

Herr Minister, ich weiß nicht, ob Sie noch weiter fortfahren wollen, da Sie ja eine Information sicherlich für alle Interessierten hier doch noch kundtun wollen, oder wie Sie jetzt mit der Situation umgehen wollen.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich setze fort, weil ich schon glaube, das könnte einen Zusammenhang geben. Wir sind da in der Abprüfung, ob hier gegebenenfalls Lebensmittel oder Rückstände von Biogasanlagen mit eine Ursache dieses Problems sein könnten. Und da ist ja gestern von Frau Dr. Schwenke angedeutet worden, dass es gegebenenfalls auch auf Flächen des Biosphärenreservates Schaalsee zum Ausbringen von solchen Rest- und Abfallstoffen gekommen sein könnte. Da darf ich hier und heute ausdrücklich betonen, auf den Flächen des Biosphärenreservates hat es kein Ausbringen von solchen Stoffen gegeben.

Ich werde das heute noch mal dem Vorsitzenden des Agrarausschusses mitteilen, sodass die Informationen umfassend an Sie gegeben werden, und damit wird das dann sicherlich auch in den Fraktionen zu bewerten sein. Aber ich betone noch mal: Von diesen Dingen geht zurzeit keine Gefahr aus und insbesondere auch, was das Biosphärenreservat anbetrifft, da passen die sehr genau auf. In und auf den Flächen des Biosphärenreservates ist es untersagt, solche Stoffe auszubringen. Das gilt im Übrigen auch für Klärschlamm, für Hühner trockenkot und für gentechnisch veränderte Organismen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Es gibt eine Nachfrage des Abgeordneten Pastörs. Stellen Sie Ihre Frage!

Udo Pastörs, NPD: Herr Minister, könnten Sie dem sogenannten Hohen Haus noch erklären, wie Verpackungsreste in Zusammenhang zu bringen sind mit der ursprünglichen Fragestellung der Geflügelpest?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, es hätte die Frage kommen können.

Udo Pastörs, NPD: Die ist aber nicht gekommen.

Minister Dr. Till Backhaus: Und ich glaube, es gibt ein Informationsinteresse, ob es gegebenenfalls auch noch andere Ursachen für das Auftreten von Problemen geben könnte. Deswegen war ich der Auffassung, weil das aktuell im politischen und auch im öffentlichen Raum steht, dass ich meiner Pflicht der Information nachkommen sollte.

Udo Pastörs, NPD: Ich bedanke mich bei Ihnen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz wird in Vertretung die Fragen beantworten. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Johannes

Saalfeld, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Fragen 5 und 6** zu stellen.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister!

5. Wie bewertet die Landesregierung die Entscheidung der Bundesregierung, die BAföG-Förderung erst im Herbst 2016 anzupassen, wodurch in den nächsten zwei Jahren bundesweit rund 60.000 und in Mecklenburg-Vorpommern rund 1.400 BAföG-Empfänger aus der Förderung fallen, weil die Freibeträge nicht angepasst werden?

Minister Dr. Till Backhaus: Herr Saalfeld, Sie müssen heute mit mir vorliebnehmen,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

weil der Bildungsminister ja auf der Ministerkonferenz ist. Und ich bitte um Verständnis, dass ich das auch so vortragen werde.

Durch die ab Herbst 2016 beabsichtigte Leistungsverbesserung wird die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz nachhaltig finanziell gesichert und bedarfsgerecht hier angepasst. Ich glaube, da sind wir uns einig. Durch die Erhöhung der Bedarfssätze und Einkommensfreibeträge um jeweils sieben Prozent und eine Steigerung der Freibeträge ab Herbst 2016 verbessert sich damit die Lage der Studierenden.

Die Frage des Zeitpunktes der Anpassung, das ist ja auch ein entscheidender Punkt aus Ihrer Frage, der Bedarfssätze und Freibeträge war Gegenstand von Beratungen der obersten Bundes- und Landesbehörden für die Ausbildungsförderung. Die Mehrheit der Länder – auch das Land Mecklenburg-Vorpommern – hatte den Bund gebeten, eine Anpassung bereits zum Sommer 2015 zu prüfen, das ist insofern nicht gelungen. Das Vorziehen aller Leistungsverbesserungen im Bundesausbildungsförderungsgesetz auf den 1. April 2015 und eine noch stärkere Erhöhung der Fördersätze der Freibeträge waren angesichts der übergeordneten Haushaltsplanungen nach Angaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung nicht umsetzbar. So kommt es insofern ab dem Herbst 2016 zu einer substanziellen Erhöhung der Förderleistung. Dies wird ungeachtet des Zeitpunktes durch die Landesregierung ausdrücklich unterstützt und begrüßt.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank.

Meine zweite Frage lautet:

6. Von wie vielen Betroffenen geht die Landesregierung aus?

Minister Dr. Till Backhaus: Ohne die Umsetzung des 25. Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes würde nach Angaben der Bundesregierung die jahresdurchschnittliche Anzahl der Geförderten im Jahr 2016 um rund drei Prozent gegenüber dem Jahr 2015 sinken. Dies würde rein rechnerisch für das Land Mecklenburg-Vorpommern insgesamt bei 11.800 durchschnittlich geförderten Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden – 2014 als Grundlage – einer Zahl von circa 350 Förderungsfällen entsprechen.

Hier muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass sowohl die tatsächliche Zahl der Geförderten als auch die Förderungsquote und noch mehrere Einflussfaktoren natürlich zu berücksichtigen und davon abhängig sind. Tatsächlich wird für das Jahr 2015 von einer etwa gleichbleibenden Förderzahl in Mecklenburg-Vorpommern ausgegangen.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Frage 7** zu stellen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Herr Minister! Meine Frage lautet:

7. Wie ist der Realisierungsstand für das Projekt „Darß-Bahn“ zwischen Barth und Zingst beziehungsweise Prerow?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender! Ich gehe davon aus, dass Ihre Frage nach dem Realisierungsstand der Darß-Bahn zwei Komponenten hat, nämlich sowohl die Frage einer politischen Entscheidung über diese Frage als auch das Planfeststellungsverfahren, das da eine sachlich rechtlich notwendige Voraussetzung ist.

Die Darß-Bahn erfordert neben nicht nur unerheblichen Investitionskosten ab der Betriebsaufnahme Mittel für den Betrieb aus dem Topf der Regionalisierungsmittel. Diese würde man benötigen, wenn sie errichtet würde. Diese werden aktuell mit dem Bund neu verhandelt. Das war in diesem Hohen Hause auch wiederholt Gegenstand von Diskussionen.

Vor dem Abschluss dieser Verhandlungen sind Aussagen zu künftigen Bestellungen und Verpflichtungen im Schienenpersonennahverkehr untunlich, weil bis dahin – offen eingestanden – im Nebel gestochert würde. Ich halte eine politische Entscheidung über das Ob schon vor diesem Hintergrund zum jetzigen Zeitpunkt für nicht seriös prognostizierbar, bin aber offen gestanden angesichts der bisherigen Verhandlungsentwicklung über die Regionalisierungsmittel mit den anderen Bundesländern und dem Bund eher skeptisch. Dabei ist nur die Frage der Betriebsmittel angesprochen worden. Die Frage nach Investitionsmitteln ist in diesem Punkt noch gar nicht unmittelbar berührt, geschweige denn beantwortet.

Zum Planfeststellungsverfahren, dem sachlich rechtlichen Teil, das das Land im Übrigen nicht durchführt, können wir sozusagen auch nur Dritte befragen. So hat die Usedomer Bäderbahn auf Anfrage mitgeteilt, dass das Planfeststellungsverfahren für den Festlandsteil bei optimalem Verlauf, das ist jetzt in die Zukunft hinein prognostiziert, im Laufe des Jahres 2015 abgeschlossen sein könnte, für den dann anschließenden Teil bis Zingst Mitte/Ende 2016 möglich scheint – mehr lässt sich zurzeit nicht seriös offenbar aus Sicht der UBB antworten – und bis Prerow frühestens im Jahr 2017 angenommen werden könnte.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eine Nachfrage: Sollten sich die Einschätzungen bewahrheiten, dass die Regionalisierungsmittel nicht mehr in der Größenordnung zur Verfügung stehen für Mecklenburg-Vorpommern, wie das bisher der Fall war, rückt dann nach Ihrer Einschätzung dieses Projekt in weite Ferne?

Minister Christian Pegel: Wenn sich tatsächlich, was zurzeit eine Prognose ist, die sich nicht anstellen lässt, deutliche Mittelveränderungen zum Nachteil von Mecklenburg-Vorpommern ergeben würden, dann wären wir in einer Situation, wo eine neue Schienenpersonennahverbindung nur zulasten einer bestehenden bisherigen gangbar wäre. Und das halte ich für in der Tat relativ schwer vermittelbar, weil die Strecken, die wir noch im Netz haben, durchaus ja an den jeweiligen Orten auch ihre Bedeutung haben. Dann müsste man im Zweifel aber auch in einem gemeinsamen politischen Prozess noch mal schauen, ob man in einem Entweder-oder-Prozess gemeinsam die Darß-Bahn in den Vordergrund rücken würde.

Ich glaube aber auch, dass man dann noch mal ernsthaft schauen muss, welche Effekte sich tatsächlich auf dem Darß erzielen lassen, denn der regelmäßig argumentativ herbeigeführte Ansatz des Vergleichs mit Usedom, wo es in der Tat einen hervorragenden Erfolg dadurch gibt, lässt sich auf den Darß nicht in gleicher Weise – nach meiner Überzeugung – übertragen. Sie werden eben auf dem Darß nicht den gesamten Darß erschließen, sondern allenfalls bis Prerow. Das macht einen erheblichen Anteil der Touristenströme aus. Aber auf Usedom ist ja der große Vorteil, dass aus den Bettenhochburgen, vor allem in den Kaiserbädern und Zinnowitz, jeder Gast auch mit dem Fahrrad losfahren kann und sicher weiß, an jedem Teil der Insel kann ich wieder einsteigen und zurückfahren.

Für durchaus attraktive Teile von Fischland-Darß-Zingst wäre das nicht in gleicher Weise gegeben, weil eben nur der östliche Teil erschlossen würde. Ich glaube, dass man da miteinander in einen politischen Prozess eintreten muss, denn das würde nur zulasten anderer Dinge gehen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank.

Minister Christian Pegel: Bitte.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales. Der Abgeordnete Henning Foerster, Fraktion DIE LINKE, hat darum gebeten, dass seine **Fragen 8 und 9** schriftlich beantwortet werden.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Inneres und Sport. Die Justizministerin wird in Vertretung die Fragen beantworten. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Michael Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Fragen 10 und 11** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Ministerin!

10. In welchem Ausmaß gab und gibt es zwischen der Landesregierung und dem Landkreis Vorpommern-Greifswald Streitigkeiten hinsichtlich der Übernahme der Kosten der Unterkunft für die Unterbringung von Asylbewerbern?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Herr Abgeordneter, zwischen der Landesregierung und dem Landkreis Vor-

pommern-Greifswald gab und gibt es diesbezüglich keine Streitigkeiten.

Michael Andrejewski, NPD: Nachfrage: Dann ist Ihnen also nichts bekannt von einer im Sozialausschuss des Kreistages Vorpommern-Greifswald aufgeworfenen Streitigkeit um 150.000 Euro?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Ich würde darum bitten, dass ich diese Nachfrage schriftlich beantworten kann, da der Innenminister jetzt nicht da ist.

Michael Andrejewski, NPD: Gut. Ja, danke.

Nächste Frage:

11. Inwieweit findet bei der Unterbringung von Asylbewerbern eine Trennung nach Religionsgemeinschaften statt?

Ministerin Uta-Maria Kuder: In der Erstaufnahmeeinrichtung in Horst erfolgt im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten eine nach Unterkunftsgebäuden getrennte Unterbringung von christlichen und muslimischen Flüchtlingen. Sollte die Belegung der Erstaufnahmeeinrichtung dieses Verfahren nicht mehr zulassen, wird seitens der Mitarbeiter der Betreibergesellschaft darauf geachtet, innerhalb eines Unterkunftsgebäudes möglichst eine flurweise Trennung der Religionen einzuhalten. Die Unterbringung von christlichen und muslimischen Flüchtlingen in einem Unterkunftsraum erfolgt grundsätzlich nicht.

Des Weiteren erfolgt in den Landkreisen Vorpommern-Rügen, Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parchim, Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern-Greifswald und im Landkreis Rostock in der Gemeinschaftsunterkunft Güstrow beziehungsweise in der Landeshauptstadt Schwerin im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten eine getrennte Unterbringung der Asylbewerber nach religiösen, ethnischen und sonstigen Gesichtspunkten.

Sowohl in der Hansestadt Rostock als auch in der Gemeinschaftsunterkunft in Bad Doberan des Landkreises Rostock erfolgt eine räumliche Trennung nur bei Bedarf. Von dort wird angegeben, dass eine getrennte Unterbringung von Menschen unterschiedlichen Glaubens nicht für notwendig oder sinnvoll erachtet wird.

Die Zuweisung der Flüchtlinge auf die Zimmer innerhalb der Gemeinschaftsunterkunft erfolgt grundsätzlich unter Berücksichtigung der persönlichen Interessen der Flüchtlinge und unter Einbeziehung von Aspekten des Konfliktmanagements. Personen, die sich nicht verstehen, sollen nach Möglichkeit nicht gemeinsam wohnen müssen. Jedoch wird nach der für alle in Deutschland lebenden Menschen geltenden Werteordnung des Grundgesetzes auch von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern Toleranz gegenüber anderen Religionen und Weltanschauungen eingefordert.

Michael Andrejewski, NPD: Das war die Antwort?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Ja.

Michael Andrejewski, NPD: Okay, vielen Dank.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Es gibt eine Zusatzfrage des Abgeordneten Herrn Pastörs. Bitte stellen Sie Ihre Frage!

Udo Pastörs, NPD: Frau Ministerin, guten Morgen! Meine Frage: Inwieweit sind Ihnen Zwischenfälle bekannt, die ihren Ursprung oder ihre Ursache haben in der Tatsache, dass es Spannungen zwischen religiös oder ethnisch unterschiedlichen Gruppierungen gibt?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Herr Abgeordneter, ich bitte, dass auch diese Frage schriftlich durch den Innenminister beantwortet werden kann.

Udo Pastörs, NPD: Gern.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte nun den Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, die **Fragen 12 und 13** zu stellen.

Tino Müller, NPD: Frau Ministerin!

12. Welche Erkenntnisse besitzt die Landesregierung über einen 28-jährigen Asylbewerber aus Mauretanien, der vor ungefähr zwei Wochen aus dem Asylheim Torgelow-Drögeheide nach Anklam verlegt wurde, weil er mehrfach straffällig geworden ist?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Herr Abgeordneter, der Asylbewerber steht nach polizeilichen Erkenntnissen im Verdacht, mehrere Straftaten begangen zu haben. Über laufende Verfahren werden im Übrigen aus Rechtsgründen keine Angaben gemacht.

Tino Müller, NPD: Wann ist mit einer Abschiebung zu rechnen?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Das kann ich jetzt nicht sagen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wenn das Verfahren abgeschlossen ist.)

Tino Müller, NPD: Meine zweite Frage:

13. Welche Erkenntnisse besitzt die Landesregierung über weitere ausländische Intensivtäter in Mecklenburg-Vorpommern, die aufgrund der Vielzahl von ihnen begangener Straftaten in eine andere Asylunterkunft verlegt wurden?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Im Landkreis Vorpommern-Rügen gab es einen Asylbewerber in der Gemeinschaftsunterkunft Stralsund, welcher nach einem Messerangriff auf die Betreuerin in eine andere Gemeinschaftsunterkunft verlegt wurde.

Tino Müller, NPD: Weitere Fälle gab es nicht?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Nach diesem Antwortentwurf, denke ich, ist das der einzige Fall gewesen.

Tino Müller, NPD: Danke.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Udo Pastörs, Fraktion der NPD, die **Fragen 14 und 15** zu stellen.

Udo Pastörs, NPD: Frau Ministerin!

14. Wie beurteilt die Landesregierung aus heutiger Sicht die Einführung der Doppik in den Kreisen

und Kommunen des Landes Mecklenburg-Vorpommern?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Herr Abgeordneter, die Einführung der kommunalen Doppik ist noch nicht abgeschlossen. Insoweit konnten die kommunalen Entscheidungsträger die durch die Doppik eröffneten wesentlich verbesserten Steuerungspotenziale mit deutlich verbesserten Erkenntnissen über die gesamte kommunale Vermögens-, Finanz- und Ertragslage noch nicht im möglichen Umfang ausnutzen. Allerdings ist es nur eine Frage der Zeit, bis diese verbesserte Steuerungsfunktion zum Tragen kommen wird. Die Instrumente der Doppik sind zudem nicht statisch, sondern werden evaluiert und weiterentwickelt. In der Gesamtschau beurteilt die Landesregierung die Einführung der kommunalen Doppik auf jeden Fall positiv.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Wann rechnen Sie damit, dass die zum Teil schon sehr stark überschrittenen Termine zur Einführung eingehalten werden können?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Herr Abgeordneter, auch da bitte ich, eine schriftliche Antwort geben zu können durch den Innenminister.

Udo Pastörs, NPD: Gern.

Nächste Frage:

15. Auf welche Summe beziffern sich die Einsparungen durch die Einführung der Doppik in den Kreisen und Kommunen des Landes Mecklenburg-Vorpommern?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Der Landesregierung liegen hierzu keine validen Angaben vor. Der Sinn der Doppik zielt jedoch auch nicht in erster Linie auf Einsparungen ab. Vielmehr erlaubt das System der Doppik gegenüber dem kamerale System wesentlich verbesserte Steuerungspotenziale mit deutlich verbesserten Erkenntnissen über die gesamte kommunale Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Daraus ergibt sich für die Kommunen die Möglichkeit, Investitionsentscheidungen auf der Grundlage von aussagekräftigen Zahlen zu treffen. Natürlich ist auch ein positiver finanzieller Effekt durch eine verbesserte Steuerung des Haushaltes, zum Beispiel durch eine höhere Kostentransparenz, verbesserte Outputorientierung oder die Steuerung über Zielvereinbarungen, zu erwarten.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Aufgrund der nun transparenteren Einschätzung der Abschreibungen wissen wir, dass da gewaltige Summen im Raum stehen. Wie stellt das Ministerium sich vor, dass diese gewaltigen Summen der Abschreibungen zukünftig finanziert werden können?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Auch hierzu bitte ich darum, dass eine schriftliche Antwort ergehen kann.

Udo Pastörs, NPD: Gern.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Da ich dem Abgeordneten David Peterreit, Fraktion der NPD, für die heutige Sitzung das Wort entzogen habe, wird die **Frage 16** schriftlich beantwortet. Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Die Fraktion der NPD hat eine Auszeit von 15 Minuten beantragt. Ich unterbreche die Sitzung bis 10.05 Uhr. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 9.50 Uhr

Wiederbeginn: 10.06 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und rufe den **Tagesordnungspunkt 14** auf: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Für sauberes Trinkwasser – Nitrat-Belastung im Grundwasser absenken und Vorgaben der EU-Nitrat-Richtlinie einhalten, Drucksache 6/3502.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Für sauberes Trinkwasser – Nitrat-Belastung
im Grundwasser absenken und Vorgaben
der EU-Nitrat-Richtlinie einhalten
– Drucksache 6/3502 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nitrat im Grundwasser, in unserer Trinkwasserressource, meine Damen und Herren, da schrillen die Alarmglocken

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau, genau.)

und das ist beileibe kein Übungsalarm.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Um was geht es hier? Es geht um einen Stoff, der die Pflanzen nährt und ergrünen lässt, der sich aber in unseren Körpern zu dem giftigen Nitrit umsetzen kann.

(Egbert Liskow, CDU: Kann!)

Ich zitiere hier einmal aus der Wochenzeitung „Zeit online“ vom 18. September 2014, die da titelt: „Das Wasser wird schlecht“. Das Zitat geht jetzt weiter: „Nitrat ist eigentlich ungiftig, kann aber im Magensaft zu Nitrit werden. Das wiederum kann bei Säuglingen dafür sorgen, dass weniger Sauerstoff im Blut transportiert wird und die Kleinen dadurch ersticken.“

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

„Im Körper Erwachsener droht Krebs. Zu diesem Risiko gibt es bisher zwar nur Tierstudien, trotzdem empfiehlt das Bundesinstitut für Risikobewertung, die Nitratzufuhr ‚so weit wie möglich‘ zu reduzieren.“ Zitatende.

Wir Bündnisgrünen-Fraktion wollten es einmal genau wissen, wie es mit der Nitratbelastung in unserem Bundesland aussieht, und haben dazu – Kollege Suhr und ich – eine Kleine Anfrage auf der Drucksache 6/2938 eingereicht. Man muss dazu wissen, 50 Milligramm Nitrat pro Liter sind der Grenzwert. Der Beantwortung unserer Kleinen Anfrage kann man dann entnehmen, dass an 48 Messstellen im Land dieser Grenzwert überschritten wird.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Aber nicht im Trinkwasser.)

An 35 Messstellen ist der Wert doppelt so hoch und einmal wird sogar das Zwölfwache des Grenzwertes gemessen, das sind 606 Milligramm pro Liter in dem Fall.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Auf die Fläche bezogen sieht es folgendermaßen aus: „In M-V sind ... 18 von 49 Grundwasserkörpern aufgrund von Nitrat und Ammonium in den schlechten Zustand eingestuft und der EU gemeldet worden.“ So Dr. Stephan Hannappel auf dem 18. Gewässersymposium im vergangenen Jahr. Er sagt weiterhin, dass „die Quelle des Eintrags also sicher die landwirtschaftliche Flächenbewirtschaftung ist.“

Schauen wir uns die Vorträge zu dem Thema in diesem Jahr an. Auch in diesem Jahr klingt die Bewertung unverändert. Herr Bacher und andere sagen am 30. Oktober 2014, Zitat: „Die Hälfte der Grundwasserkörper müssen ... wegen Überschreitung der Schwellenwerte für Nitrat und Ammonium in den schlechten chemischen Zustand eingestuft werden“, Zitatende. Konkret heißt das, in der industriellen Nutztierhaltung, also zum Beispiel in der Schweinemast, entsteht überschüssige Gülle, die dann auf unseren Feldern landet, leider aber auch immer mal zu Zeiten und in Mengen, die die Pflanzen nicht aufnehmen können.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Durch hochgedüngte Maismonokulturen und durch das Ausbringen von Gärresten auf den Pflanzenvergärungsanlagen kommt viel zu viel Nitrat auf die landwirtschaftliche Fläche und landet nach und nach auch im Grundwasser.

(Udo Pastörs, NPD: Ihr wollt doch die Biogasanlagen.)

Nachdem es in den letzten Jahren auch Hinweise für eine leichte Verbesserung in Sachen Nährstoffbelastung der Gewässer in Mecklenburg-Vorpommern gegeben hat, blinkt die Alarmlampe beim Nitrat nach wie vor rot, dunkelrot und tut das an vielen Orten mit steigender Frequenz, weil hier die Nitratwerte immer noch ansteigen. Und ja, es gibt einen Handlungsbedarf nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, die gesamte Bundesrepublik ist betroffen.

Die EU hat mit der Nitrat-Richtlinie die 50-Milligramm-Marke als noch tolerierbare Obergrenze definiert. Deutschland wird seit Längerem mit einer Klage bedroht, ihr wird eine Klage angekündigt. Sie wissen das wahrscheinlich, die Vertragsverletzungsklage der EU steht im Raum, steht in der Tür.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD:
Weihnachten steht auch vor der Tür.)

Wie sieht es jetzt aktuell im Dezember 2014 aus? Dazu können wir mal beim Umweltbundesamt hineinschauen. Die Kommission – die haben eine Kommission Landwirtschaft gegründet – sagte im September 2014, ich zitiere: „Die EU-Kommission kam jedoch ‚auf der Grundlage aller zur Verfügung gestellten Angaben‘ zu dem Schluss, dass die Verstöße gegen die Nitrat-Richtlinie mit den geplan-

ten Änderungen nicht ausreichend behoben würden. Sie richtete daher im Juli 2014 eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland wegen Nichterfüllung seiner Verpflichtungen aus Teilen der Nitrat-Richtlinie. Die EU-KOM ist der Ansicht, dass nicht nur die derzeit gültige DüV die Nitrat-Richtlinie nicht korrekt umsetzt, sondern dass auch die bisher von der Bundesregierung vorgestellten Verschärfungen nicht ausreichen, um ‚die durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen verursachte Gewässerverunreinigung zu verringern und weiterer Gewässerverunreinigung dieser Art vorzubeugen.‘ Deutschland hätte angesichts der bekannten unzureichenden Wirkung seines bisherigen Aktionsprogramms (also der DüV) ‚zusätzliche Maßnahmen und verstärkte Aktionen‘ treffen müssen.“ Zitatende.

Meine Damen und Herren, es gibt also von zwei Richtungen her gesehen einen Handlungsbedarf: erstens die tatsächliche Nitratbelastung in weiten Teilen von Mecklenburg-Vorpommern und das damit zusammenhängende Bedrohungspotenzial für uns alle, insbesondere für die Kleinsten von uns, zweitens die drohende EU-Vertragsstrafe in dreistelliger Millionenhöhe.

Doch was passiert im Agrarland Mecklenburg-Vorpommern? Das Problem wird beschaut, bestaunt, aber gegengesteuert wird nicht. Eine Kehrtwende in Sachen Überdüngung findet nicht statt.

(Minister Dr. Till Backhaus: Völliger Quatsch!)

Sie, Herr Backhaus, stehen quasi tatenlos vor einem Problem, dem sich recht leicht begegnen ließe, denn wenn ich weniger Nährstoffe in das System hineinbringe, kommt ganz einfach auch weniger im Bodenwasser und im Grundwasser an.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU:
Und das von der Verbotsparterie hier!)

Vorschläge zu einer wirksamen Nitratreduktion werden aus Ihrem Hause seit Jahren abgewehrt, selbst wenn sie direkt von der EU-Ebene kommen. Leider wurde eine im Begleitausschuss erarbeitete freiwillige Agrarumweltmaßnahme zur Nitratreduktion in der letzten Förderperiode von Ihrem Hause ausgebremst und kam nicht mal bis zur EU-Kommission zur Genehmigung. Ihr Dogma, Herr Backma..., Herr Backhaus,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Burkhard Lenz, CDU: Backhaus?!)

oder das Ihrer Berater ist doch,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

ist doch, eine weitere Ertragssteigerung muss her.

(Vincent Kokert, CDU: Das haben
Sie doch in Ihrer Rede gehabt.)

Vorgeblich Ihr Dogma, Herr Backhaus, oder das Ihrer Berater ist doch, eine weitere Ertragssteigerung muss her,

(Vincent Kokert, CDU: Den Minister als
Backhaus zu beschimpfen, Frechheit! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

vorgeblich, damit der Hunger der Welt gestillt werden kann, tatsächlich aber doch, um die Kassen klingeln zu lassen. Und für diese weitere Ertragssteigerung muss ordentlich gedüngt werden.

(Heiterkeit bei Burkhard Lenz, CDU: Ja, uns
soll es ja nicht so gehen wie den Dänen.)

Wer sich jedoch mit weiterhin hohen Düngegaben für Ertragssteigerungen einsetzt, die entstehenden Folgekosten aber auf die Gesellschaft abwälzt, handelt verantwortungslos.

(Vincent Kokert, CDU:
Herr Minister Backhaus – unglaublich!
Ich hätte dafür einen Ordnungsruf
gekriegt. Das weiß ich ganz genau.)

Es geht nicht nur um die Kosten der Trinkwasseraufbereitung, auch die drohende EU-Vertragsstrafe in dreistelliger Millionenhöhe wird aus den öffentlichen Haushalten bezahlt und damit aus den Steuerzahlungen zu begleichen sein. Auch wenn das Thema Grundwasserschutz durchaus gewisse Prozesse im Land in Gang gesetzt hat

(Minister Dr. Till Backhaus: Aha!)

und es seit Längerem ein Konzept – ich betone, ein Konzept – zur Reduktion der diffusen Nährstoffeinträge gibt und es auch eine verbesserte Düngeberatung gibt, so ist das bei Weitem nicht ausreichend.

Hier kommt der viel diskutierte Entwurf der Novelle der bundesweit geltenden Düngeverordnung ins Spiel. Diese Novelle ist der Dreh- und Angelpunkt, um die drohenden Strafzahlungen der EU aufzuhalten. Was wir bislang vom Entwurf der Novelle gesehen haben, macht deutlich, diese Novelle in ihrer jetzigen Form wird keinesfalls Entlastung bringen, um endlich beim Gewässerschutz die gesetzten und verpflichtenden Ziele zu erreichen. Sie greift viel zu kurz. Das sind auch die zentralen Botschaften des diesjährigen 19. Gewässersymposiums:

Erstens. Das Nitratproblem ist ein landesweites Problem. Es ist in der Fläche angekommen von Mecklenburg-Vorpommern.

Und zweitens. Die Novelle der Düngeverordnung wird in Mecklenburg-Vorpommern die Ziele des Gewässerschutzes nicht erfüllen können.

Was wäre also zu tun? Es gibt Beispiele, wo es schon besser läuft. Ein Beispiel kommt aus München. Ich zitiere mal die „Zeit“ vom 18. September 2014, Zitat: „Dort haben die Stadtwerke München sogar Flächen gekauft, um sie an Landwirte zu verpachten – mit der Auflage, die Gewässer dabei zu schonen.“

(Egbert Liskow, CDU:
Das gibt es doch gar nicht.)

„Auf diese Weise sei das größte, ökologisch bewirtschaftete Gebiet Deutschlands entstanden, so die Auskunft des Münchner Wasserversorgers. Er hilft den Bauern sogar bei der Vermarktung ihrer Produkte und organisiert Bauernmärkte in der eigenen Zentrale.“ Zitatende.

Oder das Beispiel Leipzig – auch hier wird im Trinkwassereinzugsgebiet ökologischer Landbau betrieben, mit

sehr positiven Ergebnissen. Die Leipziger sagen, die Kosten des ökologischen Landbaus liegen deutlich niedriger als die Kosten, die bei einer aufwendigen Wasseraufbereitung anfallen würden. Auch Mecklenburg-Vorpommern könnte auf seinen knapp 90.000 Hektar landeseigenen Flächen bei jeder neuen Flächenvergabe entsprechende Vorgaben in die Pachtverträge hineinschreiben.

Wir Bündnisgrüne sehen insgesamt folgende Handlungsansätze: Auf Bundesebene regen wir an, dass es eine Abgabe braucht auf mineralische Düngemittel

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

in Form einer Besteuerung der Nähstoffüberschüsse,

(Egbert Liskow, CDU:
Ja, das ist die Verbotspartei.)

wie es unter anderem vom Sachverständigenrat für Umweltfragen seit Jahren empfohlen wird.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Hier sollten Mineraldünger, Klärschlämme, Gärreste und zugekaufte Futtermittel in einer Hoftorbilanz berücksichtigt werden. Zu überdenken ist in diesem Zusammenhang aber auch die Variante einer pauschalen Besteuerung, um den Verwaltungsaufwand gering zu halten, der bei der ersten Variante stattfinden würde.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU: Und was ist mit generellem Tempolimit auf Äckern?)

Zu diesen Konzepten existiert ein aktuelles Rechtsgutachten des UFZ. Auf Landesebene brauchen wir regionalisierte Beschränkungen der vertretbaren N-Überschüsse, die sich an den bekannten Kapazitätsgrenzen orientieren und in weiten Teilen deutlich unter den derzeitigen 60 Kilogramm Stickstoff pro Hektar und Jahr liegen, nämlich um die 45 bis 50. Wir brauchen verpflichtend ökologischen Landbau in den Trinkwasserschutzgebieten, zunächst wenigstens auf den Landesflächen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Einen Schritt weiter sind wir seit wenigen Tagen mit der Forderung vom Bund, die Möglichkeit zu erhalten, in den Gebieten mit belastetem Grundwasser strengere Anforderungen ausweisen zu können.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Noch einen Satz: Mit der in Aussicht gestellten Länderöffnungsklausel für die Düngeverordnung kann das nun möglich werden.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das war jetzt ein Satz, Frau Dr. Karlowski.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Wollen Sie unser Ministermäuschen
gar nicht mehr reden lassen?!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU:
Er hat doch jetzt einen anderen Namen. –
Vincent Kokert, CDU: Du hast doch
jetzt deinen Namen gewechselt.)

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Also ich nehme das Thema schon sehr ernst, denn Wasser,

(Vincent Kokert, CDU: Fällt
nach der Rede aber schwer.)

Wasser ist Leben. Das habe ich immer wieder hier betont. Wasser ist das wichtigste Lebensmittel auf dieser Erde und Wasser hat ein langes Gedächtnis.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Frau Karlowski, wenn ich nicht wüsste, dass Sie es wissen, würde ich Ihnen das eine oder andere auch heute noch mal als Lektüre empfehlen,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber eins ist klar, man kann sich hier nicht hinstellen und sagen, die Landwirtschaft ist an allem schuld, sondern wenn man realistisch mit dem Thema umgeht, dann wissen wir, dass die Einträge, die heute im Grundwasser sich wiederfinden – im Übrigen nicht nur Nitrat, sondern auch Phosphor oder Medikamente –, aus der Humanmedizin stammen aus den letzten 40, 50, 60 Jahren.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Und wenn man das ganz nüchtern betrachtet, dann muss es ja einen Hinweis gegeben haben, jetzt solche Themen hochzufahren innerhalb der GRÜNEN, um die Kompetenz im Bereich der Landwirtschaft möglichst zu gewinnen,

(Egbert Liskow, CDU:
Na, die haben sie doch nicht.)

weil ihnen die anderen Themen verloren gegangen sind.

Und deswegen ist mir das Thema viel zu ernst, als dass ich das hier so einfach abtue. Aber wenn Sie sich bitte sachlich, fachlich damit auseinandersetzen, vor Weihnachten,

(Vincent Kokert, CDU: Na, das
sehen wir ja, was dabei rauskommt.)

vor Weihnachten waren wir es und ich persönlich – wenn ich mir das Grundwasser in Mecklenburg-Vorpommern anschau –, die das Thema zur Chefsache gemacht haben. Und wenn wir uns die verschiedenen Kategorien in Europa anschauen, nämlich wie das Grundwasser in seine Bestandteile, wenn man es so will, zerlegt wird, Frau Karlowski, dann bitte ich Sie ausdrücklich, das

Thema Grundwasser aufzunehmen, das Thema Rohwasser, das Thema Reinwasser und das Thema Trinkwasser. In diesen verschiedenen Kategorien müssen wir uns weiter auseinandersetzen, und zwar in der Sache. Dazu bin ich auch bereit. Ich sage hier und heute noch mal: In Mecklenburg-Vorpommern wird Trinkwasser in allerhöchster Qualität angeboten.

(Beifall Heinz Müller, SPD –
Beifall Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Die Europäische Richtlinie zur Trinkwasserverordnung wird vollumfänglich in Mecklenburg-Vorpommern gewährleistet.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Darum geht es aber jetzt
heute nicht. – Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mecklenburg-Vorpommern hat mit die größten und wertvollsten Grundwasserressourcen, die es in Deutschland und weltweit gibt.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wissen wir heute. Wir sind die ersten in Deutschland, auch das hätten Sie einflechten müssen, die eine Grundwasserbestandsaufnahme vorgenommen haben. Ich bin gespannt, was Ihre Kollegen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen uns dazu irgendwann vorlegen werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Thüringen, Thüringen! –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ja, und wenn ich mir anschau, auch das sagte ich vor Weihnachten der geschätzten Öffentlichkeit, wenn wir in Deutschland jeden Tag in Mecklenburg-Vorpommern 7,7 – runde Zahl – Millionen Kubikmeter Grundwasser zur Verfügung haben und davon ganze neun Prozent für Trinkwasser- oder Brauchwasserzwecke nutzen, dann wird deutlich, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern in allerhöchster Qualität in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium dieses Trinkwasser zur Verfügung stellen. Und ich kann an dieser Stelle auch nur noch mal ausdrücklich sagen, die Trinkwasserbeschaffungsverbände, die Stadtwerke sind verpflichtet, nur Trinkwasser abzugeben, das dieser Qualität der Trinkwasserverordnung entspricht, anzubieten und in den Verkehr zu bringen. Alles andere, was Sie tun, hier den Teufel an die Wand zu malen und so zu tun, als würde man in Mecklenburg-Vorpommern der allgemeinen Bevölkerung Trinkwasser anbieten, was über den Grenzwert zur Verfügung gestellt wird, stimmt nicht, ist nicht wahr.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das haben wir nicht gesagt.)

Haben Sie nicht gesagt, aber Sie erwecken den Eindruck,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, Sie erwecken jetzt den Eindruck,
dass wir das gesagt haben,
Herr Minister. Das ist der Punkt. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und deswegen muss man sich damit sachlich auseinandersetzen.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, dann müssen Sie besser zuhören. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich betone noch mal, von den Grundwasserressourcen, die wir anbieten, die deutlich unter diesem Schwellenwert liegen, das haben wir auch in den Kleinen Anfragen angedeutet und Ihnen zur Verfügung gestellt, nutzen wir ganze neun Prozent. Aber dieser Schatz der Grundwasserbestände und vor allen Dingen auch der Oberflächenwasserkategorien in Mecklenburg-Vorpommern muss bewertet werden und muss im Fokus der allgemeinen Öffentlichkeit bleiben.

Und, meine Damen und Herren, an dieser Stelle sei mir auch gestattet, es wird immer wieder die Landwirtschaft und die sogenannte industrielle Massentierhaltung dafür herangezogen. Bei allem Wohlwollen, ich bin gespannt, wie sich die GRÜNEN-Ministerinnen und -Minister jetzt in den nächsten Tagen verhalten werden. Und ich bitte Sie sehr – ich habe den Antrag eingebracht –, dass für die Jauche-, Gülle- und Sickersaftanlagen und damit für die Gärreste aus den Biogasanlagen die gleichen Maßstäbe nach der Nitratverordnung,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Da sind wir uns doch einig. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ja, ich will das auch nur andeuten, dass wir diese Maßstäbe haben, ob Kleinbetrieb oder Großbetrieb oder Kleingärtner oder Häuslebauer oder Stadtwerke, die gleichen Kategorien gelten.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Und welche sind das?)

Wenn – Sie deuteten es ja schon an – es jetzt Länderöffnungsklauseln geben soll, dass kleinere Anlagen, 500-Tonnen-Anlagen in diese Überprüfung nicht mit aufgenommen werden, dass die auch eine Dichtheitskontrolle zu machen haben, damit da eben nicht die Gefahr besteht, dass aus der Jauche oder aus den Anlagen irgendwelche Reste im Grundwasser landen, dann werde ich das nicht mittragen. Ich bitte Sie ausdrücklich darum, uns dabei zu unterstützen. Es gibt eine Bundesratsmehrheit, die ist beschlossen, und hier soll jetzt zurückgerudert werden. Ich halte nichts davon.

(Egbert Liskow, CDU:
Das sind die GRÜNEN.)

Ja, ja.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, da würde ich ja mal eher an die
SPD-Kollegen appellieren.)

Nein, nein, das sind Ihre Kollegen, die das aufweichen wollen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da weiß ich mehr. Ich bitte hier um Verständnis und ich nehme zur Kenntnis im Übrigen, dass Herrn Meyer im

Moorschutz auch der Wind entgegenweht, dass er da zurückrudert in Niedersachsen.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Das kennen wir ja.)

Also man muss da sachlich in der Sache bleiben. Wir sind uns, was den Grundwasserschutz, was den Oberflächenwasserschutz anbetrifft, dass wir mehr tun müssen, einig. Und ich erwarte im Übrigen auch, dass jetzt endlich, endlich durch die Bundesregierung der abgestimmte Entwurf der Nitrat-Richtlinie vorgelegt wird

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Der Düngeverordnung.)

und gleichzeitig beides. Es geht einmal um die Umsetzung der Nitrat-Richtlinie, wie Sie hoffentlich wissen, und es geht dabei auch um die Frage der Düngeverordnung für das Land Mecklenburg-Vorpommern, für Deutschland, für Europa. Das Trinkwasser in Mecklenburg-Vorpommern kann gefahrenlos genutzt und zu sich genommen werden, in allerbesten Qualität, da die öffentlichen Versorgungsunternehmen gesetzlich dazu verpflichtet sind, nur Trinkwasser abzugeben, das den Anforderungen der Trinkwasserverordnung aus dem Jahr 2001 entspricht.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Davon gehen wir aus. Nichts
anderes sagen wir.)

Sie haben hier einen anderen Eindruck erweckt.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Trinkwasserversorgung legt die Vorgaben zur Beschaffenheit des Trinkwassers,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber es rechtfertigt doch nicht die
Belastungen im Grundwasser.)

zur Aufbereitung und zu den Pflichten der Versorgungsunternehmen und der Überwachungsbehörden fest. Das ist eindeutig geregelt und das wird in Mecklenburg-Vorpommern auch gewährleistet. Das bedeutet, dass die Grenzwerte nicht überschritten werden dürfen, Punkt, und was anderes findet in Mecklenburg-Vorpommern nicht statt. Sie bieten im Übrigen allen Bevölkerungsgruppen, Säuglinge eingeschlossen, die an die zentrale Wasserversorgung angeschlossen sind, gesundheitliche Sicherheit vor möglichen Schädigungen, die Sie auch angedeutet haben. Die gibt es in Mecklenburg-Vorpommern nicht. Gucken Sie da in andere Regionen, wo heute empfohlen wird, eben Trinkwasser nicht aus dem öffentlichen Netz zu nutzen in Europa! In Mecklenburg-Vorpommern ist das ausdrücklich nicht der Fall. Man kann hier ohne Gefahr dieses Trinkwasser nutzen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sie kommen immer mit
den gleichen Argumenten. Das haben
Sie vor zwei Jahren schon genauso
argumentiert und dennoch werden
die Nitratwerte immer weiter steigen.)

Bitte unterstützen Sie uns da auch und versuchen Sie hier nicht Dinge in den Raum zu stellen, die so nicht eintreten werden!

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen sind Sie es ja nicht allein, auch innerhalb der Presse hat es da Hinweise gegeben, wo man wirklich versuchen muss, sich mit dem Thema inhaltlich auseinanderzusetzen.

(Egbert Liskow, CDU:
Das wollen die doch nicht.)

Vom Grundwasser bis zum Trinkwasser sind es mehrere Schritte,

(Burkhard Lenz, CDU: Ja. –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das wissen wir. Die Aufbereitung und letzten Endes dann das, was im und am Hahn herauskommt, darum geht es, und das gewährleisten wir in Mecklenburg-Vorpommern zu hundert Prozent.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Haben Sie auch
noch andere Argumente? – Zuruf von
Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Grundwasser, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird von meinem in Verantwortung stehenden Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie jährlich eingehend beprobt und analysiert. So geht es eben auch nicht einfach durch den Wasserhahn des Verbrauchers.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sagen Sie doch mal,
wie teuer das ist! Was kostet das?)

Es wird nicht automatisch als Trinkwasser genutzt, sondern es muss vorher aufbereitet werden,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Und die Kosten?!)

und genau wie das Trinkwasser wird auch das Grundwasser überwacht.

(Egbert Liskow, CDU: Es geht doch
nicht um Kosten, es geht um Qualität.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war gerade beim Bauernverband, da waren Sie ja anwesend.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns steht in Mecklenburg-Vorpommern eine Grundwasserüberprüfung an 270 Grundwassermessstellen zur Verfügung.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

An diesen Grundwassermessstellen des Landes gilt die Grundwasserverordnung und nicht die Trinkwasserverordnung, auf die Sie abheben.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ich hebe nicht auf
die Trinkwasserverordnung ab.)

Die Konsequenzen, die sich aus den Schwellenwertüberschreitungen bezüglich der Nitratsituation ergeben, sind von daher, was die Trinkwasserfrage und die Grundwasserfrage betrifft, nicht miteinander zu vergleichen. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis! Der Trinkwasserversorger darf bei Grenzüberschreitungen ...

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Es geht um die Wasserrahmen-
richtlinie, die EU-Düngeverordnung und die
Nitrat-Richtlinie. Das wissen Sie auch.)

Ich möchte das in Ruhe zu Ende führen, denn das ist mir wirklich ernsthaft wichtig, weil sonst werden hier Dinge in den Raum gestellt, die man auch der Öffentlichkeit so nicht sagen darf.

Ich betone das noch mal: Die Trinkwasserversorger in Mecklenburg-Vorpommern dürfen Grenzwertüberschreitungen gemäß Trinkwasserverordnung des Wassers nicht mehr an die Verbraucher abgeben, und damit ist klar, es darf nur Trinkwasser abgegeben werden, das den Trinkwasserrichtlinien entspricht.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Davon gehen wir aus,
dass die Gesetze eingehalten werden.)

Bei Grenzwertüberschreitung gemäß Grundwasserverordnung sind Maßnahmenprogramme aufzustellen mit dem Ziel, Schadstoffeinträge ins Grundwasser zu verhindern und sie zu begrenzen. Und da setze ich ausdrücklich hinzu, wir müssen dort weiterkommen. Da brauchen wir nicht nur die Landwirtschaft, sondern wir brauchen das als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Grundwasserverordnung dient der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und dass wir hier in den letzten Jahren immenses Geld in die Hand genommen haben, das hätten Sie ruhig auch sagen sollen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will sagen, die Verursacher waren im Übrigen jede Stadt, jede Gemeinde oder Sie selbst auch, wir alle.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und wenn wir 2,8 Milliarden Euro in die Abwasseraufbereitung seit der Wende hineininvestiert haben, dann haben wir etwas erreicht, worum uns andere beneiden. Das gehört auch dazu. Das heißt, das Problem der Industrieabwässer, die gesamte Abwasserproblematik im Haus- und Heimbereich haben wir im Wesentlichen durchlaufen. Wir haben die modernsten Anlagen, die es überhaupt in Europa gibt, und damit haben wir die Punkteintragsquellen heute quasi abgearbeitet, diese finden nicht statt.

Und deswegen sage ich hier auch, ja, Sie haben recht. Wir wissen, das Problem sind die diffusen Nährstoffeinträge, die heute zum überwiegenden Teil aus der Landwirtschaft kommen. Und wenn Sie sich hier heute hinstellen und sagen,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

wir haben hier nichts gemacht, dann will ich nur noch mal sagen, natürlich haben wir viel getan. Wir haben im Übrigen im ländlichen Raum die Kleinkläranlagen im Wesentlichen auf Vordermann. 68.000 Kleinkläranlagen, die nicht dem Stand der Technik entsprachen, haben wir saniert – ein Riesenthema. Ich will das hier nur mal nebenbei sagen, an die Klientel haben Sie sich ja nicht herangetraut.

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Auch die Diskussion mit den Kleingärtnern habe ich geführt. Da war ich schön ...

(Vincent Kokert, CDU: Da standen wir
schön alleine da mit denen. Da waren
die GRÜNEN schön auf Tauchstation. –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ja, ja, ihr habt auch nicht unbedingt besonders doll mitgemacht, aber da war von den GRÜNEN auf jeden Fall nichts zu hören. So, und auf der anderen Seite will ich auch betonen die Agrarumweltprogramme, die wir in den letzten Jahren hatten, ob das der ökologische Landbau ist oder ob es die Agrarumweltmaßnahmen sind,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Na, welche denn?
Welche sollen es denn sein?)

Frau Karlowski, die Winterbegrünung zum Beispiel. Fahren Sie doch mal durch das Land Mecklenburg-Vorpommern! Entschuldigung, Sie müssen wahrscheinlich auch das eine oder andere Seminar bei Professor Tack noch mal besuchen.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann da auch mithelfen, ich kann da auch mithelfen. Ich kann wirklich mithelfen. Und ich will Sie auch nicht ärgern. Ich habe mich gefreut, als Sie auf dem Tag des offenen Hofes waren oder als wir im Biobetrieb gemeinsam waren.

(Vincent Kokert, CDU:
Da muss man aber auch bereit
sein, was mitzunehmen von da.)

Sie haben doch da wahrgenommen, dass die Programme, die wir anbieten, auch ziehen und wirklich angenommen werden. Und wenn Sie jetzt mal durch das Land fahren, sehen Sie, die ersten neuen Programme sind bereits in der Umsetzung. Fahren Sie doch mit offenen Augen jetzt mal im Herbst an den Alleen entlang! Ich freue mich absolut darüber, dass die ersten Landwirte an den Alleen einen Alleenschutzstreifen ziehen, um mit Mehrfachnutzen sowohl Nährstoffeinträge zu vermeiden als auch für die grünen Verbindungswege was zu tun.

Oder das Winterbegrünungsprogramm in Mecklenburg-Vorpommern – über 21.000 Hektar sind in Mecklenburg-Vorpommern jährlich in die Winterbegrünung gegangen. Und damit sind die Nährstoffe, die Sie kritisieren, im Übrigen ich auch, zum großen Teil über diese Winterbegrünung mit aufgenommen worden und landen eben

nicht im Grundwasser, sie landen eben nicht im Oberflächenwasser.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aha! Was ist mit der Drainage?)

Oder wenn ich Ihnen auch ausdrücklich sagen darf: Wir haben ein Verschlechterungsverbot – und das ist richtig, dass die EU das erlassen hat –, wir dürfen das Grundwasser nicht weiter verschlechtern. Bereits seit 1991 ist die Nitrat-Richtlinie erlassen. Deutschland, da haben Sie recht, hat seit Jahren, seit 1991 die Düngeverordnung und die Nitrat-Richtlinie nicht in der Form umgesetzt, wie es hätte gemacht werden müssen, und die wird jetzt kommen. Als wichtiges Instrument zur Umsetzung dient die Düngeverordnung, die dringend novelliert werden muss, denn es läuft das Verfahren der EU-Kommission gegen die Mitgliedschaft Deutschlands wegen unzureichender Umsetzung der EU-Nitrat-Richtlinie. Das heißt, sowohl die Nitrat-Richtlinie ist nicht in ordnungsgemäßer Umsetzung als auch die Düngeverordnung.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie zitieren mich, sehr schön.)

Aus hiesiger Sicht ist die Novelle der Düngeverordnung wichtig, sehr wichtig, dass die Belange nämlich sowohl dem Gewässerschutz als auch der Landwirtschaft gerecht werden müssen. Und das ist der Unterschied zwischen uns beiden. Wir wollen auch noch, dass eine Ökologisierung der Landwirtschaft stattfinden kann und dass Menschen im ländlichen Raum verdammt noch mal hier eine Arbeit haben, denn ansonsten kommen wir damit auch nicht weiter.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Egbert Liskow, CDU)

So ist ausdrücklich auch mit meiner Unterstützung vorgesehen, dass die Sperzeiten – und jetzt kommen wir zur Düngeverordnung – der Stickstoffdüngung auf dem Ackerland um vier Wochen verlängert werden, das heißt, ab 1. November bis beziehungsweise ab 1. Oktober bis 31. Januar dürfen dann keine Stickstoffdünger mehr in Deutschland ausgebracht werden.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und wenn im Februar Frost ist?)

Damit wird im Übrigen bis auf einige wenige Ausnahmen eine Herbstdüngung auf den Feldern Mecklenburg-Vorpommerns nicht mehr möglich sein. Ferner sollen die zulässigen Nährstoffüberschüsse bei Stickstoff von derzeit 60 Kilogramm auf 40 beziehungsweise in Stufen von 50 dann auf 40 Kilogramm Nährstoffmitnahme im Herbst bis ins Frühjahr verringert werden. Auch die Abstandsregelungen auf hängigem Gelände werden präzisiert und konkrete Vorgaben der Dosierung von Ausbringungstechnik sollen verbindlich festgelegt werden.

Und da sage ich Ihnen von den GRÜNEN auch noch mal ausdrücklich: Fahren Sie mal in den Süden, mit welcher Technologie dort Jauche, Gülle oder andere Reststoffe ausgebracht werden! Ich bin stolz auf unsere Landwirtschaft, dass aufgrund der Strategie, die man hier entwickelt hat, die neuesten umweltverträglichsten Technologien überhaupt eingesetzt werden können. Und wenn die

Landwirte kein Geld verdienen, dann werden sie diese Maschinen und Geräte auch nicht einsetzen können. Da ist so viel an Know-how in den letzten 20/25 Jahren durch die deutsche Einheit entstanden, dass wir immens weitergekommen sind. Das wissen Sie eigentlich auch.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und das muss auch weiterverfolgt werden. Deswegen habe ich auch bei der gewerblichen Tierhaltung – Straathof lässt grüßen – oder bei Biogasanlagen, die keine Flächenausstattung haben, verlangt, dass die Kapazitäten der Güllelagerung auf neun Monate verlängert werden. Das wird Riesenprobleme für die Betriebe bedeuten und ich hoffe, dass der eine oder andere sich dann hier auch verabschiedet.

Im Übrigen steht die Hoftorbilanz in Diskussion. Das ist von den GRÜNEN und auch von uns als Sozialdemokraten ja eingebracht worden.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich muss Ihnen ausdrücklich sagen, wenn man sich mit dem Thema befasst, dann weiß man, dass es diese Hoftorbilanz nicht geben wird. Und ich habe auch in der letzten Wochen im BMUB noch mal einen neuen Vorschlag unterbreitet, weil ich persönlich der Auffassung bin, die Hoftorbilanz hilft uns nicht, sondern wir glauben, dass eine Feld-Stall-Bilanz das beschreibt, nämlich dass ein Nährstofffluss zur Fläche beziehungsweise zur Tierproduktion in Verbindung steht. Wir wollen in Mecklenburg-Vorpommern – ein weitreichender Vorschlag – im Gegensatz zur Hoftorbilanz die Feld-Stall-Bilanz, weil damit der Landwirt gezwungen wird, seine kompletten Düngerströme und die geernteten Futtermengen zu erfassen und damit auch zu dokumentieren, wie der Ertrag und welche Mittel, die zum Ertrag geführt haben, eigentlich eingesetzt worden sind.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Da freue ich mich wirklich sehr, dass Sie das auch anerkennen, denn bei allen umfangreichen Anforderungen des Düngerechts dürfen wir nicht vergessen, dass sogenannte Alteinträge sich weiterhin in den Gewässern wiederfinden

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

und sich dieser Prozess vermutlich noch über die nächsten Jahre und Jahrzehnte hinziehen wird. Und genau da rührt auch her, das will ich Ihnen ausdrücklich sagen, bei mir und bei uns schwirrt ein Fonds in der weitreichenden Umsetzung der Düngeverordnung herum, dieser schwebt mir vor und ich werde in Kürze dazu einen Vorschlag unterbreiten.

Wenn man sich dann anschaut, was wir gemacht haben, will ich das auch noch mal kurz zusammenfassen: Wir sind die Einzigen in Deutschland, die Arbeitsgruppen „Diffuse Nährstoffeinträge“ sowie „Wasserrahmenrichtlinie und Landwirtschaft“ gegründet und umgesetzt haben.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, ohne konkrete
Maßnahmen und Konzepte.)

Das Konzept, das Sie angedeutet haben zur Minderung der diffusen Nährstoffbelastung von Oberflächengewässern und Grundwassern, ist erstellt worden. Dieses ist speziell für die Beratung zur Minderung der diffusen Nährstoffeinträge aus landwirtschaftlichen Gewässern von mir ins Leben gerufen worden und wir hatten mittlerweile allein im Jahr 2010 dazu 3.000 Beratungen. Außerdem wurde eine gemeinsame Internetplattform der Fachberater zur Wasserrahmenrichtlinie und Landwirtschaft aufgesetzt. Und ich glaube, dass diese praktisch orientierten Lösungen auch vorangetrieben worden sind.

(Der Abgeordnete Jürgen Suhr bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Wir haben mittlerweile über 10.000 heruntergeladene Informationen auf dieser Internetseite vorgenommen und das zeigt, dass wir die Landwirtschaft, aber auch alle anderen mitnehmen in dieser Frage.

Jetzt vermutlich kommt eine Frage.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Weil die Kameras da sind.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Herr Minister.

Herr Minister, was verbirgt sich hinter dem Gedanken zu dem von Ihnen gerade angedeuteten Fonds?

Minister Dr. Till Backhaus: Dahinter verbirgt sich, Herr Suhr, dass wir zur Kenntnis nehmen alle gemeinsam, dass die Industrie von der Pharma- bis zur Düngemittelindustrie Milliarden in den letzten Jahren verdient hat und die Allgemeinheit irgendwann auf den Kosten sitzenbleibt. Und ich glaube, dass es Sinn macht, darüber zu reden, ob und inwieweit man diejenigen, die hier Milliardengewinne erzielt in den letzten Jahrzehnten durch Nährstofffrachten, Arzneimittel oder Tierarzneimittel, identifiziert als Problemfälle, dass dieses Problem angegangen werden muss, weil die Allgemeinheit aus meiner Sicht nicht auf den Kosten sitzenbleiben darf. Darüber denke ich nach.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darf ich eine Nachfrage stellen?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Nachfrage?

Minister Dr. Till Backhaus: Gern.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie ist denn die Realisierungsperspektive für einen derartigen Fonds oder ein derartiges Vorgehen?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, wir sind da in guten Gesprächen, ich sage das mal so.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Ah! Das wollte Herr Suhr hören.)

Und ich will hier keine Seifenblasen produzieren, weil das fällt uns ja allen auf die Füße. Aber ich glaube persönlich,

dass wir dazu Mehrheiten hätten. Ich bin da auch mit Ihren Kollegen im Gespräch, über so etwas zu reden, weil wir einfach zur Kenntnis nehmen müssen, die Kosten, ein Medikament oder einen Nährstoff aus dem Trinkwasser herauszuholen oder aus dem Grundwasser, aus dem reinen Wasser, aus dem Brauchwasser, das darf man nicht denjenigen anlasten, die dafür nicht die Verantwortung tragen.

Im Übrigen erscheint dann auch die Frage: Wer ist eigentlich das Feindbild? Das ist nicht die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft geht wissensbasiert mit den Produkten um. Und wenn 20 Jahre später die Wissenschaft und Forschung zu neuen Erkenntnissen kommt, kann man das nicht einfach und allein nur der Landwirtschaft oder einem Humanmediziner, einem Veterinärmediziner anlasten und die Allgemeinheit soll die Kosten dafür tragen. Dafür sind die Großkonzerne, die Milliardengewinne gemacht haben, mit verantwortlich. Und die müssen, wenn man so will, in einem Nachsorgefonds, so würde ich den sinngemäß als Arbeitstitel laufen lassen, mit herangezogen werden.

Ich will keine Steuer, so, wie Sie das hier angedeutet haben beziehungsweise Frau Dr. Karlowski, sondern ich will einen Fonds, wo der Grundwasserleiter oder diejenigen die Verantwortung mit zu tragen haben, die dieses Problem mit ausgelöst haben. Die Alleinverantwortung der Landwirtschaft oder einem Betrieb aufzuklären, halte ich nicht für richtig.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank.

Minister Dr. Till Backhaus: Ich will insofern noch mal abschließend deutlich machen, ja, das Grund- und Trinkwasser in Mecklenburg-Vorpommern hat eine sehr hohe Qualität und – das freut mich wirklich – wir haben eine Tendenz der Verbesserung.

(Egbert Liskow, CDU: Super!)

Die Tendenz ist eindeutig zu erkennen. Sie findet nicht in den Schritten statt, Frau Karlowski, wie wir uns das gewünscht haben, das ist so, aber Sie wissen es ja als Expertin, was diese Frage der Weltmeere anbetrifft, da schätze ich Sie ja auch. Wenn Sie sehen, dass wir eine Verringerung von 60 Prozent beim Phosphor ...

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es gibt Verbesserungen, ja.)

Ja, das ist so. Sie sagen selbst, es gibt 60 Prozent Minderung beim Phosphor. Das ist doch ein Wahnsinnschritt. Beim Stickstoff kommen wir nicht so voran, wie wir uns das gewünscht haben. Da haben wir um 20 Prozent reduziert, das ist viel zu hoch. Und das sage ich auch in den Bauernversammlungen. Wenn wir Landwirte haben, die in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern Restnährstoff nach der Ernte von 100 Kilogramm auf dem Feld haben, dann schmeißen die im Übrigen auch 100 Euro pro Hektar weg, weil ein Kilogramm Stickstoff heute 1 Euro kostet. Wer sich das leisten kann und übermorgen bei mir ankommt und sagt, wir brauchen ein neues Hilfsprogramm, weil die Milchpreise schlecht sind, der sollte vielleicht auch mal über andere Dinge nachdenken.

Deswegen glaube ich, dass es darauf ankommt, die Ökologisierung der Landwirtschaft, ob Ökolandbau oder konventioneller Landbau, weiter voranzutreiben. Das ist

meine Grundthese und ich bin davon überzeugt, dass die wissenschaftsbasierte Entwicklung in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen weitergehen wird.

Mecklenburg-Vorpommern wird alles daransetzen, um hier voranzukommen. Deswegen bitte ich noch mal um Verständnis, wir haben sehr viel Geld in die Hand genommen, wir werden weiter viel Geld für die Wasserrahmenrichtlinie in die Hand nehmen. Auch das muss ich noch mal ausdrücklich unterstreichen: Wir haben allein in dieser Förderperiode, die jetzt ausläuft, 350 Millionen Euro in die Hand genommen, um die Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen und damit die Qualität der Gewässer zu verbessern. Und da gibt es auch sichtbare Zeichen, dass da einiges an positiven Entwicklungen geschehen ist.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden die neuen Agrarumweltprogramme in den nächsten Wochen erstellen, wenn es uns denn gelingt, dass wir als vier Bundesländer hoffentlich Anfang Januar die Bestätigung des ELERs bekommen. Vier ganze Bundesländer werden es schaffen, ich hoffe, wir sind dabei. Wir werden zusehen, dass die Agrarumweltprogramme, die wir ja anbieten, sehr stark sowohl mit den Umweltverbänden, aber auch mit dem Bauernverband in einer neuen Qualität der Zusammenarbeit entwickelt werden und dass wir da zum Wohle der Natur, des Artenschutzes, des Grundwasserschutzes, der Biodiversität, aber auch zum Wohle des Klimaschutzes unsere Beiträge leisten. Und ich bitte Sie wirklich sehr ernsthaft, sich mit dem Thema Wasser weiter zu beschäftigen,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das wäre gut. Dann können
Sie auch unserem Antrag zustimmen.)

aber unser Grundwasser und das Trinkwasser, was wir anbieten, sind in einer hohen Qualität vorhanden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Der Minister hat die angemeldete Redezeit um zwölf Minuten überschritten.

(allgemeine Unruhe –
Zurufe aus dem Plenum: Oh!)

Ja, das können wir später diskutieren.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Nach Paragraph 85 unserer Geschäftsordnung steht diese Zeit den nicht an der Regierung beteiligten Fraktionen zusätzlich zur Verfügung.

Ich rufe auf für die Fraktion der CDU den Abgeordneten Herrn Lenz.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Burkhard Lenz, CDU: Ich muss erst mal die Präsidentin begrüßen, Herr Suhr.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist Weihnachten

(Heiterkeit bei Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und wieder einmal bemüht sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich als Retter der Umwelt und der Gesellschaft hier darzustellen.

(Egbert Liskow, CDU:
Aber es gelingt ihr nicht.)

Obwohl wir uns gerade im Juli dieses Jahres mit einem ähnlich gelagerten Antrag zum Thema „Gewässer als Lebensadern der Landwirtschaft entwickeln“ auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befasst haben in diesem Hohen Haus,

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja. –
Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

kommt dasselbe Thema kurz vor Weihnachten wieder auf die Tagesordnung.

(Vincent Kokert, CDU:
Natürlich, selbstverständlich. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Lassen Sie mich trotzdem auf einzelne Belange eingehen, auch wenn sie unser Minister schon genannt hat. Er hat darauf verwiesen, dass unser Land Mecklenburg-Vorpommern über ein Grundwasservorkommen von 7,71 Millionen Kubikmetern je Tag verfügt, und das ist völlig ausreichend.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Erzählen Sie das mal den Leuten
auf Usedom und Hiddensee!)

Von den Grundwasservorkommen werden nur circa neun Prozent für Trink- und Brauchwasser genutzt. Die Qualität des Grund- und des Trinkwassers hat sich in den zurückliegenden Jahren auch ohne Zutun der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stetig verbessert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Egbert Liskow, CDU: Oh! –
Vincent Kokert, CDU: Wie konnte
das eigentlich passieren?)

Gründe hierfür liegen zum einen in der Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Gewässerschutz und zum anderen in der Verschärfung der Zulassungsverordnungen für Pflanzenschutzmittel

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das stimmt
einfach nicht, was Sie sagen!)

sowie in der konsequenten Einhaltung von Anwendungsbestimmungen der Pflanzen- und Düngemittel.

(allgemeine Unruhe –
Vincent Kokert, CDU: Sehr gut, Herr Lenz. –
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das stimmt nicht.)

Ein weiterer Schwerpunkt ...

(Vincent Kokert, CDU: Endlich spricht mal einer die Wahrheit aus!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Lenz.

Burkhard Lenz, CDU: Soll ich lauter sprechen?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Auch Sie haben nicht zu kommentieren, sondern abzuwarten, was ich jetzt hier zu sagen habe.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Es steht allen Fraktionen noch ausreichend Redezeit zur Verfügung, insbesondere auch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wenn Sie denn mehr als kurze Zwischenrufe hier von sich geben wollen, dann würde ich doch vorschlagen, diese Redezeit entsprechend zu nutzen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Nun können Sie weitermachen, Herr Lenz, aber ich bitte wirklich, so viel Ruhe zu wahren, dass hier vorn auch die Rede von Herrn Lenz noch verfolgt werden kann.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Ich dachte, Herr Lenz sollte jetzt Ruhe bewahren. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Burkhard Lenz, CDU: Ein weiterer Schwerpunkt zur Verbesserung der Gewässer- und Grundwasserqualität lag in der Sanierung – darauf hat der Minister auch schon hingewiesen – der Abwasseranlagen und bei Investitionen in die Trinkwasserversorgungsanlagen. Wenn auch bei 15 Prozent der Messstellen im Zeitraum von 2008 bis 2012 eine Grenzwertüberschreitung im Bereich des Nitrats festgestellt werden konnte, so ist doch die Verbesserung der Qualität der Oberflächen- und Grundwasservorkommen in Mecklenburg-Vorpommern nicht zu leugnen.

Jeder, der sich mit der Thematik befasst, weiß, dass sowohl der Boden als auch das Grundwasser ein langes Gedächtnis haben.

(Egbert Liskow, CDU: Ja, das ist so.)

Die in den Grundwasserkörpern des Landes gefundenen Nitratbelastungen stammen maßgeblich aus Zeiten des unkritischen Umgangs mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, aber auch durchaus von der Waschung durch Wiedervernetzungsprojekte.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ihnen, meine Damen und Herren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, geht es allerdings nicht darum, die Erfolge im Bereich der Qualitätsverbesserung des Grundwassers anzuerkennen, sondern um die Aushebelung von landwirtschaftlichem Fachrecht und die Untergrabung von Eigentumsrechten an Grund und Boden. Gerade unsere Fraktion hat sich in den zurückliegenden Jahren vehement für die Einhaltung der im Wasserhaushaltsgesetz,

der Düngeverordnung und dem Pflanzenschutzgesetz normierten Vorgaben zur Applikation von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln eingesetzt.

(Egbert Liskow, CDU: So sind wir. – Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

Im Rahmen einer Anhörung und zahlreicher Diskussionen im Landwirtschaftsausschuss der letzten Legislaturperiode wurde deutlich, dass die Einträge von Pflanzenschutzmitteln und Nährstoffen weitestgehend diffuse Einträge aus der Fläche sind.

Diese Einträge können nicht, wie in der Begründung ihres Antrags von Frau Dr. Karlowski gefordert, durch größere Abstandsregelungen reduziert werden. Hier stellt sich insbesondere die Frage, darüber sollte man auch wirklich mal nachdenken, über welche Größenordnung wir bei 40.000 Kilometern Fließgewässern und fast 2.500 Seen mit einer Größe von einem Hektar in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt reden. Wenn der heute geltende Abstand von einem Meter auf zehn Meter ausgeweitet werden soll, wäre das allein an den Fließgewässern des Landes eine landwirtschaftliche Nutzfläche von circa 36.000 Hektar,

(Vincent Kokert, CDU: Das muss man sich mal vorstellen!)

die aus der Produktion genommen werden muss,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

36.000 Hektar, die nicht mehr bewirtschaftet werden dürfen und der Nahrungsmittelproduktion sowie der Futtermittelproduktion verloren gehen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aktuell wird auf Bundesebene die Novellierung der Düngemittelverordnung diskutiert. Ansatzpunkte bei der Diskussion sind die Verlängerung der Sperrfrist, wie der Minister es genannt hat, für die Stickstoffdüngung auf dem Ackerland und die Herbsdüngung – diese sollten nur noch in wenigen Ausnahmefällen ermöglicht werden – sowie die Absenkung zulässiger Nährstoffüberschüsse beim Stickstoff. Diese sollen von derzeit 60 Kilo auf 40 bis 50 Kilo gesenkt werden.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist gut.)

Und da möchte ich mal einen kleinen Hinweis geben: Man sollte gerade bei der Stickstoffdüngung auch darüber nachdenken und das mit einem gewissen Augenmaß machen. Ich weiß, dass es in Dänemark eine Düngeverordnung gibt, die es den Dänen nicht mehr möglich macht, Brotweizen zu erzeugen, weil der Weizen zu wenig Eiweiß hat. Also daran sollte man denken, dass es in anderen Ländern Europas auch Düngeverordnungen gibt, die es der Landwirtschaft nicht mehr ermöglichen, Weizen zur Ernährung herzustellen, sondern dieser Weizen muss eingeführt werden.

(Heinz Müller, SPD: Die armen Dänen! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Und ganz aktuell möchte ich aus der „Agra Europe“ zitieren, weil Sie, Frau Dr. Karlowski, das Vertragsverlet-

zungsverfahren angeführt haben. Sie werden es wissen, auch der Minister wird es wissen, dass es zwischen dem Umweltministerium und dem Landwirtschaftsministerium Verhandlungen gegeben hat. Ich zitiere aus der „Agra Europe“ vom 8. Dezember: „Erklärtes Ziel der Bundesminister ist es, einen gemeinsamen Entwurf für eine Novelle der Düngeverordnung noch vor Weihnachten der EU-Kommission zu übermitteln.“ Und damit, denke ich, wird man dem Vertragsverletzungsverfahren zuvorkommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insgesamt ist Mecklenburg-Vorpommern – aber auch die Bundesrepublik Deutschland – auf einem guten Weg, die Anforderungen der Nitrat-Richtlinie und der Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Entscheidende Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung sowohl im Bereich der Oberflächengewässer und der Grundgewässer haben wir in den zurückliegenden Jahren auch ohne das Zutun der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Land erreicht.

Aktuell werden auf der Bundesebene weitere Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung diskutiert und beraten. Und vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, werden wir den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr gut, Herr Lenz.)

Ich bedanke mich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Andreas Butzki, SPD –
Egbert Liskow, CDU:
Gut gebrüllt, Löwe!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

(Vincent Kokert, CDU: Ich weiß
jetzt schon, wie die Rede aussieht. –
Egbert Liskow, CDU: DIE LINKE stimmt zu.)

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst zwei Vorbemerkungen: Den Vorschlag, die Feld-Stall-Bilanz einzuführen, halte ich für einen guten Vorschlag, und auch einen Fonds einzurichten, in den diejenigen, die mit Medikamenten, mit Düngemitteln Riesengewinne eingefahren haben, um jetzt möglicherweise sich auch zu beteiligen an der Beseitigung der Schäden, die daraus entstanden sind. Das halte ich für gute Vorschläge. Darüber sollten wir weiter diskutieren. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg, wenn Sie auf Bundesebene da weiterkommen. Allerdings so richtig euphorisch bin ich nicht, da wird es sicherlich noch etliche Widerstände geben.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wollen wir doch mal gucken, wie
das in zwei Jahren aussieht!)

Genau.

Wer hat etwas gegen sauberes und gesundes Trinkwasser und die Einhaltung von EU-Vorgaben der Nitrat-Richtlinie? Wer ist nicht für Senkung der Nitratbelastung

im Grundwasser? Niemand hier im Hause, so hoffe ich es zumindest.

Meine Fraktion im Bundestag hat dazu im Mai einen umfangreichen Antrag gestellt, und auch die GRÜNEN beschäftigen sich seit Langem mit dem Problem. Die Probleme kennen wir, sie können von niemandem bestritten werden, auch nicht vom zuständigen Ministerium. Aber nicht nur Nitrat spielt eine große Rolle, sondern auch Wirkstoffe von Pflanzenschutzmitteln belasten unsere Gewässer oder eben Medikamente.

Am 16. Oktober führten das LUNG und das LALLF in der Viehhalle in Güstrow eine Veranstaltung unter dem Titel „Risiken und Nebenwirkungen von Wirkstoffen in Pflanzenschutzmitteln“ durch. Zwei Vorträge thematisierten die Pflanzenschutzmittelbefunde oder besser gesagt deren Wirkstoffe in oberirdischen Gewässern und im Grundwasser. Es wurde berichtet, dass Wirkstoffe von Pflanzenschutzmitteln in rund 16 Prozent der Fließgewässer Mecklenburg-Vorpommerns dafür verantwortlich sind, dass ihr guter Zustand nach Wasserrahmenrichtlinie nicht erreicht wird. Betroffen sind vor allem sogenannte landwirtschaftliche Vorfluter, das heißt kleine Bäche und Gräben. In Küstengewässern und Seen wurden bisher keine überschrittenen Grenzwerte von Pflanzenschutzmittelwirkstoffen gemessen. Allerdings bleibt festzustellen, dass sich einmal in den Boden eingetragene Wirkstoffe in Richtung Grundwasser verlagern, und darum geht es ja heute auch.

Mecklenburg-Vorpommern hat ein relativ dichtes Netz an Grundwassermessstellen, und zwar vor allem an Stellen, wo die Gefahr von Einträgen sehr groß ist. Es würde sich ein falsches Bild ergeben, wenn nur an unproblematischen Messstellen Untersuchungen durchgeführt würden. Das Gute daran ist, dass wir durch dieses dichte Netz einen ziemlich guten Überblick über die Gesamtsituation erhalten, und der Überblick zeigt, dass es nicht immer sehr rosig aussieht. Pflanzenschutzmittel und ihre Metabolite werden im Grundwasser gefunden, trotz aller rechtlichen Vorgaben und Anwendungsbeschränkungen. Gleiches gilt für Nitrat und andere Nährstoffrückstände. Von 2007 bis 2014 wurden jährlich 100 Grundwassermessungen durchgeführt und ausgewertet. Bei zwölf Prozent davon wurden Überschreitungen der Grenzwerte festgestellt. So war es in Güstrow zu hören und so berichtete auch Minister Backhaus am 27. November im Agrarausschuss.

Ich bin mir nicht sicher, ob ich mit meiner Annahme ganz richtig liege, dass Sie die Überschreitung von Grenzwerten im Grundwasser vor allem auf die industrielle Tierhaltung zurückführen. Von solchen diffusen Einträgen sind in erster Linie die Oberflächengewässer, auch die Ostsee betroffen. Der Zusammenhang von Standorten gewerblicher Tierhaltungsanlagen und Grenzwertüberschreitungen im Grundwasser lässt sich durch die Messungen in Mecklenburg-Vorpommern nicht eindeutig belegen. Die meisten Grenzwertüberschreitungen wurden im Einzugsgebiet von Marktfruchtbetrieben festgestellt. Bei den Messungen wird nicht nur nach Nährstoffrückständen gesucht. Insgesamt 233 verschiedene Stoffe, darunter alle eingesetzten und auch bereits seit Längerem verbotene Wirkstoffe und deren Rückstände und Versetzungsprodukte werden gesucht.

Minister Backhaus berichtete von einem gleichbleibenden niedrigen Niveau bei den Pflanzenschutzmittelüber-

schreitungen. Das klingt nach Beruhigung, ist aber nach Ansicht meiner Fraktion so nicht hinnehmbar. Im Unterschied zu Ihnen allerdings, Frau Dr. Karlowski, registriere ich durchaus auch beim Minister ein wachsendes Problembewusstsein, und das finden wir erfreulich.

Im Veranstaltungsflyer vom 16. Oktober zu den „Risiken und Nebenwirkungen von Wirkstoffen in Pflanzenschutzmitteln“ in Güstrow hieß es, ich zitiere: „Für die einen sind es Pflanzenschutzmittel, für die anderen Pestizide. Einst als Segen in die Landwirtschaft eingeführt, um Ertragsausfälle durch Unkräuter, Krankheiten und Insekten zu verhindern, hat sich der Ruf der chemischen Substanzen in der öffentlichen Diskussion deutlich verschlechtert. Standen zunächst die erwünschten Wirkungen im Zentrum der Betrachtungen, sind es heute die Risiken, mit denen ihr Einsatz zweifellos grundsätzlich verbunden ist.“ Zitatende.

Während der Agrarausschusssitzung am 27. November berichtete das Ministerium, dass die von Grenzwertüberschreitungen betroffenen Grundwassermessstellen relativ oberflächennah sind. Dabei wurden von den 233 untersuchten Pflanzenschutzmittelwirkstoffen 25 verschiedene Wirkstoffe und 15 Metaboliten nachgewiesen. Darunter waren 9 nicht mehr zugelassene Wirkstoffe und ein Wirkstoff ohne aktuelle Zulassung. Das Insektizid Disulfoton ist dabei schon seit über 20 Jahren verboten. Ja, dessen Anwendung war sogar schon zu DDR-Zeiten verboten. Grundwasser hat eben ein Langzeitgedächtnis. Seit Jahren und Jahrzehnten nicht mehr zugelassene Wirkstoffe wie Atrazin oder Simazin finden sich immer noch im Grundwasser. Und alles, was wir heute falsch machen, kommt über kurz oder lang noch hinzu. Deshalb begrüßt meine Fraktion das Anliegen des vorliegenden Antrages.

Allerdings halten wir es nicht für zureichend, die heutige Diskussion auf Nitratbelastungen im Grundwasser zu beschränken und dieses komplexe Problem mit einem einzigen Satz im Antragstext zu behandeln, ohne Vorschläge, was zu tun ist, um die vorhandenen Missstände abzustellen. Das halten wir nicht für angemessen. Was sind wirksamere Maßnahmen als bisher? Warum haben Sie nicht wenigstens die drei Anstriche aus Ihrer Begründung mit in den Beschlusstext aufgenommen? Sie wissen doch, die Begründung wird nicht beschlossen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen es genauso wie Sie, dringliches Handeln ist angezeigt. Wie Sie schon in Ihrer Antragsbegründung dargelegt haben, läuft gegen die Bundesrepublik Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren vonseiten der EU wegen der Missachtung oder, besser gesagt, der Verletzung der EU-Nitrat-Richtlinie.

Nicht zuletzt deshalb ist die Novelle der Düngeverordnung in Deutschland aktuell in der Diskussion. Ich vermute mal, dass wir spätestens im Frühjahr Belastbares auf dem Tisch haben. Meine Fraktion wird, sobald die novellierte Düngeverordnung des Bundes vorliegt, eine öffentliche Anhörung im Agrarausschuss beantragen. Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag auf Drucksache 18/2731 hervorgeht, soll die Umsetzung der in der Düngeverordnung vorgesehenen Maßnahmen für Deutschland Stickstoffüberschüsse in Höhe von 230

bis 330 Kilotonnen pro Jahr mindern. Das ist eine ganze Menge. Ob es ausreicht, werden wir sehen, erfordert aber natürlich auch entsprechende Beiträge von Mecklenburg-Vorpommern.

Für meine Fraktion ist aber schon heute sichtbar: Mecklenburg-Vorpommerns Problem ist nicht zuallererst der Mangel an Bestimmungen zur Anwendung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln. Sie sind einerseits nicht scharf genug, andererseits haben wir eher ein Vollzugsproblem.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Die strengste Vorschrift nützt gar nichts, wenn die Durchsetzung nicht kontrolliert werden kann.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wie wahr!)

Der ständige Personalabbau im Bereich der Landwirtschafts- und Umweltverwaltung auf allen Ebenen der letzten Jahre zeigt Wirkung. Die Kontrolldichte ist aus unserer Sicht unzureichend.

Minister Backhaus sagte im Ausschuss, dass sich das Grund- und Trinkwasser in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten 25 Jahren in ihrer Qualität stetig verbessert haben und eine hohe Qualität aufweisen. Das bezweifle ich nicht. Beim Vorhaben, weiter voranzukommen, hilft uns das aber nicht weiter. Eine bessere Kontrolle der konsequenten Einhaltung von Anwendungsbestimmungen wäre, wie gesagt, dringend erforderlich und ein wichtiger Schritt. Ebenso sollten wir schnellstmöglich zu größeren Gewässerrandstreifen – hier unterscheide ich mich deutlich von Herrn Lenz – zurückkommen, in denen Düngen und die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln verboten sind. Das sehen wir genauso wie Sie, Frau Dr. Karlowski. Die neue Regierungskoalition in Erfurt könnte mit den Regelungen im Koalitionsvertrag durchaus Vorbild für uns sein.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Stefan Köster, NPD)

Während der letzten Klausurtagung des Präsidiums des Landesbauernverbandes in Linstow verlangte Minister Backhaus umgehende Maßnahmen von den Landwirten in Mecklenburg-Vorpommern, gerade bezüglich ihres Umgangs mit Ammonium und Nitrat, und drohte sogar mit Konsequenzen. Unsere Unterstützung hat er dabei. Umso erstaunlicher fand ich da die Aussage des Ministeriums in Linstow, dass es in dieser Legislaturperiode keine Novelle des Landeswassergesetzes geben wird. Das verstehen wir nicht und halten es auch nicht für akzeptabel. Angekündigt war die Novelle ja für Ende dieses Jahres. Gibt es möglicherweise da auch wieder Streit zwischen den Koalitionspartnern?

(Burkhard Lenz, CDU: Nein. –
Egbert Liskow, CDU: Noch nie.)

Ach nein, natürlich nicht, Herr Liskow, Sie sind alle so friedlich miteinander.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir halten eine Novelle des Landeswassergesetzes für dringend geboten, meine Fraktion wird jedenfalls am Ball bleiben.

Vielleicht ist das Hauptproblem, mit dem wir uns hier befassen sollten, dass jedes Problem bei der Verunreinigung und Belastung von Gewässern einzeln betrachtet wird: Nitrat, Pflanzenschutzmittel, Medikamente, weitere diffuse Einträge. Ich denke, ein solches komplexes Problem kann nicht gelöst werden, wenn isoliert die einzelnen Stoffe betrachtet werden.

Zu Ihrem Antrag werden wir uns der Stimme enthalten.

(Egbert Liskow, CDU:
Warum nicht dagegenstimmen?)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Feike.

(Egbert Liskow, CDU: Aber
jetzt nicht mit einem Gedicht!)

Katharina Feike, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Beim Lesen des vorliegenden Antragstitels „Für sauberes Trinkwasser – Nitrat-Belastung im Grundwasser absenken und Vorgaben der EU-Nitrat-Richtlinie einhalten“ entsteht bei mir der Eindruck, dass Grenzüberschreitung ein generelles Problem ist und Trinkwasser mit Nitrat belastet, vielleicht sogar verseucht ist. Finden Sie das nicht auch, liebe Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass Sie das Thema etwas dramatisieren?

Es ist festzustellen, dass das Grund- und Trinkwasser in Mecklenburg-Vorpommern sich in den letzten 25 Jahren stetig verbessert hat und von hoher Qualität ist. Nur punktuell wurden Nitratbelastungen des Grundwassers im Lande festgestellt. Im Jahr 2012 wurden in Mecklenburg-Vorpommern bei zwölf Prozent aller Messstellen Grenzüberschreitungen registriert.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Das heißt aber nicht, dass die gültigen Grenzwerte im Trinkwasser der Wasserwerke überschritten wurden, da dort das Grundwasser aufbereitet wird, wie uns dieses schon vorhin in der Rede von Herrn Backhaus dargestellt wurde. Dennoch haben wir in einigen wenigen Bereichen Probleme mit zu hohen Nitratbelastungen des Grundwassers. Die Ursachen sind bekannt: intensive landwirtschaftliche Nutzung, die Bodenbiologie, die Naturraumausstattung der Einzugsgebiete der Gewässer

(Egbert Liskow, CDU: Und die Vergangenheit.)

und die Altlasten vergangener Jahrzehnte. Genau, Herr Liskow.

Ich hoffe, mit der Novellierung der Düngeverordnung machen wir einen großen Schritt, der überflüssige Stickstoffeinträge durch die Landwirtschaft wirksam reduziert.

Auf das bekannte Problem hat die Landesregierung reagiert. Es wurden zwei Arbeitsgruppen gegründet: „Diffuse Nährstoffeinträge“ und „Wasserrahmenrichtlinie und Landwirtschaft“. Hier wurde nach Lösungen gesucht, wie Fließgewässer und das Grundwasser von Schadstoffeinträgen entlastet werden könnten. So gibt es bereits ein

Konzept zur Minderung der diffusen Nährstoffbelastungen von Oberflächengewässern und Grundwasser. Hieraus hat auch vorhin der Minister zitiert.

Abschließend möchte ich, um Wiederholungen zu vermeiden, mich anschließen an die Äußerungen meines lieben Fraktionskollegen Burkhard Lenz und gleichzeitig auf die,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ich denke, ihr
seid in einer Koalition?)

ja, auf meinen Koalitionskollegen von der CDU Herrn Lenz verweisen und gleichzeitig auf die Ausführungen des Ministers Dr. Till Backhaus verweisen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Wir sehen daher keinen Anlass, dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zuzustimmen, und lehnen diesen Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Feike.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der NPD-Fraktion Herr Köster.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Juni 2012 haben die GRÜNEN die Aktuelle Stunde mit dem Thema „Zustand des Grund- und Trinkwassers in Mecklenburg-Vorpommern und Konsequenzen für die Landnutzung“ bestimmt. Nun folgt also ein Antrag, mit dem die Nitratbelastung im Grundwasser gesenkt werden soll. Hierbei handelt es sich sicherlich um ein Thema, das in den Fokus der Landespolitik gehört.

In den vergangenen sieben Jahren hat vor allem die NPD-Fraktion auf sehr viele Missstände im Bereich des Trinkwassers aufmerksam gemacht. Zu nennen seien zum Beispiel unsere Anfragen zum verunreinigten Trinkwasser im Jahre 2011, und vor allem dies damals im Osten des Landes, oder zur Überdüngung im Mai 2012. Die Verunreinigung unseres Grund- und Trinkwassers ist auch, aber nicht die alleinige Folge der teilweise maßlosen und ausbeuterischen Landwirtschaft, die es zum wesentlichen Teil auch hier in Mecklenburg-Vorpommern gibt. Über die Verunreinigungen, vor allem durch Medikamente, insbesondere Hormone, reden die grünen Weltverbesserer natürlich selten. Es ist aber auch eine Folge der sogenannten Politik der GRÜNEN, die der Natur immense Probleme bereitet.

Ich erinnere Sie gern daran, dass zum Beispiel viele Biogasanlagen schon lange nicht mehr darauf ausgelegt sind, die auf einem Bauernhof oder in einem landwirtschaftlichen Betrieb angefallenen Abfälle in Energie umzuwandeln. Fahren Sie durch unser Land, liebe Mitglieder der GRÜNEN, und Sie werden schnell feststellen, dass der Anbau von Pflanzen, die einzig und allein für den Betrieb von Biogasanlagen angebaut werden, in erschreckender Weise zunimmt. Das hat dann auch mit der Bodenqualität und mit der Überdüngung zu tun.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Hierbei handelt es sich um die Ergebnisse der Politik der GRÜNEN mit fatalen Folgen für die Böden und auch für das Grundwasser.

Natürlich führen auch die Massentierhaltungen zu massiven Verwerfungen. Tiere werden heutzutage nur noch selten auf Stroh gehalten. Der Gülleausstoß ist die direkte Folge der Landwirtschaftspolitik. Diese Landwirtschaftspolitik wurde aber auch nicht in den Zeiten grundlegend verändert, in denen die GRÜNEN in politischer Verantwortung waren. Gerade während dieser Zeiten haben die GRÜNEN fleißig mitgespielt. Natürlich ist hier im Land Mecklenburg-Vorpommern vor allem die SPD, insbesondere Minister Backhaus, für die massive Ansiedlung von Tier-KZ – und es handelt sich um nichts anderes – verantwortlich.

(Beifall Udo Pastörs, NPD –
Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das müssen Sie gerade sagen!)

Die GRÜNEN bedauern an dieser Stelle aber vor allem auch die fatalen Folgen ihrer von Dogmen geprägten Politik und nehmen die Ursachen für die Verwerfungen in diesem Land gar nicht wahr. Es ist der Kapitalismus, Herr Jaeger, der die vielen Probleme verursacht.

(Udo Pastörs, NPD: Wachstumsphrasen.)

Würden Sie es tatsächlich ernst meinen, müssten Sie für eine an den Naturgesetzen ausgerichtete Landwirtschaftspolitik eintreten. Diese wird allerdings nur möglich sein, wenn wir uns endlich von dem europäischen Unglück, namentlich der Europäischen Union, und der kapitalistischen Diktatur lösen.

(Beifall Udo Pastörs, NPD –
Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da die GRÜNEN aber fundamentaler Bestandteil derselben sind, fehlt dem Antrag jegliche Ernsthaftigkeit. Dem Antrag kann zusätzlich auch deshalb nicht zugestimmt werden, weil – und das müssten Sie eigentlich auch wissen – die Landesregierung mittlerweile das Heft des Handelns schon längst aus der Hand gegeben hat. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, ich schaue noch mal ganz genau auf unseren Antrag, den Sie ja wahrscheinlich auch alle vorliegen haben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

vergleiche das mit den Reden, die wir hier gehört haben, und komme zu dem Ergebnis: Alle Reden, vielleicht mit Ausnahme von Herrn Lenz, der daran massive Kritik hatte, haben den Antrag in seinem Ansehen unterstützt. Nun erwarte ich, dass Sie dies natürlich auch mit Ihrem Abstimmungsverhalten zum Ausdruck bringen.

(Egbert Liskow, CDU:
Erwarten können Sie viel. –
Heinz Müller, SPD: Da haben
Sie vielleicht was falsch verstanden.)

Meine Erfahrung lehrt mich – und die Enden der Reden haben es ja auch signalisiert, ich habe das gehört, das habe ich schon verstanden –, dass Sie das heute nicht tun werden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es ist schade, denn diese alleinigen Bekenntnisse, dass ein Problembewusstsein im Hause da ist, reichen uns nicht. Wir brauchen hier wirklich eine Schubkraft, dass mehr passiert und nicht nur Bekenntnisse stattfinden, dass nicht nur Konzepte stattfinden.

(Egbert Liskow, CDU:
Der Minister macht schon alles.)

Dieses Problembewusstsein muss wirklich durch Handeln begleitet werden und das vermissen wir seit Jahren.

(Andreas Butzki, SPD: In welchem Land
leben Sie? – Manfred Dachner, SPD:
Wo haben Sie denn gegessen? –
Egbert Liskow, CDU: Ja, die waren
ja noch nicht hier gewesen.)

Ich möchte noch mal auf einige Punkte eingehen, die gekommen sind, und zwar, Sie haben an mehreren Stellen gesagt, dass die Qualität des Grundwassers in den letzten Jahrzehnten besser geworden ist. In Bezug auf Stickstoff stimmt das aber leider nicht. Die Experten vom LUNG haben beim 4. Dialog zur Wasserrahmenrichtlinie am 30.10.2014 noch mal ganz klar festgestellt, der Zustand der Stickstoffeinträge habe sich demgegenüber im Vergleich zum Phosphor jedoch nicht verbessert.

(Egbert Liskow, CDU:
Auf welchen Zeitraum berechnet?)

Wenn ich mir genau die Ergebnisse mal angucke, die auch am 30. Oktober veröffentlicht wurden,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

da sind Nitratwerte in den Trendmessstellen einmal im Zeitraum von 1985 bis 1989 genommen worden und dann im Vergleich dazu 2010 bis 2013, also aktuelle Werte. Die Auswertung dieser Trendmessstellen zeigt ganz klar, die zunehmende Tendenz der Nitratreinträge überwiegt.

(Egbert Liskow, CDU: Wo? im
Grundwasser? Im Oberflächenwasser?)

Es gibt 20 Trendmessstellen, wo eine deutliche Zunahme des Nitrates stattfindet. Demgegenüber stehen nur 17 Trendmessstellen, wo eine leichte Abnahme stattfindet. Die Aussage, dass wir beim Nitrat eine Entspannung haben, uns beruhigt zurücklehnen können,

(Burkhard Lenz, CDU: Von „beruhigt
zurücklehnen“ hat keiner was gesagt. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

alles gut ist und es nur in anderen Teilen von der Bundesrepublik so ist, trifft nicht zu.

(Egbert Liskow, CDU: Aber Sie können doch mal zuhören, was der Minister gesagt hat.)

Ich habe auch gedacht, wir können uns etwas entspannter befassen mit dem Thema Nitrat und Nährstoffeinträge im Grundwasser. Das ist aber leider nicht so.

Die Experten kommen ganz klar zu dem Ergebnis, erstens, der jetzige Zustand gibt Ausdruck zur Hoffnung, denn sie reden von einem gleichbleibend großen Problem, die Daten sprechen von einem anwachsenden, größer werdenden Problem, und zweitens, alles, was die Düngeverordnungsnovelle bisher an die Wand malt, auch da kommen die Experten zu der Einschätzung, ich habe es in meiner Rede auch skizziert, dass es wieder nicht ausreicht. Auch mit der Novelle der Düngeverordnung werden die Ziele der EU-Richtlinien nicht einzuhalten sein.

(Egbert Liskow, CDU: Da müssten wir wieder was verbieten.)

Das ist leider so, diese Tatsachen müssen wir zur Kenntnis nehmen.

(Andreas Butzki, SPD: Wenn wir nichts mehr zu essen haben.)

Das ist tragisch. Deswegen ist mehr notwendig, als wir heute hier gehört haben. Es sind spannende Aussagen gekommen. Herr Backhaus hat diesen Fonds erwähnt, das werden wir uns gern genauer angucken im Ausschuss. Das ist eine interessante Angelegenheit. Auch das ist vom Ansatz her selbstverständlich richtig, denn da geht es ein bisschen in die Richtung, wer hat davon profitiert, und quasi so ein klein bisschen in Richtung Verursacherprinzip könnte man darin entdecken. Das klingt eigentlich nach einem sinnvollen Anliegen.

Wenn wir jetzt keine Hoftorbilanz, sondern eine Feld-Stall-Bilanz nehmen, auch das ist ein interessanter Ansatz, das schauen wir uns gern genauer an.

(Egbert Liskow, CDU: Also wir sollen mitmachen sozusagen.)

Das ist in der Richtung, wie auch andere Agrarexperten propagieren, dass dann eben wirklich hofgenau geguckt werden soll, wie die Stickstoffeinträge, wie die Stickstoffüberschüsse sich verhalten.

Worauf heute noch zu wenig eingegangen wurde, ist meines Erachtens die jetzt in den letzten Tagen sich abzeichnende neue Entwicklung, dass mit der Länderöffnungsklausel für die Düngeverordnungsnovelle ganz andere Chancen bestehen. Diese Länderöffnungsklausel kann eben auch Mecklenburg-Vorpommern eine Regionalisierung der Nährstoffüberschüsse ermöglichen, sodass man in Mecklenburg-Vorpommern zukünftig zwischen belasteten und unbelasteten Gebieten unterscheiden und dann wirklich das Problem an seiner Wurzel anpacken könnte und die Stickstoffeinträge nicht pauschal überall, sondern ganz effektiv verringern könnte.

Ich zitiere hier einmal den Agrarminister von Nordrhein-Westfalen, Herrn Remmel, der sagt: „Das Ziel muss sein, einen umweltverträglichen Nährstoffkreislauf herzustellen, der individuell für jeden einzelnen Betrieb nachvollziehbar dokumentiert wird.“ Ich denke, in die Richtung

gehen auch die Vorschläge, die Herr Backhaus heute angedeutet hat.

Um mal konkrete Zahlen zu nennen: Nordrhein-Westfalen möchte den Eintrag von Stickstoff organischer Herkunft – das betrifft dann Gülle, Gärreste, Mist – auf landwirtschaftlichen Flächen auf 170 Kilogramm Stickstoff pro Hektar deckeln. Diesen Wert gibt es zurzeit schon, aber er bezieht sich eben nur auf die Gülle und nur auf tierische Einträge. Das, was wirklich fehlt, ist, dass auch die Gärreste, für die es derzeit überhaupt keinen Deckel gibt, also die Gärreste aus den Biomasseanlagen, Gärreste pflanzlicher Herkunft gedeckelt werden. Das ist unbedingt notwendig.

(Egbert Liskow, CDU: Die habt ihr doch erst erzeugt. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Was ich noch sagen möchte, natürlich, meine Damen und Herren, es ist klar, wir leben in einem Agrarland und wir brauchen die Landnutzung. Wir brauchen die landwirtschaftliche Nutzung zur Produktion von Lebensmitteln, selbstverständlich.

(Egbert Liskow, CDU: Seit wann denn das?)

Keiner und keine von uns lebt von Luft und Liebe allein,

(Jochen Schulte, SPD:
Das ist überhaupt so. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Außer Herrn Schulte natürlich. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

doch diese Landwirtschaft, das ist noch mal ganz wichtig,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

muss innerhalb der von Boden, von Geologie und Klima vorgegebenen Kapazitätsgrenzen stattfinden. Sie darf nicht dem Irrtum eines unbegrenzten Wachstums hinterherlaufen. Und das tut sie zurzeit.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Nein, tut sie nicht.)

Mit dem Plädoyer einer weiteren Ertragssteigerung und noch mal einer Ertragssteigerung und darauf noch mal eine Ertragssteigerung setzen, das ist eine Richtung, die in eine Sackgasse läuft. Da fährt die Landwirtschaft meines Erachtens gegen die Wand. Wir müssen schnell und wirksam umsteuern und den hier nötigen Paradigmenwechsel kann die ökologische Agrarwende bringen. Eine Ökologisierung der Landwirtschaft, das ist das Vokabular, was ich von Herrn Backhaus auch immer wieder höre – es scheint, er greift unser Vokabular mehr und mehr auf,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

allein mir fehlen da noch die Taten. Mir fehlt wirklich aktives Handeln, denn die Vorschläge, die wir heute auch konkret hier im Plenum unterbreitet haben, zum Beispiel die landeseigenen Flächen, da hat das Land die Hoheit, in die Pachtverträge reinzuschreiben, was dem Lande guttun würde.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das steht doch schon alles drin.)

Dazu gab es überhaupt keine Reaktion, nichts war dazu zu hören. Was ist mit den Trinkwasserschutzgebieten und ökologischem Landbau? Auch dazu gab es keine Reaktion.

(Minister Dr. Till Backhaus: Natürlich.)

Frau Schwenke, auch ich stimme vollkommen zu, wir haben eine mangelhafte Kontrolldichte. Das haben wir hier mehrfach und immer wieder zur Diskussion gebracht. Eine Selbstkontrolle reicht oft nicht aus. Ich bekomme so oft im Winter Anrufe von Menschen, die sagen, jetzt ist hier flächendeckend Gülle ausgebracht worden, es stinkt zum Himmel und der Boden ist gefroren. Das kann nicht im Sinne des Erfinders sein.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das ist verboten, das ist verboten.)

Oder auch die Novelle des Landeswassergesetzes. Selbstverständlich ist sie notwendig. Das mahnen wir jetzt schon fast bei jeder Rede an und wundern uns, warum das aufgekündigt wurde, warum die Ankündigung, dass es eine Landeswassergesetzesnovelle noch in dieser Legislatur geben würde, noch dieses Jahr eigentlich, warum das jetzt ausbleibt. Da wundern wir uns sehr und mahnen das wieder an. Auch das Landeswassergesetz würde bei diesen, Sie haben es geschildert, doch komplexen Problemen eine ganz wichtige Stellschraube sein, um viele Dinge zu verbessern, um dem Nitratproblem und den anderen Stoffen, die im Grundwasser uns große Sorgen machen, gerecht werden zu können.

Ein Aspekt vielleicht noch: Alle haben hier gemeint, das Trinkwasser, was wir als Mineralwasser oder als Leitungswasser natürlich eher trinken, ist gut. Davon gehe ich aus, selbstverständlich.

(Egbert Liskow, CDU: Sehr gut ist das. –
Udo Pastörs, NPD: Das kommt auf
die Menge an und was Sie trinken.)

Dazu haben wir auch kein Wort gegenteilig gesagt.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Aber wo kommt das Trinkwasser denn her? Denken Sie doch mal einen Schritt weiter! Das Trinkwasser kommt ja nicht einfach so hier vom Himmel gefallen und dann ist es bei uns im Trinkbecher oder in der Kaffeekanne. Nein, das Trinkwasser gewinnen wir aus dem Grundwasser. Deswegen müssen wir uns natürlich um das Grundwasser besonders ...

(Minister Dr. Till Backhaus:
Alles Gute kommt von oben.)

Genau, so machen wir das.

Den Kreislauf des Wassers, Sie kennen den Kreislauf des Wassers, muss ich hier nicht schildern.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Andreas Butzki, SPD, und
Egbert Liskow, CDU: Doch, doch! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber man kann nicht so tun, man kann jetzt nicht so tun, als ob, nur weil das Trinkwasser in guter Qualität durch

die Wasserwerke bereitgestellt wird, damit das ganze Problem ...

(Torsten Renz, CDU: Ich kenne den Kreislauf
zwar, ich möchte es aber gern von Ihnen
noch mal hören. – Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Uninteressant, weil ich gucke jetzt nicht tiefer. Das Trinkwasser kommt ja aus der Wand, kommt aus dem Hahn.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Jochen Schulte, SPD)

Nein, es muss gewonnen werden. Es muss gewonnen werden aus dem Grundwasser. 85 Prozent unserer Trinkwasserressourcen, Rostock hat da eine andere Lösung, kommen aus dem Grundwasser. Deswegen brauchen wir eine hohe Sorgfalt im Umgang mit diesem Grundwasser. Alles, was ich oben hineingebe, kommt auch irgendwann im Grundwasser an. Und die Beharungsfrequenz von Stoffen – das kann man bei den Pestiziden durchaus so sagen, aber dass Sie das jetzt hier auf das Nitratproblem transferieren –

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

halte ich für hochgradig fragwürdig, denn die Aussagen der Experten sind ja klar. Die reden von einem gleichbleibend hohen und problematischen N-Eintrag. Nicht der Gehalt im Grundwasser oder Bewegungsflüsse im Grundwasser, sondern der Eintrag ist nach wie vor problematisch.

Da ich jetzt davon ausgehe, dass Sie dem Antrag hier mehrheitlich nicht zustimmen werden, würde ich doch noch zur Abstimmung stellen, dass wir den Antrag in den Agrarausschuss überweisen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Egbert Liskow, CDU: Das hilft
auch nichts. Dadurch wird der
Antrag auch nicht besser.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Karlowski.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zunächst zu dem eben mündlich vorgetragenen Antrag, diesen Antrag in den zuständigen Ausschuss zu überweisen. Wer möchte dem Vorschlag von Frau Dr. Karlowski folgen? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und NPD abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion auf Drucksache 6/3502 in der vorliegenden Fassung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer Enthalt sich? – Vielen Dank. Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3502 bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, NPD und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15**: Aussprache zum Thema gemäß § 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages – Innere Sicherheit stärken – Heimatschutz statt Islamisierung, von der Fraktion der NPD beantragt.

**Aussprache zum Thema
gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT
Innere Sicherheit stärken –
Heimatschutz statt Islamisierung**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Köster für die Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erinnern wir uns: „Wir sind das Volk“ – unter diesem Motto forderten vor 25 Jahren immer mehr Deutsche in der Deutschen Demokratischen Republik das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit sowie auf staatliche Selbstbestimmung. Sie lehnten sich gegen ein politisches System auf, das seine eigenen Bürger in Geiselschaft nahm.

Wie sieht es heute in unserer Heimat aus? Im Artikel 8 des Grundgesetzes ist die Versammlungsfreiheit geregelt. Dort heißt es unter anderem wie folgt: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“ Von diesem Grundrecht machen seit vielen Monaten Bürger mit sogenannten Montagsdemonstrationen Gebrauch.

Zunächst war es ein Protest gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung, die fehlende Souveränität der Bundesrepublik Deutschland sowie die verfehlte Sozialpolitik, der zu diesen Montagsdemonstrationen führte. Mittlerweile gehen seit vielen Wochen Zehntausende Bürger gegen die deutlich spürbare Überfremdung und für die eigene Identität wieder auf die Straße.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Endlich trauen sich die Bürger wieder, ihre Meinung auch öffentlich zu bekunden.

(Udo Pastörs, NPD:
Ist ja schon mal ein Anfang.)

Allein in Dresden gingen am vergangenen Montag fast 11.000 Bürger für die eigene Identität und gegen den Überfremdungswahn auf die Straße.

(Beifall Udo Pastörs, NPD –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Und 9.000 dagegen.)

Sie wissen, dass wir Bürger wachsam sein müssen –

(Udo Pastörs, NPD: Na, waren
es nicht neun, Herr Ritter?)

wachsam auch deshalb, weil die Grundrechte zunehmend eingeschränkt, missliebige Meinungen verfolgt werden

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh Gott!)

und die politische Beeinflussung nicht einmal vor den Kindern haltmacht.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Köster, ich bitte Sie, doch zur Sache zu sprechen.

Stefan Köster, NPD: Ich spreche zur Sache, Frau Präsidentin.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bisher haben wir nur etwas über irgendwelche Demonstrationen gehört. Die finden aber nicht hier in Mecklenburg-Vorpommern statt

(Udo Pastörs, NPD: Doch! Auch!)

und insofern sprechen Sie nicht zur Sache.

(Udo Pastörs, NPD: Warten Sie es ab!)

Ich habe Sie nicht um Ihre Meinung gebeten!

Stefan Köster, NPD: Die Demonstrationen fanden unter anderem auch in Güstrow statt, Frau Präsidentin.

Sie wissen, die Verteufelung der Bürgerproteste durch die politische Klasse und Medium belegen dies eindeutig.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Medium? Das Medium. Köster,
das Medium.)

Viele Deutsche fühlen sich, Herr Ritter, immer fremder in der eigenen Heimat. Eine Ursache hierfür ist die schleichende, dennoch deutlich wahrnehmbare Islamisierung Europas,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Oh Gott, oh Gott, oh Gott, oh Gott!)

insbesondere Deutschlands.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Jaja, besonders nachts.)

Auch wenn Sie und Ihresgleichen immer wieder entgegen, in den neuen Bundesländern gäbe es ja nur wenige Ausländer, trügt der Schein, denn die gleiche Behauptung hätten wir in vielen Ballungszentren vor wenigen Jahrzehnten auch noch treffen können. Mittlerweile sieht es in den Großstädten, aber auch zum Beispiel im Rhein-Main-Gebiet gravierend anders aus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Und in Mecklenburg-Vorpommern?)

In manchen Städten sind die Deutschen in wenigen Jahren, so das Bundesamt für Statistik,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Und in Mecklenburg-Vorpommern?)

in der Minderheit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oooh!)

Gleiche Entwicklung ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Köster, ich bitte noch mal, zur Sache zu sprechen!

Stefan Köster, NPD: Ich spreche zur Sache.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gemäß Paragraf 43 unserer Geschäftsordnung sind Verfahrensgegenstände Gegenstand der Debatte, die das Land betreffen. Wir haben dazu bisher nichts von Ihnen gehört.

Stefan Köster, NPD: Ich spreche zur Sache, Frau Präsidentin.

(Udo Pastörs, NPD: Zur Islamisierung! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

In manchen Städten, hatte ich gesagt,

(Udo Pastörs, NPD: Ich möchte nicht, dass Sie da eines Tages mit Kopftuch sitzen müssten, Frau Präsidentin.)

sind laut dem Bundesamt für Statistik die Deutschen in wenigen Jahren in der Minderheit und das wird leider auch

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und auf welche Städte in Mecklenburg-Vorpommern trifft das zu?)

irgendwann in den nächsten Jahrzehnten Mecklenburg-Vorpommern betreffen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sagen Sie, welche Städte, Herr Köster?!)

Gleiche Entwicklungen sind auch in vielen anderen europäischen Ländern zu beobachten. Ein Grund – und hiervon ist Mecklenburg-Vorpommern auch immer mehr betroffen – ist die Einreise Hunderttausender Asylbetrüger,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aah! Hunderttausende!)

die, auf Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern bezogen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Millionen und Abermillionen!)

zu massiven Problemen und Verwerfungen führen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was sind Asylbetrüger? Können Sie das mal erklären?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Einen Moment, Herr Köster.

Ich muss an dieser Stelle Ihre Behauptungen auf das Entschiedenste zurückweisen. Das sind Unterstellungen und Zahlen, die hier von Ihnen genannt werden, die so keineswegs zutreffend sind. Das wissen Sie auch. Und ich bitte Sie, das in Ihrem Redebeitrag zu unterlassen.

Stefan Köster, NPD: Für die Bundesrepublik Deutschland und nach dem Königsteiner Schlüssel wird das natürlich auch auf Mecklenburg-Vorpommern aufgeteilt. Für die Bundesrepublik Deutschland sind in diesem Jahr

mehr als 200.000 Asylbewerber eingeschätzt oder vorausgesehen worden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Geht doch! Geht doch!)

Die Suppe dieser volksvergessenen Politik

(Heinz Müller, SPD: Davon für Mecklenburg-Vorpommern zwei Prozent.)

dürfen allerdings die Bürger mal wieder allein auslöffeln. Von den Politikern können sie, obwohl die Probleme auch in unseren Kommunen gravierend sind, mit ganz wenigen Ausnahmen, keine Hilfe erwarten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das stimmt doch gar nicht.)

sind diese Politiker doch für diese fatale Entwicklung verantwortlich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Welche fatale Entwicklung denn, Herr Köster? – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vielmehr werden jene Bürger für ihre Zivilcourage

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na, welche denn? Welche denn?)

von den etablierten Parteibonzen gar noch beschimpft und diskriminiert.

Große Veränderungen haben ihren Anfang bekanntlich nicht am Schreibtisch, sondern auf der Straße.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Im Unterschied zur Wannseekonferenz.)

Daher nehmen viele Deutsche das Heft des Handelns endlich wieder selbst in die Hand. Güstrow, Bautzen, Berlin, Dresden, Hamburg, Hannover, Kassel,

(Udo Pastörs, NPD: Düsseldorf!)

Köln, München, Schneeberg oder Völklingen –

(Michael Andrejewski, NPD: Rostock!)

in allen Bundesländern und zum Glück auch in Mecklenburg-Vorpommern gehen Hunderte bis Tausende Deutsche seit Monaten gegen Asylbetrug, die Islamisierung unserer Heimat

(Udo Pastörs, NPD: Überfremdung.)

und für das Recht auf Selbstbestimmung und Identität auf die Straße.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Überall im Land, und glücklicherweise auch hier in Mecklenburg-Vorpommern, entstehen Bürgerinitiativen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die sich den Überfremdungsextremisten von den LINKEN bis zur CDU entgegenstellen,

(Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

und in denen Bürger ihre Grundrechte wahrnehmen.

Die Medien hüllten sich über den berechtigten Protest bislang in Schweigen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Köster, ich muss Sie noch mal unterbrechen. Ich weise Ihre Äußerungen, die Sie hier pauschal gegenüber politischen Verantwortungsträgern äußern,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Lass den doch labern da!)

und da haben Sie ja offensichtlich alle demokratischen Fraktionen und alle demokratischen Parteien dieses Landes miteinbezogen, auf das Entschiedenste zurück. Dazu haben Sie kein Recht und ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie das bitte unterlassen mögen.

(Michael Andrejewski, NPD: Demokraten dürfen nicht kritisiert werden. – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Stefan Köster, NPD: Die Medien hüllten sich über den berechtigten Protest bislang in Schweigen. Mittlerweile werden die Veranstalter und Teilnehmer aber beschimpft oder verunglimpft. Die Parallelen zur DDR werden immer deutlicher.

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD – Helmut Holter, DIE LINKE: Wehrhafte Demokratie nennt man das, Herr Köster.)

Zunehmend sind in der Bundesrepublik Deutschland und somit auch in Mecklenburg-Vorpommern die Grundrechte bedroht.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Insbesondere die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit werden massiv eingeschränkt und die Bürger erheblichem Unrecht ausgesetzt. Es ist zum Beispiel Unrecht, wie Sie wissen, wenn Medien Nachrichten derart zensieren, dass die Bürger über den wahren Ausmaß der Ausländerkriminalität nicht informiert werden

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das wahre Ausmaß!)

oder, Herr Ritter, wenn Versammlungen blockiert werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Erst mal eine Tüte Deutsch nehmen und dann die Reden halten.)

Das ist Unrecht, Herr Ritter.

Die NPD spricht allen Veranstaltungen hier in Mecklenburg-Vorpommern mit der Zielrichtung, ein deutliches Zeichen gegen Asylbetrug, Islamisierung sowie für das Recht auf Identität und Heimat zu setzen, ihre Solidarität aus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Für die NPD ist es eine Selbstverständlichkeit, sich den Protestaktionen anzuschließen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, echt?!)

Gemeinsam mit den Veranstaltern eint uns der Wille,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

in einem Deutschland – und somit auch in Mecklenburg-Vorpommern – zu leben, das weder fremdbestimmt noch überfremdet ist. Die NPD sieht in den Protestaktionen daher den Beleg dafür,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie hoch ist noch mal der Ausländeranteil in Mecklenburg-Vorpommern?)

dass die Deutschen endlich ein neues Selbstbewusstsein entwickeln – ...

Herr Dr. Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, bitte.)

wir haben offiziell 2,3 –

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah!)

das wird manchmal gesagt –,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr schön.)

manchmal wird auch 1,9 ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr schön.)

In Westdeutschland war der Ausländeranteil in den 60er-Jahren genauso gering.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das glaube ich aber nicht.)

... getreu dem Motto „Wir sind das Volk“. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat die Abgeordnete der CDU-Fraktion Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man den gerade gemachten Ausführungen so unkommentiert zuhört, kann man den Eindruck bekommen, Deutschland, ja, Mecklenburg-Vorpommern würde überschwemmt von Muslimen und jeder dieser Muslime hätte nur ein Ziel – die Einführung der Scharia in Deutschland. Laut Ausländerzentralregister hatten 2014 gerade mal 2,4 Prozent der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern ausländische Wurzeln.

(Stefan Köster, NPD: Wehret den Anfängen!)

Der Anteil an Muslimen ist für Mecklenburg-Vorpommern fast nicht messbar

(Udo Pastörs, NPD: Noch nicht!)

und liegt bei 0,5 Prozent.

(Udo Pastörs, NPD: Noch nicht!)

Es besteht also keinesfalls die drängende Notwendigkeit,

(Stefan Köster, NPD: Das war vor 30 Jahren in Westdeutschland auch so, Frau Friemann-Jennert.)

von einer Gefahr der Islamisierung zu sprechen. Aus muslimischem Leben wird nach Ihrer Definition per se Islamismus gemacht. Es wird ein Generalverdacht für alle Angehörigen einer Religion geäußert, den wir hier in diesem Hohen Hause ganz ausdrücklich nicht mittragen können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wir gerade ausführlich mit anhören mussten, wird der Begriff „Islamismus“ benutzt, um eine grundsätzliche Islamkritik zu üben

(Udo Pastörs, NPD: Die Ergebnisse daraus.)

und um darin eine weitergehende Ausländerkritik zu verpacken. Muslime, also alle Angehörigen der Religion des Islams, werden einfach als Projektionsfläche missbraucht, um Angst zu schüren,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das haben wir alles schon mal erlebt.)

um all das aufzubieten, was einen Durchschnittsdeutschen an Ausländern stören könnte.

Richtig ist, dass der radikale Islamismus von der Landes- und der Bundesebene beobachtet wird. Es geht dabei aber nicht um eine Diffamierung der Religion des Islam – wie in Ihrer beantragten Aussprache –, sondern es geht um die Beobachtung von Fanatikern.

(Udo Pastörs, NPD: Es wird nichts diffamiert.)

Fanatiker sind – allgemein definiert – Menschen, die durch das unbedingte Für-wahr-Halten ihrer Vorstellung von Religion oder Lebensgestaltung und meistens durch Intoleranz gegenüber jeder abweichenden Meinung charakterisiert werden,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist ja wie bei der NPD.)

Menschen, die keinerlei Zweifel an der Richtigkeit und dem besonderen Wert ihrer Überzeugungen haben und dabei einer vernünftigen Argumentation nicht zugänglich sind.

Da schließt sich der Kreis wieder. Genau aus diesem Grund werden nicht nur radikale Islamisten vom Verfassungsschutz genau beobachtet und untersucht, sondern auch Sie, meine Herren von der Fensterfraktion.

(Heinz Müller, SPD: Und das ist auch gut so. – Stefan Köster, NPD: Die Staatssicherheit hat auch viel überprüft.)

Meine Damen und Herren, mit radikalen Islamisten und Salafisten, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Scharia, also das islamische Recht, als einzige und allumfassende Gesetzesgrundlage einzuführen, bei der

kein Platz für demokratische Mehrheitsentscheidungen und wenig Raum für selbstbestimmtes Handeln sind, mit deren extremistischer Vorstellung sind unsere Verfassungsprinzipien wie Volkssouveränität, Gewaltenteilung und den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten unvereinbar.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Deshalb werden diese Fanatiker – und ich will das entsprechend betonen: genau wie Ihre Partei, Herr Köster – vom Verfassungsschutz beobachtet.

(Stefan Köster, NPD: Ja.)

Deshalb befassen sich sowohl der Bund als auch die Länder intensiv mit der Bedrohung durch diese Fanatiker. Mecklenburg-Vorpommern weist aber aufgrund seiner Bevölkerungsstruktur nur vereinzelt Bezüge zum islamistischen Extremismus auf. Lesen Sie den Verfassungsschutzbericht, da steht einiges darüber drin!

(Stefan Köster, NPD: Ach, dieses Märchenbuch!)

Aufgrund der Bedrohung, die von diesem extremistischen Spektrum ausgeht, wird dieses auch weiter genau beobachtet. Aber radikale Islamisten und Salafisten sind eben ganz ausdrücklich nicht gleichbedeutend mit einer Diffamierung der gesamten Religion des Islam, so, wie wir es gerade wieder mit anhören mussten.

(Udo Pastörs, NPD: Es gibt gar keinen unpolitischen Islam.)

Was Sie mit Ihrer Aussprache hier bezwecken,

(Stefan Köster, NPD: Sie haben überhaupt keine Ahnung!)

ist nicht in Ordnung.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sie scheren jeden Ausländer, jeden Muslimen und jeden Islamisten über einen Kamm.

(Stefan Köster, NPD: Ich habe Bekannte, die Muslime sind.)

Ihnen sind wahrscheinlich die Unterschiede nicht einmal bekannt. Es interessiert Sie auch gar nicht. Ihnen geht es doch gar nicht um das Aufzeigen von Bedrohungen,

(Udo Pastörs, NPD: Die Kenntnis liegt nur auf Ihrer Seite. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ihnen geht es nur um das Schüren von Angst.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau so. – Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Und Hass.)

Und ich sage Ihnen: Ja, die Demokratie wird bedroht. Die Demokratie wird seit jeher bedroht. Die Demokratie wird bedroht von links, sie wird bedroht von rechts

(Stefan Köster, NPD: Und vor allem von der CDU.)

und sie wird bedroht von radikalen Salafisten. Aber Demokratie ist auch wehrhaft.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Sie ist wehrhaft mit Worten, sie ist wehrhaft, indem sie Bedrohungen aufführt und benennt

(Udo Pastörs, NPD: Fern von jeder Gefahr ist die Mehrheit.)

und sie ist wehrhaft mit Taten. So befasst sich die Innenministerkonferenz regelmäßig mit der Thematik,

(Udo Pastörs, NPD: Und mit Bomben.)

wie auch gerade bei der IMK in Köln.

(Udo Pastörs, NPD: Bomben auf Irak.)

Auch der Bundesminister hat die Bedrohungen ständig im Blick. Erst im September wurde die Extremistengruppe Islamischer Staat in Deutschland verboten. Jegliche Betätigung des IS ist damit untersagt.

(Udo Pastörs, NPD: Aber nicht unterbunden.)

Dazu zählen Propaganda in sozialen Medien und bei Demonstrationen sowie das Spendensammeln für den IS. Auch das öffentliche Tragen von Kennzeichen des IS oder die Verwendung von Abbildungen und Darstellungen sind verboten.

(Udo Pastörs, NPD: Und damit ist das Problem erledigt, meinen Sie?)

Auf Bundesebene sind im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorabwehrzentrum der islamische Terrorismus und seine Bekämpfung ein wichtiger Aufgabenbereich. Die Innenministerkonferenz beschäftigt sich laufend mit der Thematik

(Udo Pastörs, NPD: Warten Sie mal, bis die ersten Bomben hier hochgehen!)

und hat sich dafür ausgesprochen, Verdächtigen neben dem Reisepass auch den Personalausweis zu entziehen. Stattdessen sollen sie eine Art Ersatzausweis bekommen, mit dem sie Deutschland nicht verlassen dürfen.

(Stefan Köster, NPD: Ich würde sie ausreisen lassen und nicht wieder einreisen lassen.)

Das Bundesinnenministerium steht diesem Gedanken äußerst positiv gegenüber.

Also suggerieren Sie den Menschen nicht, diese Bedrohung würde nicht gesehen!

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Sie wird sehr wohl gesehen und sie wird sehr ernst genommen.

(Udo Pastörs, NPD: Aha!)

Aber dass es eine solche Bedrohung der Demokratie gibt, das bedeutet dennoch nicht, dass wir Menschen,

(Udo Pastörs, NPD: Was für eine Demokratie? Welche meinen Sie da? Die Deutsche Demokratische? Die DDR-Demokratie oder die BRD-Demokratie?)

die aufgrund einer solchen extremistischen Bedrohung oder anderen Bedrohung in ihren Heimatländern verfolgt werden, dass wir diesen Menschen hier nicht Zuflucht gewähren. Natürlich gewähren wir denen nach unseren Möglichkeiten Hilfe und Schutz. Das ist nämlich ein Teil, ein sehr wichtiger Teil des Kampfes gegen den Terror. Wir geben den Menschen Zuflucht und Hoffnung. Wir unterstützen die Hilfesuchenden hier im Land, aber auch vor Ort, beziehungsweise wir unterstützen die Länder, die direkt aufgrund gemeinsamer Grenzen von den Flüchtlingsströmen betroffen sind. Das werden wir auch weiterhin so handhaben.

Und nur, weil es fanatische Anhänger der Religion des Islam gibt – auch hier in Deutschland –, sind doch nicht alle Muslime verdächtig oder mit religiösen Terroristen gleichzusetzen. Ich denke, die Politik der Bundesregierung und auch die der Landesregierung befasst sich ausgiebig mit den Salafisten. Was es nicht braucht – weder für die politische Arbeit noch für das Zusammenleben der Menschen

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla!)

mit Muslimen vor Ort –, sind solche üblen Verunglimpfungen, wie Sie sie gerade geäußert haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Und ich,

(Stefan Köster, NPD: Wir sprechen uns nochmal, wenn Sie die Burka tragen dürfen. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ich appelliere ganz ausdrücklich ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mein Gott, lass Hirn vom Himmel regnen! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde, dass die letzten Bemerkungen seitens der Vertreter der NPD-Fraktion nicht hinzunehmen sind. Das ist ein persönlicher Angriff auf Frau Friemann-Jennert. Ich weise das entschieden zurück.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und, Herr Köster, da Sie wieder geneigt sind, das zu kommentieren, erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. Sie wissen, dass Sie Bemerkungen, die wir hier oben machen, nicht zu kommentieren haben.

Im gleichen Atemzug weise ich Sie, Herr Pastörs, darauf hin, dass Sie hier nicht mit abfälligen Bemerkungen, wie „Bla, bla, bla“ und was Sie da so wieder von sich geben, in die Debatte eingreifen sollten. Es gibt genügend Möglichkeiten, sich hier qualifiziert zu äußern.

Bitte schön, Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich appelliere ganz ausdrücklich an die Menschen im Land, sich von solchen Ausführungen, wie wir sie eben gehört haben, keine Angst machen zu lassen. Lassen Sie sich als Bürger nicht von der NPD benutzen!

(Udo Pastörs, NPD: Bleiben Sie Demokrat!)

Lassen Sie sich nicht für deren Ziele vor deren Karren spannen! Mit der ausländerfeindlichen Hetze und den islamfeindlichen Äußerungen werden nur Ängste und Vorurteile geschürt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Die Innenpolitiker in Land und Bund kümmern sich um jegliche Bedrohung der Demokratie,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Michael Andrejewski, NPD: Jaja.)

haben diese im Blick und handeln auch

(Stefan Köster, NPD: Natürlich.)

im Rahmen der Möglichkeiten,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die die Demokratie gewährt.

(David Petereit, NPD:
Das wissen Sie doch besser.)

Es gibt keine Islamisierung unseres Rechtsstaates. Ho-GeSa, Pegida, Dügida, Rogida, wie diese ganzen Gruppen heißen,

(Stefan Köster, NPD:
Da sprechen die Gerichte aber in
Bremen schon eine andere Sprache.)

sind nichts anderes als der Versuch von rechtsnationalen Gruppen, die Ängste in der Bevölkerung zu schüren

(Michael Andrejewski, NPD:
Gleich verbieten!)

und sich diese Angst für ihre Zwecke zu eigen zu machen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Politikexperten äußern sogar, dass es die NPD betrübe, weil ihr Hauptthema von Strömungen besetzt werde, die der NPD nicht folgten,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

was bedeutet, beide Seiten der Medaille weiter genau zu beobachten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bundesregierung hat bekräftigt – und dem schließe ich mich ausdrücklich an –, es gibt keinerlei Bestrebungen, die Zuwanderung von Muslimen zu beschränken.

(Michael Andrejewski, NPD: Natürlich nicht.)

Religion ist kein Hinderungsgrund für eine Einwanderung. Menschen aller Glaubensrichtungen sind in Deutschland willkommen und das grundgesetzlich gewährte Recht der Religionsfreiheit wird auch ihnen in Deutschland ermöglicht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, Fanatiker gibt es überall – im Christentum, im Islam, im Judentum und auch bei den Konfessionslosen. Davon konnten wir uns ja gerade wieder überzeugen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Die NPD nennt ihren Hass auf andere Völker dann auch noch „Heimatschutz“. Heimatschutz, wie ich ihn verstehe, ist einer der wichtigsten Aufgabenbereiche der Bundeswehr.

(Michael Andrejewski, NPD:
In Afghanistan.)

Er umfasst unter anderem die Amtshilfe in Fällen von Naturkatastrophen und bei schweren Unglücksfällen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte unterstützen die aktiven Bundeswehrtruppen vor Ort.

(Udo Pastörs, NPD: Als Söldner
für die Amis, das kennen wir.)

Es geht dabei um Krisenvorsorge, um Engagement vor Ort.

(Udo Pastörs, NPD:
Demokratie herbeibomben. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Die Aufgabe ist wichtig und versinnbildlicht die Bedeutung des Heimatschutzes.

(Udo Pastörs, NPD:
Demokratie herbeibomben.)

Aber der von Ihnen benutzte völkische Begriff des Heimatschutzes zeigt nur wieder, wes Geistes Kind Sie sind und in welcher Tradition Sie damit stehen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Sie sind gegen das Volk.)

Ihr polemischer Antrag ist weder mit meinem christlichen Weltbild noch mit den Überzeugungen meiner Fraktion und auch nicht mit den Ansichten der demokratischen Fraktionen dieses Landtages vereinbar.

(Stefan Köster, NPD: Es heißt doch im
Christentum „Liebe deinen Nächsten“
und nicht „Liebe den Fremden“.)

Wir lehnen Ihren Antrag, wir lehnen Ihre Ausführungen grundsätzlich ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Ursachen für Strukturwandel bei den Handwerksberufen überprüfen – Handwerksnovelle aus 2004 evaluieren, auf Drucksache 6/3501.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Ursachen für Strukturwandel bei
den Handwerksberufen überprüfen –
Handwerksnovelle aus 2004 evaluieren
– Drucksache 6/3501 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Waldmüller für die Fraktion der CDU.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Handwerk hat goldenen Boden.)

Wolfgang Waldmüller, CDU: So ist es. So ist es, Herr Ritter.

(Udo Pastörs, NPD: Das
Kfz-Handwerk vor allen Dingen.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu Beginn des Jahres hat die Europäische Kommission Vorhaben zur Schwächung des deutschen dualen Ausbildungssystems und zur Abschaffung des Meistertitels vorerst ad acta gelegt und wir haben das seinerzeit sehr begrüßt. Ich freue mich darüber, dass diese Diskussion vorerst vom Tisch ist. Die EU-Kommission beabsichtigt nicht mehr, den Meisterbrief zu verändern.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ich halte das für wichtig, weil ich ganz und gar nicht der Auffassung bin, dass eine Angleichung von Ausbildungssystemen, zum Beispiel auf europäischer Ebene, so erfolgen sollte, dass die erfolgreichsten Systeme an die weniger erfolgreichen angepasst werden. Der Anpassungsprozess muss meiner Meinung nach genau umgekehrt erfolgen, auch wenn es dadurch in anderen Ländern anderer Strukturen bedarf.

Auch deswegen beobachten wir die aktuelle Transparenzinitiative der EU-Kommission, in der alle reglementierten Berufe überprüft werden, sehr kritisch. Es ist doch sonderbar, dass die Kommission unser duales System als Best-Practice-Beispiel lobt, dass die Kommission anderen Mitgliedsstaaten die duale Ausbildung im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit empfiehlt, aber gleichzeitig unseren Meisterbrief als Hemmnis für den Binnenmarkt angreift. Wer den Meisterbrief infrage stellt, legt die Axt an das erfolgreiche Ausbildungssystem an, mehr noch, er gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

In der vergangenen Woche gab es ein weiteres klares Bekenntnis der Bundestagskoalitionsfraktionen zum Meisterbrief. Auch der Bundesrat hat sich entsprechend positioniert. Das ist ein starkes Signal an Brüssel.

Meine Damen und Herren, eine Aufweichung unseres erfolgreichen deutschen dualen Ausbildungssystems trägt in keiner Form zur Sicherung unserer Spitzenqualifikation in Industrie, Handel und Handwerk bei. Klar ist

aber auch, eine Aufweichung unseres erfolgreichen Ausbildungssystems droht nicht nur durch mögliche Direktiven aus Brüssel. Um die duale Ausbildung zu schützen, gibt es gute Gründe, auch vor der eigenen Haustür zu kehren.

Im Jahr 2004 wurde die Handwerksordnung durch die damalige rot-grüne Bundesregierung novelliert. Es war die erste nennenswerte Überarbeitung seit dem Inkrafttreten der Handwerksordnung im Jahr 1953. Ziel war es, Existenzgründungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erleichtern – so weit, so gut – und weiterhin die Inländerdiskriminierung durch den Meisterzwang abzubauen. Seit der Novelle aus dem Jahr 2004 hat sich nun ein Strukturwandel bei den Handwerksberufen ergeben.

Mit einer Evaluierung wollen wir helfen, erstens Fehlentwicklungen sichtbar zu machen, zweitens Fehlentwicklungen zu dokumentieren und – an die Evaluierung anschließend – drittens nach Möglichkeit Fehlentwicklungen abzustellen. Wir wollen wissen: Wie sieht es mit den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen aus? Welche Auswirkungen hatte die Novelle auf die Quantität der dualen Ausbildung? Und vor allem: Wie hat sich die Handwerksnovelle auf die Qualität der dualen Ausbildung ausgewirkt?

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich den im Antrag dargestellten Verdacht in Bezug auf die Handwerksordnung in aller Kürze begründen. Ich will auf die uns bereits bekannten Entwicklungen eingehen: Durch die Gesetzesanpassung von 2004 wurde die Zahl meisterpflichtiger Handwerke von 94 auf 41 Handwerke gesenkt. Während die Handwerksordnung nach der Anlage A eine Meisterpflicht vorsieht, ist diese für die Handwerke nach Anlage B nicht mehr erforderlich.

Ich will mich in meinen Bewertungen bewusst zurücknehmen, denn der Antrag selbst fordert ja dazu auf, sich zunächst ein umfassendes Bild zu machen, an das sich eine seriöse Bewertung anschließt. Gleichwohl besteht aber ein nicht von der Hand zu weisender Anfangsverdacht. Ich möchte dazu auch einen Briefwechsel der CDU-Fraktion mit den Handwerkskammern hier im Land zitieren. Wir wollten von den Kammern wissen, welche Auswirkungen die Veränderung der Meisterpflicht auf das Handwerk in unserem Land gehabt hat oder haben könnte. Deswegen haben wir uns eine Darstellung der Entwicklung der Meisterbetriebe nach den beiden Anlagen der Handwerksordnung geben lassen, und zwar seit dem Jahr des Inkrafttretens der Novelle.

Im Antwortschreiben der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern an die CDU-Fraktion wird darauf hingewiesen, dass Mecklenburg-Vorpommern im Zeitraum vom 1. Januar 2004 bis zum 31. Dezember 2013 lediglich einen Zuwachs von 5 Prozent von Handwerksbetrieben nach Anlage A, also die meisterpflichtigen Handwerksbetriebe, verzeichnet. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der nicht meisterpflichtigen Handwerksbetriebe nach Anlage B jedoch um 36 Prozent.

Ich befürchte, dass diese Entwicklung vor allem eine schleichende Entwertung des Meistertitels und damit auch eine Aufweichung von Standards der dualen Ausbildung zur Folge hat. Der Meistertitel befähigt dazu, ein Handwerk selbstständig auszuüben oder einen eigenen Betrieb zu führen. Er befähigt aber vor allem dazu, auch

Auszubildende einzustellen und auszubilden. Wenn aber der Anteil nicht meisterpflichtiger Handwerksbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern gegenüber den meisterpflichtigen so deutlich steigt, dann sollte dem einmal nachgegangen werden. Nichts anderes fordert der vorliegende Antrag.

Wir behandeln hier ein Anliegen, das auf Mecklenburg-Vorpommern ausstrahlen wird. Der eigentliche Adressat ist aber die Bundesrepublik, und deswegen ist die Frage berechtigt, wie eigentlich die Chancen stehen, um in geeigneter Weise und im Sinne des Antrags auf die Bundespolitik einzuwirken. Wir wollen die Landesregierung in ihren Handlungsoptionen hier nicht einschränken, sondern ihr bewusst verschiedene Wege offenlassen. Ich denke, dass das entsprechende Engagement, gleich welcher Art, erfolgreich sein kann.

Warum sage ich das? – Wir haben uns zumindest mit unseren Kollegen aus der CDU/CSU-Fraktion zu diesem Thema seit Monaten verständigt und haben zu Beginn der vergangenen Woche während der wirtschaftspolitischen Sprechertagung der CDU/CSU-Fraktion in Dresden noch einmal auf die Entwicklung in unserem Bundesland hingewiesen. Wir haben unseren Vorschlag zur Evaluierung der Handwerksordnung dort auch vorgetragen und dieser Vorschlag stieß auf einhellige Zustimmung, er fand Eingang in die gemeinsame Beschlussfassung in der Dresdner Erklärung.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist aber was Neues dann.)

Und warum sage ich das, Herr Holter? – Offenkundig gibt es in anderen Bundesländern ähnliche Entwicklungen wie bei uns, und offenkundig ist man gewillt, diesen Entwicklungen auf den Grund zu gehen. Bei dieser politischen Großwetterlage bin ich sehr zuversichtlich, dass sich für unser bundespolitisches Anliegen Mehrheiten organisieren lassen. Und wenngleich uns bekannt ist, dass die Motivation für die Evaluation der Handwerksordnung in den anderen Fraktionen vielleicht nicht unbedingt die Qualität der dualen Ausbildung ist, wissen wir, dass es Forderungen für eine Evaluierung auch aus anderen Fraktionen gibt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Gab!
Und abgelehnt wurde durch die
CDU/CSU-Bundestagsfraktion!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist bewusst, dass wir auch mit dem vorliegenden Antrag wahrscheinlich die Meisterpflicht nicht wieder ausweiten können. Die europäische Rechtsprechung verhindert dies. Aber wir müssen Wege finden, die größten Auswüchse zu korrigieren. Wenn wir dabei nicht immer nur mit dem Finger nach Brüssel zeigen, sondern vor der eigenen Haustür kehren wollen, ist eine Überprüfung der Handwerksordnung geboten. Wir fordern also die Landesregierung auf, sich für eine solche Evaluation auf Bundesebene einzusetzen. Ich halte es für wichtig, dass wir hierüber heute in den Meinungs austausch gehen, und freue mich auf die Aussprache. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Waldmüller, für diese Einbringung.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne damit die Aussprache.

Das Wort hat stellvertretend für den Wirtschaftsminister zunächst die Justizministerin Frau Kuder.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn
diese Regierung Frau Kuder nicht hätte! –
Helmut Holter, DIE LINKE: Wir sind Frau Kuder
dankbar, dass sie anwesend ist und zu allen
Fragen, die die Landesregierung betreffen,
sprechen kann. – Beifall vonseiten
der Fraktion DIE LINKE)

Ministerin Uta-Maria Kuder: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ein wirtschaftspolitischer Schwerpunkt der Landesregierung ist die Unterstützung von Handwerk und Mittelstand. Dem Handwerk können in Mecklenburg-Vorpommern 10 Prozent der Bruttowertschöpfung, 14 Prozent der Erwerbstätigen und 25 Prozent des Ausbildungsmarktes zugerechnet werden. 21.200 Handwerksunternehmen beschäftigen rund 102.000 Menschen in unserem Land und bilden 5.061 Lehrlinge aus. Das Handwerk erwirtschaftet einen jährlichen Umsatz von 9 Milliarden Euro.

Die Handwerksordnung regelt, dass in 41 Handwerken die Meisterausbildung Grundvoraussetzung für eine Selbstständigkeit ist. Diese Unternehmen sorgen für eine wirtschaftliche Stabilität auch in konjunkturschwachen Zeiten. Nach der Staatsschuldenkrise im Euroraum haben die Handwerksunternehmen maßgeblich die Stabilisierung in Deutschland und insbesondere auch im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern unterstützt. Die Insolvenzgefährdung im Handwerk ist um fast zwei Drittel niedriger als in der Gesamtwirtschaft. Es ist erwiesen, dass 70 Prozent der neu gegründeten Meisterbetriebe nach fünf Jahren noch am Markt bestehen. Durch die Meisterausbildung werden die Gesellen sowohl in Fachpraxis, in Fachtheorie, in Betriebswirtschaft und als Ausbilder zusätzlich befähigt.

(Beifall Regine Lück, DIE LINKE)

Ergebnis der Handwerksnovelle 2004 war und ist es, dass von 94 zulassungspflichtigen Handwerken der Handwerksordnung 53 Handwerke zulassungsfrei wurden. Für diese besteht seit 2004 für eine Selbstständigkeit im Handwerk keine Meisterpflicht mehr. Bei den zulassungsfreien Handwerken, für deren Ausübung seit 2004 keinerlei Qualifikation verlangt wird, brach die Überlebensrate der Betriebe auf unter 50 Prozent ein. Nach fünf Jahren sind fast 60 Prozent der Gründungen am Markt verschwunden. Auch die Ausbildungsfunktion des Handwerks hat in diesen Gewerken stark gelitten. In den heute zulassungsfreien Handwerken wurde vor der Novelle 2004 noch in 13 Prozent der Betriebe ausgebildet. Heute bilden nach Untersuchungen der Universität Göttingen nur noch 4 Prozent der Betriebe aus. Während 2004 in Mecklenburg-Vorpommern in den zulassungsfreien Handwerken 547 junge Menschen ausgebildet wurden, waren es 2013 noch 127 Auszubildende.

Eine Meisterprüfung haben seit 2004 circa 40 Gesellen in den zulassungsfreien Handwerken absolviert. Aufgrund dieser Zahl halten die Handwerkskammern die Möglichkeit für eine Meisterausbildung in den zulassungsfreien Handwerken aus Kostengründen nicht mehr vor.

Trotz der Abschaffung der Meisterpflicht 2004 in 53 Gewerken hat das zulassungspflichtige Handwerk in Deutschland 2013 im europäischen Vergleich zur erfreulich niedrigen Jugendarbeitslosigkeit von 8 Prozent beigetragen. Nur durch das zulassungspflichtige Handwerk wird die hohe Ausbildungsquote von 11 Prozent im Gesamthandwerk erreicht, denn zu 95 Prozent findet im Handwerk die Ausbildung im zulassungspflichtigen Handwerk und damit in den meisterpflichtigen Gewerken statt.

Das duale Ausbildungssystem wurde kürzlich als vorbildlich in Europa anerkannt. Es erscheint widersprüchlich, wenn die Europäische Kommission gleichzeitig Qualifikationsanforderungen des Handwerks infrage stellt. Mit der Transparenzinitiative der EU-Kommission vom 02.10.2013 werden alle nationalen Reglementierungen des Berufszugangs in Europa nochmals geprüft. Nur durch reglementierte meisterpflichtige Handwerksberufe kann Deutschland die Ausbildungszahlen vorweisen. Deshalb wird immer wieder vonseiten der Politik und Teilen des Handwerks eine Evaluierung der Handwerksnovelle des Jahres 2004 gefordert. In den vergangenen Jahren wurden unter anderem drei parlamentarische Anfragen zum Handwerk an die Bundesregierung gerichtet.

Gegen eine Rückführung der zulassungsfreien Handwerke der Anlage B1 in die zulassungspflichtigen Handwerke der Anlage A der Handwerksordnung werden aber auch verfassungsrechtliche und politische Bedenken vorgebracht. So sind die Wiedereinführung der Meisterpflicht oder die Einführung einer Mindestqualifikation für zulassungsfreie Handwerke vor dem Hintergrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Dezember 2005 kaum möglich. Das oberste deutsche Verfassungsgericht akzeptiert die Meisterpflicht nur in denjenigen Handwerken als Berufszugangsschranke, bei denen eine besondere Gefahrgeneignis vorliegt. Zudem fordert die Europäische Kommission derzeit verstärkt den Abbau von Hindernissen für Unternehmensgründungen und grenzüberschreitende Dienstleistungen mit dem Ziel der weiteren Öffnung des Dienstleistungsbinnenmarktes. Die Wiedereinführung einer weiteren Berufszulassungsschranke würde dem entgegenstehen.

„Es sprechen viele Gründe für den Erhalt der bestehenden Meisterpflicht und als Wirtschaftsminister werde ich mich nachdrücklich für die Beibehaltung dieser Meisterpflicht einsetzen“, so Harry Glawe.

Die Handwerkskammern in Mecklenburg-Vorpommern begegnen seit 2008 gemeinsam mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums der absehbaren Meisterlücke mit der landesweiten Kampagne „Besser ein Meister“. Die Kampagne wird auch 2015/2016 weitergeführt. Ein Schwerpunkt der Landeskampagne ist dabei das zulassungsfreie Handwerk. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte es hier noch mal wiederholen, ich bin Frau Kuder, der Justizministerin, wirklich

dankbar, dass sie in Vertretung des Wirtschaftsministers die Rede vorgetragen hat, nicht nur diese Rede, weil ja bekanntermaßen der Wirtschaftsminister bei der Wirtschaftsministerkonferenz in Stralsund ist. Das ist auch gut so, das war jetzt gar nicht kritisch gemeint, sondern das war wirklich, ja,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Anerkennend. –
Udo Pastörs, NPD: Große Leistung.)

anerkennender Dank, den ich ausgesprochen habe, und es erleichtert mir, bestimmte Dinge hier zu argumentieren.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Dieses Thema, Herr Waldmüller, welches Sie gewählt haben, ist doch ein Lehrstück, wie Politik wirkt. Wenn wir Medizin kaufen, dann werden wir immer aufgefordert, die Folgen und Nebenwirkungen zu berücksichtigen, und wir tun so, Sie tun so, als wenn die EU und die Europäische Kommission etwas wäre, womit wir nichts zu tun haben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber die Bundesrepublik Deutschland ist Bestandteil der Europäischen Union und die Kanzlerin, sie wird ja als starke Kanzlerin in Europa verstanden, hat unmittelbaren Einfluss auf die Geschicke der Europäischen Kommission. Deswegen müssen wir auch heute hier, und das ist ja Ihr Antrag, über Folgen und Nebenwirkungen der europäischen Politik mitentscheiden und mitreden,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Mitentscheiden!)

weil, das haben ...

Das war ein Versprecher, das haben Sie ja verstanden.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Es muss ja jedem zugestanden werden, dass man sich mal verspricht.

Also reden wir heute über Folgen und Nebenwirkungen der europäischen Politik, die durch die Bundesrepublik Deutschland wesentlich mitbeeinflusst wurde. Und deswegen möchte ich in diesem Zusammenhang an Sie appellieren, wenn wir hier über CETA und über das Transatlantische Freihandelsabkommen sprechen, dann reden wir als LINKE genau über die Folgen und Nebenwirkungen solcher politischen Entscheidungen. Wenn nämlich das berücksichtigt worden wäre, worüber wir heute in Übereinstimmung sprechen – im Moment –, dann wäre damals bei den Entscheidungen, die in Europa getroffen wurden, vielleicht etwas anderes passiert, und nicht das, was Sie jetzt befürchten und was auch eingetreten ist.

Herr Waldmüller und Frau Kuder haben die Daten und Fakten bereits dargestellt, deswegen muss ich das jetzt nicht mehr tun – dafür auch meinen Dank. Ich möchte mich mit der Frage des Nutzens und der Wirkung Ihres Antrages beschäftigen. Herr Waldmüller hat es bereits ausgeführt.

Erstens. SPD und GRÜNE, damals in der Bundesregierung, haben in Kauf genommen, dass die Ausbildung und die Qualität in der Ausbildung zurückgehen, um die Zahl

der Existenzgründungen zu erhöhen. Ich will an die Ich-AG erinnern. Das Ziel ist kurzfristig zwar erreicht worden, aber die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter ist eben gesunken, und damit wurde auch das Kernziel, für mehr Beschäftigung im Handwerk zu sorgen, verfehlt.

Zweitens – auch darüber ist in den Vorreden schon gesprochen worden – wird in Brüssel die Meisterpflicht als Marktzugangsbeschränkung gesehen. Andererseits, auch das wurde gesagt, wird Deutschland für die geringe Jugendarbeitslosigkeit gelobt, und dabei, das habe ich bei Ihnen auch so verstanden, gibt es einen Zusammenhang zwischen Meisterpflicht, dualer Ausbildung und Jugendarbeitslosigkeit. Und wenn dieser Zusammenhang verkannt wird – nicht von den Rednerinnen und Rednern im Saal, sondern außerhalb dieses Hauses und auch anderswo –, dann wird sich in absehbarer Zeit hier kaum etwas ändern.

Drittens will ich feststellen, dass SPD und CDU im Bundestag bisher – vielleicht gibt es ja jetzt Bewegung, das weiß ich nicht – keine Veranlassung gesehen haben, die Handwerksnovelle tatsächlich zu evaluieren. Im Wesentlichen geht es doch darum, den Status quo zu sichern.

Hier komme ich jetzt zu einem Punkt, der, glaube ich, zur Ehrlichkeit, auch der CDU, dazugehören sollte: Bereits 2012 hatte DIE LINKE einen Antrag zur Evaluierung im Bundestag eingebracht. Deswegen war ich auch so erstaunt, Herr Waldmüller, dass Sie jetzt von der Evaluierung sprechen. Unser Antrag wurde im Bundestag abgelehnt. Und warum? Dazu darf ich Ihnen die Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion Frau Strothmann anführen. Sie hat in der damaligen Aussprache Folgendes ausgeführt, Zitat: „Evaluierungen sind ein gutes Instrument, um Informationen zu erhalten. Evaluierungen machen aber keinen Sinn, wenn bereits umfangreiches Material und Zahlen vorliegen. Wir Abgeordnete haben die Daten mit etlichen großen und kleinen Anfragen selbst angefordert. Außerdem gibt es die Handwerksstatistik. Das heißt, die Datenlage ist sehr gut, und es widerstrebt mir außerordentlich, Dinge zu evaluieren, die wir bereits wissen.“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aha!)

Ende des Zitats. So weit Ihre Kollegin im Bundestag.

Vielleicht hat ja jetzt etwas, was Sie berichtet haben, Herr Waldmüller, an Erkenntnisprozessen eingesetzt.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich teile diese Einschätzung der Kollegin Strothmann nicht, denn es ist mitnichten geklärt, ob und wo die Meisterpflicht ihren Zweck erfüllt, wo eine Wiedereinführung der Zulassungsbeschränkung sinnvoll wäre und wo nicht.

Und noch mal Frau Strothmann, Zitat: „Die alte HWO war hervorragend zu begründen, und sie hatte daher zu Recht einen gewissen Bestandsschutz. Aber neue Beschränkungen explizit für die Anlage B wird die EU nicht wieder zulassen; das ist ganz klar.“ So habe ich auch Frau Kuder verstanden, als sie den Beitrag von Herrn Glawe hier vorgetragen hat. Weiter in dem Zitat: „Allein schon mit der Debatte gefährden Sie die verbliebene Anlage A, weil deren Rechtfertigung automatisch mit auf den Prüfstand käme. Wir sehen doch bei der Diskussion um die Berufsanerkennungsrichtlinie, wie die EU-Kommission die Anlage A und somit mehr oder weniger

unbeabsichtigt das duale System angreift, jenes duale System, das europaweit und sogar weltweit gelobt wird und gerade in Krisenstaaten zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit aufgebaut werden soll.“ So weit das Zitat der Frau Strothmann.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung befindet sich nach wie vor in einem Machtkampf, so würde ich es beschreiben, mit der Europäischen Kommission. Das Bundeswirtschaftsministerium musste für alle Berufe mit Zugangsbeschränkungen ausführlich darlegen, warum es diese Beschränkungen gibt. Allein das ist schon ein ewiger Kampf.

Ich verstehe den vorliegenden Antrag so, dass nach der Evaluation auch etwas passieren soll, ansonsten würden Sie ja den Antrag – das unterstelle ich jetzt mal positiv, Herr Waldmüller – gar nicht einbringen. Sonst könnten wir uns das hier auch alles sparen. Aber stellen wir uns einmal vor, die Bundesregierung erwägt nach der Evaluation eine Ausweitung der Zulassungsbeschränkungen. Das würde die Europäische Kommission niemals akzeptieren und es würde die derzeitige Debatte erneut befeuern. Aus dieser Sicht ist es fraglich, was der Antrag denn eigentlich bewegen soll. Die Bundesregierung wird sich hüten, in dieser Frage noch literweise Öl ins Feuer zu gießen, auch wenn Mecklenburg-Vorpommern das gerne möchte. Die Bundesregierung wird das Anliegen aus Mecklenburg-Vorpommern dankend zur Kenntnis nehmen, nicht mehr und nicht weniger.

Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, Herr Waldmüller, und die wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU- und CSU-Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen sich verständigt haben, das jetzt auf den Weg zu bringen, da habe ich ja deutlich gemacht, dass wir das ausdrücklich unterstützen, dann keimt vielleicht für einen Moment Hoffnung. In Verbindung mit dieser Hoffnung werden wir Ihrem Antrag auch zustimmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, so sind wir.)

Ich will es hier noch mal klar sagen: Meine Fraktion steht hinter dem Handwerk. Wir sehen die Bedeutung des Handwerks als Ausbilder und Wachstumsmotor. Wir stehen zum System der dualen Ausbildung und dort, wo es sinnvoll ist, sicherlich auch zur Meisterpflicht. Deswegen, das hatte ich bereits gesagt, werden wir Ihrem Antrag zustimmen. Leider können wir heute noch nicht sagen, ob der Antrag dann in Berlin gehört oder verpuffen wird. Ich wünsche mir Ersteres. Vielleicht gelingt es ja, das dann gemeinsam – dann auch nicht nur aus den Landesparlamenten, sondern im Bundestag – solche Anträge, wie wir sie 2012 als LINKE gestellt haben, wie Sie sie jetzt auf den Weg bringen wollen, tatsächlich zu einer Bewegung in Richtung Stärkung des Handwerks führen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Holter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte für die Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie müssen jetzt keine Sorge haben, der Haufen an Papier, den ich hier

vor mir liegen habe, ist nicht mein Redebeitrag. Ich werde mich relativ kurz ...

(Vincent Kokert, CDU: Das sind deine Weihnachtskarten.)

Das sind meine Weihnachtskarten, genau, Herr Kollege Kokert. Und wenn Sie lieb sind,

(Torsten Renz, CDU: Das steht aber jetzt auch im Protokoll.)

wenn Sie lieb sind in dieser Woche, kriegen Sie vielleicht auch eine.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Vincent Kokert, CDU: Ich werde mich bemühen.)

Aber, sehr geehrte Kollegen ...

(Heiterkeit bei Helmut Holter, DIE LINKE: Diese Hoffnung hier.)

Ja, die Hoffnung stirbt zuletzt, nicht wahr? Das ist schon mal so.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, dass ich jetzt zum Antrag komme, weil der Antrag, und das haben ja nun sowohl die Redebeiträge des Kollegen Waldmüller als auch des Kollegen Holter deutlich gemacht, ist für die einheimische Wirtschaft wichtig. Gestatten Sie mir, dass ich am Anfang des Redebeitrages etwas klarstelle. So habe ich meine Vorredner verstanden, aber ich will das ausdrücklich auch noch mal für die SPD-Fraktion hier deutlich machen: Die SPD-Fraktion in diesem Land stand und wird auch zukünftig zum Meisterbrief stehen. Für meine Fraktion ist der Meisterbrief Ausgangspunkt für eine erfolgreiche Existenzgründung und gleichzeitig Garant für eine hohe Ausbildungsqualität.

(Rainer Albrecht, SPD: Genauso ist das. Man verachte mir die Meister nicht!)

Und wir kommen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen dann dazu, dass wir uns tatsächlich mal mit dem Istzustand und natürlich auch mit den Rahmenbedingungen, wie es überhaupt zu diesem Istzustand gekommen ist, beschäftigen müssen, um daraus Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich sehe vielleicht den Schwerpunkt, was die Handwerksnovellierung 2004 angeht, etwas anders liegen, als das der Kollege Holter gebracht hat. Ich gehe eher davon aus, dass es damals in erster Linie die Bemühungen seitens der Europäischen Union, seitens der Kommission waren, unter dem Deckmantel der Deregulierung der Zugangsbeschränkungen oder des Abbaus von Zugangsbeschränkungen tatsächlich auch Regelungen wie den Meisterbrief in der Bundesrepublik Deutschland zu Fall zu bringen. Es hat damals auch in diesem Haus eine Debatte dazu gegeben. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe – ich habe die Landtagsreden dazu nicht mehr nachgelesen –, aber wenn ich mich richtig erinnere, dann ist hier in diesem Haus damals schon deutlich gemacht worden, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt unter den demokratischen Fraktionen, die damals hier vertre-

ten waren, der Auffassung waren – und ich glaube, das sind wir auch alle noch –, dass der Meisterbrief tatsächlich ein Erfolgsgarant für die Unternehmen ist.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da gab es große Übereinstimmung, vollkommen richtig.)

Sehr geehrter Herr Kollege Holter, ich habe das auch so in Erinnerung.

Und vor dem Hintergrund, dass wir uns damals schon damit auseinandergesetzt haben und auseinandersetzen mussten, dass von außen auf uns Druck ausgeübt wird, hier in der Bundesrepublik Deutschland und natürlich damit auch in Mecklenburg-Vorpommern eine Freigabe derjenigen Berufe herbeizuführen, die nicht der entsprechenden Zulassungsverpflichtung oder Genehmigungsverpflichtung durch einen Meisterbrief unterliegen, müssen wir feststellen, dass dieser, ich nenne es mal „Abwehrkampf“, bis heute nicht zu Ende ist. Frau Ministerin Kuder hat das ja auch in Vertretung von Herrn Minister Holter – ach, Minister Holter –, ...

(Heiterkeit bei Helmut Holter, DIE LINKE: Auch nicht schlecht!)

Wenn ich jetzt noch gesagt hätte, das wäre eine freudvolle Fehlleistung,

(allgemeine Heiterkeit)

dann darf ich mich hier nicht wieder sehen lassen,

(Heinz Müller, SPD: Wie hieß er doch gleich?)

aber das ist jetzt nicht so gemeint gewesen.

... nein, in Vertretung von Herrn Minister Glawe deutlich gemacht, dass ja heute auch die Bemühungen seitens der Kommission durch die genannten Transparenzrichtlinien und Transparenzbemühungen auf europäischer Ebene weiter voranschreiten. Wir sind weiterhin in einem europäischen Prozess, in dem tatsächlich alles das, was für Qualität steht, was für hohe Ausbildungsstandards steht im Zusammenhang mit dem Meisterbrief, im Grunde als Wettbewerbsbeschränkung angesehen wird.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns dagegen erfolgreich – zumindest in einem Abwehrkampf in Bezug auf das, was wir bis heute erhalten haben –, wenn wir uns da entsprechend erfolgreich positionieren wollen, dann müssen wir natürlich auch Argumente haben. Das bedeutet, dass wir sagen können, wir haben bis 2004 einen Standard gehabt, der erfolgreich war, und das, was an Novellierung damals gekommen ist, was an Deregulierung gekommen ist, was an sogenanntem Wettbewerbsabbau gekommen ist, das hat zu Nachteilen geführt. Die Zahlen sind von Frau Ministerin Kuder vorgetragen worden und die Zahlen sind auch noch mal von Herrn Kollegen Holter deutlich gemacht worden.

Herr Kollege Holter, gestatten Sie mir dann, zu dem Punkt auch noch mal zu kommen, um das aufzugreifen, was Sie eben gesagt haben: die Bemühungen und welche Zielrichtung eigentlich damit verbunden ist. Ja, ich glaube tatsächlich, dass wir auf Bundesebene eine

Chance haben, die Kolleginnen und Kollegen im Bundestag, aber auch in der Bundesregierung dazu zu motivieren. Ich will es an einem Punkt deutlich machen: Es hat – und das ist dann letztendlich auch der Parallelität der Ereignisse geschuldet – Anfang Dezember auf der Plenartagung des Bundestages einen Antrag der Koalitionsfraktionen gegeben unter dem Titel „Der deutsche Meisterbrief – Erfolgreiche Unternehmerqualifizierung, Basis für handwerkliche Qualität und besondere Bedeutung für die duale Ausbildung“, der sich zwar nicht vordergründig mit dem Thema Evaluation in dem Antragstext beschäftigte, der aber deutlich machte, dass natürlich der Erhalt des Meisterbriefes in den entsprechenden Berufen wichtig ist, und dass dort auch sichergestellt werden muss durch die Bundesregierung, durch ihr entsprechendes Engagement auf europäischer Ebene, das dieser erhalten bleibt.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das möchte ich an dieser Stelle deutlich machen, ungeachtet aller politischen Differenzen zwischen den demokratischen Fraktionen hat es auch dort von CDU über SPD bis zur Linkspartei – der Kollege Ernst hat dort für die Linkspartei geredet – einen Konsens gegeben: Wir brauchen den Meisterbrief, wir wollen ihn erhalten und wir müssen alles tun, damit dieser entsprechend auch gegen die Bemühungen der Europäischen Kommission weiter erhalten bleiben kann.

Vor dem Hintergrund, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, denke ich, dass der hier durch die Koalitionsfraktionen in Ansatz gebrachte Schritt, bei uns im Land eine Evaluation zu starten, dass die Landesregierung auf die Bundesregierung zugeht, um dann entsprechende Maßnahmen durchzuführen, dass das der richtige Weg ist und dass wir dadurch Argumente auch gegenüber der Europäischen Kommission haben und gegenüber denjenigen, die im eigenen Land weiter für Deregulierung sind. Nur so, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, können wir tatsächlich zu einem Erfolg kommen. Es freut mich, Herr Kollege Holter – das ausdrücklich in Ihre Richtung, in die Richtung Ihrer Fraktion gerichtet –, dass Sie den entsprechenden Antrag heute hier in diesem Sinne unterstützen werden. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gerkan für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir Bündnisgrüne stehen einer Evaluierung der Handwerksordnung grundsätzlich sehr aufgeschlossen gegenüber, weil es sinnvoll ist, wirtschaftspolitische Eingriffe, die einmal durchgeführt worden sind, nach einer angemessenen Zeit auch entsprechend zu überprüfen. Vor der Novellierung der Handwerksordnung 2004 ging es vor allem um den Erhalt des Leistungsstandards, um den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Handwerks, um die Nachwuchssicherung für diesen Wirtschaftszweig.

Seit 2004 sieht der Gesetzgeber die Meisterprüfung lediglich für die Handwerksberufe vor, die einen besonderen Schutz für die Gesundheit und das Leben Dritter

zu gewährleisten haben. Beispielsweise unterliegen Fliesenleger oder Raumausstatter keinem Meisterzwang mehr, während auf der anderen Seite Kfz-Mechaniker oder Friseure nach wie vor diesen Großen Befähigungsnachweis, also den Meisterbrief brauchen. Politisch zielte die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2004 darauf ab, den in Handwerksberufen Tätigen einen leichteren Einstieg in die Selbstständigkeit zu ermöglichen, verbunden mit der Erwartung, dass damals die extrem hohe Arbeitslosigkeit abgebaut werden könnte. Dabei ist aber nach wie vor unumstritten, dass gerade die Meisterausbildung, das sehen wir als Bündnisgrüne auch so, mit der Vermittlung von wichtigen betriebswirtschaftlichen Kenntnissen stark dazu beiträgt, dass Handwerker in die Lage versetzt werden, einen eigenen Betrieb qualifiziert führen zu können.

Zudem ist der Anteil von Frauen mit Meistertitel in letzter Zeit stark angestiegen, er hat sich fast verdoppelt. Trotzdem haben es Frauen unheimlich schwer. Die Unterstützung fehlt ihnen und sie müssen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, so wie in anderen Bereichen auch, unter einen Hut bekommen. Dahin gehend halten wir auch in diesem Punkt eine Evaluierung für geboten.

Wie wir auf Rückfrage von der Handwerkskammer Schwerin erfahren haben, hat der Wegfall des Meisterbriefes in einigen Handwerksberufen, wie zum Beispiel dem Fliesenleger, dazu geführt, dass immer weniger junge Menschen in diesem Berufszweig ausgebildet werden. Ein Grund dafür sei, dass selbstständige Handwerker ohne Meisterbrief befürchten, dass die von ihnen Ausgebildeten sich im Anschluss selbstständig machen und somit zur eigenen Konkurrenz werden könnten. Also sie ziehen sich die eigene Konkurrenz damit heran.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Gleichzeitig ist aber auch die Ausbildungsquote in den Handwerksberufen mit Meisterbetrieb, beispielsweise bei den Friseuren, dramatisch gesunken. Dies sei jedoch eher auf die demografische Entwicklung zurückzuführen. Noch ein Grund mehr, hier auf Evaluation zu setzen.

Wenn wir nun über eine Evaluierung der Handwerksordnung 2004 auf Bundesebene reden, so, wie Sie in Ihrem Antrag fordern, sollten wir uns die Entwicklung unserer Handwerksbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern genau ansehen und auch auf regionaler Ebene evaluieren, welche Auswirkungen die Handwerksordnung 2004 konkret auf die Handwerksunternehmen in unserem Land hat und welche weiteren Faktoren auf die Entwicklung unserer Handwerksbetriebe einwirken. Denn es zeigt sich, nicht jede Entwicklung steht in einem ursächlichen kausalen Zusammenhang mit der Frage: Meisterbrief, ja oder nein? Dabei ist unstrittig, dass das Handwerk einer weiteren Förderung bedarf und die Weiterentwicklung der Handwerksbetriebe im Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Anstrengungen stehen sollte.

Noch mal zurück zur Reform der Handwerksordnung 2004. Wenn man davon ausgeht – und Genaues kann man ja erst nach der Evaluierung sagen –, dass sich die Handwerksordnung auf die Entwicklung des Handwerks, insbesondere auf die duale Ausbildung negativ auswirkt, bleibt doch die Frage im Raum, wie wahrscheinlich eine erneute Änderung der Handwerksordnung überhaupt ist. Das klang eben bereits schon an. Wir verweisen an dieser Stelle auf die verstärkte Inanspruchnahme der Dienstleistungs- und

Niederlassungsfreiheit durch Handwerker aus anderen EU-Mitgliedsstaaten. Dabei haben sich sowohl das Erscheinungsbild als auch die Struktur des Handwerks kontinuierlich gewandelt. Im Zuge des fortschreitenden Binnenmarktes müssen die deutschen Handwerksbetriebe daher auf die zunehmende Konkurrenz aus anderen Mitgliedsstaaten reagieren und sich den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen.

Insgesamt kann eine Evaluierung nicht schaden. Es bleibt abzuwarten, was daraus folgt. Wir Bündnisgrünen stimmen aber dem vorliegenden Antrag auf jeden Fall zu. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gerkan.

Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie gestatten mir, dass ich eine Metapher aufnehme von Herrn Holter, der hier mit dem Beispiel der Medizin kam. Herr Holter, die Dosis macht das Gift.

Es ist kein Geheimnis, dass meine Fraktion, dass die Nationaldemokratische Partei Deutschlands grundsätzlich eine Anti-EU-Partei ist.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Deswegen wollen wir sie ja auch
unter fünf Prozent bringen, Herr Pastörs.)

Das heißt aber nicht, dass wir eine antieuropäische Partei sind, sondern wir sind explizit ganz klar eine Anti-EU-Partei.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Deswegen
haben Sie es ja auch nicht nach
Brüssel geschafft, Herr Pastörs.)

Und deswegen hier auch meine Verbindung zu dem Gift, zu der Medizin. Die Dosis macht das Gift. Wir sind davon überzeugt, dass in dem Arzneischränk, den die EU für die europäischen Völker bereithält, sich überhaupt gar keine Medizin befindet, sondern die kleinste Dosis tödlich wirkt, ganz besonders für jene Länder, die auf hohem Niveau auch im handwerklichen Bereich unterwegs sind. Das heißt also, was hier 2004 geschehen ist, das ist nichts anderes als ein untauglicher Versuch, dem zu erwartenden Druck aus Brüssel vorzukommen und eine ganze Reihe von bewährten Handwerksberufen, die den Großen Befähigungsnachweis zu erbringen hatten, nun ganz einfach abzuschaffen. Das Ergebnis haben wir heute gehört. Diese Berufe bilden dann gar nicht mehr aus, und der Grund dafür liegt nicht darin, wie wir gerade gehört haben von der Abgeordneten der GRÜNEN Gajek,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Frau Gajek hat gar nicht geredet.)

dass sie Angst haben, Konkurrenz zu bekommen, sondern die dürfen das oft auch gar nicht, weil sie überhaupt nicht die gesetzlichen Rahmenbedingungen erfüllen, Lehrlinge auszubilden.

Und wenn Sie hier „Evaluierung“ sagen, dann ist nicht nur entscheidend, wie haben sich die Ausbildungs- und die Beschäftigungszahlen entwickelt, sondern ein wesentliches Merkmal einer Bewertung der Veränderung im Handwerk ist die Qualität. Was kommt da hinten heraus? Das wird sehr schwer sein, weil die Qualität – international akzeptiert – im deutschen Handwerk einen sehr, sehr hohen Stellenwert in Europa hat und wir zwangsläufig eine Anpassung in der Qualifikation nach unten erlebt haben. Das ist unstrittig.

Sie versuchen hier erneut, den Eindruck zu erwecken, als könne man in diesem Parlament oder über die Bundesregierung Einfluss nehmen auf die EU-Diktatur in Brüssel. Mitnichten ist das so! Ich erinnere an denselben Zinnober, den Sie hier abgezogen haben im Bereich der Streichung des Diplomingenieurs. Den haben wir zwar nominell noch in ganz bestimmten Bereichen, aber effektiv in der Qualität, in der Substanz hat er nur noch den Titel und damit auch nicht mehr das Ansehen, das er zuvor hatte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in Deutschland in den Meisterberufen jedes Jahr ungefähr 400.000 Auszubildende, 400.000. Wenn die EU, und das wird sie machen, natürlich mit einer nackten Argumentation des Marktes kommt und nicht die Bewertung der Qualität in den Vordergrund stellt, sondern den Wettbewerb inszenieren will, anheizen will, um damit für den Verbraucher angeblich niedrige Preise zu erzielen – das ist nämlich der Hintergrund –, dann wird die Ausbildungsseite, die qualifizierte Heranziehung von Nachwuchs in einem mittelfristigen Zeitraum von zehn Jahren in Deutschland nicht mehr so vorhanden sein wie bis jetzt.

Wir leben gerade im Handwerk schon von der Substanz und das Beneiden von ausländischen Bildungsinstitutionen, das Beneiden unseres dualen Ausbildungssystems wird dann Geschichte sein, weil es das effektiv bei uns nicht mehr nennenswert geben wird: die Ausbildung von 400.000 Auszubildenden jedes Jahr, der Große Befähigungsnachweis, um die Betriebsinhaber auch nachweislich betriebswirtschaftlich zu befähigen, hier bestehen zu können im Markt, das heißt, betriebswirtschaftliche Bildung vermittelt zu bekommen. Das wird auch dazu führen, wie es heute die Frau Ministerin schon erwähnt hat, dass ein ganz hoher Prozentsatz der sich selbstständig machenden nicht meisterbriefpflichtigen Betriebe sehr schnell vom Markt verschwinden wird.

Und wenn sich hier die CDU hinstellt und eine Rede hält, genau exakt die Rede, die gehalten worden ist von dem Sprecher der CDU in der 66. Landtagssitzung, Wort für Wort bis auf einige, ich möchte sagen, Anpassungen an die aktuelle Situation, dann ist das ein Armutszeugnis, wenn man das bedenkt. Ich möchte das hier mal zitieren, was der Herr Waldmüller gesagt hat in der 66. Sitzung: „Die EU-Kommission beabsichtigt ... nicht mehr, den Meisterbrief zu verändern.“ Das ist eine glatte Lüge. Damit streuen Sie den Handwerksmeistern Sand in die Augen und wollen Zeit gewinnen. Sie beziehen sich da auf den Generaldirektor Crespo, der das auf irgendeiner Veranstaltung wohl angedeutet hat.

Mein lieber Herr Waldmüller, was glauben Sie eigentlich, was da in Brüssel für eine Musik gemacht wird? Da spielt überhaupt gar keine Rolle, was dieser Generaldirektor Ihnen an Medizin verpasst, an Beruhigungsmitteln, dass hier der Meisterbrief nicht angetastet wird. Insofern soll-

ten Sie da auch etwas ehrlicher und redlicher sein, ganz besonders, weil Sie sich als Fachmann für Wirtschaftsfragen auch gerne in Szene setzen. Sie haben ja auch einschlägige Erfahrungen als selbstständiger Unternehmer.

Die NPD wird diesem Antrag zustimmen, weil er schadet nicht, er kann eventuell Fakten zutage fördern, die uns helfen.

(Vincent Kokert, CDU:
Aber die Rede passte nicht dazu.)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Waldmüller für die Fraktion der CDU.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann das jetzt kurz machen. Ich denke, die Argumente für die Notwendigkeit einer Novellierung der Handwerksordnung sind von jedem Sprecher der demokratischen Fraktionen hier eingebracht worden, ich werde sie nicht wiederholen. Uns ist dieser Antrag wirklich ein tief gehendes Anliegen, und ich stelle fest, dass es hier bei den demokratischen Fraktionen eine breite Zustimmung gibt. Ich interpretiere das auch so, dass es Ihnen ein ehrliches Anliegen ist, diesem Antrag zu folgen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja.)

Das nehme ich so zur Kenntnis.

Ich bitte dann auch jede Fraktion für sich, auf Länder- und auf Bundesebene dafür zu wirken. Wir werden das selbstverständlich in dem ausgeführten Sinne weiter tun. Ich darf mich bei Ihnen für die breite Unterstützung bedanken. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Waldmüller.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/3501. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Das ist nicht der Fall.

(Vincent Kokert, CDU: Guter Antrag.)

Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/3501 ... Das heißt, ich muss jetzt noch mal nachfragen: Gibt es Stimmenthaltungen? Das habe ich vergessen abzufragen. – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag wirklich einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Landkreis Vorpommern-Greifswald bei Altschulden und Altfehlbetragsumlage rechtsaufsichtlich kompetent und politisch verlässlich beraten, auf Drucksache 6/3496.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Landkreis Vorpommern-Greifswald bei
Altschulden und Altfehlbetragsumlage
rechtsaufsichtlich kompetent und
politisch verlässlich beraten
– Drucksache 6/3496 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Rösler für die Fraktion DIE LINKE.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor gut drei Jahren hat dieser Landtag das Landkreisneuordnungsgesetz mit einer Mehrheit von SPD und CDU verabschiedet. Einzelne Pressemitteilungen sprechen zwar von einem „Schlechten Zeugnis für (die) Kreisgebietsreform“, so in der OZ am 22.04.2014, oder von der „Quadratur des Kreises – Seenplatte kurz vorm Ertrinken“, im „Nordkurier“ am 21. November 2014, ansonsten ist es in diesem Hause um das größte rot-schwarze Reformprojekt still geworden, zu still, wie ich meine.

Meine Damen und Herren, auf Drucksache 6/2093 vom 2. August 2013 liegt unserem Landtag der erste und bisher auch letzte Bericht der Landesregierung zum Fortgang der Umsetzung der Landkreisneuordnung vor. Unter der Überschrift „Altfehlbetragsumlage“ teilt die Landesregierung dem Landtag auf Seite 21 Folgendes mit: „Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Greifswald hat beschlossen, neben der Kreisumlage ab 2014 über 15 Jahre eine Altfehlbetragsumlage nach § 25 LNOG M-V von den Kommunen der ehemaligen Landkreise Uecker-Randow und Ostvorpommern zu erheben.“

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag der Fraktion der LINKEN informiert zunächst einmal den Landtag offiziell darüber, dass diese Altfehlbetragsumlage in Vorpommern-Greifswald bis auf den heutigen Tag nicht erhoben wird. Darüber hinaus appelliert der vorliegende Antrag auch an rechtliche Verpflichtungen, die der Landtag der Landesregierung mit dem Landkreisneuordnungsgesetz übertragen hat.

Im Dezember 2011 hat mein Kollege Peter Ritter die Landesregierung gefragt, ob das zuständige Ministerium beabsichtige, auch zur Erhebung der Altfehlbetragsumlage Näheres zur Ermittlung und Festsetzung durch Rechtsverordnung zu regeln. Die Antwort lautete, dass eine solche Rechtsverordnung dem Innenministerium entbehrlich erscheint. Für den Landkreis Vorpommern-Greifswald hat sich diese Annahme des Ministeriums im Gegensatz zu den Landkreisen Rostock und Ludwigslust-Parchim als falsch beziehungsweise zu optimistisch erwiesen. Auch aus diesem Grund sieht unser Antrag die Landesregierung beziehungsweise das Innenministerium weiter in der Verantwortung.

Der konkrete Anlass des vorliegenden Antrages ist den Landtagsabgeordneten aus Vorpommern-Greifswald zum Teil aus eigenem Erleben bekannt. Ein Satzungsentwurf zur Erhebung der Altfehlbetragsumlage, der im Übrigen zwischen Kreisverwaltung und Innenministerium abgestimmt war, sollte auf dem Kreistag am 10. November beschlossen werden. Er fand keine Mehrheit. Insbesondere die CDU im Kreistag erklärte: Nix da!

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Kollegen hatten offenbar kurz vor der Sitzung einen ordentlichen Schluck vom Zaubertrank des Druiden Miraculix zu sich genommen.

(Torsten Renz, CDU: Oha, oha!)

Kraftstrotzend posaunte die Kreistags-CDU, man werde einer Erhebung der Altfehlbetragumlage nicht zustimmen können, und zwar so lange nicht, bis die Landesregierung verbindlich erkläre, wie mit dem großen Schuldenrest verfahren werden soll.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Für ein deutlich stärkeres Engagement des Landes bei der Übernahme von Restschulden müsse sich der Kreistag gegenüber der Landesregierung starkmachen.

(Marc Reinhardt, CDU: Denn man tau!)

Man mag es kaum glauben, aber so hieß es auch vonseiten der CDU-Abgeordneten, bei denen der Zaubertrank umso wirkungsloser wird, je näher sie dem Schweriner Schloss kommen.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Bei Glühwein.)

Meine Damen und Herren, wenn der Hintergrund nicht so ernst wäre, könnte man das Ganze als Provinzposse abtun und im Übrigen dem CDU-Landesvorsitzenden viel Spaß mit seinen östlichen Kreisverbänden wünschen,

(Vincent Kokert, CDU:
Das hat er doch ganz gut im Griff.)

aber es handelt sich hier laut Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage um rund 50 Millionen Euro.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das Innenministerium geht nämlich davon aus, dass trotz 27 Millionen Euro aus der Altfehlbetragumlage und möglichen Landeshilfen von rund 22 Millionen Euro aus dem Haushaltskonsolidierungsfonds immer noch etwa 50 Millionen Euro als allgemeine Schulden des Landkreises bestehen bleiben. Der hiergegen gerichtete Protest, insbesondere aus der Hansestadt Greifswald, ist dann verständlich, und zwar nur dann, wenn man den Zusagen des Innenministeriums, weitere Hilfen zu leisten, keinen Glauben schenkt.

Meine Damen und Herren, wenn dieses Misstrauen gegen den Innenminister nun ausgerechnet von der CDU-Kreistagsfraktion entwickelt wird, dann haben wir eine unschöne Situation. Dann wird nämlich notwendige und rationale Kreispolitik durch CDU-interne Machtkämpfe blockiert.

(Marc Reinhardt, CDU: Oha!)

Das gefährdet auch die Haushaltskonsolidierung und das widerspricht dem Interesse von Land und Landkreis gleichermaßen. Deshalb fordere ich einerseits, das partiinterne Hickhack sofort zu beenden

(Vincent Kokert, CDU: Oh, da erschauern wir aber, wenn Sie das fordern! –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und gleichzeitig vertrauensvoll, mutig und auch kreativ auf den Landkreis Vorpommern-Greifswald zuzugehen!

(Vincent Kokert, CDU:
Da wird mir richtig angst jetzt. –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ob eine rechtsaufsichtliche Anordnung, die Altfehlbetragumlage sofort zu vollziehen, letztlich der richtige Weg ist, weiß ich nicht. Das Innenministerium würde damit wohl zunächst die CDU-Blockade im Kreistag beenden. Das wäre schon ein Wert an sich. Konstruktiver und sinnvoller wäre jedoch etwas anderes.

Auf meine Frage, unter welchen Umständen die Landesregierung die Möglichkeit sieht, die im Raum stehenden Restschulden zu übernehmen, antwortete das Innenministerium folgendermaßen: „Die Landesregierung kann hierzu gegenwärtig keine Aussage treffen und wird kurzfristig auch keine verbindliche Erklärung abgeben.“ Das, meine Damen und Herren, ist weder mutig noch vertrauensvoll, noch kreativ. Und deshalb fordert unser Antrag ein verbindliches Verfahren.

Ich erinnere abschließend noch einmal an den eingangs zitierten Bericht der Landesregierung zur Umsetzung der Landkreisordnung. Dort wird unter der Überschrift „Vermögensauseinandersetzung“ von der moderierenden Rolle des Innenministeriums berichtet.

(Heinz Müller, SPD: Hier geht es aber nicht um Vermögensauseinandersetzungen.)

Dort wird den Landkreisen für den zu leistenden Wertausgleich an die eingekreisten Städte ein nicht rückzahlbarer Zuschuss in Aussicht gestellt.

(Torsten Renz, CDU:
Was macht denn die Kreis-CDU?)

Und jetzt wörtlich: „Auf dieser Grundlage zeigen sich die beteiligten Körperschaften derzeit wieder verhandlungsbereit.“ Nach meiner Kenntnis ging es hierbei unter anderem um Nordwestmecklenburg und die Hansestadt Wismar.

Meine Damen und Herren, genau dieses konstruktive Herangehen fordert unser Antrag von der Landesregierung auch im Fall Vorpommern-Greifswald. Und weil dies so wichtig ist, weil uns das so wichtig ist, beantragen wir eine namentliche Abstimmung. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Torsten Renz, CDU: Da haben Sie das schärfste Schwert herausgeholt.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Rösler.

Das Wort hat jetzt die Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Kuder.

Ach nein, ich muss ja erst noch was sagen, Entschuldigung. Jetzt habe ich vergessen anzusagen, dass wir im Ältestenrat vereinbart haben, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen, und dagegen gibt es offensichtlich keinen Widerspruch.

Dann, Frau Kuder, haben Sie jetzt das Wort.

(Marc Reinhardt, CDU: Jetzt wirds spannend.)

Ministerin Uta-Maria Kuder: Meine sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich spreche jetzt für den Innenminister.

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr gut. –
Zuruf vonseiten der Fraktion
DIE LINKE: Multitalent.)

Ich muss ehrlich sagen, dass ich mir angesichts dieses Antrages Sorgen mache. Und diese Sorgen beziehen sich nicht auf den Landkreis Vorpommern-Greifswald – zu dessen in der Tat erheblichen Problemen komme ich gleich –, sondern ich mache mir Sorgen um das Grundverständnis von Demokratie, das die LINKEN hier offenbaren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der CDU-Kreistagsfraktion, wollten Sie sagen.)

Fakt ist, es gibt das Landkreisneuordnungsgesetz, das die Vertreter des Souveräns hier in diesem Hohen Hause verabschiedet haben. Das Gesetz ist vor dem Landesverfassungsgericht bezüglich seiner Regelung zur Altfehlbetragsumlage in Paragraf 25 beanstandet worden. Das Gericht hat jedoch die Verfassungsbeschwerde zurückgewiesen und die Regelung für verfassungsgemäß erklärt. Und nun ist es Sache des Landkreises Vorpommern-Greifswald, dieses Gesetz anzuwenden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sieht die CDU-Kreistagsfraktion offenbar anders.)

Und es ist Sache des Innenministeriums als Rechtsaufsichtsbehörde, die Anwendung dieser Regelung sicherzustellen. Genau das haben wir getan und, ich sage es schon jetzt, von diesem Kurs werden wir uns auch nicht abbringen lassen.

Dies vorangestellt möchte ich noch einmal den Sachverhalt erläutern: Der Landkreis Vorpommern-Greifswald hat bei seiner Neubildung im September 2011 Altfehlbeträge von den Altkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow in Höhe von circa 102 Millionen Euro übernommen. Diese konnten durch die in den Jahren 2011 und 2012 gewährten Strukturbeihilfen auf knapp 93 Millionen Euro reduziert werden, stellen aber damit immer noch eine erhebliche Belastung dar.

Die fehlenden Finanzmittel muss der Landkreis über die Aufnahme von Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit decken. Allein zur Finanzierung der Altfehlbeträge fallen derzeit durchschnittlich etwa 1 Million Euro Zinsen jährlich an. Da die Liquiditätskredite einem hohen Zinsänderungsrisiko unterliegen, würden bei einem Anstieg des Zinsniveaus die Effekte der voranzutreibenden Haushaltssicherung in nicht unwesentlichem Maße konterkariert werden.

Gemäß Paragraf 25 Absatz 2 des LNOG sollen die Landkreise zum Abbau der Altfehlbeträge von den betroffenen Kommunen eine Altfehlbetragsumlage erheben. Den Landkreisen ist zum Handeln eine lange Frist eingeräumt. Sie beträgt zehn Jahre und kann bei Vorliegen einer besonders schwierigen Haushaltslage der betroffenen Gemeinden mit Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde um bis zu fünf Jahre verlängert werden. Diese Zustimmung habe ich bereits erteilt.

Meine Damen und Herren, das kleine Wörtchen „sollen“ bedeutet, dass eine sogenannte intendierte Ermessensentscheidung zu treffen ist. Nur in Ausnahmefällen kann von der Erhebung der Altfehlbetragsumlage abgesehen werden. Als einzig denkbarer Ausnahmefall war hier zu überlegen, ob die betroffenen Gemeinden mangels Leistungsfähigkeit schlicht nicht in der Lage wären, die Altfehlbetragsumlage zu leisten.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Dann ist doch alles okay.)

In Anlehnung an die Urteile zur Kreisumlage wäre das nur dann der Fall, wenn die Umlage jedes vernünftige und vertretbare Maß übersteigt, der Kreis mit ihr willkürlich und rücksichtslos zulasten der kreisangehörigen Gemeinden seine kreispolitischen Interessen verfolgt und die Altfehlbetragsumlage objektiv geeignet ist, eine unzumutbare Belastung der Gemeinden dergestalt zu bewirken, dass sie jede Möglichkeit zur eigenverantwortlichen Betätigung verlieren. Diese Situation ist in diesem Fall nicht gegeben.

Aus der Gemeindefinanzanalyse der Landrätin geht hervor, dass die kreisangehörigen Gemeinden überwiegend nur unterdurchschnittliche Hebesätze für die Grundsteuer A, Grundsteuer B und die Gewerbesteuer festsetzen. Die Festsetzung unterdurchschnittlicher Hebesätze versäumt nicht nur Einnahmemöglichkeiten, sondern steht bei problematischer Leistungsfähigkeit auch im Widerspruch zum Runderlass des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahr 2007.

Danach sind Gemeinden in derartigen Haushaltssituationen gehalten, bei der Anpassung ihrer Hebesätze einen Vergleichsmaßstab zu wählen, der über dem durchschnittlichen Niveau der neuen Länder ohne Berlin und Mecklenburg-Vorpommern und damit über dem durchschnittlich gewogenen Hebesatz des Landes für die jeweilige Steuerart liegt.

Im Ergebnis ist bereits aufgrund des erstgenannten Arguments das Absehen von einer Erhebung der Altfehlbetragsumlage nicht zu rechtfertigen, denn die kreisangehörigen Gemeinden der Altkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow können sich nicht auf eine Erdrosselung durch die Kreis- oder Altfehlbetragsumlage berufen, solange sie die eigenen Einnahmeerzielungspotenziale nicht ausschöpfen. Das Ministerium für Inneres und Sport hat deshalb auf der Grundlage des Gesetzes im September die Erhebung der Altfehlbetragsumlage rechtsaufsichtlich angeordnet. In dem Bescheid wurde die Erhebung eines Umlagebetrages von deutlich über 20 Millionen Euro bis zu 30 Millionen Euro für angemessen erachtet.

Die Kreisverwaltung hatte daraufhin in die Kreistagsitzung im November den Beschlussvorschlag für eine Altfehlbetragsumlagesatzung eingebracht, mittels derer innerhalb des 15-jährigen Erhebungszeitraumes insgesamt ein Volumen von 27 Millionen Euro auf die Gemeinden der Altkreise Uecker-Randow und Ostvorpommern umgelegt werden sollte.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Zu dem Satzungsentwurf ist die Kreisverwaltung zuvor auf Arbeitsebene durch das Innenministerium umfangreich beraten worden. Zusätzlich soll der Landkreis die ihm im Rahmen der beabsichtigten Konsolidierungsver-

einbarungen zu gewährenden Konsolidierungshilfen aus dem kommunalen Haushaltskonsolidierungsfonds zum Aufbau der Altfehlbeträge verwenden. Nach vorläufigen Berechnungen könnte der Kreis rund 22 Millionen Euro aus dem Fonds erhalten. Unbestritten verbliebe dann allerdings nach Ablauf der Erhebungsdauer der Altfehlbeitragsumlage und nach Auszahlung der Konsolidierungshilfen immer noch ein verbleibender Restbetrag von circa 50 Millionen Euro.

(Egbert Liskow, CDU: Wer bezahlt die?)

Der durch die Kreisverwaltung eingebrachte Satzungsentwurf wurde durch mehrheitliches Votum abgelehnt.

(Patrick Dahlemann, SPD: Von der CDU. – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Nicht von uns. – Peter Ritter, DIE LINKE: Die CDU-Fraktion hat abgelehnt – nur der Vollständigkeit halber.)

Gegen diesen ablehnenden Beschluss hat die Landrätin Widerspruch eingelegt. Der Widerspruch hat zur Folge, dass auf der Kreistagssitzung am 15.12.2014 erneut über die Altfehlbeitragsumlage zu beschließen ist.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, soweit das Innenministerium davon Kenntnis hat, basiert die ablehnende Haltung des Kreistages insbesondere auf der bislang ungeklärten Frage der Tilgung der Restschulden. Die Frage der Restschuldentilgung ist in der Tat offen. Allerdings stehen der Landkreis Vorpommern-Greifswald und seine Kommunen mit dieser Frage nicht allein da.

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig.)

Gleiches gilt genauso für andere Kommunen, die grundsätzlich zu einem stringenten Konsolidierungskurs bereit sind,

(Patrick Dahlemann, SPD: Nach dem Motto „Geteiltes Leid ist halbes Leid“.)

aber auch nach Erreichen des jahresbezogenen Haushaltsausgleiches auf Fehlbeträgen sitzenbleiben werden, die realistischweise nicht oder nur über einen Jahrzehnte in Anspruch nehmenden Zeitraum abgebaut werden könnten.

Das Problem, wie mit Fehlbeträgen verfahren werden soll, die nach Umsetzung aller denkbaren Konsolidierungsbemühungen kommunaler Körperschaften verbleiben, beschränkt sich nicht nur auf Fehlbeträge, die vor der Kreisgebietsreform entstanden sind, sondern auch auf neue Fehlbeträge, die ab 2012 bis zum Erreichen eines jahresbezogenen Haushaltsausgleiches weiter entstehen. Insoweit kann die Prüfung einer gegebenenfalls gemeinsamen Lösung der Landesregierung und der Kommunalebene nach hiesiger Bewertung nur in der Gesamtschau aller Kommunen erfolgen.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Schön.)

Sie wird erst dann erfolgen, wenn die Kommunen zunächst ihrerseits alle Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung unter Beweis gestellt haben. Und das ist in Vorpommern-Greifswald eben bislang nicht der Fall.

Die Umsetzung von Recht und Gesetz darf in unserem Land nicht von politischen Forderungen abhängig gemacht werden, die eben gerade nicht gesetzlich verankert sind. Das wäre genauso, als würde ein Bürger die Zahlung seiner Einkommenssteuer davon abhängig machen, ob im kommenden Jahr die Sozialversicherungsbeiträge sinken. Für die Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung kann es nicht immer eine Gegenleistung geben. Und da ist auch nicht Kreativität gefragt, wie die Fraktion der LINKEN das jetzt von der Landesregierung verlangt, sondern Gesetzestreue. Genau dazu sind auch die Mandatsträger im Kreistag nach Paragraph 105 der Kommunalverfassung verpflichtet.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Auch die der CDU-Fraktion?)

Sie haben ihr Mandat im Rahmen der Gesetze nach ihrer freien, nur dem Gemeinwohl verpflichteten Überzeugung auszuüben.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, es bleibt dabei, dass der Landkreis Vorpommern-Greifswald endlich seine Hausaufgaben zu erledigen hat und eine Fehlbeitragsumlage erheben muss. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist daher insgesamt abzulehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heinz Müller für die Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, es ist schon schwierig mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald, und es ist nicht nur schwierig mit ihm, es ist auch schwierig in ihm.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Eine erhebliche Grundlage für diese Schwierigkeiten sind strukturelle Probleme, unter denen weite Teile dieses Kreises leiden, denn wenn wir auf der einen Seite die durch die Universität gestärkte Hochburg und das Highlight Greifswald sehen, wenn wir sehen, dass es dort auf der schönen Insel Usedom wunderbare Tourismusregionen gibt, dann müssen wir doch sehen, dass diese beiden Regionen eben nicht der ganze Kreis sind und dass der übrige Kreis dank seiner Strukturschwäche sehr leidet und mit einer Fülle von Problemen zu kämpfen hat. Und diese Strukturschwäche, aber ich sage ganz bewusst, nicht nur diese Strukturschwäche hat natürlich dazu geführt, dass die beiden Kreise Ostvorpommern und Uecker-Randow erhebliche Fehlbeträge in den Jahren bis 2011 angesammelt haben. Frau Ministerin hat eben die Zahlen genannt. Über den ganz, ganz großen Daumen gepeilt reden wir über eine Zahl von etwa 100 Millionen Euro.

Aber mit dem Jahr 2011 mit der Kreisgebietsreform waren die Probleme, die wir hier haben, natürlich nicht mit einem Schlag beseitigt. Das hat sicherlich auch der glühendste Befürworter der Kreisgebietsreform so nicht erwartet, sondern die Probleme sind weitergegangen

(Egbert Liskow, CDU:
Die haben sich verstärkt.)

und wir haben von 2011 bis heute weitere Haushaltsfehlbeträge aufgehäuft. Das Problem ist nicht kleiner geworden, das Problem ist größer geworden. Wir sind auch heute in der Situation, dass dieser Kreis mehr Ausgaben als Einnahmen hat und dass das Problem sich nicht von allein löst, sondern dass, wenn hier nicht Entscheidendes passiert, es sich immer weiter vergrößern wird.

Die politischen Reaktionen – und ich rede jetzt bewusst in einem Plural und in einem großen Sammelbegriff auf eine solche problematische Ausgangssituation – waren in der Vergangenheit durchaus nicht immer so, dass sie die Probleme verkleinert hätten, sondern haben teilweise zur Vergrößerung der Probleme erheblich beigetragen. Wer diese Probleme gemacht hat, das habe ich jetzt bewusst mit meiner Formulierung etwas im Nebel gelassen. Ich glaube, wir sollten hier etwas weniger mit dem Finger auf den anderen zeigen, sondern sollten davon ausgehen, dass es hier insgesamt im politischen Raum große Schwierigkeiten gegeben hat, mit der Problemsituation adäquat fertigzuwerden. Und ich will auch nicht immer nur auf die Kommunalpolitik vor Ort schimpfen, sondern ich will durchaus die Frage stellen, ob das, was vonseiten des Landes gekommen ist, denn immer der richtige Weg war. Auch hier ist sicherlich nicht immer alles so gewesen, dass es tatsächlich eine Entspannung unterstützt hätte.

Große Hoffnung haben deshalb viele Beteiligte in die Sitzung vom 10. November dieses Jahres gelegt, in der eine Vorlage – die Ministerin hat es berichtet – vorgelegen hat, mit der eine Satzung zur Erhebung einer Altfehlbetragsumlage beschlossen werden sollte. Diese Vorlage war im Zusammenwirken von Kreisspitze und Innenministerium erarbeitet worden und sie hat zumindest eine Reihe von Unterstützern im Kreistag gehabt. Es wäre schön gewesen, sie hätte so viele Unterstützer gehabt, dass es für eine Mehrheit gereicht hätte, denn dann hätten wir ganz sicher einen wesentlichen Schritt getan, um aus den Problemen herauszukommen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Leider ist dies nicht der Fall gewesen und diejenigen, die gemeint haben, diese Vorlage ablehnen zu müssen, haben dies vordergründig damit begründet, dass nicht klar sei, wie denn mit der verbleibenden Restschuld am Ende umgegangen wird.

Ich werde allerdings auch den Verdacht nicht los und ich muss das hier mal so sagen, dass manchmal ein bisschen die Angst mitgespielt hat, wenn man denn eine Fehlbeitragsumlage beschließt, wie man das dann in der eigenen Partei und bei den eigenen Parteifreunden aus den betroffenen Gemeinden auch sieht. Ich will gern zugeben, dass das keine einfache Entscheidung ist, aber ich glaube, es ist die Verantwortung von Kreistagsmitgliedern, im Sinne ihres Kreises zu handeln, und das ist nicht immer einfach. Das wissen wir und das gilt nicht nur für Kreistage, das gilt auch für Gemeinden und für Landtage.

(Egbert Liskow, CDU:
Wer sagt das denn jetzt?)

Also es wäre schön gewesen, wir hätten eine solche Beschlussfassung gehabt, aber wir haben sie nicht gehabt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Nun haben wir die Hoffnung, dass bei der Sitzung am 15. Dezember – also in wenigen Tagen – wir denn doch noch zu einer Lösung kommen.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Als Letztes stirbt die Hoffnung.)

Aber sei es, wie es sei, bei all diesen Schwierigkeiten, die wir haben, und bei all dieser komplizierten und schwierigen Lage, die wir haben, sich nun hinzustellen, Frau Rösler, und zu sagen, ja, daran ist doch das Land schuld, das Land hätte das alles viel besser machen müssen, das Innenministerium hätte das alles viel besser machen müssen, also das erschließt sich mir keineswegs. Ich glaube, hier hat es einen Prozess zwischen Innenministerium und Land gegeben und hierzu haben beide beigetragen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und natürlich wirft der eine dem anderen vor, du hast das vielleicht nicht richtig gemacht, du müsstest mehr tun, du müsstest das klarer tun. Aber einfach einseitig dem Land die Schuld zu geben, es habe hier ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nee, nee, wir haben konkret
der CDU-Kreistagsfraktion
die Schuld gegeben.)

Lieber Kollege Ritter, ich nehme mir die Freiheit, den Antragstext, der auf dem Tisch liegt, zu nehmen, und da ist ganz eindeutig die Rede davon, dass das Land der böse Bube sei und hier nicht richtig gehandelt habe. Und wir stimmen nicht ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da wurde die Erwartungshaltung
der CDU-Kreisfraktion aufgenommen.)

Herr Kollege Ritter, Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass wir hier nicht über die Rede von Frau Rösler abstimmen, sondern über einen Antrag,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jo.)

den die Fraktion DIE LINKE eingebracht hat.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Und da wird es mir wohl erlaubt sein, zu diesem Antrag der Fraktion DIE LINKE zu reden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich.)

Da ist nicht von der Fraktion der CDU im Kreistag die Rede, da ist vom Land die Rede.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich wollte nur noch mal darauf
aufmerksam machen.)

Und da muss ich Ihnen sagen, das halte ich für völlig neben der Sache, hier ausschließlich dem Land den Schwarzen Peter zuschieben zu wollen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine kommunale Haushaltskonsolidierungsverordnung. Daraus ist erkennbar, wie viel Geld dem Kreis Vorpommern-Greifswald zusteht aufgrund seiner Verschuldungssituation. Und jetzt sage ich mal, ich bin ja selbst aus diesem Kreis, aber wenn ich mir das so anhöre, was die anderen Kreise sagen, dann sagen die: Mein Gott, da wird aber ein riesiger Batzen ausgerechnet in den Kreis gehen, der sich oft so schwertut, seine eigenen Hausaufgaben zu machen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Ich glaube, das findet bei der übrigen kommunalen Familie nicht nur Begeisterung, sondern es ist einfach ein zähneknirschender Ausdruck von Solidarität mit diesem Kreis. Aber dazu brauchen wir ein Haushaltssicherungskonzept und zu diesem Haushaltssicherungskonzept gehört nun einmal die aktive Auseinandersetzung mit der Frage der Altfehlbeträge. Dieses ist eine zwingende *Conditio sine qua non*. Aber ich sage es noch mal: Hier sind wir doch auf einem guten Weg und hier sind wir so weit, dass wir eigentlich eine beschlussreife Vorlage vorliegen haben.

Und was dann die übrigen round about 50 Millionen Fehlbeträge angeht, dazu hat die Ministerin in Vertretung des Innenministers hier einiges gesagt. Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, dass man sich bereits jetzt aus dem Fenster lehnt und einen Entschuldungsplan bis zum letzten Punkt vorlegt, sondern es ist sinnvoll, dass man sich hier Schritt für Schritt vorwärtsbewegt. Aber bitte schön, beide müssen sich bewegen und bitte schön, auch der Kreis muss sich bewegen, damit man dann am Ende eine Lösung findet, die für die Menschen in diesem Kreis sinnvoll ist.

Wenn wir von einer Lösung sprechen, dann darf ich noch mal an meine Eingangsausführungen erinnern. Vielleicht wäre es gut, wir würden dahin kommen, dass man eine Gesamtvereinbarung trifft zwischen Land und Kreis, die natürlich die Altfehlbeträge im Blick hat, die aber auch die inzwischen seit der Kreisgebietsreform aufgelaufenen Fehlbeträge in den Blick bekommt und die vor allen Dingen eine Lösung anbietet, wie denn in der Zukunft die Entstehung neuer Fehlbeträge verhindert wird, wie dieser Kreis letztlich zu einem ausgeglichenen Haushalt kommt.

Dieses, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein Prozess zwischen Kreis und Land. Dieser Prozess findet statt. Dabei einseitig einen der Prozessbeteiligten zu schelten und zu sagen, deine Handlungsweise ist nicht richtig, dieses wird der Sache nicht gerecht.

Und, Herr Ritter, es tut mir ja leid, aber ich lese sogar die Überschriften Ihrer Anträge

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Jeannine Rösler, DIE LINKE,
und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

und in der Überschrift heißt es: „Landkreis Vorpommern-Greifswald bei Altschulden und Altfehlbetragsumlage rechtsaufsichtlich kompetent und politisch verlässlich beraten“. Das ist die Forderung, die zukünftig geschehen soll.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gute Überschrift.)

Ja, gute Überschrift, die sagt, zukünftig ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die wird wohl nicht beschlossen, oder?)

Doch, die wird mitbeschlossen, aber wir beschließen nicht, wir lehnen nämlich ab.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Hier wird gesagt, zukünftig muss dieser Kreis rechtsaufsichtlich kompetent und politisch verlässlich beraten werden.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wie schön! –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Da steht nichts von „zukünftig“.)

Dies unterstellt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Beratung, die jetzt durch das Innenministerium stattfindet, weder kompetent noch politisch verlässlich sei. Diese Behauptung ist falsch und wir weisen sie zurück.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aufs Schärfste.)

Wir weisen die Überschrift zurück und wir lehnen den ganzen Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Saalfeld für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, wir haben hier wieder ein sehr schönes Beispiel, wie alle mit dem Finger auf die anderen zeigen. Und ich danke Herrn Müller für seine Worte, die er dann ganz zum Schluss seines Redebeitrages gefunden hat. Es bringt jetzt nichts, nur die Schuld bei einem zu suchen, sondern wir müssen uns zusamm tun und eine gemeinsame Lösung für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort finden.

Und genau das, meine Damen und Herren, lese ich auch aus dem Antrag der LINKEN, der nichts anderes fordert, als sich auf den Weg zu machen,

(Torsten Renz, CDU: Ja, man zieht immer das raus, was man lesen will.)

geordnet, kompetent, rechtlich verbindlich, gemeinsam eine Lösung zu finden.

(Torsten Renz, CDU: Selektive Wahrheit.)

Und deswegen werden wir diesem Antrag auch zustimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe von der Ministerin im Auftrag des Innenministers gehört, der Landkreis müsse seine Hausaufgaben machen. Da, meine Damen und Herren, widerspricht ja niemand, auch dort in Vorpommern-Greifswald nicht. Das ist allen bewusst und bekannt. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man mit dem Finger auf die anderen

zeigt, muss man aufpassen, dass nicht mehrere Finger zurückzeigen,

(Rainer Albrecht, SPD: Ja. –
Heinz Müller, SPD: Das stimmt. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh ja!)

denn auch das Land hat seine Hausaufgaben zu machen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Im nächsten Jahr wird alles besser. –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Wir haben hier ein Riesenproblem. Ich erinnere Sie an das Finanzausgleichsgesetz. Das haben Sie, weil Sie sich in der Koalition nicht einigen können, auf die nächste Legislatur vertagt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Zeigen Sie
bloß nicht mit dem Finger auf die anderen!)

Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eigentlich das Grundproblem. Die Kreise in unserem Land wissen nicht, wohin die Reise gehen soll. Und warum soll ein Kreis einer Entschuldung zustimmen, wenn er überhaupt nicht weiß, wo die Reise hingehen soll, wenn er überhaupt nicht weiß, wo denn das Geld herkommen soll, und wenn er eigentlich auch weiß, dass das Geld jetzt schon nicht reicht? Also wie soll ich denn Schulden abbauen, wenn ich eigentlich momentan Schulden aufbaue? Das alles passt nicht zusammen und gehört in einen koordinierten Prozess, denn anderenfalls werden die Kreise nicht folgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 50 Millionen Euro zusätzlich, das ist die Forderung aus Vorpommern-Greifswald. Damit sollen die Schulden des Altkreises getilgt werden und eben nicht über eine Umlage abgezahlt werden, nämlich die, die nicht über eine Umlage abgezahlt werden können. Diese Forderung ist ein Hilferuf, meine sehr geehrten Damen und Herren, den wir ernst nehmen.

(Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Und ich glaube auch, dass wir den alle ernst nehmen, sonst würden wir uns hier nicht so gesittet darüber unterhalten. Über die Bewertung dieses Hilferufs gibt es allerdings unterschiedliche Einschätzungen zwischen dem Landkreis einerseits und der Landesregierung andererseits.

Herr Müller hat gerade versöhnliche Töne am Ende seiner Rede gefunden. Der Kreis fordert zunächst Zusagen zu weiteren Finanzhilfen ein, bevor eine Umlage für die Altschulden erhoben wird.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Die CDU fordert das ein.)

Denn, ja – natürlich, Sie haben recht, die CDU sagt das –, denn ansonsten sei der Schuldenabbau nicht zu schaffen. Das Land sagt hingegen, fangt erst einmal an und dann sehen wir weiter, Zusagen können wir aber nicht machen.

Als GRÜNE sagen wir, die Kommunen brauchen aber eine verlässliche finanzielle Perspektive und eine finanzielle Auswertung, die ihnen die Luft zum Atmen lässt.

Aber wer, meine sehr geehrten Damen und Herren, soll denn nun den ersten Schritt machen? Ich glaube, die Situationen verharren hier. Wir und die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht darauf, dass wir uns hier irgendwie zusammenraufen und uns darüber klar werden, was jetzt eigentlich passieren sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um diese Frage zu beantworten, könnten wir uns das Bild eines Marathonläufers vor Augen führen. Das Innenministerium, in Vertretung durch die Justizministerin, die ja heute sehr kompetent für viele Minister auftritt, sagt jetzt also: Lieber Landkreis, lauf mal los und dann schauen wir, ob wir dich nicht irgendwann ablösen können, wenn du nicht mehr kannst, wenn die Luft ausgeht.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der Landkreis läuft also los und hofft die ganze Zeit, dass er nur nach einem Halbmarathon den Staffelstab abgeben kann, aber hat die ganze Zeit die Befürchtung, dass die Landesregierung, dass das Land nicht an dem vereinbarten Punkt wartet. Und deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren ...

(Vincent Kokert, CDU: Was mäandern Sie
denn da rum?! Nennen Sie doch mal ein
paar Fakten! Sagen Sie doch mal, wo
wir hier im Haushalt stehen! Haben
Sie sich das gar nicht angeguckt?!)

Also ich weiß gar nicht, was Sie wollen, Herr Kokert. Es ist doch niemand ...

(Vincent Kokert, CDU: Bisher
waren null Inhalte, nur Quatsch.)

Ihre Fraktion in Vorpommern-Greifswald,

(Vincent Kokert, CDU: Gucken Sie
doch mal in Rostock in Ihren Haushalt!)

Ihre Fraktion hatte diese ganze Sache erst mal ins Rollen gebracht. Und außerdem widerspricht Ihnen doch auch niemand, Herr Kokert.

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die Hausaufgaben müssen vor Ort gelöst werden, aber die ...

Vizepräsidentin Regine Lück: Entschuldun Sie bitte, wir unterbrechen jetzt mal die Rede.

Ich möchte Sie doch bitten, keine Dialoge zu führen.

(Heinz Müller, SPD: Och!)

Herr Fraktionsvorsitzender Kokert, wenn Sie den Wunsch haben, sich zu äußern, dann gehen Sie bitte und melden eine Redezeit an,

(Marc Reinhardt, CDU:
Oje, Redezeit ist knapp.)

ansonsten habe ich das Gefühl, dass zwischen den Regierungsfractionen ein sehr großer Meinungs austausch im Moment hin und her geht, sodass der Redner nur

schwer hier vorn zu verstehen ist. Ich möchte Sie doch bitten, der Rede zu folgen und ansonsten Ihre Redezeiten anzumelden.

Ich erlaube mir, zu Weihnachten ansonsten noch einen „Schnatterinchen-Preis“ zu vergeben,

(Zurufe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU: Ah!)

und da gibt es mehrere Favoriten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Vincent Kokert, CDU: Auch weibliche?)

Nun hat der Redner wieder das Wort. Bitte.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Herr Kokert, gestatten Sie mir, ich habe den Hilferuf der CDU-Fraktion zumindest erst mal ernst genommen. Wenn Sie das jetzt zurückweisen, gut, das müssen Sie dann parteiintern klären. Ich nehme es auf jeden Fall ernst.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Marathonläufer, der eigentlich einen Halbmarathon laufen will, aber am vereinbarten Punkt wartet die Landesregierung nicht, das ist die eigentliche Situation. Und warum sollte dann der Landkreis überhaupt loslaufen? Das ist doch die Frage. Wie können wir sozusagen den Landkreis überhaupt motivieren?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen dem Landkreis und ebenso allen anderen Kommunen eine klare und verlässliche finanzielle Perspektive geben. Wir müssen die Bedenken ernst nehmen. Wir müssen uns fragen: Welche Bedeutung messen wir den Kommunen bei? Ich glaube, dass hier auch gar nicht die Meinungen so weit auseinander stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, welche Bedeutung hat für uns die Arbeit des Ehrenamts? Das müssen wir auch denen beantworten, die immer häufiger das Gefühl haben, eine reine Mangelverwaltung durchzuführen und nur noch entscheiden zu können, in welcher Höhe wo gekürzt wird. Das ist kein befriedigender Zustand, und zwar erst recht nicht, wenn dann immer noch das Damoklesschwert einer riesigen Restschuld über dem Kreis hängt, ohne dass die Vertreter im Kreis, ohne dass die Menschen in Anklam, Greifswald, Pasewalk, Ueckermünde und all den Gemeinden dazwischen das Gefühl haben, an diesem Zustand ändert sich etwas demnächst.

Dieses Gefühl der drückenden Schuldenlast müssen wir ernst nehmen. Die Erhebung der Umlage für die Schulden der Altkreise ist eine erhebliche Belastung für die Gemeinden. Wenn dann am Ende des Tunnels für den Kreis und die Gemeinden aber trotz zusätzlicher Umlagen immer noch kein Licht zu erkennen ist, dann müssen wir uns fragen, ob der eingeschlagene Weg der richtige ist.

Meine Damen und Herren, die Finanzausstattung der Kommunen ist insgesamt in eine Schiefelage geraten. Im letzten Jahr war der Finanzierungssaldo knapp positiv,

aber nur dank zusätzlicher Zahlungen durch das Land. Insbesondere die Landkreise weisen weiterhin negative Finanzierungssalden aus. Die Schere zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen geht weiter auseinander. Während die Sozialausgaben steigen, fehlen die Mittel für notwendige Investitionen und freiwillige Aufgaben.

Starke Kommunen brauchen eine auskömmliche Finanzierung. Unser Ziel ist die dauerhafte und verlässliche Finanzierung der Kommunen in unserem Land. Wir brauchen einen Ausgleich, der den unterschiedlichen Anforderungen aller Gemeinden, Städte und Kreise gerecht wird und einen wirklichen Beitrag zum Erhalt und zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung leistet. Kommunale Selbstverwaltung darf nicht nur Mangelverwaltung sein.

Deswegen ist die Forderung des Kreistages nach weiteren Zusagen des Landes auf jeden Fall verständlich, Herr Müller. Das werden Sie ja wahrscheinlich nicht zurückweisen. Verständlich ist es auf jeden Fall. Was passiert denn nach der 15-Jahres-Frist, die die Landesregierung im Gesetz festgeschrieben hat? Da scheint die Gesetzgebung nicht ganz zu Ende gedacht und der Kreis hat das Gefühl, am Ende mit diesem Problem allein im Regen zu stehen.

Es ist richtig, dass das Land auch auf die Verantwortung des Kreises verweist, aber selbst vor Ort, wie gesagt, bestreitet das niemand mehr. Deswegen ist es auch so frag- wie kritikwürdig, dass die FAG-Novellierung bis 2018 aufgeschoben wurde. Wenn der Landkreis heute jährlich neue Schulden in zweistelliger Millionenhöhe anhäuft, was nützt es da, wenn langsam alte Schulden abgebaut werden sollen, aber neue Schulden umso schneller und umso höher wieder aufgenommen werden. Das funktioniert effektiv nicht. Diese Probleme müssen wir doch erst einmal insgesamt in den Griff bekommen.

Das Beispiel Vorpommern-Greifswald zeigt, dass wir differenzierte Lösungen bei der Finanzierung der Kommunen brauchen. Wir unterstützen das Anliegen des Antrages, jetzt zu einem verbindlichen Verfahren zu kommen, wie die Altschulden, die auf dem neuen Landkreis liegen, abgebaut werden können.

Um noch einmal das Bild des Marathonläufers aufzugreifen: Der Marathonläufer muss wissen, wie weit er laufen muss. Er muss wissen, wie die Strecke beschaffen ist und ob es unterwegs Versorgungspunkte gibt. Nur dann kann er erfolgreich sein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Reinhardt von der Fraktion der CDU.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele von uns hier im Hohen Haus sind ja auch Kreistagsmitglieder – ich sehe einige, auch aus dem Kreis Mecklenburgische Seenplatte – und deshalb wissen wir ja auch ganz genau, was es jährlich für Anstrengungen mit sich bringt, den Haushalt aufzustellen und dann noch das große Ganze und die Haushaltskonsolidierung in vielen, vor allem den östlichen Kreisen im Blick zu behalten. Des-

halb kann ich die Akteure vor Ort – und Herr Ritter wird ja nicht müde, darauf hinzuweisen, dass davon auch einige in der CDU-Fraktion zu finden sind – gut verstehen, wenn es darum geht, hinsichtlich der finanziellen Situation des Landkreises Vorpommern-Greifswald möglichst viel für den eigenen Landkreis herauszuholen. Dafür sind sie am Ende ja auch gewählt.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Aber Frau Ministerin hat ja in Vertretung des Innenministers schon mal die Fakten auf den Tisch gelegt. Wir wissen alle, beim Landkreis Vorpommern-Greifswald handelt es sich um den am stärksten verschuldeten Landkreis bei uns im Land. Mithilfe von Anschubfinanzierung und auch von Strukturbeihilfen konnte, auch das hatte die Ministerin gesagt, das Defizit um circa 10 Millionen Euro bereits minimiert werden. Dies war ein erster Schritt und jetzt geht es aus unserer Sicht darum, den zweiten Schritt zu tun.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Und vielleicht sollte man, bevor man diesen Schritt geht, nicht schon Wünsche aussprechen, die dann in 15 Jahren eintreffen sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Landkreisneuordnungsgesetz trifft dazu doch recht klare Festlegungen. Auch hierauf ist die Ministerin bereits eingegangen. Der jetzige Landkreis Vorpommern-Greifswald ist Rechtsnachfolger der Altkreise Uecker-Randow und Ostvorpommern sowie der kreisfreien Stadt Greifswald. Dies bedeutet, dass er alle Rechte und Pflichten seiner Vorgänger übernommen hat, und das umfasst eben auch die Schulden, die hier heute in Rede stehen. Bei diesen Schulden handelt es sich um Altschulden, also um Schulden, die die beiden Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow in ihren letzten Haushalten insgesamt angehäuft hatten. Das Landkreisneuordnungsgesetz trifft hierzu auch Festlegungen. Diese Schulden, die eigentlich auf dem gesamten Landkreis liegen, können auch durch die Altschulden, durch eine Altschuldenföhlbetragsabgabe abgetragen werden. Und um diesen Weg geht es hier heute.

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald soll, so wie der Landkreis Ludwigslust-Parchim und auch der Landkreis Rostock, Altschuldenföhlbetragsabgaben erlassen und tut sich damit, wie wir es gehört haben, relativ schwer. Ich habe aber das Gefühl, dass in der Diskussion zu viel vom Innenministerium erwartet wird. Mit der Anschubfinanzierung, der Strukturbeihilfe und den Soforthilfen haben die Landesregierung, aber auch die Regierungsfractionen CDU und SPD erhebliche Anstrengungen investiert, um eine erste, und das betone ich, um eine erste Hilfe zu leisten.

Das Innenministerium hat in den zurückliegenden Monaten immer wieder den Landkreis beraten. Insofern bin ich da völlig d'accord mit meinem Kollegen Heinz Müller. Ihr Antrag suggeriert, dass dies nicht geschehen wäre. Dabei geht es aber gar nicht um eine fehlende Beratung. Es geht darum, dass der Landkreis gern eine verpflichtende Erklärung von der Landesregierung und auch vom Landtag hätte,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Die CDU-Kreistagsfraktion möchte das.)

wie mit den verbleibenden Altschulden später umgegangen werden müsste.

Grundsätzlich muss man dazu feststellen, wenn der Landkreis Vorpommern-Greifswald in 15 Jahren noch Altschulden hat,

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Wenn! Da kann man doch bloß lachen!)

dann müsse er diese als Landkreis in seiner Gesamtheit selbst tragen. Das ist zunächst der Grundsatz. Dies wirkt natürlich, und das kann ich durchaus nachvollziehen, etwas bedrückend. Der Wunsch nach einem Schuldenerlass oder zumindest einer Aussage darüber ist verständlich. Aber die kann das Innenministerium – auch die Landesregierung – aus heutiger Sicht noch nicht abgeben. Ich bin mir aber sicher, wenn der Landkreis seinen Willen zum Sparen zeigt und auch versucht, der Schuldenproblematik Herr zu werden, dann wird in Zukunft die Landesregierung und wird auch dieser Landtag alles unternehmen, um diese Anstrengungen zu unterstützen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das war in der Vergangenheit so und wird auch in Zukunft so sein. Zumindest wird die CDU-Fraktion hier im Landtag sich immer dafür einsetzen, so, wie sie es auch in den letzten Jahren getan hat.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Sehen Sie es doch einmal anders: Sie haben hier heute und auch in der Vergangenheit keine Erklärung der Landesregierung oder der Regierungsfractionen erhalten, die ausdrücklich zum Inhalt hat, dass der Landkreis mit den verbleibenden Altschulden alleingelassen wird und dass sich der Landkreis allein aus seiner misslichen Lage befreien muss. Das habe ich zumindest von keiner Fraktion hier heute gehört.

Wie die Unterstützung genau aussieht, das muss man dann aber in der Situation und unter der Gesamtschau aller Bedingungen betrachten. So verstehe ich das bisherige Verhalten aller Beteiligten. Aber zunächst einmal muss der zweite Schritt gegangen werden. Vorpommern-Greifswald hat – und das haben wir heute öfter gehört – den höchsten Schuldenberg unserer Landkreise. Das steht fest, aber genau deshalb sollte der Landkreis doch jetzt beim Schuldenabbau weitermachen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Soweit für mich ersichtlich, hat das Ministerium geprüft, bis zu welcher Höhe – und die Frau Ministerin ist darauf eingegangen – eine Altschuldenföhlbetragsumlage für die Gemeinden nicht zu belastend ist. Und in diesem Rahmen sollte der Schuldenabbau dann auch erfolgen.

In dem Zusammenhang möchte ich nur so nebenbei bemerken, auch ich gehöre ja einem Kreistag an, der Mecklenburgischen Seenplatte, und wir haben hier bereits seit dem Jahr 2011 eine Kreisumlage von 48,3 Prozent, und das löst bei unseren kreisangehörigen Kommunen beileibe keine Jubelstürme aus. Trotzdem ist das seit vielen Jahren so. Auch dort, kann ich ja berichten, haben wir ein umfangreiches Haushaltskonsolidierungskonzept am Montag verabschiedet.

(Vincent Kokert, CDU: Gegen die Stimmen der LINKEN.)

Auch das ist nicht dazu angetan, Beliebtheitspreise – Frau Kaselitz war ebenfalls dabei – im Kreis zu gewinnen.

(Vincent Kokert, CDU: Jawohl, CDU und SPD haben zusammengestanden.)

Deshalb sind die Kreisumlage einerseits und die zusätzlichen Kosten durch die Altfehlbetragsumlage andererseits zu sehen. Und auch mir und der kommunalpolitischen Fraktion ist es wichtig, dass die Gemeinden des Landkreises Vorpommern-Greifswald nicht mit der Schuldenlast überfordert und alleingelassen werden. Wichtig ist doch aber, dass beide zusammen eine Lösung finden.

Wenn ich jetzt die letzten Monate Revue passieren lasse, dann kann ich zumindest feststellen, dass die Landesregierung und auch die Koalitionsfraktionen mit dem Soforthilfepaket, mit dem Kommunalgipfel doch erheblich zusätzliches Geld bereitgestellt haben. Ich sehe also keine Anhaltspunkte dafür, dass der Landkreis Vorpommern-Greifswald nicht verlässlich beraten worden ist. Und ich sehe auch keinen Grund, dass schon festgelegt wird, wie mit den restlichen Altschulden in 15 Jahren zu verfahren ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Erzählen Sie das dem Kollegen Liskow und nicht uns! Dann soll er nicht solche Sachen ablassen dort im Kreistag.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da wir ja hier nicht im Kreistag sind, Herr Ritter, sondern im Landtag, sonst könnte ich ja auch erklären, dass Sie sich im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte an der Haushaltskonsolidierung so gut wie nie beteiligen ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie unseren Antrag nicht gelesen und wenn Sie ihn gelesen haben, nicht verstanden?)

Doch, ich habe Ihren Antrag gelesen. Schreien Sie nicht so laut! Das hat Ihr Vordenker Lenin schon gesagt, „Wer schreit, hat unrecht“, Herr Ritter.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben sogar die Mehrheit und haben nicht zugestimmt, Sie haben sogar die Mehrheit und haben nicht zugestimmt.)

Insofern beruhigen Sie sich erst mal ein wenig! Mir ist nur aufgefallen, dass Sie abgelehnt haben.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie bereits gesagt ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: So, wie Sie unsere Vorschläge abgelehnt haben, die zu Mehreinnahmen geführt hätten. – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Wolf-Dieter Ringuth, CDU)

Ich würde sagen, Frau Präsidentin, es ist eigentlich geklärt, wer diesen Preis erhält, sowohl in der Menge als auch in der Lautstärke.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Der Kasperpreis ist aber noch nicht vergeben. Der kommt noch.)

Ich möchte dann auch zum Ende kommen.

Ich denke, dass der Weg, der gegangen werden muss, ein Weg der Verständigung sein muss. Ich glaube, die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen sind dazu bereit, den Landkreis Vorpommern-Greifswald sowie alle anderen Landkreise auf dem Weg zu begleiten, zu beraten und auch in Zukunft, soweit es der Landeshaushalt hergibt, Spielräume zu eröffnen, wie weitere Unterstützung möglich wird. Wir als CDU-Fraktion stehen dazu bereit. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ziemlich naiv, von der Landesregierung zu erwarten, sie würde den Landkreis Vorpommern-Greifswald bei Altschulden und Altfehlbetragsumlage verlässlich beraten wollen. Die Landesregierung will nur eines, dem Landkreis den Schwarzen Peter zuschieben. Der Landkreis soll bei den Gemeinden die Altfehlbetragsumlage einkassieren und „Moskau Inkasso“ spielen.

Der Unmut der Bürger soll sich gegen den Landkreis richten. Dabei ist die Altfehlbetragsumlage nichts anderes als eine zusätzliche Kreisumlage, nur mit einem anderen Namen. Faktisch kassiert die Landesregierung frühere Entscheidungen des Kreistages von Vorpommern-Greifswald und vorher der Kreistage der Altlandkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow über die Kreisumlage und erhöht diese rückwirkend, was nicht gerade sehr demokratisch ist.

Dass die Gemeinden die Altfehlbetragsumlage überhaupt zahlen könnten, ist eine Fehleinschätzung. Nicht berücksichtigt wird bei der Darstellung und Analyse ihrer Finanzlage, dass ihre Lage deswegen nicht wesentlich schlechter ist, weil sie sich keine vernünftige Personalausstattung leisten. In Anklam ist die Personaldecke so knapp, dass ein Krankheitsfall ausreicht, und es wird zum Problem, einen neuen Personalausweis zu bekommen.

Hätten die Gemeinden eine vernünftige Personalausstattung, hätten sie eine viel ungünstigere Finanzlage und es wäre erst recht unmöglich und verrückt, eine Altfehlbetragsumlage ihnen noch zusätzlich aufzubürden. Weitere finanzielle Belastungen würden die Gemeinden endgültig funktionsunfähig machen, viele davon jedenfalls. Die Landesregierung will, dass der Landkreis diese Drecksarbeit für sie erledigt. Das sollte der Kreistag ablehnen, was er ja schon einmal getan hat, auch mit den Stimmen der NPD-Fraktion im Kreistag Vorpommern-Greifswald. Und es ist zu hoffen, dass auch am 15. Dezember eine Mehrheit den Mut aufbringen wird, dieses Ansinnen wieder abzulehnen. Wenn sich die Landesregierung das traut, zwei Jahre vor der Landtagswahl, kann sie dann ganz gern zu Zwangsmaßnahmen übergehen. Dann ist sie der Buhmann für die Bürger und für die Gemeinden, und zwar zu Recht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur, um Herrn Müller mal zu sagen, was das Anliegen unseres Antrages ist, aus der Begründung einen Satz vorlesen.

(Marc Reinhardt, CDU: Besser, Sie schreiben das in den Antrag, dann können wir das auch lesen. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Herr Reinhardt, ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört. Vielleicht finden Sie so viel Fairness in Ihrem Inneren, dass Sie ...

(Marc Reinhardt, CDU: So, wie Herr Ritter fair war, ja, als er dazwischengerufen hat?)

Ich bin nicht Herr Ritter. Jetzt rede ich!

(Torsten Renz, CDU: Donnerwetter! – Jochen Schulte, SPD: Doch, das stimmt, Herr Ritter hat einen Bart.)

Ich bitte Sie einfach, hören Sie zu, dann können wir uns weiter streiten.

(Vincent Kokert, CDU: Frau Schwenke, ich höre zu. – Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Okay, ist in Ordnung, Herr Kokert, das finde ich prima.

Also in unserer Begründung heißt es: „Teilnehmer- und Medienberichten zufolge fand der von der Kreisverwaltung in Abstimmung mit dem Ministerium für Inneres und Sport erstellte Entwurf keine Mehrheit im Kreistag, da die CDU-Kreistagsfraktion“ – und jetzt kommt das Zitat – „wolle, dass Schwerin sich verbindlich dazu äußere, wie mit dem großen Schuldenrest verfahren werden soll“.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Also nur noch mal zur Verdeutlichung: Wir nehmen ein Anliegen der CDU-Kreistagsfraktion auf und stellen das hier zur Diskussion. Ich danke Ihnen zunächst erst einmal für die Ernsthaftigkeit, mit der Sie dieses Problem betrachten, trotzdem möchte ich ganz gern ein paar Vorbemerkungen machen.

Das Erste, also wieso der Innenminister sich Sorgen macht um unser Demokratieverständnis, das ist mir nach Ihrer Rede, Frau Kuder, überhaupt nicht klar geworden. Das, was Sie hier gesagt haben, war uns schon lange klar. Das wussten wir, das war überhaupt nichts Neues. Wir wollen eine Lösung und wir wollten die auch im Kreistag, weil, Herr Saalfeld, Sie haben zwar völlig recht, aber uns steht das Wasser bis zum Hals. Wenn wir uns jetzt weigern, diese Hausaufgaben zu machen, und das bedeutet die Ablehnung des Kreistagsbeschlusses,

(Torsten Renz, CDU: Wie viel Leute sind denn da bei Ihnen im Stab beschäftigt?)

dann heißt das, wir trinken schon mal einen ganz schönen Schluck aus der Pulle, was wir nicht gern wollen.

Und eine zweite Bemerkung – Greifswald. Das ist ja auch gesagt worden, wir sind mit unserer Grundsteuer B und den Hebesätzen noch deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Wir haben in Greifswald gerade den Haushalt beschlossen. Und Sie hätten mal den CDU-Fraktionsvorsitzenden hören sollen, was der gesagt hat, weil die Grundsteuer B, der Hebesatz angehoben werden soll noch unter dem Landesdurchschnitt. Aber das hätten Sie mal hören sollen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Und das Nächste – kw-Vermerke. Herr Kokert, kw-Vermerke gibt es in unserem Personalkörper überhaupt nicht mehr, weil nämlich bei uns nicht das Problem ist, dass wir zu viel Personal haben, sondern an vielen ganz existenziellen Bereichen schon viel zu wenig.

(Egbert Liskow, CDU: Totaler Quatsch, viel zu viel!)

Das hat sogar der beratende Beauftragte festgestellt.

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Der vorliegende Antrag verweist ...

(Vincent Kokert, CDU: Ich höre immer noch zu.)

Ja, das ist ja in Ordnung.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Stimmt.)

Der vorliegende Antrag verweist auf den engen Zusammenhang zwischen Landes- und Kommunalpolitik. Das hat hier auch niemand in Abrede gestellt.

Personell kommt dieser Zusammenhang insbesondere bei Kreistagsmitgliedern zum Ausdruck, die zugleich Landtagsabgeordnete sind. Durch das Eindringen der jeweiligen Problemsicht können hierdurch Vorteile für beide Ebenen erwachsen. Die Verbindung kann aber auch Nachteile beziehungsweise Probleme bringen, vor allem, wenn man sich in Regierungsverantwortung befindet. Da spreche ich aus eigener Erfahrung. Es ist also nicht nur ein kommunales und ein kreisinternes Problem. Dass der Landkreis Vorpommern-Greifswald die mit deutlichem Abstand größten Altschulden trägt, ist bekannt. Das war aber bereits dem Gesetzgeber beziehungsweise der Koalitionsmehrheit bewusst, als ausgerechnet die strukturschwächsten Landkreise Uecker-Randow und Ostvorpommern zu einer angeblich zukunftsfesten Körperschaft verschmolzen wurden.

(Heinz Müller, SPD: Vielleicht hätte man doch eine Fusion mit Nordwestmecklenburg ins Auge fassen sollen.)

Aber dazu komme ich später noch mal, Herr Müller. Zunächst möchte ich gern noch mal berichten, dass in Vorpommern-Greifswald gar Wunderliches passiert. Die CDU-Fraktion im Kreistag probt den Aufstand. Sie verhindert, dass die von der Verwaltung in Abstimmung mit dem Innenministerium erarbeitete und vorgelegte Satzung

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

zur Altfehlbetragsumlage beschlossen werden konnte.

(Michael Andrejewski, NPD:
Gott sei Dank!)

Was wurde als Grund angeführt? Das Land müsse sagen, was nach dem Ablauf des Satzungszeitraums von 15 Jahren mit der dann immer noch erheblichen Restschuld wird. Und das Land müsse einen deutlich größeren Beitrag als die in Aussicht gestellten 22 Millionen Euro zur Konsolidierung des Landkreises leisten, und auf keinen Fall dürften Greifswald und die Ämter Jarmen-Tutow und Peenetal/Loitz mit herangezogen werden, denn sie haben ja zu dem Schuldenberg nicht beigetragen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sagt
die CDU-Kreistagsfraktion –
noch mal zur Klarstellung.)

Das sagt die CDU-Kreistagsfraktion. Haben Sie die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage meiner Kollegin Jeannine Rösler gelesen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen?

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

Das Innenministerium hat unmissverständlich klargestellt, dass die Satzung und damit die Einsammlung von circa 27 Millionen Euro über 15 Jahre die Voraussetzung ist für eine Konsolidierungsvereinbarung mit dem Land.

(Beate Schlupp, CDU:
Aber nicht die alleinige.)

Erst dann ist das Land bereit, einen nach seiner Meinung angemessenen Beitrag zum Schuldenabbau zu leisten.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das sollen circa 22 Millionen Euro sein, wie wir erfahren haben. Bisher haben wir die also noch gar nicht.

Nicht, dass es der Antwort auf die Kleine Anfrage bedurft hätte, um diese Klarheit herzustellen, wir wussten das vorher schon lange, die CDU offensichtlich nicht. Ich frage mich ganz besorgt, wer regiert eigentlich in diesem Land? Welcher Partei gehört der Innenminister an?

(Marc Reinhardt, CDU:
Sie zum Glück nicht.)

Aber das Lustige geht noch weiter. Ganz revolutionär fordert Herr Liskow junior eine Zusage vom Land über 50 Millionen Euro.

(Egbert Liskow, CDU:
Der Finanzausschuss!)

Und die CDU will sogar, dass der Kreis eine eigene ...

Ich kann Ihnen den Artikel zeigen in der OZ, Herr Liskow.

(Egbert Liskow, CDU:
Sie müssen nicht über den Artikel
reden, sondern die Wahrheit sagen. Der
Finanzausschuss hat das beschlossen.)

Auf Vorschlag von Herrn Liskow junior.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Jedenfalls will außerdem die CDU-Fraktion noch, dass er eine eigene Konsolidierungsvereinbarung mit dem Land erarbeitet und seinerseits Bedingungen stellt, nämlich diese mindestens 50 Millionen durch das Land zu übernehmen und keine Beteiligung oben genannter Kommunen, also Greifswald und der beiden ehemals Berliner Ämter.

Herr Kollege Liskow, Ihr Sohn hat offensichtlich Aufklärung nötig.

(Egbert Liskow, CDU: Von Ihnen?! –
Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oha!)

Bemerken Sie,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

bemerken Sie eventuell eine deutliche Diskrepanz zwischen den Aussagen des Innenministeriums und der CDU in Vorpommern-Greifswald? Ich merke diesen Unterschied schon.

Und die Krone setzt dem Ganzen dann Herr Hochschild auf, seines Zeichens CDU-Fraktionsvorsitzender in der Greifswalder Bürgerschaft. Er stellt die Kreistagsmitglieder, die – schweren Herzens zwar – aber dieser Altfehlbetragsumlagesatzung zustimmen wollten, an den Pranger. Ich gehöre auch dazu.

(Patrick Dahlemann, SPD: Ich auch.)

Wir würden dafür eintreten, dass Greifswald nach den 15 Jahren 8 Millionen Euro zu zahlen hätte, um sich an dieser Abtragung der restlichen 50 Millionen zu beteiligen, und das, obwohl Greifswald schuldenfrei in den Großkreis gegangen sei. Das ist wirklich die Krone der absoluten Absurditäten.

(Heinz Müller, SPD: Das schlägt
dem Fass die Krone ins Gesicht. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Und da
soll man sich nicht aufregen! –
Der Abgeordnete Torsten Renz
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Kollege Liskow wird sich noch daran erinnern,

(Andreas Butzki, SPD:
Junior oder Senior?)

dass wir im Wahlkampf 2011, als es um den Posten der Landrätin ging, gefordert haben, den neuen Kreis nicht mit dieser Schuldenhypothek zu belasten und einen ...

Vizepräsidentin Regine Lück: Frau Dr. Schwenke, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ach nee, ich möchte erst gern zu Ende reden.

(Vincent Kokert, CDU: Dann muss ich aber
wieder dazwischenrufen, Frau Schwenke.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Bitte schön, dann können Sie Ihre Rede fortsetzen.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Also als es im Wahlkampf 2011 um den Posten der Landrätin ging, da

wollten wir ganz gern, dass dieser Schuldenschnitt vorgenommen wird. Kollege Liskow war gar nicht abgeneigt, das auch so zu sehen. Nun erfahren wir in der bereits erwähnten Antwort auf die Kleine Anfrage meiner Kollegin, dass das gar keine Schulden gegenüber dem Land seien, die das Land deshalb auch nicht erlassen könne.

(Heinz Müller, SPD: Haben Sie das nicht gewusst?)

Dann frage ich mich allerdings, wieso das Land dermaßen die Daumenschrauben ansetzt und ohne Abbau dieser Fehlbeträge gar nichts mehr geht.

Aber nun noch mal zu Herrn Hochschild beziehungsweise seinem absurden Vorwurf. Dazu kann ich nur sagen: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil, und wer hören kann, übrigens auch. Die Justizministerin hat das heute in Vertretung des Innenministers noch mal betont: Ein Blick ins Gesetz zeigt, dass an keiner Stelle davon die Rede ist, dass nach der Tilgung eines angemessenen Anteils der Defizite bestimmte Kommunen vom weiteren Abtragen der Schulden befreit bleiben. Der Landkreis steht erst einmal für diese Fehlbeträge insgesamt. Dazu gehört auch Greifswald, das steht im Gesetz, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und dieses Gesetz ist von Ihnen, den Koalitionsfraktionen, beschlossen worden. Wer bildet gleich noch mal die Koalition? Wir nicht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und die Forderung des Landes, die Kreisumlage noch weiter zu erhöhen, trifft auch alle Kommunen im Kreis.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir diese Kreisgebietsreform so, wie Sie sie gemacht haben, nicht wollen. Wir haben immer zum Ausdruck gebracht, dass strukturelle Probleme der Landkreise –

(Heinz Müller, SPD: Wir wollten ja mal fünf Kreise, ne?)

das haben Sie selbst auch bestätigt, Herr Müller –, die Probleme der Landkreise zu diesen hohen Fehlbeträgen geführt haben. Wer hat über ...

(Heinz Müller, SPD: Der Wirtschaftsstruktur, nicht der Kreisstruktur!)

Nein, strukturelle Probleme.

(Heinz Müller, SPD: Der wirtschaftlichen Struktur.)

Natürlich, natürlich, Strukturprobleme, ja.

Wer hat über all diese Jahre über die Entwicklung der Kreisfinanzen die Rechtsaufsicht ausgeübt? Laut Kommunalverfassung ist hierfür das Innenministerium zuständig. Dem Bericht der Landesregierung zur Umsetzung der Kreisgebietsreform ist in einer Tabelle auf Seite 13 der Weg der Landkreise in die Verschuldung zu entnehmen. Ostvorpommern hatte 2002 11,3 Millionen Euro Schulden, 2010 bereits 35,2, Uecker-Randow 2002 5,6 Millionen Euro Schulden und 2010 sage und schreibe 51,1 Millionen. Mit der Genehmigung der Haushalte von Uecker-Randow und Ostvorpommern hat das Innenministerium faktisch bestä-

tigt, dass es diese Strukturschwäche der Kreise ist, die Schuld an den hohen Defiziten hat.

(Patrick Dahlemann, SPD: So ist es.)

Wir fordern eine aufgabengerechte Finanzausstattung. Meine Landrätin sagt,

(Patrick Dahlemann, SPD: Unsere!)

inzwischen sei sie ganz froh, dass es den – ja, in dem Fall ist es meine – beratenden Beauftragten gegeben hat, denn der hat wahrscheinlich, ohne es zu wollen, bestätigt, dass der Landkreis nicht das Geld zum Fenster rausgeschmissen hat und das auch heute nicht tut. Die Defizite bleiben trotzdem.

Deshalb noch mal: Wir brauchen eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen, vor allem damit sich nicht immer weiter neue Schulden anhäufen. Das passiert ja faktisch bereits. Und selbstverständlich wollen wir nicht, dass Greifswald und die beiden ehemaligen Demminer Ämter bei den 50 Millionen Euro Defizit, die vermutlich mindestens übrigbleiben werden, mit herangezogen werden, auch nicht über die Hintertür einer noch weiter steigenden Kreisumlage.

Die Landrätin von Vorpommern-Greifswald ist in Widerspruch zur Ablehnung der Altfehlbetragsumlagesatzung gegangen. Die Satzung steht nun am 15.12. wieder auf der Tagesordnung. Damit ist Frau Dr. Syrbe ihrer Verantwortung gegenüber dem Kreis nachgekommen, denn die Aussagen und Anweisungen des Innenministeriums sind unmissverständlich, das wiederhole ich gern noch mal. Die Landrätin kann gar nicht anders handeln.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, entweder bringt die CDU hier und heute öffentlich ihr Vertrauen in das Agieren des Innenministeriums zum Ausdruck,

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

eine weitere Blockade der Altfehlbetragsumlagesatzung wäre dann auch aus CDU-Sicht völlig albern,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

oder aber für das CDU-geführte Innenministerium wird hier und heute öffentlich das Bekenntnis abgegeben, sich der Problematik nochmals anzunehmen und neu nachzudenken. Deshalb bitte ich ausdrücklich, auch aus kreis- und stadtkommunaler Sicht, um Zustimmung zu unserem Antrag, den sicherlich auch Herr Hochschild begrüßen würde. Aber Sie haben es ja angekündigt, Sie werden ihn ablehnen.

(Marc Reinhardt, CDU: Mit Freude.)

Das Mindeste, was man jetzt erwarten kann, ist, dass Herr Liskow, Frau Schlupp, Herr Texter und Herr Schubert dann ihren Kollegen erklären, was hier gehauen und gestochen ist und wer dafür verantwortlich ist.

(Marc Reinhardt, CDU: Die Landrätin. – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Vor Ort dicke Backen machen und sich hier in die Büsche schlagen, das ist feige.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Ringguth von der Fraktion der CDU.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Herr Liskow!)

Dann ist es also verändert worden.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Liskow von der Fraktion der CDU.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da ist nichts verändert worden, sondern der PGF hat mich angemeldet als Redner.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ist ja gut.)

Ich möchte gern noch mal auf die Vorwürfe eingehen, die Frau Rösler und Frau Schwenke gemacht haben.

(Vincent Kokert, CDU:
Das ist auch bitter notwendig.)

Ich glaube, beide sind die Feiglinge der Nation, aber nicht die Leute aus Vorpommern-Greifswald, die hier als Abgeordnete tätig sind, denn keiner von denen hat dem Kreisstrukturneuordnungsgesetz zugestimmt, ich auch nicht. Und ich habe immer erklärt, dass ich gegen dieses Gesetz bin, weil ich diese Probleme, die jetzt auftreten, schon damals gesehen habe. Das vorneweg.

Ich möchte erst mal so viel sagen: Das Innenministerium hat ja eine Anordnungsverfügung erlassen, die die Landrätin allein hätte umsetzen können. Was macht sie? Sie nimmt den Kreistag mit in Haftung, weil sie Angst hat,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ach so, ach so!)

weil sie Angst hat, es selbst umzusetzen, weil sie weiß,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja, natürlich.)

weil sie weiß, dass sie die letzten Jahre ihre Aufgabe nicht erfüllt hat als Landrätin. Sie hat nicht vernünftig gespart, sie hat keine vernünftige Eröffnungsbilanz gemacht, sie hat immer nur Geld aus dem Fenster geschmissen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Marc Reinhardt, CDU: Ja, das sind die LINKEN. –
Zurufe aus dem Plenum: Oh! –
Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

So, jetzt geht es aber noch mal zum Thema: Eine Altfehlbetragsumlage von circa 27 Millionen Euro findet das Innenministerium angemessen. Das soll die Leistungsfähigkeit der Altkommunen sozusagen widerspiegeln. Wir haben keine Konsolidierungsvereinbarung, die eigentlich von der Landrätin zu erarbeiten gewesen wäre, wo ...

(Patrick Dahlemann, SPD:
Das will doch die CDU machen. –
Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Ja, das würde gern die Landrätin so sehen, dass die CDU das macht, aber immerhin haben wir,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

immerhin haben wir noch Gewaltenteilung und die Landrätin muss, glaube ich, die Arbeit in diesem Bereich machen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Sie hat doch verhandelt mit
dem Innenministerium.)

Das ist keine Gewaltenteilung, da haben Sie recht, aber die Landrätin ist in der Verantwortung,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ihre Fraktion verstehe ich nicht.)

die entsprechende Vereinbarung vorzulegen. Das hat sie bis jetzt noch nicht gemacht.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Es gibt sie erst, wenn es die
Satzung gibt, Herr Liskow.)

Und in dieser Vereinbarung, in dieser Konsolidierungsvereinbarung soll geregelt werden,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

unter welchen Bedingungen nachher auch die entsprechenden ...

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Die Bedingungen stehen lange fest.)

Ja, wo haben Sie sie denn? Zeigen Sie mir doch mal die Vereinbarung!

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Die gibt es erst unterschrieben, wenn
wir die Altfehlbetragsumlage haben. –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Die Bedingungen sind da, Sie
müssen nur zustimmen.)

So, in dieser Vereinbarung soll stehen, unter welchen Bedingungen das Geld vom Land fließt. Eine Bedingung ist, dass das Land, der Landkreis dauerhaft keine neuen Schulden mehr macht. Aber diese Bedingung können wir gar nicht erfüllen, weil schon das Gutachten von Rödl & Partner sagt, dass von den derzeitigen 18 Millionen

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ach, nun auf einmal doch?!)

maximal 8 Millionen getilgt werden können. Und es bleibt immer noch ein Defizit von 10 Millionen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

Also sind die Rahmenbedingungen so, dass eigentlich der Landesanteil gar nicht kommen kann. Damit haben wir immer zwar einen bestimmten Bereich gebracht, wenn wir die Altfehlbetragsumlage beschließen würden, was natürlich auch das Innenministerium allein machen kann, was es ja auch machen wird, wenn am Montag nicht entsprechend ein Beschluss gefasst werden wird,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das wollten Sie jetzt unbedingt.)

wovon ich – mehrheitlich – ausgehen werde.

Und ich würde doch ganz gern noch darauf hinweisen, was ja hier auch schon mal gesagt worden ist: Wenn es diese Altfehlbetragumlage nicht gibt, dann wird es in die normale Kreisumlage umgelegt werden müssen, dieses Geld.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Und das ist besser? –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Dann
trifft es auf jeden Fall Greifswald auch.)

Das würde so und so passieren, das muss man ja auch so definitiv sagen. Und wir finden das nicht gut. Ich hätte mir gewünscht, dass wir dieses Thema hier heute überwiesen hätten in die Ausschüsse, um die Problematik, die ja eigentlich da ist, noch mal intensiv zu besprechen.

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Leider gab es dafür keine Mehrheit, auch nicht von der SPD.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin dankbar, dass Herr Müller versucht hat, hier wirklich das Problem ausgewogen darzustellen. Herr Dahlemann und Frau Feike hätten sich dafür auch starkmachen können,

(Patrick Dahlemann, SPD: Ja, wir sind
im Kreistag an der richtigen Stelle.
Wir stehen dazu.)

haben sie aber leider nicht gemacht, dass wir dieses Thema noch mal intensiv beraten. Deswegen, glaube ich, ist das zwar ein großes Problem für den Landkreis, den wir nicht gewollt haben. Keiner von uns, der hier von der CDU Vorpommern-Greifswald jetzt im Landtag sitzt, hat diesem – das habe ich ja schon gesagt – Kreisstrukturneuordnungsgesetz zugestimmt.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das, was wir in Vorpommern-Greifswald vertreten, vertreten wir auch an dieser Stelle, und deswegen stehe ich hier noch mal am Pult. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und werde trotzdem gegen diesen Antrag stimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Patrick Dahlemann, SPD: Na, das
ist aber ein Widerspruch.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einige scheinen schon ein schlechtes Gewissen zu bekommen.

(allgemeine Unruhe –
Heinz Müller, SPD: Nein.)

Also das wundert mich schon. „Vor Ort dicke Backen machen“, habe ich mir aufgeschrieben. Ich bin davon ausgegangen, Sie haben auch „Backen“ gemeint und nicht „Wangen“.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Aber das soll auch nicht Gegenstand meines Themas sein.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Ich will einfach nur noch mal das Hohe Haus erinnern, dass wir eine Kreisgebietsreform gemacht haben, um auch die Zukunftsfähigkeit des Landes und damit der Kommunen abzusichern. Ich persönlich stelle mich da auch nicht in irgendwelche Büsche oder in irgendwelche Ecken, sondern ich stehe dazu, weil ich glaube, diese Kreisgebietsreform war wichtig und richtig, um zukunftsfähig zu sein, damit wir nämlich aufgrund der demografischen Entwicklung, die vor uns steht, entsprechend dann das kommunale Ehrenamt und die kommunale Ebene leben lassen können. Und wenn sich daran einige heute nicht mehr erinnern können, dann ist das ihre Sache.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Die kommen
aber aus Ihrer Fraktion, Herr Renz.)

Das will ich nicht weiter beurteilen.

Aber die Frage ist natürlich, welche Verantwortung nehme ich im Land wahr und welche Verantwortung nehme ich auch auf kreislicher Ebene wahr. Ich glaube, darüber sollten wir noch etwas diskutieren.

Fakt ist auch, durch die Kreisgebietsreform ist es nicht automatisch so, dass das Land die Schulden der Kommunen und der Landkreise eins zu eins übernehmen sollte, nur weil wir eine Kreisgebietsreform gemacht haben, denn das Land hat nämlich nicht diese Schulden angehäuft. Ich glaube, das ist wichtig, dies an dieser Stelle noch mal zu betonen. Aber sehr wohl sind wir – und das haben Herr Müller und auch Herr Reinhardt deutlich gemacht – als Land in der Verantwortung und in der Pflicht, so sehen wir das, dass wir gemeinsam diesen Weg beschreiten wollen, dass auch die Kommunen konsolidiert werden. Und da können wir gern über die Wege streiten. Aber es ist nicht ...

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Renz, gestatten Sie eine Zwischenanfrage der Abgeordneten Borchardt?

Torsten Renz, CDU: Aufgrund von inhaltlichen Aspekten nicht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Weil
Sie rumschwadronieren wollen.)

Es ist wichtig, das hier im Zusammenhang noch mal darzustellen, wenn wir eine Kreisgebietsreform haben und dann ein Landkreis Rostock zum Beispiel einen Schuldenstand hat von 11,7 Millionen, der auch angehäuft wurde durch die Führung der Kreise. Das ist nicht nur die Verwaltung, sondern das ist auch zum Beispiel dann der Kreistag, der dort aktiv ist. Ich habe das selbst

immer kritisch bemerkt, ich bin nämlich auch Mitglied des Kreistages gewesen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Gewesen, nicht mehr?)

Und wie einfach begibt man sich dann in die Position zu sagen, wir wollen die Ebene darunter nicht zu doll belasten, schauen dann etwas zu differenziert und mit einer rosaroten Brille auf die Kreistagspolitik und erheben vielleicht den einen oder anderen Prozentpunkt nicht, der notwendig ist, um eine vernünftige Haushaltspolitik in den Landkreisen zu tätigen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Was wollen Sie uns denn jetzt mit Ihrem Vortrag sagen?)

Insofern ist es also auch eine Verantwortung vor Ort, wie man dort agiert. Ich kann jetzt nicht Ihre unmittelbare Diskussion dort abschließend einschätzen, wie Sie sich da gern mögen oder auch nicht mögen, wie Sie sich austauschen zu einzelnen Anträgen. Aber ich kann zumindest auch mal als Mitglied des Landtages mir die Zeit nehmen und schauen, wie ist überhaupt die Kreisverwaltung in einzelnen Landkreisen aufgestellt, wie wird dort Haushaltspolitik gemacht, gibt es kw-Vermerke und Ähnliches.

(allgemeine Unruhe)

Ich habe mir vor kurzer Zeit mal die Mühe gemacht und die Führung der Kreisverwaltung im gesamten Land Mecklenburg-Vorpommern angeschaut.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist ein sehr interessanter Aspekt, sehr interessant.)

Und da ist mir insbesondere der Landkreis aufgefallen, über den wir jetzt sprechen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oi, joi, joi!)

Glücklicherweise ist es ja auch ins Internet gestellt worden und wenn ich dann mal reinschaue und nur die Kernverwaltung im Bereich der Landrätin betrachte, wenn ich dann den Stellenplan im Bereich der Kernverwaltung der Landrätin betrachte und feststelle, dass hier 14 Stellen vorhanden sind, die wahrscheinlich auch mit Leben gefüllt sind, das kann ich nicht sofort überblicken. Aber Fakt ist, ganz oben steht die Landrätin, dann kommt eine weitere Stelle – Referentin der Landrätin –, dann eine Büroleiterin, dann eine Sekretärin,

(Vincent Kokert, CDU: Donnerwetter,
das ist ja ein großartiges Ministerium.)

dann ein Sachbearbeiter für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, dann ein Sachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit und E-Government,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

dann ein Sachbearbeiter Intranet und so weiter. Und das geht weiter mit dem Kraftfahrer. Die Latte könnte ich jetzt fortsetzen bis zur Zahl 14. Und wenn ich das vergleiche mit anderen Landkreisen,

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dann habe ich zufällig den Landkreis Rostock im Kopf.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Haben Sie auch mal die Aufgaben gegenübergestellt?)

Ich meine, Frau Borchardt, Sie können ja gern über den Landkreis Ludwigslust-Parchim noch referieren, auch den habe ich mir angeschaut. Der hat ungefähr die Hälfte des Personals in diesem Bereich der Kernverwaltung um die Landrätin.

(Andreas Butzki, SPD: Wer ist der Landrat?)

Ich will jetzt nicht sagen, dass das zu viel ist, was Ihre Landrätin dort hat,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Jeannine Rösler, DIE LINKE)

das will ich nicht sagen. Ich will auch nicht sagen, dass das in Ludwigslust-Parchim möglicherweise zu wenig ist oder völlig korrekt,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Sie wissen doch eigentlich gar nichts.)

aber ich glaube, wir sollten diesen Prozess – und dazu möchte ich Sie einfach aufrufen – diskutieren, auch die Eigenverantwortung der Kreistagsmitglieder

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

der Fraktion DIE LINKE in Ihrem Landkreis in Bezug auf die Kernverwaltung Ihrer Landrätin. Das haben Sie ja noch mal betont,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Es gab einen unabhängigen Beauftragten des Ministeriums.)

auch wenn es die Landrätin aller ist. Das haben Sie ja in dem Punkt weggeschoben. Dann sage ich auch, und in diesem Punkt ist es auch Ihre Landrätin: Schauen Sie sich doch mal den Stellenplan an, ob es gerechtfertigt ist,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
Jeannine Rösler, DIE LINKE, und
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

so pompös möglicherweise hier zu leben!

(allgemeine Unruhe)

Ich will Ihnen als Letztes sagen: Im Landkreis Rostock – und da sage ich ausdrücklich, dass das zu wenig ist, was dort vorhanden ist – haben Sie für einen Landrat und drei Beigeordnete zwei Sekretärinnen. Das heißt, dieses Personal, vier Führungskräfte, teilen sich zwei Sekretärinnen.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Das werden Sie in keinem mittelständischen Unternehmen erleben. Ich glaube eher, das ist zu wenig. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass das in Ihrem Landkreis zu viel ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Vincent Kokert, CDU: Das ist Konsolidierung. –
Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
Andreas Butzki, SPD, und
Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und insofern, bevor Sie in ein weiteres Scharmützel hier gehen, schauen Sie, was Sie selbst dort vor Ort tun können, und spielen Sie sich hier nicht zum Retter der Nation auf! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Wenn man nichts mehr hat,
dann schickt man Renz.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme mir zeitweilig vor wie in einem Widerstandsnest. Alle waren gegen diese Kreisgebietsreform,

(Torsten Renz, CDU: Haben Sie mir nicht zugehört eben?)

aber irgendjemand muss sie ja beschlossen haben

(Vincent Kokert, CDU:
Die haben Sie auch schon
mal beschlossen, Herr Ritter.)

mit all ihren negativen Auswirkungen. Und insofern sich hier hinzustellen ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Die hast du auch schon mal beschlossen. Kannst du dich daran erinnern?)

Ja, kannst du dich daran erinnern, lieber Wolf-Dieter Ringguth, dass bei unserem Entwurf

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Da hatten wir noch einen Kreis weniger. –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

zur Landkreisneuordnung noch andere Dinge geregelt waren, zum Beispiel der Finanzübergang,

(Marc Reinhardt, CDU: Dann hätten wir noch weniger Geld.)

zum Beispiel die Funktionalreform. Alles das findet jetzt nicht statt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das ist der Unterschied zu der Kreisgebietsreform unter Rot-Rot und ...

(Marc Reinhardt, CDU: Aber das ist verfassungswidrig.)

Ja, die Anzahl der Kreise und die Abwägung,

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

die nicht stattgefunden hat, aber nicht die Funktionalreform.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das zeigt doch wieder mal, lieber Kollege Reinhardt, dass Sie nicht viel Ahnung haben, sich aber hier hinstellen und andere Kreistagsmitglieder unbotmäßig angreifen.

(allgemeine Unruhe –
Der Abgeordnete Heinz Müller
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Mir vorzuwerfen, ich hätte noch nie einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet,

(Marc Reinhardt, CDU: Haben Sie auch nicht.)

geht so was von weit daneben und beweist, dass Sie den Antrag meiner Fraktion am Montag im Kreistag weder gelesen

(Vincent Kokert, CDU: Wir sind aber im Landtag hier.)

noch verstanden, aber dennoch abgestimmt haben. Und wenn Sie so an diese Dinge rangehen, werden wir die Probleme des Landkreises Vorpommern-Greifswald nicht lösen,

(Marc Reinhardt, CDU: Solange Sie was zu sagen haben, nicht.)

weil Widerstand allein hier postulieren und die Bitte an die Landesregierung, gemeinsam mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald eine Lösung herbeizuführen, abzulösen, wird dazu führen, dass wir nächstes Jahr wieder hier stehen und über die gleiche Situation reden,

(Heinz Müller, SPD: Jetzt ist es zu spät.)

weil in Vorpommern-Greifswald sich nichts entwickelt hat. Mit plumpen Argumenten werden wir hier nicht weiterkommen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und am Montag auf der Kreistagssitzung Vorpommern-Greifswald zu sagen, ich war schon immer dagegen, und die anderen die Drecksarbeit machen zu lassen,

(Marc Reinhardt, CDU: Was?! Wollen wir erst mal anfangen, die Arbeit zu machen! Wollen wir erst mal anfangen zu arbeiten!)

das hat mit kommunalpolitischer Verantwortung nichts zu tun. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion DIE LINKE hat gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3496 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja oder Nein oder Enthaltung abzugeben.

Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihren Plätzen zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nun die Schriftführerin, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 13.54 Uhr

Wiederbeginn: 13.55 Uhr

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich eröffne die Sitzung.

An der Abstimmung haben insgesamt 54 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 19 Abgeordnete, mit Nein stimmten 35 Abgeordnete, es enthielt sich kein Abgeordneter. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3496 abgelehnt.

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Keine Energiewende ohne Kohleausstieg – Erneuerbare Energien und Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern und im Bund konsequent weiter voranbringen, Drucksache 6/3503.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Keine Energiewende ohne Kohleausstieg –
Erneuerbare Energien und Klimaschutz in
Mecklenburg-Vorpommern und im Bund
konsequent weiter voranbringen
– Drucksache 6/3503 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will mit dem Antrag Folgendes erreichen:

Erstens. Wir möchten, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene für einen schrittweisen und planbaren Kohleausstieg einsetzt, das heißt ganz deutlich, wir wollen nicht einfach morgen alle Atomkraftwerke

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Kohle!)

und Kohlekraftwerke abschalten, sondern es geht um einen für die Industrie planbaren Ausstieg aus der Kohleverstromung.

Der zweite Punkt ist, dass wir auch im eigenen Land gucken wollen, wie sieht es denn aus mit der Kohleverstromung in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist so,

dass wir ein großes Kohlekraftwerk in Rostock haben, das ist ein 500-MW-Block. Und um mal eine Hausnummer zu nennen: Von unserer Stromproduktion im Land – wir produzieren deutlich mehr, als wir verbrauchen – macht das Steinkohlekraftwerk 33 Prozent der Stromproduktion aus. Sie wissen, regenerative Energien – nur mal so nebenbei – sind jetzt über 120 Prozent unseres Stromverbrauchs im Land. Das Steinkohlekraftwerk erzeugt aber auch weit über 25 Prozent der CO₂-Emissionen unseres Bundeslandes. Wir haben etwa elf Millionen Tonnen, die wir emittieren, und davon sind fast drei Millionen von diesem einen Steinkohlekraftwerk. Das weist auf die Notwendigkeit hin, an dieser Kohleverstromung etwas zu verändern, wenn man etwas im Bereich „Klimaschutz“ tun möchte.

Und zum Dritten möchten wir, dass im LEP-Prozess, im Landesraumentwicklungsprogramm, stärker auf diese klimapolitischen Sachen geachtet wird. Konkret ist einer unserer Vorschläge, dass wir sagen, wir sollten danach suchen, wo es erhebliche Abfallwärme gibt – ich sage das jetzt mal so hart –, also Wärme aus der Industrie, die nicht verwendet wird, und wo auf der anderen Seite Gebiete sind, wo wir Wärme relativ gut gebrauchen können, um das zukünftig miteinander besser raumordnerisch zu koordinieren. Außerdem geht es uns darum, dass die Siedlungen besser geplant werden, damit weniger Verkehr erzeugt wird beziehungsweise beim Thema Moor-schutzprogramm etwas gemacht wird.

Warum auch heute dieser Antrag? Zurzeit tagt in Lima eine Vorbereitungskonferenz für die nächste Weltklimakonferenz in Paris 2015. Momentan bemühen sich die Minister, auch unsere Bundesumweltministerin Frau Hendricks, eine Vereinbarung hinzubekommen. Zurzeit ist aber aus meiner Sicht und aus Sicht mancher Fachleute die Stimmung eher so, dass das Bewusstsein für das Thema Klimaschutz weltweit sinkt, obwohl sich eigentlich die Notwendigkeit immer stärker herausstellt.

Warum stellt sich heraus, dass es stärker notwendig ist? Ich kann nur mal sagen, dass ich gerade mit dem Vorstand der Stadtwerke Rostock zusammengesessen habe. Wir haben kurz über das Jahr 2011 geredet und was wir in der Aufsichtsratssitzung mitteilen werden. Es ist so, dass das Jahr 2014 das wärmste Jahr in Rostock seit Aufzeichnung der Wetterdaten war,

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

was natürlich konkrete Auswirkungen auf das Thema Fernwärmeverkauf und so weiter hat.

Wenn Sie die Meldung in einer Wirtschaftszeitung gelesen haben – da geht es um das Thema „Nordsee und die Temperaturen“ –, das Jahr 2014 ist eines der wärmsten Jahre seit Aufzeichnung der Oberflächentemperatur der Nordsee gewesen. Es hat in bestimmten Gebieten fast plus drei Grad gegeben, in anderen waren es knapp über zwei Grad. Das führt dazu, dass sich jetzt neue Organismen, wie eine Austernart, dort ansiedeln. Das hört sich auf den ersten Blick relativ harmlos an,

(Andreas Butzki, SPD: Das war schon des Öfteren der Fall.)

aber es werden Fischarten verdrängt, es kommen Qual-
len in Größenordnungen und es wird zum großen Um-

bruch kommen, wenn wir diesen Klimawandel nicht stoppen können.

Das 2-Grad-Ziel, das auch auf der Weltklimakonferenz wieder eine große Rolle spielen soll, soll erreichen, den Klimawandel auf ein noch verträglicheres Maß für die Umwelt bringen zu können. Wir werden den Klimawandel nicht komplett stoppen können. Zwei Grad würde bedeuten – wenn wir es darunter halten könnten –, dass die großen Permafrostböden in Sibirien und so weiter nicht auftauen. Wenn das passiert – und alles, was wir im Moment an Daten haben, deutet darauf hin, dass es passieren wird –, dann wird sich das Klima dramatisch verändern. Dann reden wir über knapp fünf Grad, um die die Welttemperatur ansteigen wird bis zum Jahre 2100 mit den Folgen, die dann auf uns zukommen würden. Es ist im Moment nur noch ein kleines Zeitfenster, um diesen wirklich dramatischen Klimawandel, der kommen wird, zu verhindern. Dieses Zeitfenster muss genutzt werden.

Vielleicht auch noch mal: Gut gemeint ist immer, eine gewisse Panikmache zu verbreiten und zu sagen, es kommt jetzt alles ganz schnell und die Weltmeere werden ansteigen. Ja, das werden sie, aber wir reden über Zeiträume, die wahrscheinlich erst die Generationen nach uns betreffen werden. Wir stellen aber zurzeit die Weichen dafür.

Ich will ein anderes Beispiel nennen: Die amerikanische Regierung hat gerade eine Studie vorgelegt, in der sie alle Klimastudien der Welt ausgewertet hat. Dahinter steht die Frage, wie groß denn der Anteil der Wissenschaftler ist, der davon ausgeht, dass der Klimawandel auch menschengemacht ist, und dass nicht einfach nur die üblichen Klimaprozesse ablaufen, die wir in der Weltgeschichte oder in der Erdgeschichte immer kannten. Die Auswertung hat ergeben, dass 3 Prozent der Wissenschaftler den menschengemachten Klimawandel bestreiten, 97 Prozent aber der Meinung sind, er ist menschengemacht oder zumindest teilweise menschengemacht.

Da muss man bloß kritisch hinzufügen, die 3 Prozent stimmen exakt, 3 Prozent der Wissenschaftler bestreiten das. Aber bei den 97 Prozent ist es so, dass ein Drittel ganz klar sagt, es ist menschengemacht, und zwei Drittel der Studien äußern sich zu dem Thema gar nicht. Sie bestreiten allerdings auch nicht, dass es menschengemacht ist.

Wissenschaftliche Studien gehen natürlich in irgendwelche Detailbereiche rein, wo es gar nicht um die Frage geht, ob er menschengemacht ist oder nicht, sondern welche Auswirkungen die Wolkenbildung hat und was weiß ich nicht alles. Jede Statistik ist also auch mit einer gewissen Vorsicht zu genießen. Aber unterm Strich ist klar, die Wissenschaftler sind sich verhältnismäßig einig, es gibt einen menschengemachten Klimawandel und wir müssen dagegensteuern.

Warum ist der Bereich der Energieerzeugung so wichtig? Weil etwa 40 Prozent der CO₂-Emission Deutschlands – das lässt sich auch ein Stück weit weltweit übertragen – aus dem Bereich der Energieerzeugung kommen. Da ist natürlich die Kohle ganz weit vorn. Und eine der grünen Hoffnungen zu glauben, irgendwann werden die fossilen Brennstoffe knapp und dann wird sich das Ganze vielleicht irgendwie marktwirtschaftlich erledigen, weil die Preise für Brennstoffe aus fossilen Energieträgern dramatisch teuer werden und Regenerative irgendwie immer

billiger werden wird, diese Träume werden sich nicht bewahrheiten. Denn wir wissen, dass die Kohle, die wir noch in den Lagerstätten sicher wissen, mehrere Hundert Jahre reichen wird. Wenn es uns nicht gelingt, den Kohleabbau bewusst zu stoppen, dann wird diese Kohle verbrannt werden und den Klimawandel herbeiführen, den wir alle zusammen eigentlich nicht wollen können.

Vielleicht auch etwas zu den Ländern, wie sie sich im Moment unterschiedlich verhalten, natürlich auch in der Bundesrepublik: Wir haben das Problem in Sachsen – zurzeit von Schwarz-Rot regiert –, dort ist ja eine rot-grüne Regierung unter anderem auch an dieser Frage gescheitert – nicht eine rot-grüne, sondern eine schwarz-grüne Regierung ist ganz klar an dem Thema Energiepolitik gescheitert, weil man sich bei der Braunkohle im Hintergrund überhaupt nicht einigen konnte. Deswegen war diese Option dann relativ schnell vom Tisch. Und die neue schwarz-rote Regierung hat sich im Koalitionsvertrag sehr, sehr klar und deutlich zur Braunkohle bekannt, und zwar nicht nur zu den bestehenden Projekten, sondern auch zu den projektierten.

Da kann man auch mal sagen, in NRW – das ist rot-grün regiert – ist es auch nicht gelungen, alle projektierten Projekte, nämlich Garzweiler II zum Beispiel, einzudampfen, nur weil die GRÜNEN dabei sind,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

sondern man reduziert es von 1,3 Milliarden Tonnen auf jetzt 1 Milliarde Tonnen. Das erspart immerhin 1.400 Menschen die Umsiedlung, aber es ist auch nicht der große Durchbruch. Auch wir sind dabei, sehr dicke Bretter zu bohren und sind nicht hundert Prozent erfolgreich, das kann man deutlich sagen.

Und selbstverständlich will ich die linke Baustelle Brandenburg natürlich nicht unerwähnt lassen. Dort ist es so, dass es auch die LINKEN sind, die sich massiv für den Braunkohletageabbau einsetzen, weil sie einfach die sozialen Probleme sehen, die entstehen, wenn man den jetzt schnell schließt.

Das alles führt uns aber, dazu zu sagen – auch aus der Energiewirtschaft –, das Zeichen, was E.ON gerade gesetzt hat, Kohle und Atom auszulagern, ich bin kein Freund dieser Aktion, weil es kein Ausstieg aus der Technologie ist, sondern es ist einfach nur ein Verlagern der Risiken, wo man sehr gut sagen kann, irgendwann machen wir einen Cut und dann überlassen wir das der Gesamtgesellschaft, mit dem Problem klarzukommen. Und das droht uns. Wir brauchen einen richtig ordentlich organisierten Ausstieg.

Es ist auch nicht das, was Vattenfall gerade gemacht hat. Es war ja eigentlich ein schönes Signal aus Schweden, dass die rot-grüne schwedische Regierung, die Vattenfall offensichtlich so in die Spur setzen konnte, gesagt hat, wir setzen auf Regenerative, wir verabschieden uns von der Braunkohle, mit dem Ergebnis, dass die das jetzt auslagern wollen. Sie wollen es einfach nur verkaufen in ein anderes Unternehmen, das heißt, es wird weiter betrieben. Sachsen und Brandenburg müssen sich da keine Sorgen machen und Vattenfall hat das Gefühl, sie sind jetzt Saubermänner. Sie haben das Ding zwar mal angefangen, aber jetzt werden andere die Projekte zu Ende führen.

Das deutet alles darauf hin, dass wir in Deutschland eigentlich ein Kohleausstiegsgesetz brauchen und wir brauchen das Signal aus den einzelnen Bundesländern – deswegen die Hoffnung, dass Mecklenburg-Vorpommern der Vorreiter sein könnte, dass wir dieses von der Bundesregierung erwarten. Das ist mir auch klar, dass das nicht in ein, zwei Monaten auf den Tisch kommt, aber an diesem Gesetz muss dringend gearbeitet werden.

Vielleicht noch etwas zur Politik von Sigmar Gabriel, der im Moment nicht mehr klar wahrzunehmen ist in der Außenwahrnehmung, was jetzt eigentlich sein Ziel ist: Er hatte sehr deutlich verkündet, die Reduktionsziele im Bereich CO₂ minus 40 Prozent bis zum Jahr 2020 seien praktisch nicht mehr zu erfüllen, wir müssen uns davon verabschieden. Seine Bundesumweltministerin hat dagegen protestiert und hat übrigens inzwischen auch ein „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ vorgelegt. Das ist sicher sehr, sehr lobenswert, dass man dort verschiedene Projekte erwägt, aber die meisten Sachen sind Prüfungsaufträge – man müsse mal gucken.

Dann, wenn es richtig, richtig hart wird, nämlich bei der Frage, 40 Prozent der CO₂-Emission kommen aus der Stromerzeugung und da aus der Kohle, steht, ich darf zitieren: „Um die Minderung der Emissionen im Sektor Energiewirtschaft zu erreichen,“ müssen „zusätzlich zu einer wirksamen Reform des Emissionshandels“ folgende Bereiche in Bezug auf die Stromerzeugung adressiert werden: „Ausbau erneuerbarer Energien“ – sehr gut –, „Weiterentwicklung des fossilen Kraftwerksparks“ und Weiterentwicklung der Kraft-Wärme-Kopplung.

Das Letztere ist sicherlich auch gut, aber was „Weiterentwicklung des fossilen Kraftwerksparks“ bedeutet, also ich kann da jedenfalls keinen Kohleausstieg auch nur ansatzweise erkennen. „Weiterentwicklung“ heißt für mich, man braucht das weiter und will das weiter entwickeln. So kann ich es nur verstehen. Da wäre ich dankbar für eine offene und ehrliche Diskussion, weil man dann auch mit einer politischen Auseinandersetzung über unterschiedliche Ziele in diese Diskussion eintreten kann, aber nicht mit so einer verschleierte Formulierung „Weiterentwicklung des fossilen Kraftwerksparks“.

So, zu den nächsten Punkten werde ich dann im zweiten Teil kommen. – Ich danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Pegel. Bitte schön.

Minister Christian Pegel: Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich den Antrag las, hatte ich den Eindruck, dass er eigentlich aus einem größeren Blumenstrauß sehr verschiedene Dinge in einer Weise zusammenfügt, die mit einem roten Faden nicht so ganz einfach zusammenzubinden sind. Auch die Begründung – ich schätze Sie unglaublich in Ihren Begründungen und oft auch in den

Begründungen der Anträge, weil sie sehr detailliert sind – fand ich sehr breit aufgefächert. Ich glaube, dass wir uns an vielen Stellen, die Sie vorgetragen haben, sehr schnell einig werden.

Ich weiß immer nicht, wen ich da zitiere, aber ich kenne verschiedene Organisationen, die so einen Aufkleber produziert haben, ich finde immer den Aufkleber sehr schön – noch mal, aus verschiedenen Organisationen kenne ich den –, dass wir die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen hätten. Ich finde, das ist etwas sehr Passendes.

Ich glaube auch, dass wir uns unter den meisten in diesem Hohen Hause bei der Frage, dass wir den Klimawandel nicht leugnen, relativ schnell einig werden, auch wenn ich mit dem früheren sächsischen Wirtschaftsminister noch vor einem halben Jahr spannende Diskussionen an dieser Stelle geführt habe. Aber ein Eindruck wäre – das haben wir in anderen Diskussionen in den letzten Landtagssitzungen hier auch schon mal festgestellt, ich glaube, Sie haben es sogar ausdrücklich benannt –, es gibt bei diesen Themenfragen hier eigentlich eine Nähe, die in vielen anderen Bundesländern in der politischen Landschaft zu suchen wäre.

Ich bin momentan nicht ganz sicher, was sozusagen Ihre wahre Idee hinter dem Antrag ist, aber neben dieser globalen Frage, die ich in den Raum stellen möchte, denke ich, dass Ihr Antrag uns in der Tat auch interessante und streitbare weitere Fragen stellt. Vielleicht ist so eine Diskussion auch ein Stück weit das, was Sie in erster Linie vor Augen hatten.

Eine der Fragen, die stehen bleibt, ist: Wie viele Ausstiege schaffen wir eigentlich gleichzeitig? Wenn ich Sigmar Gabriel und auch die Bundesumweltministerin höre, habe ich den Eindruck, diese Frage klingt da auch mit. Wenn ich auf Ihren Antrag schaue, ist die Frage: Wie viele Generationen meint eigentlich „mittelfristig“? Das ist ein wunderschönes Wort: „mittelfristig“. Oder umgekehrt: Wie lange ist „schnellstmöglich“, um jeweils im Duktus Ihres Antrages zu bleiben?

Was ist reell durch die Länder jeweils in ihren Landeshoheitsgrenzen – durch die Bundesländer wohlgemerkt – regel- und vor allen Dingen durchsetzbar? Welche Brücken brauchen wir für die Versorgungssicherheit, auch für windstille Stunden und sonnenarme Tage? Ist die Brückentechnologie, fossile Kraftwerke mal eben wegzudenken, in Stufen wegzudenken, mittelfristig? Da sind sie wieder, die beiden schon genannten Fragen: Was ist „mittelfristig“? Was ist „schnellstmöglich“?

Noch mal: So unterschiedlich nach meinem Gefühl die Antworten in der folgenden Debatte ausfallen mögen, so einig dürften sich die Beteiligten in diesem Hause sein, dass die Energiewende selbstverständlich eine Herkulesaufgabe ist – ich betone, ich spreche nicht von Odyssee, ich spreche von Herkulesaufgabe –, ebenso einig wohl auch bei der Feststellung, dass die Energiewende erst dann erledigt ist, wenn wir nicht nur aus der Kernenergie – das ist aber schon mal eine durchaus größere Aufgabe –, sondern dann auch aus der Kohlestromerzeugung mit allen fossilen Energieträgern ausgestiegen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung strebt – das haben wir wiederholt betont, auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben – eine nachhaltige

Energieversorgung, und zwar deutlich formuliert, nicht nur im Sektor Strom, sondern selbstverständlich auch in den Sektoren Wärme und Mobilität, an. Und noch mal: Selbstverständlich ist vollkommen unstreitig, dass der Klimawandel von uns ein klares Handeln auch in Sachen konventioneller Kraftwerke verlangt. Selbstverständlich kommt angesichts der globalen Erwärmung der Dekarbonisierung der Energiewirtschaft eine Riesenbedeutung zu.

Aber jetzt kommen sie wieder, meine Damen und Herren, unsere schon genannten und ungelösten Fragen: Wie lange dauert „mittelfristig“? Was ist „schnellstmöglich“? Das Ziel – noch mal – ist hier im Saale, glaube ich, weitgehend oder vielleicht vollständig unstreitig: der Ausstieg aus der Stromerzeugung aus fossilen Quellen. Wir sind uns bestimmt genauso einig, dass das nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag stattfinden soll, was in anderen Bundesländern in so einer Diskussion wirklich schwieriger zu erörtern wäre, aber vorher müssen ein paar Bedingungen erfüllt sein und Versorgungssicherheit gehört sicherlich zu diesen Fragen, zu gut Deutsch, Strom zu allen Tages- und Nachtzeiten.

Richtig gut wäre auch eine Schwarzstartfähigkeit, die ja aktuell immer mehr diskutiert wird, wenn denn wirklich mal großflächig etwas schiefgehen sollte. Ich betone an dieser Stelle aber auch gerne, die Gefahr ist nach meiner Einschätzung nicht größer, als sie es vor fünf Jahren war. Wir sind immer noch eines der stromstabilsten, netzstabilsten Länder dieser Welt. Da gibt es viele andere, sogenannte Erste-Welt-Länder, die deutlich häufiger Ausfälle auch in größeren Flächen haben.

Und, meine Damen und Herren, sicherlich gehört zu den Bedingungen und Voraussetzungen auch das Vermeiden extremer Preissprünge, die nämlich für die Akzeptanz der Energiewende als Ganzes durchaus nicht unproblematisch sind. Wenn ich vor allem die Versorgungssicherheit in den Vordergrund rücke, bleibt die Frage nach den Alternativen. Wenn die Alternativen für eine Übergangstechnologie „neue Gaskraftwerke“ heißen, dann stellen sich wieder mehrere Fragen: Erdgas oder Biogas? Neubau oder Bestandsanlagen, zu gut Deutsch, KWK, die es in Größenordnungen gibt? Wie gelingt der Wechsel von Kohlestrom zum Gaskraftwerk ohne Preisexplosion und – viel wichtiger – mit ordnungspolitischen Maßnahmen? Die haben Sie ja eben ein Stück weit global, aber sehr abstrakt angedeutet, die am Ende eine Rückkehr zu einem halbwegs funktionierenden Strommarkt, der den Begriff „Markt“ auch verdient, nicht endgültig verstellen. Und für wie viele Stunden laufen diese Kraftwerke noch pro Jahr, wenn die neuen Gaskraftwerke – wenn die denn im Blick sind – nach mehrjähriger Planung, Genehmigung und Bauzeit irgendwann in acht, zehn oder zwölf Jahren fertig werden? Ist die Gesamtenergiebilanz, Herstellungsaufwand plus Stromerzeugungsaufwand, tatsächlich optimal oder mag manch altes Kraftwerk, vielleicht auch Kohlekraftwerk, differenzierter zu betrachten sein?

Ich glaube, dass man sehr genau und vor allen Dingen sehr einzelfallbezogen abwägen muss, was nachhaltiger ist. Bei vielen Kraftwerken zur Kohleverstromung in Deutschland wäre mein Daumen – da sind wir, glaube ich, ganz dicht beieinander –, im Übrigen ohne längeres Zaudern und Zögern, unten. Aber die Daumen dieser Landesregierung – und darum geht es ja ein Stück weit in der Ziffer 2 Ihres Antrages –, die Daumen dieser Landesregierung haben ihre Wirkung nur bis zur Landes-

grenze. Die anderen Bundesländer, wo im Übrigen auch breitere grüne Mitverantwortung politisch eine Rolle spielt, haben Sie schon angesprochen.

Innerhalb unserer Landesgrenzen ist Kohleverstromung ein überschaubares Thema, auch das ist von Ihnen angesprochen worden. Wir blicken da vor allem auf Rostock. Und ich bin überzeugt, dass ein Ausstieg aus der Kohleverstromung kein radikaler Schnitt für alle gleichzeitig sein wird, sondern – auch das ist von Ihnen eben schon dargestellt – stufenweise funktionieren muss. Dieser Schritt wird nicht in Mecklenburg-Vorpommern koordiniert werden müssen, sondern bundesweit. Da wird man dann fragen müssen, ob nicht lieber das Rostocker Kraftwerk ein wenig länger in Betrieb bleiben sollte als manch Dinosaurier andernorts.

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

Ich meine damit Kraftwerke,

(Torsten Renz, CDU:
Ich habe damit kein Problem.)

die zu Zeiten des Schwarz-Weiß-Fernsehens gebaut wurden und nicht erst in den Neunzigern, wie das Rostocker Kraftwerk. Der Wirkungsgrad in Rostock liegt bei reiner Stromerzeugung bei über 43 Prozent. Das ist immer noch nicht zum Jubeln, aber gemessen an dem, was Sie sonst europaweit finden, ist es einer der höchsten Wirkungsgrade, die ein Steinkohlekraftwerk in Europa erzielt – eben auch, weil es ein so neues Kraftwerk ist.

Und diese Bilanz, meine Damen und Herren, verbessert sich noch einmal deutlich – das klang bei Ihnen durch das Gespräch mit dem Aufsichtsrat an –, diese Bilanz verbessert sich noch einmal deutlich, wenn man die teilweise Nutzung der Abwärme des Rostocker Steinkohlekraftwerkes für die Fernwärmeversorgung in der Hansestadt Rostock in die Betrachtung mit einbezieht.

(Torsten Renz, CDU: Dong Energy hat aber 46 Prozent geschafft?)

Er hätte aber die Fernwärmeversorgung nicht hingekriegt und das ist einer der echten Vorteile des Rostocker Kraftwerkes. Wenn Sie den 25-Prozent-Anteil des Rostocker Steinkohlekraftwerkes an den Gesamtemissionen dieses Landes ansprechen, dann hat man ja im ersten Moment das Gefühl, das muss aber ein massiv emittierendes Kraftwerk sein. Das ist es sicherlich auch, aber ich glaube, der Vollständigkeit halber gehört zu so einem Bild auch, dass uns umgekehrt die Breite sehr stark emissionsgeneigter Industrie fehlt, die in anderen Ländern viel, viel schmutzigere Kraftwerke mit viel kleinerem Anteil teilnehmen lässt. Es ist eher ein Zeichen, wie schwach unsere Industrie- und Gewerbestruktur ausgeprägt ist, wenn allein dieses Steinkohlekraftwerk in Rostock diesen hohen Anteil ausmacht.

Wenn also ein Kohleausstieg bundesweit und koordiniert erfolgen sollte, wenn das Rostocker Kraftwerk dabei denkbarerweise nicht das erste sein dürfte, was vom Netz geht, dann darf man ins Sinnieren kommen, welcher Handlungsspielraum einem reinen Landeskonzept für diesen Bereich zukommt. Trotzdem noch mal, ganz klar d'accord: Es bleibt natürlich ein mittelfristiges Ziel, die Kohle abzulösen. Und da war es wieder, das wunderschöne Wort „mittelfristig“.

Dafür werden wir noch mehr und bessere Lösungen für die Speicherung von Wind- und Sonnenstrom brauchen. Im Land wird an solchen Speicherlösungen auch praktisch gearbeitet, das wissen wir gemeinsam. Der Batteriespeicher der WEMAG hier in Schwerin ist ein Beispiel dafür, die Forschung zu Wasserstoff in Stralsund beschreibt eine andere, durchaus vielversprechende Fährte, der gefolgt wird.

Wir warten aber noch auf den Zeitpunkt, zu dem die Speichertechnologien so weit ausgereift sind, dass im Rahmen der Volatilität, also der Veränderbarkeit der erneuerbaren Energien, eine Versorgungslücke – im Zweifel auch von deutlich mehreren Stunden – ausgeglichen werden kann. Zu diesem Zeitpunkt werden wir dann bundesweit sehr konsequent über sehr konkrete Ausstiegsszenarien zu sprechen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Landesenergiekonzept beschreiben wir den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Das ist das Hauptziel. Wir folgen dabei aber auch – den Empfehlungen des Landesenergieerates und seiner AGs folgend – dem Gedanken eines Energiemixes für die kommenden Jahre, den wir noch eine Zeit lang brauchen werden – da sind wir, glaube ich, auch nicht weit auseinander – mit einem klaren Kurs auf den Aufbau der Erneuerbaren – das ist unstrittig innerhalb des Landesenergiekonzeptes und wird es sein –, auch mit einem Förderprogramm des Bildungs- und des Energieministeriums für die Speicher- und Netzstabilitätsforschung, weil gerade die ein Schlüssel sein wird – je schneller wir dort zu Ergebnissen kommen, desto leichter wird auch ein Ausstieg aus konventionellen Kraftwerken sein –, aber auch mit einem klaren Blick für die Aufgabenteilung zwischen Land und Bund. Der Landesenergieerat hat uns dabei im Übrigen eines nicht empfohlen: Er hat keinen Sonderweg beim Ausstieg aus der Kohleverstromung hier in Mecklenburg-Vorpommern vorgeschlagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im kürzlich veröffentlichten Vergleich der Bundesländer der erneuerbaren Energien 2014 der Agentur für Erneuerbare Energien, die bundesweit agiert, belegt Mecklenburg-Vorpommern den dritten Platz und hat sich noch mal deutlich verbessern können, im Übrigen hinter den Ländern Bayern und Baden-Württemberg. Wir sind damit unter den norddeutschen Bundesländern der Bestplatzierte. Dies zeigt, glaube ich, deutlich, dass wir die vorhandenen Potenziale für erneuerbare Energien intensiv nutzen.

Mecklenburg-Vorpommern hilft mit seinem Export erneuerbarer Energien, die Ziele der Energiewende nicht nur hier im eigenen Bundesland zu erreichen. Im Ergebnis helfen wir damit, die Kohle als Energieträger auch in anderen Bundesländern zurückzudrängen, also nicht nur auf die eigene Landesgrenze zu schauen.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur beim Ausbau der erneuerbaren Energien sind wir vorne mit dabei, auch im Bereich der Raumordnung – von Ihnen in der Ziffer 3 des Antrages mit mehreren Spiegelstrichen angesprochen – schaffen wir mit zahlreichen Festlegungen, die im Anhörungsverfahren nicht immer auf Gegenliebe stoßen, im aktuellen Entwurf des Landesraumentwicklungsprogrammes die planerischen Voraussetzungen für den Klimaschutz und die notwendigen Anpassungen an den Klimawandel.

Den besten Klimaschutz – auch da werden wir uns vermutlich schnell einig – betreibt man zuweilen durch Vermeidung. Einer solchen Vermeidungsstrategie trägt das Zentrale-Orte-System, ein etwas technischer Begriff, Rechnung, denn dieses will zu einer energiesparenden Siedlungs- und Verkehrsentwicklung beitragen. Damit gehen auch die Konzentration der Siedlungsentwicklung sowie eine Reduzierung der Flächeninanspruchnahme einher. Es wird damit auch zu einer Vermeidung von Verkehren beigetragen, die bei völlig freier Siedlungsentwicklung entstehen würden. Diese Bündelung von Verkehren schafft dann auch einen besseren Zugang für den ÖPNV – alles zusammen, nach unserer Einschätzung, ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die im Rahmen der Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogrammes formulierten Grundsätze und Ziele sind primär auf die Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsziele ausgerichtet, nämlich auf die Begrenzung des täglichen bundesweiten Flächenverbrauches – ich betone: täglich, ich finde die Zahl immer wieder beachtlich –, des täglichen bundesweiten Flächenverbrauches bis hin zum Jahr 2020 auf 30 Hektar.

(Zuruf aus dem Plenum: Ja.)

Ja.

Davon abgeleitet liegt der Zielwert für Mecklenburg-Vorpommern immer noch bei 1,95 Hektar pro Tag. Unsere Kernziele bei der Siedlungsentwicklung, der Wohnbauentwicklung und bei großflächigen Einzelhandelsvorhaben sind erstens die Stärkung der Innenentwicklung, also Innen- vor Außenentwicklung, im Übrigen ist gerade das durchaus von den kleinen Gemeinden nachhaltig kritisiert worden im Rahmen der aktuellen Anhörung, zweitens die Vermeidung einer bandartigen Entwicklung der Siedlungsstruktur, zu gut Deutsch der Zersiedlung, drittens die Konzentration der Wohnbauflächen auf die Zentralen Orte, viertens das Anhalten der Regionalplanung daraufhin, dass diese als Instrument der nachhaltigen Steuerung der Siedlungsentwicklung auf ein regionales Flächenmanagement hinwirkt, und fünftens die Konzentration des großflächigen Einzelhandels auf Zentrale Orte – auch das nicht nur beliebt bei vielen kleineren Gemeinden –, und dort auf die Innenstädte beziehungsweise Ortszentren und zentralen Versorgungsbereiche.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir machen uns Empfehlungen des Landesenergieerates im Landesenergiekonzept und die Möglichkeiten der Landesplanung im Landesraumentwicklungsprogramm zunutze. Das lässt sich im Übrigen auch schnellstmöglich umsetzen, das ist im aktuellen LEP-Entwurf enthalten. Die Landesregierung hält zweitens auch am Kurs des nachhaltigen Ausbaus der erneuerbaren Energien fest, und das ist nicht immer nur vergnügungsteuerpflichtig, das wissen wir beide gleichermaßen gut. Und drittens, die Dekarbonisierung der Energieerzeugung bleibt ausdrücklich mittelfristiges Ziel dieses Energiewendeprozesses, gerade hier im Bundesland.

Aber als Vater von zwei kleineren Kindern zitiere ich jetzt einfach mal: Für die Frage: „Sind wir schon da?“, scheint es bei dieser letzten Aufgabe leider noch ein wenig zu früh. – Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU und Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Seidel von der Fraktion der CDU.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich kann man darauf warten, wenn man sich mal die Daten verschiedener Aktivitäten im Bundestag und dann entsprechend in den Landtagen anschaut. Am 04.07.2014 stellen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag den Antrag „Kohleausstieg einleiten“,

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

heute im Landtag haben wir nun den Antrag der GRÜNEN

(Heiterkeit bei Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Alle machen
das Gleiche. Das kann doch nicht sein.
Die CDU macht das genau umgekehrt. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

hier in Mecklenburg-Vorpommern „Keine Energiewende ohne Kohleausstieg“. Es gibt allerdings – Herr Jaeger, auch wenn Sie das belustigt – einen Unterschied

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja?)

und den will ich deutlich machen. Die Bündnisgrünen im Bund haben in ihrem Antrag die zentrale Forderung formuliert, man will einen CO₂-Grenzwert nach dem Beispiel Großbritannien, der sich auf die Jahresemission eines modernen Gaskraftwerkes bezieht.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Da haben wir einen
konkreten Vorschlag gemacht.)

Die Bündnisgrünen im Land Mecklenburg-Vorpommern fordern einen – wie Sie gesagt haben und es steht auch im Antrag – mittelfristigen Ausstieg aus der Kohlenutzung, unter anderem auch hier in Mecklenburg-Vorpommern.

Und, Herr Minister, jetzt will ich natürlich nicht einem Minister helfen oder so was, aber ich will mich noch mal zur anderen Seite wenden und Frau Finanzministerin – sie ist gerade nicht da – fragen, das Wort „mittelfristig“ ist schon erklärt. Also ich kenne immer noch eine Mittelfristige Finanzplanung. Sie kennen die, glaube ich, auch. Die geht über einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren. Insofern ist das ein relativ definierter Zeitraum. Man muss also – das war in Ihrer Rede ein bisschen anders, aber wenn ich mir den Text des Antrages vornehme – davon ausgehen, dass Sie mittelfristig (fünf bis zehn Jahre) einen Ausstieg aus der Kohlenutzung fordern.

Und, Herr Jaeger, da zeigt sich für mich dann doch ein bisschen der Unterschied zwischen den Leuten im Bund, die auch mal Regierungsverantwortung getragen haben,

und den Leuten im Land, die dieses Vergnügen noch nicht hatten – ich hoffe, auch nicht so schnell haben sollten –, denn das ist in meinen Augen eine Vorstellung, wie sie schlichtweg,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

na ja, ich glaube, unrealistisch ist.

Und, meine Damen und Herren, jetzt will ich mich mal an all diejenigen richten, die trotz unterschiedlicher fachlicher Orientierung auch noch den Blick fürs Leben und ein bisschen technische Vorbildung haben – das soll ja heute nicht mehr modern sein –: Ich glaube, es ist inzwischen eine allgemeine Erkenntnis, dass die Energiewende richtig und notwendig war und ist – der Atomausstieg ist im Übrigen beschlossene Sache bis 2022 – und auch die schrittweise Zurückführung der Energiegewinnung aus Kohle, eben wegen der CO₂-Problematik, aber natürlich auch wegen der Endlichkeit der Ressourcen. Ich meine, es macht doch keinen Sinn, darüber zu streiten, ob man nun 200 Jahre Kohle hat oder 220 oder 180. Das ist in meinen Augen nicht so wichtig, sondern es ist endlich.

Deswegen glaube ich, dass alle vernünftigen Menschen sagen, da müssen wir uns was anderes einfallen lassen. Allerdings, da wiederhole ich mich jetzt, ist die Forderung nach einem Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022 und gleichzeitig nach einem Kohleausstieg mittelfristig nach meiner Auffassung, wie gesagt, unrealistisch, wenn man bedenkt, dass man gegenwärtig einen Anteil der Kohle bei der Bruttostromerzeugung deutschlandweit von 45 Prozent Steinkohle und Braunkohle – das ist die 2013er-Zahl – zur Kenntnis nehmen muss und es im Übrigen – da kann man sich jetzt auch um 1.000 streiten – am Ende 50.000 Menschen betrifft, über die man da mal so eben redet. Ich glaube in der Tat, diese Forderung ist politisch, aber auch fachlich, na ja, wenn man es etwas schärfer formuliert, aberwitzig.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, wie ist denn die Situation zu dem Problembereich der Energiewende? Zu Recht ist durch den Minister darauf hingewiesen worden, dass das eine gewaltige Aufgabe ist, die man nicht in den nächsten zehn Jahren schultern wird. Ich persönlich würde sagen, da werden 50 Jahre nicht reichen, um das wirklich in der gesamten Breite hinzukriegen.

Wie ist die Lage? Wir haben auf der einen Seite einen rasanten Fortschritt beim Aufbau von Erzeugungsanlagen für erneuerbare Energien, darauf ist hingewiesen worden. Mecklenburg-Vorpommern hat bereits, wenn Strom und Wind wehen, Entschuldigung, wenn Sonne scheint und Wind weht, eine hundertprozentige Versorgung. In Deutschland sind das gegenwärtig 24 Prozent der Bruttostromerzeugung. Stromnetzausbau und Speicherung hinken hinterher. Das ist für mich kein gesunder Zustand. Ich habe immer gedacht, dass man zunächst mal Infrastruktur braucht, wenn man etwas Anständiges leisten will. Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit – da gibt es zumindest ernstzunehmende Fachleute, die warnen, dass diese Bereiche nicht in dem Lot sind, wo sie hingehören.

Ja, meine Damen und Herren, wenn man den Pressepiegel aufschlägt, muss man feststellen, die Akzeptanz der Bürger schwindet trotz gut gemeinter Aktivitäten.

Insofern würde ich, wenn man das auf die Fragen, die die Wirtschaft betreffen, kapriziert, gerne noch mal deutlich sagen wollen: Die deutsche Volkswirtschaft ist kein Experimentierfeld,

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

sie ist kein Privathaushalt, wo man Licht an- und ausschalten kann. Sie kann auch nicht so bedient werden wie in einem Privathaushalt, dass man mal einen Kühlschrank neu ersetzt oder ähnliche Dinge macht, sondern hier geht es wirklich um die Frage, wie kriegen wir es hin als ein Land, das sich – das muss man ja konstatieren – selbst zum weltweiten Beispiel erkoren hat, was ein hoher Anspruch ist, und sich damit, wenn man so will, unter den Erfolgsdruck gesetzt hat, dieses Problem, diese Riesenaufgabe zum Erfolg zu führen. Da würde ich immer sagen, da ist es gut, zweimal zu überlegen, bevor man einmal handelt.

Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zu dem Antrag selbst machen. Übrigens, Herr Minister, Sie sprachen vorhin von einer Begründung – ich habe jetzt den Antrag noch mal hin- und hergewendet, im Antrag finde ich zumindest keine Begründung, aber Sie meinten, glaube ich, die mündlich vorgetragene. Aber ich muss mich ja auf das konzentrieren, was der Antrag selbst aussagt. Dort wird formuliert – und das ist ja auch der Mut, der DIE GRÜNEN bei uns im Lande auszeichnet – im Punkt 1: Ein mittelfristig schrittweiser Kohleausstieg ist problemlos wirtschaftlich verkraftbar.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Na gut, dann gehen wir mal in die Unternehmen des Landes, und dann sagen Sie das denen mal, wenn man unter „mittelfristig“ fünf bis zehn Jahre versteht.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das hat auch niemand behauptet.)

Das ist das, was ich deutlich gemacht habe.

Ja, nee, das ist aber so.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Nee, das ist eben nicht so.)

Man muss sich überlegen, was man da reinschreibt.

(Egbert Liskow, CDU: Das machen die nie.)

Da können Sie mal – das empfehle ich Ihnen zum Beispiel – zum Fruchtsquell Dodow fahren – eine Firma, die in der Tat sehr stark unter dem Problem ansteigender Stromkosten zu leiden hat. Ich will gar nicht in die Länder gehen, die es nachher wirklich betrifft, also Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und so weiter und so fort.

Im Punkt 2 sagen Sie, Sie wollen den Ausstieg aus der Kohleverstromung und dann eben die Schließung des Kraftwerkes Rostock. Das ist vom Minister auch schon festgestellt worden,

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

das ist ja das Thema hier in Mecklenburg-Vorpommern, was Kohleverstromung betrifft. Da will ich zunächst erst mal die Frage aufgreifen, da soll die Landesregierung ein Konzept vorlegen. Das ist auch eine interessante Forderung, die permanent von den GRÜNEN kommt: immer noch ein Konzept zum Konzept und noch ein Konzept. Am Ende ersticken wir an Konzepten und wissen gar nicht mehr, was wir gestern aufgeschrieben haben. Das ist aber nur eine formale Bemerkung.

Aber nun muss man sich mal vorstellen, Sie fordern hier den Ausstieg aus einer Produktion, die Stilllegung eines Unternehmens, was eine gültige Genehmigung hat, was letztlich eine bestimmte Planung seiner Investitionskosten, seiner Amortisierung und, und, und hat. Da fordern Sie mal eben locker, das mittelfristig stillzulegen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das könnten Sie alles
glauben, wenn Sie nicht 500 Millionen Euro
in die P+S Werften versenkt hätten.)

Ach, Herr Saalfeld, also die Stelle tut weh. Hören Sie auf damit!

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, klar. Eben.)

Ja, die tut mir sehr weh, wirklich.

Aber jetzt mal wieder zum Thema Energie. Im Punkt 3 fordern Sie in Bezug auf das LEP eine energiesparende Siedlungs- und Verkehrsentwicklung. Was heißt denn das nun? Sie schreiben dann weiter, es geht Ihnen um die Sicherung weiterer CO₂-Senken wie Moore und Grünland. Da frage ich auch mal: Was heißt denn das jetzt für die Bürger?

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Also ich sehe nur im Lande, dass es an vielen, vielen Stellen in erheblichem Maße Probleme gibt, die wir den Leuten aufbürden, weil wir natürlich die Dinge auch nicht bis zum Ende durchdenken, wenn wir ihnen dort Landschaften wieder zurückbauen

(Minister Dr. Till Backhaus: Na, na, na!)

und dabei nebenbei noch ein paar Gärten unter Wasser setzen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Habt
ihr nicht selber so angefangen? –
Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern ist die Frage, was Sie darunter verstehen, wenn Sie sagen, Sie wollen das entsprechend weitertreiben.

Sollte ich hier Kritik von der Regierungsbank gehört haben, dann darf ich die gar nicht hören, weil es die ja nicht gibt.

Übrigens, wenn man sich auf eine solche Rede vorbereitet, dann sucht man sich ja alle möglichen Dinge zusammen, und da ist mir in die Hand gefallen eine Ausarbeitung von Greenpeace – das ist, glaube ich, eine befreundete Vereinigung von Ihnen –, das sogenannte „Schwarzbuch Kohlepolitik“. Das ist schon interessant.

Dort wird übrigens die SPD als „Kohlepartei“ bezeichnet. Im Übrigen ist es auch interessant, wie die Auseinandersetzung geführt wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht nur die SPD.)

Nee, nee, ich gehe gleich weiter.

Dort werden Politiker wie eben die Ministerpräsidentin Kraft aus Nordrhein-Westfalen, Platzeck, also Ministerpräsident a. D. aus Brandenburg, Haseloff in Sachsen-Anhalt, Ministerpräsident Tillich (CDU) in Sachsen, Christoffers bei den LINKEN in Brandenburg, aber eben auch der ver.di-Chef Bsirske oder der Bürgermeister Palmer von den GRÜNEN, ich glaube, Tübingen ist das, die werden dort alle als „Kohlemafia“, ich will schon sagen, diskreditiert.

(Egbert Liskow, CDU: So sind die GRÜNEN)

Ich finde, das ist eine Form der Auseinandersetzung, die man sich wirklich sparen sollte, ...

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Schön, dass wir darüber
reden, aber das hat mit den GRÜNEN
nichts zu tun. Das hat mit unserem
Antrag überhaupt nichts zu tun.)

Ja. Jaja.

... die man sich wirklich sparen sollte. Das ist diese typische grüne Belehrungspolitik

(Zurufe von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
und Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nach dem Motto: Wir wissen schon, was für euch gut ist. Lasst uns nachdenken und dann, liebe Leute, folgt uns und alles wird gut!

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich behaupte, dass die von mir zitierten Politiker, von den Bürgern gewählt, in Verantwortung gegenüber ihren Ländern stehen im Gegensatz zu einigen, die sich hier aufblasen – das will ich wirklich mal sagen, damit meine ich jetzt gar nicht Sie, Herr Jaeger, um das gleich klarzustellen – und sich in einer Weise erheben, die, finde ich, der Sache überhaupt nicht dient.

Meine Damen und Herren, Deutschland muss mit der Energiewende den Bürgern klarmachen, dass man sicherstellen will, dass keiner überfordert wird, dass es auch bei effizienter Volkswirtschaft gelingt, eine Umstellung der Energieversorgung hinzubekommen. Wenn Kritik wirklich gerechtfertigt wäre, dann will ich die festmachen an der Problematik, haben wir wirklich den richtigen und auch entsprechend formulierten Masterplan, um dieses gewaltige Werk nach vorne zu bringen. Und da, meine Damen und Herren, kann man natürlich in der Tat fragen, ob das, was bisher vorhanden ist, ausreicht.

Wenn ich mir den Artikel in der „Zeit“ vom 04.12. vornehme, der gerade in unserem Pressespiegel zu lesen

war, wo selbst die geistigen Väter der Energiewende sagen, wir haben uns geirrt, weil es zum Beispiel gegenwärtig tatsächlich so ist, dass Gaskraftwerke an Bedeutung verlieren und Kohlekraftwerke an Bedeutung gewinnen, weil wir nicht entsprechend vorgehen,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, das wollen wir doch gerade.)

... weil wir zum Beispiel nicht, ...

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das will der Antrag.
Dann haben Sie ihn nicht verstanden.)

Nein, nein, nein, nein, nein!

... weil wir meinetwegen nicht den Emissionshandel als Ursache feststellen, sondern sagen, wir müssen schneller aussteigen aus der Kohle.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So geht das eben nicht.

Und, meine Damen und Herren, an dieser Stelle meine ich, dass der „Aktionsplan Klimaschutz“, den die Bundesregierung gerade beschlossen hat, sicherlich ein richtiger, ein vernünftiger Schritt ist, aber eben nur einer. Darin enthalten ist als ein großes Thema das Thema Energieeffizienz. Da müsste man sagen, seit vier Jahren streiten sich der Bund und die Länder über die Frage, wie honoriert man, wenn wirklich Investoren energiesparend vorgehen. Das ist eine echte Aufgabe, der man sich mal zuwenden muss, um dort zu einer Lösung zu kommen. Ich kenne die Argumente, aber das nützt ja alles nichts. Wir können es uns nicht leisten, einen solchen Streit über solche Zeiträume weiterzuführen.

An dieser Stelle will ich deutlich sagen, Ihr Antrag hilft wirklich nicht. Deswegen muss man ihn, wie ich finde, bedauerlicherweise ablehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! In der „Süddeutschen Zeitung“ wurde am 11. November dieses Jahres die Frage aufgeworfen, was denn der Unterschied zwischen der Berliner Mauer und den ältesten deutschen Kohlekraftwerken sei. Die Antwort in dem Artikel lautete wie folgt: „Die Mauer ist seit 25 Jahren weg. Aber eine Handvoll Braunkohlekraftwerke, die quasi mit der Mauer errichtet wurden, laufen und laufen und laufen.“

(Udo Pastörs, NPD: Damit haben Sie wohl nicht gerechnet? Sie dachten wohl, das steht noch in tausend Jahren.)

„Sie verdienen gutes Geld, schaden aber mehr als sie nutzen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dieser Antwort sind wir bereits mitten in der Diskussion zum vorlie-

genden Antrag der GRÜNEN. Das Klimaziel der Bundesrepublik steht seit Langem: Bis 2020 soll der CO₂-Ausstoß um 40 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 gesenkt werden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Offiziell wird von der Bundesregierung davon gesprochen, dass bereits 33 Prozent weniger CO₂ ausgestoßen wird als noch 1990. Selbst wenn das stimmt, besteht eine Lücke von 7 Prozent. Die Bundesregierung rechnet natürlich, das verstehe ich auch, mit extrem spitzem Stift, vor allem, um nicht eingestehen zu müssen, dass das Ziel noch lange nicht erreicht ist.

Experten gehen von einer Lücke zwischen zehn und zwölf Prozent aus. Das zeigt, es war höchste Zeit, mit konkreten Maßnahmen mehr für die Minderung des CO₂-Ausstoßes zu tun. Theoretisch sollte das Aktionsprogramm Klimaschutz, welches am Mittwoch vergangener Woche vom Bundeskabinett beschlossen wurde, mit genau solchen konkreten Maßnahmen aufwarten, wie die CO₂-Einsparung denn nun vorangetrieben werden soll. Wie gesagt, theoretisch. Das, was nun vorgelegt wurde, kann man freundlich ausgedrückt als „Wünsch-dir-was-Katalog“ bezeichnen.

Es wird hier im Saal hoffentlich niemand sein, der bezweifelt, dass die Kohleverstromung inzwischen seit Langem zum Sündenfall beim CO₂-Ausstoß geworden ist. 22 Millionen Tonnen CO₂ sollen durch die Stromwirtschaft eingespart werden. Mal abgesehen davon, dass nach unserer Ansicht diese Menge bei Weitem nicht ausreicht, um den Herausforderungen des Klimawandels entgegenzutreten zu können, ist die Frage, wie das geschehen soll, völlig offen. In der Pressekonferenz ließ der Minister dazu verlauten, dies sei eine unternehmerische Entscheidung.

Ich will fair sein: Es ist nicht Nichts, wenn eine konkrete Menge als Ziel ausgemacht wird. Das 40-Prozent-Ziel war bisher noch allgemeiner und unverbindlicher. Aber wenn es allein nach der unternehmerischen Entscheidung der Kraftwerksbetreiber geht, dann werden wir das Ziel nicht erreichen. Zum Beispiel werden wir dann nicht dazu kommen, dass hocheffiziente Gaskraftwerke ans Netz gehen. Warum sollte es auch? Die alten abgeschriebenen Kohlekraftwerke sind reine Gelddruckmaschinen. Aus rein unternehmerischer betriebswirtschaftlicher Sicht wäre es sträflich, sie abzuschalten.

Die Umweltministerin Hendricks sah das mal genauso. Sie hatte sich anfangs für konkrete Maßnahmen zur Abschaltung älterer Kraftwerke eingesetzt, doch durchsetzen konnte sie sich nicht. Ich bin gespannt, wann Minister Gabriel erkennen wird, dass er wieder Lobbyinteressen aufgesessen ist. Aber wir sind ja gerade in Brüssel gewesen und müssen leider feststellen, dass das ins Bild passt.

Der Handel mit Emissionszertifikaten ist aus unserer Sicht gescheitert, und das kurzzeitige Backloading wird ebenso wenig den gewünschten Effekt bringen. Schon gar nicht wird es Geld einspielen, das dringend für den Umbau der Energiesysteme benötigt wird. Eine Tonne CO₂ müsste mindestens das Fünf- bis Sechsfache des aktuellen Marktpreises kosten, damit eine tatsächliche Steuerungswirkung eintreten kann. Meine Fraktion plädiert nach wie vor für die Einführung einer CO₂-Steuer

oder eines ähnlichen Instrumentes, am liebsten europaweit. Da das aber nicht zu erwarten ist, sollte Deutschland in dieser Richtung eigenständig handeln. Der Ausstieg aus der Kohle kann nur gelingen, wenn es klare Regelungen zum Neu- und Ersatzbau sowie zu den Betriebszeiten von Kohlekraftwerken gibt. Schritt für Schritt – das betone ich noch mal –, Schritt für Schritt und nicht von heute auf morgen könnten so die ältesten und ineffizientesten Kraftwerke vom Netz gehen.

Wir meinen ja, dass zum Beispiel Gaskraftwerke, wenn sie denn die notwendige Brückenfunktion bis zur vollständigen Energieversorgung aus erneuerbaren Rohstoffen erfüllen sollen, Teil der notwendigen Infrastruktur sind. Dann müssten sie in staatliche Hand, ohne Unterordnung unter das über allem stehende Gewinninteresse, das ist natürlich nicht gewollt. Das Prinzip Hoffnung, nach dem die Bundesregierung agiert, wird auch in dieser Frage keinen Beitrag leisten können. Mit der Freiwilligkeit von Unternehmen haben wir in den verschiedenen Branchen einschlägige, aber eben nicht positive Erfahrungen machen müssen. Herr Gabriel ist unter dem Druck der Wirtschaft zusammengeklappt wie ein papierner Cocktailschirm, nachdem er Wasser abbekommen hat, meine Damen und Herren.

In eine notwendige Ausstiegsstrategie gehört schließlich auch die Frage – und das will ich hier besonders betonen –, welche Perspektiven es für die Beschäftigten in dieser Branche gibt.

(Egbert Liskow, CDU: Fangen Sie doch mal in Brandenburg an, da haben Sie doch eine Regierungsbeteiligung!)

Das sage ich Ihnen gleich.

Für uns gehört – ganz wichtig – die Frage dazu – das war ja das Hauptproblem für die Brandenburger, Herr Jaeger hat es schon gesagt –, welche Perspektiven es für die Beschäftigten in dieser Branche gibt. Dass die Kraftwerksbetreiber Horrorszenarien über den Verlust von Arbeitsplätzen beim Kohleausstieg aufmachen, ist offensichtlich. Aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Ängste, die wir sehr ernst nehmen. Deshalb wundern wir uns auch nicht darüber, dass Gewerkschaften und Unternehmen in das gleiche Horn pusten. Deshalb muss der Kohleausstieg sozial- und arbeitsmarktpolitisch flankiert werden.

(Egbert Liskow, CDU: Von wem?)

Wir brauchen, wie beim Rückzug des Militärs, Konversionsprogramme für die Kohlewirtschaft.

(Egbert Liskow, CDU: Dann lasst Hamburg doch machen!)

Mit all dem bisher Gesagten, meine Damen und Herren, erkennen Sie, dass meine Fraktion dem Punkt 1 des vorliegenden Antrages in jedem Fall zustimmen wird.

Bei den Punkten 2 und 3 haben wir Fragen und auch Zweifel. Wir waren uns zum Beispiel beim Punkt 2 nicht einig darüber, was damit eigentlich gemeint ist, zumal Sie dieses Mal im Unterschied zu sonst, Herr Kollege Jaeger, keine schriftliche Begründung mitgeliefert haben. Das müssen Sie nicht, das ist klar, aber das hätte vielleicht zur Erhellung beigetragen.

Einige bezogen den Punkt auf das einzige Kohlekraftwerk in Mecklenburg-Vorpommern. Aber für dessen Stilllegung ein Landeskonzept zu erwarten, würde ich für ein bisschen übertrieben halten. Ist es vielleicht, so hatte ich das verstanden, so gemeint, dass das Portfolio der Energieerzeuger in Mecklenburg-Vorpommern immer noch einen erheblichen Anteil Kohlestrom beinhaltet und dieser Anteil zurückgefahren werden muss? Dann macht aus meiner Sicht diese Forderung noch eher Sinn, liebe Kollegen von den GRÜNEN.

Allerdings muss ich sagen, dass ich diese Strategie des Landes als Bestandteil im Energie- und Klimaschutzkonzept erwarte. Dort muss das Land zwingend den Weg vorschreiben, der auch in den Kommunen und in den Unternehmen gegangen werden soll. Mir ist nicht klar, warum wir dann ein Extrakonzept im Land brauchen. Aber vielleicht können Sie noch mal etwas Genaueres dazu sagen.

Ähnlich problematisch ist für uns der Punkt 3, zumindest ein Stück weit. Ich selbst habe in der Landtagssitzung im Oktober bei Einbringung unseres Antrages zur Stärkung des Klimaschutzes im Land gefordert, dass dieser Aspekt der Energiewende stärker in die Diskussion des Landesraumentwicklungsprogramms und der Regionalen Raumentwicklungsprogramme eingebracht werden muss. Deshalb unterstützen wir vorbehaltlos Ihr Anliegen in diesem Punkt.

Auch die Aussagen hinter den Anstrichen finden wir sehr wichtig. Die Frage, die wir uns stellen, ist nur, ob das Landesraumentwicklungsprogramm das richtige Instrument dafür ist. Ich bin sehr dafür, dass im LEP Programmsätze zur Verantwortung des Landes für den Klimaschutz, zur klimaverträglichen Energieversorgung als Ziele beziehungsweise Grundsätze der Raumordnung festgeschrieben werden. Aber für meine Begriffe steht da schon einiges drin, unter 6.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, so ist es.)

Ich darf zitieren: „Der weiteren Reduzierung von Treibhausgasemissionen ist, soweit es wirtschaftlich vertretbar ist, durch eine komplexe Berücksichtigung von Maßnahmen – den Zwischenraum habe ich rausgelassen – „Rechnung zu tragen.“ Die Punkte, die da aufgeführt sind, sind entweder tatsächlich raumbedeutsam oder generell als Ziel definiert, wie Energieeinsparung und Erhöhung der Energieeffizienz.

Zur Erschließung vorhandener Wärmepotenziale wird die Geothermie genannt. Die ist an raumbedeutsame Standortfaktoren gebunden. Gilt das auch für KWK-Anlagen und die Nutzung der Industrieabwärme? Sind die raumbedeutsam aus Landessicht? Ich habe da meine Zweifel. Die Nutzung der Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung und der industriellen Abwärme festzuschreiben, kann aus unserer Sicht vom LEP nicht geleistet werden. Dafür hält meine Fraktion das LEP für das falsche Instrument.

Bei der Frage nach der Sicherung und Vermehrung von Wäldern bestehen bereits Regelungen. Ich zitiere einmal aus dem Landeswaldgesetz Paragraf 1 Absatz 2: „Wald ist wegen seines wirtschaftlichen Nutzens ... und wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Biodiversität, „die Bodenfruchtbarkeit, das Land-

schaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur sowie die Erholung der Bevölkerung ... zu erhalten und zu mehren.“

Auch der sparsame Umgang mit Grund und Boden ist sowohl im Baugesetzbuch als auch im Entwurf des LEP verankert, nämlich dadurch, dass festgeschrieben ist – der Minister hat es vorhin schon gesagt –, Innenentwicklung der Siedlungen geht vor Außenentwicklung. Außenentwicklung, also weitere Zersiedelung, ist sogar ausgeschlossen.

Nun kann man viele Regelungen, die das Land zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen getroffen hat, kritisieren, weil sie nicht ausreichend sind. Das tun wir auch, wenn wir der Meinung sind. Aber das Landesraumentwicklungsprogramm wäre nach unserer Auffassung mit Ihren Forderungen überfrachtet. Für all diese Fragen scheint mir das Energie- und Klimaschutzkonzept das richtige Instrument zu sein.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Wir kennen es ja leider immer noch nicht. Deshalb bleibt uns nichts anderes übrig, als zu warten.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Vorfreude, schönste Freude.)

Und wenn es dann daliegt, dann werden wir es uns gründlich angucken.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Im Warten sind wir geübt.)

Im Warten sind wir geübt, da haben Sie völlig recht, Frau Gajek.

Summa summarum: Dem Punkt 1 Ihres Antrages stimmen wir zu. Bei den Punkten 2 und 3 werden wir uns der Stimme enthalten. Daraus können Sie schließen, dass wir um Einzelabstimmung der Punkte 1 bis 3 bitten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Du sollst nicht so lange reden, sagt der Koalitionspartner.)

Ja, das kann ich Ihnen leider nicht versprechen.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Überschrift des Antrages lautet: „Keine Energiewende ohne Kohleausstieg“. Ich glaube, dieser Aussage können wir alle hier im Hohen Hause zustimmen. Herr Seidel hat auf die Endlichkeit der fossilen Energieträger und damit der Kohle hingewiesen. Herr Jaeger hat darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, das 2-Grad-Ziel zu erreichen, das heißt zu sichern, dass der Klimakollaps nicht weiter voranschreitet, denn die Kohle und der Kohlestrom sind bekannterweise der CO₂-Ausstoß-Treiber. Das heißt also, die Kohle ist der größte Klimakiller. Und

ich glaube, die Debatte, ob mittel- oder langfristig, lässt sich schwer lösen. Ich würde eher von einem langfristigen Ziel sprechen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Der Kohleausstieg ist ein langfristiges Ziel. Genauso ist auch klar, solange wir die Kohle benötigen, werden wir einen Energiemix brauchen – sowohl aus Erneuerbaren als auch aus Kohle. Ich glaube, das sind alles Punkte, die inzwischen Gott sei Dank weitgehend Konsens sind.

Was sind aber die eigentlichen Streitpunkte? Das sind im Wesentlichen drei Fragen, nämlich erstens die Frage: In welchem Tempo erfolgt der Kohleausstieg? Denn zwischen mittel- und langfristig – wir merken es ja heute schon – liegen doch schon ein paar Jahre. Die zweite Frage ist, die ist noch mal ganz wichtig: Wie kann der Kohleausstieg beschleunigt werden? Wie kann er beschleunigt werden? Denn ich setze mal voraus, dass wir alle – das hoffe ich zumindest – ein Interesse daran haben. Es kann ja nicht unser Interesse sein, den notwendigen Kohleausstieg zu verlangsamen. Wir müssen ein Interesse daran haben, ihn zu beschleunigen. Also ist die Frage zu beantworten, wie. Die dritte Frage: Welche Rolle spielt die Politik dabei? Welche Rolle spielen die Europäische Union oder die Bundesregierung? Und welche Rolle kann dabei auch die Landesregierung spielen?

(Udo Pastörs, NPD: Die Wirtschaft. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, wie ist die Situation in Deutschland? 45,5 Prozent Kohlestrom werden erzeugt, also anteilig erzeugt, in über 500 Kraftwerken. Die Kraftwerke sind übrigens teilweise in einem Alter von 1969, auch die sind heute noch am Netz, die letzten sind relativ jung, von 2014 – in Hamburg. So ist die Bandbreite natürlich auch bei der Qualität dieser Kohlekraftwerke.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber insgesamt, und das ist das Entscheidende, verursachen alle über 340 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen – Gesamtemission in Deutschland: 950 Millionen Tonnen. Das heißt, circa ein Drittel der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland verursachen die Kohlekraftwerke. Da wird es also schon klar, um welche Dimensionen es hier letztendlich geht.

Insofern ist auch völlig klar, dass wir eine Verteuerung des Kohlestroms brauchen, um auf diese Art und Weise den Kohleausstieg zu beschleunigen, nicht nur aus klimapolitischen Gründen, sondern auch zur Marktberichtigung, denn wir brauchen als Übergangstechnologie von den konventionellen Kraftwerken eher keine Kohlekraftwerke, sondern wenn, dann Gaskraftwerke, die es momentan sehr schwer haben, im Wettbewerb zu bestehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit welchen Maßnahmen kann man, wenn man denn möchte, den Kohleausstieg beschleunigen? Das ist ein ganzes Portfolio. Ich möchte als Erstes mit dem Königsweg beginnen. Das ist die Grundvoraussetzung, nämlich schnellstmöglich auf hundert Prozent Erneuerbare zu kommen, das heißt, den Ausbau der Erneuerbaren weiter voranzutreiben, so, wie wir es in Mecklenburg-Vorpommern machen, aber nicht nur die erneuerbaren Strommengen zu erzeugen, sondern auch die Netze auszubauen und die ent-

sprechenden Speichertechnologien zu entwickeln, um möglichst bald die Voraussetzungen für eine hundertprozentige Versorgung mit Strom durch Erneuerbare zu sichern.

(Egbert Liskow, CDU: Wenn ihr was fürs Klima machen wollt, müsst ihr die anderen Länder mitnehmen.)

Egbert, da bin ich schon mal bei dir.

Man muss dies mit ordnungspolitischen Maßnahmen so flankieren, dass der Kohleausstieg beschleunigt wird. Da gibt es ja einige Vorschläge. Wir waren mit dem Energieausschuss in Brüssel und haben uns die aktuelle Arbeit am Reformwerk des EU-Emissionshandels erklären lassen, mit allen Schwierigkeiten und relativ geringen Erfolgsaussichten in einem absehbaren Zeitraum wirklich zu einer Verteuerung des Kohlestroms und damit zu einer Beschleunigung des Kohleausstiegs zu kommen.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Aber immerhin, der Emissionshandel ist ein wichtiges ordnungspolitisches Instrument, zumal der Vorteil einfach darin besteht, dass der Emissionshandel international zur Anwendung kommt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Zweitens. Man könnte, am besten international, eine CO₂-Steuer einführen, um damit den CO₂-Ausstoß praktisch finanziell zu belasten, sprich zu verteuern – international wünschenswert, kaum durchsetzbar, dann national im Alleingang in Deutschland – sicherlich wünschenswert, aber politische Mehrheiten kann ich da momentan auch nicht erkennen. Man könnte, so wie in den USA, CO₂-Grenzwerte festlegen, insbesondere für alte Kraftwerke, um somit praktisch die notwendige Nachrüstung entsprechend finanziell zu forcieren, und damit insgesamt Kohlestrom teurer machen. Man könnte auch ein Kohleausstiegsgesetz machen, vor allen Dingen, um den schrittweisen Kohleausstieg politisch zu flankieren und den Beschäftigten in der Kohleindustrie Perspektiven aufzuzeigen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Darauf hat meine Kollegin Mignon Schwenke schon verwiesen. Schrittweiser Kohleausstieg bedeutet vor allen Dingen auch, den Beschäftigten, den vielen Zehntausend Beschäftigten in der Kohleindustrie entsprechende Perspektiven aufzubauen und zu einem sozialverträglichen Umbau zu kommen, so, wie man es bei der Steinkohle, weitgehend zumindest, gemacht hat und wie es weitgehend auch gelungen ist.

Man könnte in einem ersten Schritt – jetzt komme ich zum „Aktionsplan Klimaschutz“ – versuchen, die CO₂-Emission zu verringern, indem die Bundesregierung im Rahmen „Aktionsplan Klimaschutz“ tätig wird. Da möchte ich eine kleine Korrektur anbringen bezüglich der Aussage von Kollegin Schwenke zu Bundeswirtschaftsminister Gabriel, wenn es um die Frage geht, wie kann man 22 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich praktisch reduzieren. In dem Fall ist noch offen, ob es freiwillig über die Unternehmen geregelt werden soll oder anders. Sie können es gerne nachlesen im „Aktionsplan Klimaschutz“. Da steht

ausdrücklich, der Bundeswirtschaftsminister wird in 2015 einen Regelungsvorschlag unterbreiten, um diese 22 Millionen Tonnen zu realisieren. Da kann man jetzt hineininterpretieren, er setzt auf Freiwilligkeit, aber ich würde hier eigentlich um Sachlichkeit dahin gehend bitten, dass es eine Frage ist, die noch offen ist, denn wir wissen natürlich auch, dass die Freiwilligkeit praktisch sicherlich kaum zum Erfolg führen wird.

Insofern hoffe ich zumindest, dass dieser angekündigte Regelungsvorschlag eben nicht nur auf Freiwilligkeit setzt, denn wir brauchen diese 22 Millionen Tonnen CO₂-Reduzierung bis 2020, auch wenn sie nicht ausreichend sein werden. Darauf komme ich gleich noch. Ich hätte mir gewünscht, die Forderung von Barbara Hendricks, der Bundesumweltministerin, auf mindestens 40 Millionen Tonnen zu reduzieren, hätte sich durchgesetzt. Leider war das nicht der Fall. Im Übrigen reden wir von insgesamt über 80 bis 90 Millionen Tonnen, von denen dann die 22 Millionen Tonnen ein wesentlicher Beitrag wären.

Warum muss man skeptisch sein, ob das denn schon der Einstieg in den Ausstieg ist? Einmal ist es diese vergleichsweise geringe Summe – 22 Millionen Tonnen, gemessen an 341, das ist nicht so riesig viel, das sind 7 Prozent. Aber vor allen Dingen muss einem das zu denken geben, ob das wirklich realistisch ist, dass es bis 2020 – das sind nur noch fünf Jahre – wirklich gelingen kann, die CO₂-Emission um 16 Prozent gegenüber 1990 zurückzufahren. Ich möchte daran erinnern, von 1990 bis 2014, also innerhalb von 24 Jahren, haben wir lediglich um 24 Prozent reduziert. Wenn wir dann in den nächsten fünf Jahren um 16 Prozent reduzieren wollen, könnte man sagen, das ist sehr ehrgeizig, oder man könnte auch sagen, das ist unrealistisch.

(Heiterkeit bei
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ich überlasse Ihnen mal die Interpretation.

Ich möchte aber auch deutlich machen, dass es an der Stelle sicherlich nicht das Versäumnis von Bundeswirtschaftsminister Gabriel und der SPD in der Großen Koalition ist, sondern Klimaschutzmaßnahmen haben immer Langzeitwirkung. Darauf lege ich schon großen Wert, dass die fünf Jahre unter Schwarz-Gelb fünf verlorene Jahre für den Klimaschutz in Deutschland waren. In den fünf Jahren wurden nämlich alle Maßnahmen blockiert, vornehmlich von der FDP, die nur irgendwie die CO₂-Emission nach unten gebracht hätten. Das muss man an der Stelle auch noch mal ganz deutlich sagen.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Richtig.)

Ich möchte zum zweiten Punkt des Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommen. Zum Steinkohlekraftwerk Rostock – darum geht es ja letztendlich – einige Daten: 1994 gebaut, 553 MW, circa 3,2 Milliarden Kilowattstunden und 125 Mitarbeiter. Der Wirkungsgrad – er wurde erwähnt – ist bei der Wärmeauskopplung immerhin 62 Prozent, denn 20 Prozent des Fernwärmebedarfs in Rostock werden durch das Steinkohlekraftwerk realisiert. Betreiber ist die KNG, aber was noch viel wichtiger ist, die Anteilseigner sind EnBW mit 50,4 und Rheinenergie mit 49,6. Das sind letztendlich die Entscheider. Ich komme darauf noch

mal zurück, denn ich glaube, es ist wichtig zu wissen, wer entscheidet hier wann und was. Soweit zu den Wirtschaftsdaten.

Spannend finde ich die Umweltdaten vom Steinkohlekraftwerk Rostock: 2,86 Millionen Tonnen CO₂ werden jedes Jahr – das sind Angaben des Umweltbundesamtes, ganz offizielle Angaben –, 2,86 Millionen Tonnen CO₂ werden durch das Steinkohlekraftwerk Rostock jedes Jahr in die Luft gepustet. Das sind 84 Prozent des gesamten CO₂-Ausstoßes der über 140 meldepflichtigen Industrieanlagen des Landes – 84 Prozent und über ein Drittel Anteil einer Gesamt-CO₂-Emission des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Hinzu kommen 2,25 Millionen Tonnen Stickoxide, 61,2 Kilogramm Arsen, 17,9 Kilogramm Quecksilber. Insofern, meine Damen und Herren, gäbe es sicherlich viele, viele Gründe, dass man Interesse daran haben müsste, dass das Steinkohlekraftwerk Rostock möglichst bald vom Netz geht.

Leider, sage ich bedauerlicherweise, haben wir als Land, meine Damen und Herren, keine – ich habe zumindest keine Kenntnis davon – rechtlichen Instrumente für einen mittelfristigen Ausstieg des Steinkohlekraftwerks Rostock, geschweige denn für eine Schließung. Üblicherweise sind es 40 Jahre Laufzeit. 1994 – jeder kann rechnen: Bis 2034 werden wir zumindest dieses Steinkohlekraftwerk Rostock behalten, wenn EnBW als Mehrheitsanteilseigner in den nächsten Jahrzehnten nicht die Erkenntnis hat, dass es vielleicht nicht wirtschaftlich ist, oder die Bundespolitik entsprechende Rahmenbedingungen so verändert, dass es sich für EnBW gegebenenfalls nicht mehr lohnt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich kann momentan realistisch kaum eine Möglichkeit sehen, mit einem Konzept sowieso nicht, dass wir als Land oder als Landesregierung auf diese unternehmerische Entscheidung in irgendeiner Weise Einfluss nehmen könnten. Ich persönlich bedauere es sehr, aber ich setze eher auf die zukünftige Bundespolitik und veränderte Wirtschaftsrahmenbedingungen. EnBW muss sich ja selbst auch die Frage stellen, wie lange für sie das Steinkohlekraftwerk Rostock noch profitabel zu betreiben ist.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Wer ist da eigentlich Gesellschafter?)

Letzter Punkt – Punkt 3 des Antrages. Hier sehe ich es so wie meine Kollegin Mignon Schwenke von den LINKEN. Erstens halte ich das LEP für die vorgesehene ...

Bitte?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ich habe nichts gesagt.)

Ach so.

... für nicht geeignet. Hinzu kommt – jetzt muss ich Sie darum bitten, Herr Kollege, die Punkte im LEP noch mal nachzulesen, ich möchte darauf verzichten, die jetzt hier zu zitieren, sehen Sie sich bitte noch mal die Punkte 2.4, 2.7, 4.5, 8.1 und vor allen Dingen den Punkt 6.1.4 an, Boden, Klima und Luft –, dass es in diesen Punkten ganz konkrete Aussagen gibt zur Bedeutung des Klimaschutzes und auch zu den Vorkehrungen, die wir im Landes-

raumentwicklungsprogramm erfüllen müssen, raumplanerische Vorsorge zu treffen, damit wir die Klimaschutzziele erreichen können.

(Egbert Liskow, CDU: Hast du mit Frau Kraft schon mal gesprochen?)

Ich gehe davon aus, dass das LEP diese Punkte im Rahmen seiner Möglichkeiten bisher berücksichtigt hat, und ich sehe am LEP zumindest keinen weiteren Handlungsbedarf.

Übrigens finde ich es gut, dass im LEP im Punkt 6.1.4 auch die besondere Bedeutung und Notwendigkeit der zusätzlichen Vernässung von Flächen, sprich die Ausdehnung von Moorflächen zur Erreichung unserer Klimaschutzziele, ausdrücklich festgeschrieben sind. Ich gehe mal davon aus, dass der Koalitionspartner das inzwischen auch schon registriert hat. Und ich hoffe auch, dass das in Zukunft so umgesetzt wird.

(Egbert Liskow, CDU:
Das ist aber nicht so einfach. –
Minister Dr. Till Backhaus:
Das habt ihr doch alles eingeleitet.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Abstimmungsverhalten.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Aus meiner Rede, glaube ich, ergibt sich das von selbst, aber ich möchte es sicherheitshalber noch mal deutlich sagen: Die SPD-Fraktion wird den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen, zum einen, weil die Punkte 1 und 3 aus unserer Sicht schon erfüllt sind und der Punkt 2 aus unserer Sicht landespolitisch leider nicht zu realisieren ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Eine grundsätzliche Feststellung kann man sich nicht ersparen, wenn man ernsthaft mit dem Thema umgehen will, und das ist die, dass der überstürzte Ausstieg aus der Atomenergie das größte Hindernis bedeutet, um überhaupt zu einer termingerechten Absenkung der CO₂-Emissionen zu kommen. Das ist ein Faktum. Man hat in einer Art Panik etwas beschlossen und begonnen, was jetzt nicht nur der Politik, sondern vor allen Dingen auch der Wirtschaft auf die Füße fällt.

Der Antrag der GRÜNEN ist, wie sehr häufig, auf diesem Feld ideologiegetrieben und sachlich betrachtet überhaupt gar nicht durchzuführen. Wir haben das ja auch schon aus profundem Munde gehört. Der ehemalige Wirtschaftsminister hat hier sehr treffend dazu ausgeführt.

Eine andere Seite der Medaille ist aber – und das kann man nicht ausblenden, wenn man hier die Welt retten

will, Herr Jaeger von den GRÜNEN –, dass man dann auch über die wirklich großen Probleme reden muss, die zum Beispiel in Indien, in China und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf diesem Themenfeld zu beackern wären. Das blenden Sie vollkommen aus. Sie suggerieren den Menschen, wenn wir in Deutschland zu einer Lösung kommen und eine hundertprozentige Sicherstellung aus erneuerbaren Energien hinkriegen, dann ist die Welt ein Stück weit gerettet, und wir GRÜNEN sind dann ganz vorne dabei, wenn es heißt, wer hat das denn zu verantworten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die andere Seite ist die juristische Seite. Die wird hier nur sehr, sehr schwach beleuchtet, denn ohne Eigentumsverhältnisse, ohne Rechte, ohne Haftungsgründe zu benennen oder auch ohne Furcht, hier verklagt zu werden, um ganz bestimmte Investitionen und Gewinnerwartungen zu entschädigen – da laufen ja gerade in großem Stile Klagen gegen die Bundesrepublik Deutschland –, kann man das Problem nicht anfassen.

Ich will hier ein praktisches Beispiel geben: Ich gehe nach Nordrhein-Westfalen, wo die GRÜNEN sehr stark mit in der politischen Verantwortung sind, und nehme mir einmal den RWE-Konzern vor. Wenn Sie sich anschauen, wie da die Eigentümerstruktur ist, dann werden Sie feststellen, dass sich ungefähr ein Viertel der Aktien in den Händen von Kommunen oder in der öffentlichen Hand befindet. Und wenn Sie sich die Diskussionen zum Braunkohletageabbau dort anschauen, dann werden Sie feststellen, dass aus diesem Geschäft auch die Kommunen erhebliches Geld generieren, auf das sie nicht verzichten wollen oder können.

Da anzusetzen, bei den wirklich großen Problemen, RWE, um dort eine Lösung langfristiger Natur herbeizuführen – denn kurzfristig wird es nicht gehen, wie wir gehört haben –, das wäre sinnvoller, als hier mit einem Antrag aufzuwarten, wo Sie sagen und einfach behaupten, dass die Wirtschaft problemlos mit dem Abschalten von Kohlekraftwerken mittelfristig fertigwerden würde. Das ist eine Behauptung. Sie legen keine Zahlen vor, Sie schreiben das hier rein und hoffen, dass Ihre Wählerschaft das glaubt, weil sie darauf vertraut, dass der Herr Jaeger schon Bescheid weiß, wie die Weltwirtschaft, wie die Wirtschaft in der Bundesrepublik und ganz besonders wie die Volkswirtschaft hier in Mecklenburg-Vorpommern funktionieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Antrag der GRÜNEN ist natürlich geeignet, Wind zu machen. Aber das hilft den Windkraftanlagen nicht weiter, denn wenn draußen kein Wind ist, nur Wind hier im Parlament, generiert von einem Herrn Jaeger und Anträgen, die praxisfremd sind, dann bleibt das Rad ganz einfach stehen, dann kommt kein Strom. Dann müssen Sie erklären – wenn Sie zusätzlich zu dem Risiko, ich spreche von Versorgungssicherheit, und wenn möglich von Autarkie und von Wettbewerbsfähigkeit –, dann müssen Sie bitte schön auch in Ihrem Antrag sagen oder zumindest in der Begründung – denn die war ja hier nicht aufgeschrieben –, wie Sie dieses Problem für unsere Industrie, die wir so gut wie gar nicht haben im Lande, praktisch lösen wollen, Herr Jaeger. Da bleiben Sie jedes Argument schuldig in dieser Richtung.

Wenn man sich dann anschaut, das muss man auch sagen, dass wir im Wettbewerb stehen, denn Energie

braucht auch Wettbewerb, sonst sind wir als Exportnation, als Industrienation nicht mehr wettbewerbsfähig, wenn wir hier einen nationalen Alleingang machen und durch Strafen, durch Extrasteuern, durch Abgaben der Industrie in Deutschland das Leben so schwer machen, dass vor drei Monaten im „Handelsblatt“ ein ganz interessanter Aufsatz zu lesen war: „Die Deindustrialisierung Deutschlands hat begonnen.“ Da haben sich namhafte Fachleute geäußert, die ganz klar Ihre Politik der GRÜNEN massiv dafür mit verantwortlich machen, dass hier schon erhebliche Kapazitäten im Bereich der intensiven Energie benötigten Industrie abgewandert sind und in den nächsten zehn Jahren beabsichtigen abzuwandern.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Er hat doch keine Ahnung, dieser Mensch, also!)

Das sind Fakten, aber damit beschäftigt sich natürlich eine GRÜNEN-Fraktion nur am Rande, meine sehr verehrten Damen und Herren.

So lange, wie Kohle massiv günstiger ist als Gas, wird die Industrie Kohlestrom brauchen und auch nehmen, das ist doch klar.

(Heinz Müller, SPD: Jedenfalls rote Lampen sind keine Energieverschwendung.)

Letzter Satz: Wenn Sie künstlich Kohle verteuern wollen sowie den Sprit für die Menschen – 5 Euro wollen Sie da verlangen –,

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dann wird die Industrie das nicht hinnehmen ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Pastörs, kommen Sie zum Ende!

Udo Pastörs, NPD: ... und abwandern, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen lehnen wir – tut mir leid –

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das tut mir nicht leid.)

diesen, ja, man muss schon sagen ...

(Der Abgeordnete Udo Pastörs beendet seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt noch mal der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich sage sonst ja nichts dazu, aber, Herr Pastörs, gerade das Thema Kohle macht Ihre verlogene Politik in aller Offenheit deutlich. Wir hatten heute das Thema Biosphärenreservat, da ging es um Lübtheen und den Kohleabbau, ...

(Stefan Köster, NPD: Das hatten wir gestern.)

Oder gestern hatten wir das, da können Sie mich jetzt korrigieren. Ja, gestern hatten wir das.

... da waren Sie ganz vorne dabei, den Arm hochzureißen, Sie seien doch diejenigen, die den Widerstand organisiert hätten,

(Udo Pastörs, NPD: Wir sprechen von bestehenden Kohlekraftwerkskapazitäten und nicht von neuen.)

Sie wären doch diejenigen gewesen, die den Widerstand gegen den Kohletagebau Lübtheen organisiert hätten.

(Udo Pastörs, NPD: Da waren wir ganz vorne.)

Jetzt stellen Sie sich gleichzeitig hin und erklären das zur großen Industriepolitik,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau, sehr richtig. – Udo Pastörs, NPD: Nein, nein, nein, nein!)

Ihre Kohleförderung. Das ist total verlogen. Da müssen Sie sich mal entscheiden,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jawohl, sehr gut, Herr Jaeger.)

ob Sie reines Sankt-Florian-Prinzip machen: „Verschon' mein Haus, zünd and're an!“ Andere Ortschaften werden abgebagert, aber in Lübtheen kämpfen Sie.

(Udo Pastörs, NPD: Das, was Sie hier tun, ist unredlich.)

Das ist verlogen und das können wir einfach mal vergessen, tut mir leid. Das ist wirklich unredlich, was Sie hier gemacht haben.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

Aber jetzt zu den anderen Sachen.

(Stefan Köster, NPD: Sie machen die Industrie im Land kaputt.)

Das eine ist, und darum ging es in dem Antrag natürlich überhaupt nicht, es ging in dem Antrag nicht darum, ein Konzept für die Zukunft der Stromversorgung in Deutschland vorzutragen – da gäbe es natürlich viel mehr zu sagen –, darum geht es überhaupt nicht, sondern der zentrale Anlass ist das Thema Klimaschutz, die Weltklimakonferenz, die im Moment in Lima vorbereitet wird, und da zu sagen, was ist der Beitrag, den wir leisten müssen.

Nun kann man sagen, das ist auch mehrfach gesagt worden, wir haben 24 Prozent geschafft, 40 wollen wir erreichen, die Tendenz stimmt, aber sie stimmt eben leider nicht. In den letzten zwei Jahren ist mehr CO₂ in Deutschland ausgestoßen worden und da sind wir, da ist auch die Bundeskanzlerin, die da hinterm Licht steht, weil sie sich selbst sozusagen als Klimakanzlerin gesehen hat, in der Pflicht, etwas in dieser Richtung zu tun.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wenn man sich die Zahlen in der Bundesrepublik anguckt, dann sieht man sehr schnell, dass es das ist, was noch am einfachsten ist, auch wenn es schwierig ist,

(Egbert Liskow, CDU:
In NRW, sage ich nur, Rot-Grün.)

im Bereich der Stromversorgung etwas zu machen und beim Kohleausstieg weiterzukommen.

So, jetzt hatten wir alle gesagt, Kohleausstieg ist grundsätzlich die richtige Richtung, sonst schaffen wir es, glaube ich, nicht, beim CO₂-Ausstieg erheblich zurückzugehen.

(Egbert Liskow, CDU: NRW!)

Die Frage ist: mittelfristig oder langfristig? Um es jetzt noch mal zu erklären: Es ist richtig, dass es schwierig zu definieren ist. Wenn man ins Internet guckt, dann sind „mittelfristig“ 10 Jahre. Dann wäre „lange“ also logisch für „langfristig“. „Langfristig“ ist definiert mit 50 Jahre. Und genau um den Zwischenzeitraum geht es. Es geht um eine Zeit von 40/45 Jahren, jedes Kraftwerk läuft 40/45 Jahre. So würden wir das definieren. Wir fangen natürlich nicht an, die effizientesten Kohlekraftwerke zuerst abzuschalten, sondern die, die den geringsten Wirkungsgrad haben, die nichts für die Kraft-Wärme-Kopplung tun. Das sind die Ersten, die dann vom Netz gehen.

(Egbert Liskow, CDU: Dann fangen Sie doch in NRW endlich an!)

Wie macht man das Ganze? Darauf haben Sie, Herr Seidel, richtig hingewiesen, nämlich auf den Antrag der Bundestagsfraktion. Ich wollte jetzt erst mal nur das politische Ziel abfragen, ob Sie das teilen, wir wollen da aussteigen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Bundestagsfraktion hat natürlich schon konkrete Vorschläge gemacht, indem sie reinschreibt, dass es ähnlich behandelt wird wie ein Gaskraftwerk, was in der Praxis bedeutet, dass die Strommengen eines Kohlekraftwerkes relativ schnell stoppen müssen. Wollen Sie dann den CO₂-Ausstoß schon massig drin haben? Das bedeutet, die können nicht mehr in Grundlast laufen. Das entzieht ihnen praktisch die wirtschaftliche Grundlage, weil Kohlekraftwerke laufen am besten in der Grundlast, mal abgesehen vom Steinkohlekraftwerk Rostock, was in der Mittellast läuft.

Von daher hat die Bundestagsfraktion aus meiner Sicht durchaus vernünftige Vorschläge gemacht. Aber hier ging es erst einmal um das allgemeine Bekenntnis, ob wir gemeinsam überhaupt das Ziel, einen Kohleausstieg hinzubekommen, teilen,

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

oder, wie wir jetzt von mehreren gehört haben, wollen wir es eigentlich gar nicht. Und dann ist das ja auch eine politische Auseinandersetzung, die man nach außen vertreten kann.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Gaskraftwerke – auch das steht in dem Antrag nicht drin – sind für mich die Übergangskraftwerke. Wir legen

im Moment Gaskraftwerke in Deutschland still, moderne Kraftwerke, wo die Beschäftigten nach Hause geschickt werden.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Eine Schweinerei ist das. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Nee, nicht unsere Politik,

(Egbert Liskow, CDU: Doch.)

sondern Ihre verfehlte Energiepolitik von der CDU, weil es natürlich möglich gewesen wäre, genau diese Kraftwerke weiter am Netz zu halten. Der zentrale Grund ist tatsächlich dieser Atomausstieg – raus und rein. Der Konsens ist innerhalb der GRÜNEN erheblich umstritten gewesen, das war kein Easy Going innerhalb der GRÜNEN.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Aber dieser Atomkonsens mit der Atomindustrie bedeutete natürlich in der Verhandlung, dass man ihnen die Folterwerkzeuge gezeigt hat, was die Politik machen könnte. Dann hat man sich an den Tisch gesetzt und gesagt, dies bedeutet eine Überregulierung, wir machen ein gemeinsames Gesetz, wir finden gemeinsam eine Lösung, und hat geguckt, natürlich auch, wie die ihren finanziellen Schnitt machen konnten mit den Atomkraftwerken, aber wie man zu einer gemeinsamen einvernehmlichen Lösung kommt.

Wie sinnvoll das Ganze war, hat die CDU-FDP-Bundesregierung gezeigt, die nämlich gesagt hat, das Ganze fegen wir mal Kraft unserer Wassersuppe vom Tisch, wir machen das eigenständig, wir machen nämlich einfach weiter, wir heben das Ganze auf – mit dem Ergebnis, dass wir jetzt, nachdem man dann wieder in den Ausstieg reingegangen ist und das überhastet, die Milliardenklagen der Stromkonzerne auf dem Tisch haben, die wir als Steuerzahler am Ende bezahlen werden.

Das ist völliger Unfug, denn wir hatten es am Anfang richtig gut gelöst. Wir wären nach und nach mit den Atomkraftwerken vom Netz gegangen, planbar für die Industrie. Doch jetzt starren wir alle auf das Jahr 2022/23 und sind mal gespannt. Ich weiß auch nicht, wie es klappen soll, mal eben 9.000 MW vom Netz zu nehmen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das wird eine spannende Aufgabe. Ich weiß nicht, wie es genau laufen soll.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja,
das habt ihr noch gefeiert.)

So, wir hatten jetzt geklärt, was „mittelfristig“ und „langfristig“ bei der Sache ist. Wir meinen mit „mittelfristig“, dass wir von diesen 40 Jahren Laufzeit ausgehen. Das bedeutet für einige Kraftwerke, sie gehen schneller vom Netz, also die nächsten 10 Jahre – logisch. Andere würden auf jeden Fall noch 20/25 Jahre am Netz bleiben, um sozusagen eine sogenannte Restlaufzeit bei Kohlekraftwerken einzuhalten,

(Egbert Liskow, CDU:
Was ist denn nun mit NRW?)

um auch eine Investitionssicherheit für die Industrie hinzubekommen.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Diese Regelungen gelten selbstverständlich auch für NRW. Aber wir wissen doch, ich kann nun leider nicht im Landtag von NRW dafür kämpfen, sondern ich muss es hier tun. Ich habe hier schon genug Gegner der Energiewende sitzen, nämlich Sie, Herr Liskow,

(Unruhe und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der CDU)

und kann das bei Ihnen ja schon mal proben.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, richtig.

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,
und Dietmar Eifler, CDU)

Aber jetzt noch mal konkret zu unserem Antrag: Punkt 1 ist, wir wollen es mittelfristig und schrittweise, das heißt planbar für die Industrie, und das heißt, wir setzen uns mit ihnen an einen Tisch. Aber das setzt voraus, dass wir den politischen Willen haben. Wenn wir den nicht haben und sagen, eigentlich finden wir das eine super und billige Form der Energieerzeugung, dann setzt man sich nicht an einen Tisch, dann laufen die so lange durch, wie es geht.

Was haben die USA gemacht? Auch Obama, der sich im Moment für Klimaschutz einsetzt, hat letztendlich kaum noch Rückhalt von seinen Parlamenten im Hintergrund.

(Egbert Liskow, CDU: Warum? –
Udo Pastörs, NPD: Nicht nur in dem Fall.)

Er hat aber die Kompetenzen genutzt, die er als Präsident hat, und das deutet darauf hin, Rudi Borchert, was du gerade erzählt hast, auf die Ausstoßgeschichten von Kohlekraftwerken. Es ist nämlich eine offizielle Zahl: 17 Kilogramm CO₂ gehen da pro Jahr oben raus, und nicht CO₂, sondern Quecksilber. Und Quecksilber ist ein Stoff, wo wir durchaus die Hand drauf hätten,

(Rudolf Borchert, SPD: Klar.)

wenn wir auf Bundesebene Grenzwerte festlegen. Da gibt es auch keinen Bestandsschutz für die Industrie im Sinne von: „Wir haben doch aber das Kraftwerk mal zu anderen Bedingungen gebaut.“ Wenn Sie neue Grenzwerte festlegen, dann gibt es sicherlich Übergangszeiten, aber dann müssen die neuen Grenzwerte gelten. Und damit hat die Kohleindustrie ein erhebliches Problem.

Das sind alles Punkte, mit denen wir auch die Kohleindustrie deutschlandweit an den Verhandlungstisch zwingen können, und am Ende finden wir eine Einigung mit der Kohleindustrie. Davon bin ich fest überzeugt.

(Udo Pastörs, NPD: Aha!)

Ich kann Ihnen aus der Energiewirtschaft sagen, das Schlimmste, was die empfinden, ist das permanente Hin und Her.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

Die wollen einfach eine Richtung haben, wo man ihnen sagt, das sind die Formen, womit wir dann auch in Ruhe unser Geld verdienen können, und in diesem Bereich wollen sie arbeiten. Aber dieses Raus-und-Rein,

(Egbert Liskow, CDU:
Das ist doch nur heiße Luft.)

das macht alle wuschig und dann sagen die natürlich irgendwann,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wir produzieren den Strom außerhalb von Deutschland und liefern das Zeug über unsere Leitungen nach Deutschland zurück, woran Sie alle kein Interesse haben, weil wir die Probleme nicht nach außen verlagern wollen, wir wollen sie bei uns im Land klären.

(Egbert Liskow, CDU:
Machen wir doch.)

Nee, das machen wir nicht. Im Moment sind wir Strom-exportland, und zwar ganz überwiegend, also einer der großen Stromexporteure innerhalb der EU.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Was wollten wir mit dem LEP? Beim LEP ist mir natürlich klar, dass der Klimaschutz als Ziel da drinsteht. Aber die Hoffnung war, konkrete Ziele zu finden und zu sagen, das muss in den einzelnen Bereichen in Tonne, oder was weiß ich, gebracht werden, dass man sich über so etwas unterhält, damit am Ende auch wirklich eine Zielsetzung herauskommt und man sagt, die und die Sachen müssen erfüllt werden, wenn ihr darauf verzichtet, dann müsst ihr andere Maßnahmen ergreifen, aber dass man die Leute dadurch nach vorne bringt. Im Moment steht allgemein drin, wir sind für den Klimaschutz. Für den Weltfrieden sind wir auch alle.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Deswegen ist es schwierig, ob es am Ende eine wirkliche Auswirkung hat.

(Stefan Köster, NPD:
Und für die Ausbeutung
der Menschen seid ihr auch alle.)

So, die CO₂-Senkung – Moore, Grünland zum Beispiel – ist natürlich eine Unterstützung für die derzeitige Politik, das heißt nicht, wir erfinden hier das Rad neu, sondern wir glauben, da geht was in die richtige Richtung, und das wollen wir auch ausdrücklich gewürdigt wissen. Deswegen haben wir es mit reingenommen. Damit danke ich Ihnen und ich glaube, wir werden das Thema noch öfter haben, nicht nur heute, deswegen setzen wir die Diskussion weiter fort.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3503. Es ist beantragt worden, über die Ziffern 1 bis 3 des Antrages einzeln abzustimmen.

Ich rufe auf die Ziffer 1 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3503. Wer dem zustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Danke. Und Stimmhaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3503 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU und der Fraktion der NPD und bei keinen Stimmhaltungen.

Ich rufe auf die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3503. Wer dem zustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmhaltungen? – Danke. Damit ist die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3503 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und der Fraktion der NPD und bei Stimmhaltung der Fraktion DIE LINKE.

Ich rufe auf die Ziffer 3 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3503. Wer dem zustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenstimmen? – Und die Stimmhaltungen? – Danke. Damit ist die Ziffer 3 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3503 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU und der Fraktion der NPD und bei Stimmhaltung der Fraktion DIE LINKE.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: Das ist die Aussprache zum Thema gemäß § 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages – Mecklenburg-Vorpommern: Abgetrennt vom Bahnverkehr!

**Aussprache zum Thema
gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT
Mecklenburg-Vorpommern:
Abgetrennt vom Bahnverkehr!**

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Entschuldigung, im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Herr Köster.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Bahn kommt im Nordosten besonders unpünktlich“, „Unpünktlich wie noch nie“, „Bahnverspätungen nehmen zu“, „Mecklenburg-Vorpommern: abgetrennt vom Bahnverkehr!“ oder auch „Mecklenburg-Vorpommern schlecht zu erreichen“ – so war es allein in den letzten Wochen in den regionalen Medien Mecklenburg-Vorpommerns zu lesen. Selbst der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Herr Glawe, musste im November 2014 eingestehen, „dass“, Zitat, „die Bahn ihr Angebot stetig zurückfähre“, Zitatende.

Doch es ist nicht nur die Bahn als staatlicher Konzern, der durch seinen Privatisierungswahn immer weniger als Dienstleister für die Bürger wahrnehmbar ist und für die Abkopplung Mecklenburg-Vorpommerns vom Bahnverkehr verantwortlich ist. Wie ein Leserbriefschreiber der „Schweriner Volkszeitung“ zu Recht im November 2014 feststellte, hat auch die Landesregierung einen großen Anteil an dieser fatalen Entwicklung. Zitat: „Es ist bezeichnend, dass Wirtschaftsminister Glawe die Schuld für die schlechte Erreichbarkeit ausschließlich der Bahn zuweist. Und auch Herr Seidel fällt offenbar nicht auf, dass das südliche Mecklenburg und die Seenplatte gerade von der Direktverbindung an Hamburg und westdeutsche Kunden auf Betreiben der Landesregierung abgekoppelt werden. Ab Dezember können die Touristen dann ja über Berlin fahren, wenn sie unbedingt am Plauer See Urlaub machen wollen. Selbst Schuld, wer sich diese abgelegene Ecke aussucht, nicht wahr? Wozu braucht man auch schon ein einheitliches Ticket oder gar die Möglichkeit, seinen Fahrschein online zu buchen. Weder Herr Glawe noch Herr Seidel und schon gar nicht Herr Pegel scheinen wirklich an einer nachhaltigen Mobilität im ländlichen Raum interessiert zu sein. Ihre Auftritte auf Tourismus-Tagungen werden so zu reinen Schauveranstaltungen ohne reale Bedeutung.“ Zitatende.

Und das betrifft natürlich nicht nur die Seenplatte oder Südmecklenburg. Im ganzen Land werden unrentable Zugstrecken immer weiter ausgedünnt und irgendwann auch stillgelegt. Dabei ist die Bahn, so die Politiker der Landesregierung, doch für die Bürger da. Aber der Schein trügt. Rentable Zugstrecken haben schon sehr lange nicht mehr die Bedeutung, eher wenig wirtschaftliche Strecken zu stützen. Es ist das alte und ewig gleiche kapitalistische Spielchen: Gewinne werden privatisiert und Verluste der Gesellschaft aufs Auge gedrückt. Die Leidtragenden sind auch hier wieder einmal die Bürger, die entweder abseits der attraktiven Strecken wohnen oder die halt zusehen müssen, wie sie ihren Arbeitsort erreichen. Diese Probleme sind für die Masse der Politiker uninteressant.

Die Landesregierung hat gleichwertige Lebensbedingungen hier im Land sicherzustellen. Die Bahnpolitik im Land läuft dieser Pflichtaufgabe aber zuwider. Daher unterstützt die NPD auch künftig jeden Antrag, der darauf zielt, das Beförderungsangebot in Mecklenburg-Vorpommern aufrechtzuerhalten.

Es verwundert mich persönlich schon lange nicht mehr, dass die Risse selbst innerhalb der Parteien hier im Lande immer deutlicher erkennbar werden. Der Landrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim zweifelt in diesem Zusammenhang nicht ohne Grund daran, dass die Landesregierung eine Gesamtkonzeption für die Zukunft unserer Heimat hat. Durch die Entscheidungen der Landesregierung wird die Mobilität im ländlichen Raum von der Landesregierung zunehmend infrage gestellt. Doch wer leichtfertig vorhandene Infrastrukturen nicht nur infrage stellt, sondern aufgibt, hat das Land schon längst aufgegeben.

Äußerst fragwürdig ist unserer Meinung nach auch das Verhalten der Landesregierung gegenüber all jenen Bürgern und kommunalen Vertretern, die sich für eine Aufrechterhaltung zum Beispiel der Südbahn einsetzen. Offensichtlich dienen sämtliche Gespräche, die zur Erhaltung der Infrastruktur im Lande führen sollen, nur dazu, die Bürger und die Gesprächspartner möglichst lange

ruhig zu halten. Ein ernsthaftes Interesse an der Aufrechterhaltung der Infrastruktur im Lande sowie an den Vorschlägen und auch den Ansichten der Bürger scheint weder im Verkehrsministerium noch bei der Landesregierung vorhanden zu sein.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, Mecklenburg-Vorpommern ist immer mehr vom Bahnverkehr abgetrennt und hauptverantwortlich hierfür ist die Landesregierung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der SPD-Fraktion.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Meine Herren von der NPD! Bei diesem Redebeitrag zu der Aussprache kann ich ja nur im wahrsten Sinne des Wortes sagen, ich denke, ich sitze im falschen Zug.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Stefan Köster, NPD:
Wahrscheinlich sitzen Sie nie im Zug.)

Eines ist offensichtlich, dass jetzt langsam – Mitte Dezember! – der geistige Zustand Ihrer Fraktionsmitglieder den Punkt erreicht hat, wo er aus dem Schlaf in den Dämmerzustand entflucht, und Sie langsam zur Kenntnis nehmen, dass es Punkte gibt in diesem Land, über die die Bevölkerung diskutiert.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, damit wir das Thema nicht kaputtreden, muss man an dieser Stelle – ich will das am Beispiel Südbahn machen und ich will das auch am Beispiel des Schienenverkehrs in diesem Lande generell machen – zwei Dinge ganz deutlich machen: Es gibt sicherlich zwischen den demokratischen Fraktionen und es gibt sicherlich innerhalb der demokratischen Fraktionen unterschiedliche Auffassungen. Ich kann das an dem Beispiel Südbahn deutlich machen. Da gibt es auch bei den Kolleginnen und Kollegen innerhalb der SPD und innerhalb der CDU durchaus den einen oder anderen, der vielleicht eher zu der Auffassung zum Beispiel der Bürgerinitiative dort vor Ort tendiert. Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was wir alle gemeinsam haben und was die Leute vor Ort auch wissen, ist – nur offensichtlich ist es an der NPD-Fraktion vorbeigegangen –,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist ja kein Wunder!)

dass alle diese Themen hier im Landtag ausgiebig und ausführlich behandelt worden sind. Da frage ich mich natürlich schon, wofür die Herren von der NPD überhaupt ihre Diäten bekommen,

(Heinz Müller, SPD: Das frage ich mich auch.)

wenn sie nicht mal in dem geistigen Zustand sind, dass sie hier den Sitzungen folgen können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich mag in dem Zusammenhang nur an die letzte Landtagssitzung erinnern, wo es einen Antrag der Koalitionsfraktionen gegeben hat, zu dem es nach der Debatte hier im Haus eine breite Unterstützung aller demokratischen Fraktionen

gegeben hat und die Landesregierung durch diesen Antrag aufgefordert wurde, sich auf Bundesebene für eine verbesserte Schienenfernverkehrsverbindung hier in diesem Land einzusetzen. Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, da frage ich mich, was soll diese Aussprache zum heutigen Tage. Hat sich innerhalb der letzten vier Wochen wirklich etwas geändert,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass dieses Thema heute auf der Tagesordnung ist? Aber was hier gemacht wird, ist letztendlich typisch für die „Arbeit“ der NPD: erst schlafen, dann merken, dass bestimmte Themen wichtig sind, und am Ende,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

wenn eigentlich schon alle wesentlichen Entscheidungen getroffen sind, langsam aufwachen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

um auf den Zug – im wahrsten Sinne des Wortes – noch aufspringen zu wollen und sich zu wundern, dass dieser Zug nicht mehr am Bahnhof steht, sondern vor ihrer Nase schon weggefahren ist.

(Michael Andrejewski, NPD:
Der Zug fährt nach nirgendwo.)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben das gestern gemerkt, wir merken es heute wieder, wir werden es – das befürchte ich zumindest – auch am morgigen Tag wieder erleben und wir werden das in diesem Haus so lange erleben müssen, bis die Wählerinnen und Wähler in diesem Land den Herren von der NPD tatsächlich endlich mal die Rote Karte zeigen und deutlich machen, dass der Bahnverkehr für sie abgefahren ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von David Petereit, NPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wie dünn, wie dünn die Ausführungen sind, die hier von der NPD zu einem zugegebenermaßen wichtigen Thema gemacht werden, das zeigt sich ja schon daran, dass das Problem zum Beispiel der Schienenpersonenfernverkehrsverbindung auf irgendwelche Kapitalismuskritik begrenzt werden soll – nach dem Motto: Es ist ein staatlicher Konzern, und da müssen wir halt mal gucken, dass die nicht nach kapitalistischen Grundsätzen arbeiten, sondern irgendwie im Sinne der Daseinsvorsorge oder was es sonst noch in dem Bereich geben kann, ohne dass es letztendlich den Steuerzahler Geld kostet, hier bestimmte Maßnahmen ergreifen, um Verkehre anzubringen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen – damit meine ich jetzt nicht die Herren von der NPD –,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, unabhängig davon, ob wir an der einen oder anderen Stelle die bestehenden Finanzierungsmittel einsetzen wollen, und unabhängig davon, ob wir uns an der einen Stelle oder an der anderen Stelle dafür einsetzen, ob beim Bund oder beim Land, dass die entsprechenden

Haushaltsmittel verstärkt werden, wir alle wissen – und das ist der qualitative Unterschied zwischen den demokratischen Fraktionen und der NPD –, wir alle wissen, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land nur die Dinge sagen können, die wir auch hinterher einhalten können.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD:
Das ist der Treppenwitz des Tages.)

Und, sehr geehrte Herren von der NPD, sehr geehrte Herren von der NPD ...

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD:
Das ist der Treppenwitz des Tages.)

Ja, Herr Pastörs, es scheint Sie ja zu treffen, das muss man offensichtlich sagen, weil wenn Sie tatsächlich Argumente hätten,

(Udo Pastörs, NPD: Mein Gott, nee!)

wenn Sie Argumente hätten, dann würde ich doch mal vorschlagen, dass Sie die hier vorbringen.

(Udo Pastörs, NPD:
Mann, Mann, Mann!)

Aber alles, was Sie machen können, ist heiße Luft.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und da schließt sich auch der Kreis zu dem Redebeitrag vorhin: Heiße Luft hier autark produzieren, das kann die NPD, aber das ist weder ein Verkehrs- noch ein Energiekonzept.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich das noch mal zum Schluss sagen: Wenn man das Ansinnen ernst nimmt, auch das Ansinnen der Bürgerinitiative zum Beispiel für die Südbahn –

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ich habe dieser Tage gerade wieder mit dem Pressesprecher der Bürgerinitiative telefoniert und wir haben uns sehr sachlich, sehr fachlich ausgetauscht, auch wenn wir unterschiedliche Positionen haben –, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn man beispielsweise dieses Ansinnen ernst nimmt,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

dann ist es wichtig, dass man den Menschen in diesem Land deutlich macht, dass sie eben nicht auf Rattenfänger hören sollen, sondern dass sie tatsächlich bei denjenigen ...

(Stefan Köster, NPD: Sind die
Menschen Ratten, Herr Schulte,
oder wie? Das ist ja ekelhaft!)

Nein, Sie, Sie sind damit gemeint, nicht diejenigen, die sich vor Ort für ihre berechtigten Interessen einsetzen, sondern diejenigen, die populistisch meinen, sie könnten

tatsächlich auf ein Thema anspringen, ohne den Menschen in diesem Land auch nur ansatzweise, auch nur wirklich in einem geringsten Ansatz irgendeine Lösung zu bieten.

(Udo Pastörs, NPD: So,
wie Sie das alles lösen. Jaja.)

Das muss man mal ganz deutlich sagen.

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla!)

Es gibt kein politisches Thema in diesem Land, wo die NPD wirklich auch nur ansatzweise eine Lösung für die Menschen hat.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, muss man den Menschen in diesem Land immer wieder deutlich machen.

(Udo Pastörs, NPD: Natürlich.)

Sie werden nicht immer mit den Lösungen zufrieden sein, die wir ihnen anbieten, aber man muss ihnen einfach sagen, es gibt Lösungen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Darüber kann man diskutieren.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das, was die NPD abgeliefert, ist nur heiße Luft. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ums Wort gebeten hat noch mal der Abgeordnete Herr Köster

(Der Abgeordnete Stefan Köster
spricht bei abgeschaltetem Mikrophon.)

von der Fraktion der NPD.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Immer ganz ruhig!)

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ruhig!)

Ja, ich habe nur noch zwei Minuten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ganz ruhig!)

insofern muss ich mich kurzfassen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ganz ruhig!)

Herr Schulte, ich kann jetzt auf den ganzen Unfug, den Sie hier dargeboten haben, nicht eingehen.

(Heinz Müller, SPD: Das glauben wir Ihnen gerne, dass Sie darauf nicht eingehen können.)

Diese Aussprache dient dazu, noch mal deutlich zu machen, dass Sie von der SPD sich hier aus der Verantwortung ziehen.

Ich möchte nur mal ein Zitat eines langjährigen SPD-Mitgliedes hier darbringen, der auf einer Kundgebung gegen das Aus der Südbahn Folgendes gesagt hat, Zitat: „Wenn bei der nächsten Wahl Namen wie SELLERING, PEGEL oder SCHULTE auftauchen, werde ich meine Kreuze nicht bei der SPD machen“. Das sagte ein langjähriges SPD-Mitglied. Sie stehen sich doch hier immer wieder aus der Verantwortung.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie lassen dieses Land zugrunde gehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und warum? Warum? – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das war der Anlass für uns, dieses noch mal hier auf die Tagesordnung zu bringen. Sie schnabbeln von morgens bis abends, Sie reden um den heißen Brei herum,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

aber wenn es darum geht, die Infrastruktur im Lande zu erhalten,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

dann kommt von Ihnen nichts.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Und wir sind dafür da.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Sie machen bitte, bitte, liebe Bundesregierung, unterstützen Sie uns da. Fordern Sie doch endlich mal! Sie müssen da wesentlich klarere Worte treffen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Stefanie Drese, SPD: Stampfen
Sie doch mit dem Fuß! –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sie müssen auch mal darstellen, dass Ihre SPD-Genossen auf Bundesebene die Länder am langen Arm verhungern lassen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Und das haben wir hier mit dieser Aussprache noch mal deutlich gemacht.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Die SPD steht für Infrastrukturabbau,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

die NPD für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf, meine Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Das ist die Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Warnschussarrest hinterfragen.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Warnschussarrest hinterfragen
– Drucksache 6/3497 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor fast zwei Jahren wurde in Deutschland der Warnschussarrest für jugendliche Straftäter eingeführt. Er sieht vor, dass neben einer Bewährungsstrafe auch ein Arrest von maximal vier Wochen verhängt werden kann. Es ist kein Geheimnis, dass sich meine Fraktion zur Einführung dieses neuen Instrumentes ablehnend verhalten hat – aber nicht nur wir, wenn man sich die Bundestagsdebatte und das Abstimmungsergebnis bei der Einführung genau ansieht. Die SPD-Bundestagesfraktion stimmte gegen die Einführung des Warnschussarrestes. Ob, und in welchem Maße sich das neue Instrument bewährt hat, steht im Mittelpunkt unseres Antrages.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich etwas zum Warnschussarrest selbst sagen: Das Jugendgerichtsgesetz sieht sogenannte Zuchtmittel im Strafrecht vor. Bei den Zuchtmitteln gibt es Verwarnungen, Auflagen und auch den Jugendarrest. Jugendstrafen sind Freiheitsentziehungen, die auch zur Bewährung ausgesetzt werden können. Beim Warnschussarrest kombiniert man beides und verhängt neben der zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe noch einen Jugendarrest. So weit, so gut. Sieht man genauer hin, könnte man zu der Erkenntnis kommen, dass der Gesetzgeber der Meinung war, dass offenbar die Bewährungsstrafen nicht die gewünschten Erfolge bringen, sonst würde man ja nicht einen Jugendarrest damit kombinieren.

Es bestand also die Hoffnung, dass die jugendlichen Straftäter die Konsequenzen ihres Handelns ernst nehmen und somit nicht wieder rückfällig werden. Andererseits gibt es beim Jugendarrest statistisch eine Rückfallquote von bis zu 70 Prozent. Das ist kein gutes Zeugnis. Oder anders ausgedrückt: Auch der Jugendarrest hat sich deutlich als ineffizient erwiesen. Der Gedanke hinter dem Warnschussarrest ist scheinbar der, dass man zwei schlechte Sachen kombinieren möchte, um eine gute Sache zu erhalten. Werte Kolleginnen und Kollegen, das funktioniert so aber nicht.

Was ist die Idee hinter dem Warnschussarrest? Aus Sicht des Gesetzgebers wohl folgende: Man will jugendlichen Straftätern das Unrecht und die Konsequenzen eines Fehlverhaltens nachdrücklich verdeutlichen, weil – so die Auffassung – Betroffene eine bloße Bewährungsstrafe einfach als Freispruch empfinden. Der Arrest soll den jugendlichen Straftäter wachrütteln und ihm die Konsequenzen seines Handelns vor Augen führen. Außerdem

soll er aus seinem schädlichen Umfeld herausgenommen und durch die Betreuer im Strafvollzug erzogen werden.

Nun ja, Kriminologen zweifeln daran und stellen sogar die These auf, dass der Warnschussarrest sich schädlich auf die Entwicklung der Jugendlichen auswirke. Auch in den entsprechenden Bundestagesdebatten wurde darauf hingewiesen. Ich zitiere den SPD-Bundestagsabgeordneten Burkhard Lischka, der in der Bundestagsdebatte dazu sagte: „Wer Jugendliche für ein paar Wochen mit Kriminellen zusammensperrt, produziert keine rechtschaffenen Bürger, sondern fördert nur kriminelle Karrieren.“ Zitatende. Oder anders ausgedrückt: Was sie noch nicht können, lernen sie dort.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Was könnten also die tatsächlichen Gründe für den Warnschussarrest sein? Da fallen mir eigentlich nur zwei Sachen ein:

Erstens die populistische Forderung nach härteren Strafen – sehr populär in gewissen Kreisen. Es wird aber immer eins vergessen: Im Jugendstrafrecht geht es nicht um die Härte einer Strafe, sondern die Wirksamkeit einer Sanktion. Den Nachweis der Wirksamkeit ist der Warnschussarrest bisher jedoch schuldig geblieben.

Zweitens ist es überall eine Geldfrage. Wie in allen Bundesländern ist die Jugendkriminalität auch in unserem Land deutlich gesunken. Das ist einer der wenigen positiven Effekte des demografischen Wandels. Wir haben immer weniger Jugendliche im Land – weniger Jugendliche bedeutet eben auch: weniger Jugendstraftaten. Das macht sich auch deutlich an der Auslastung unserer Jugendstrafanstalt in Neustrelitz bemerkbar. Man hat dort freie Kapazitäten, die man besser nutzen könnte.

Und nun ist die Frage: Was macht man mit Jugendlichen, die eine Bewährungsstrafe erhalten und wo diese nicht ausreichend erscheint? Nimmt man Geld in die Hand für effektive Mittel wie Täter-Opfer-Ausgleich, Trainingskurse oder Antiaggressionskurse oder nutzt man einfach freie Kapazitäten in Neustrelitz?

Kostengünstiger, aber ungleich ineffizienter ist die zweite Variante. Offenbar gibt man dieser den Vorzug. Notwendig ist es nicht. Es gibt die verschiedensten Sanktionsmöglichkeiten von gemeinnütziger Arbeit über Geldauflagen bis hin zu Kontaktverboten, alles auch nach Belieben kombinierbar, zur Not auch mit Jugendarrest. Die vorhandenen Möglichkeiten sind fast unendlich. Fruchtet das alles nicht, kommt es letztlich zu einer Jugendstrafe. Wozu also der Warnschussarrest? Der Sinn erschließt sich nicht.

Kommen wir aber nun zum Kern unseres Antrages, der Evaluation des Warnschussarrestes. Schaut man sich die bundesweiten Vollstreckungen des Warnschussarrestes an, nehmen sich diese mit nur 416 Fällen für das erste Jahr doch eher bescheiden aus. In Mecklenburg-Vorpommern waren es bis Mai 2014 nur 26 Vollstreckungsaufträge.

Warum ist das so? Offenbar sind die Richter in der Praxis von diesem Instrument doch nicht so richtig überzeugt. Ja, der Pressesprecher des Richterbundes Mecklenburg-Vorpommern, Dirk Simon, hat sich vor einigen Tagen dazu anders geäußert. Er sagt, dass er die Regelung

zum Warnschussarrest begrüße. Andere Richtervereinigungen sehen das anders. Nicht umsonst ist der Warnschussarrest in Bremen noch gar nicht eingesetzt worden.

Überhaupt muss man fragen, warum man etwas gutheißt und dann trotzdem nicht einsetzt. Pressesprecher Simon meinte dazu, dass der Warnschussarrest keinen Sinn mehr macht, wenn die Jugendlichen bereits im Vollzug waren. Das ist natürlich richtig. Dafür war der Warnschussarrest auch nie gedacht. Weiterhin sagt Herr Simon, dass der kurzzeitige Arrest besser sei, als Ersttäter gleich einzusperrern. Auch das ist natürlich richtig. Allerdings erweckt das den Eindruck, der Warnschussarrest sei als Alternative für die Jugendstrafe ohne Bewährung geschaffen worden. Das ist falsch. Er soll neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe verhängt werden. Damit ist er lediglich die Alternative zu Weisungen und Auflagen, nicht zum Vollzug. Ich denke, das muss hier klargestellt werden.

Auch Bayern ist als Vorreiter in Sachen Warnschussarrest mit 92 Vollstreckungen nicht gerade übereifrig. Das liegt auch daran, dass der Warnschussarrest schon in der Theorie nur dann Sinn machen würde, wenn die Jugendlichen wirklich intensiv betreut werden würden. In Bayern gibt es dazu ein Konzept, wonach hierfür die Bereitstellung zusätzlichen Personals erforderlich wäre. Das wollte man dann doch nicht bereitstellen. Am Ende frage ich mich, wo denn da der Unterschied zum normalen Strafvollzug ist.

Ihnen wird sicher auch aufgefallen sein, dass wir mit diesem Antrag lediglich eine Evaluierung des Warnschussarrestes fordern. Im Sommer hatte ich eine Kleine Anfrage gestellt, in der ich wissen wollte, wie oft der Warnschussarrest bereits verhängt wurde und wie es denn um die Rückfallquote bestellt ist – nachzulesen auf Drucksache 6/3013. Zur bescheidenen Anzahl verhängter Warnschussarrestes habe ich eben schon etwas gesagt. Auf die Frage nach der Rückfallquote gab man mir die Antwort, dass diese nicht statistisch erfasst werde.

Ja, meine Damen und Herren, dann wird es doch endlich Zeit dafür. Der Warnschussarrest wurde eingeführt, um Jugendliche von der Begehung weiterer Straftaten abzuhalten, als Abschreckung. Er soll also das Rückfallrisiko senken. Dann ist es doch auch sinnvoll, zu gucken, wie hoch denn die Rückfallquote beim Warnschussarrest ist. Da wird ein Gesetz geändert und die Freiheitsentziehung erleichtert mit der haltlosen Behauptung, die Rückfallquote werde verringert, und wenn man nach einem Jahr nachfragt, wie sehr sich das verringert hat, sagt man uns, das habe man sich gar nicht angeguckt.

Meine Damen und Herren, wenn man strafrechtliche Verschärfungen vornimmt, um ein konkretes Ziel zu erreichen, ist es mehr als sinnvoll und gerechtfertigt, dass man diese Verschärfung auch auf ihre Wirksamkeit hin prüft. Ich bin auf die Gründe gespannt, warum man das nicht tut. Der enorme Verwaltungsaufwand wird es ja nicht sein. Es sollte doch möglich sein festzustellen, ob 26 Jugendliche erneut straffällig geworden sind.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich denke, in Anbetracht der Bedeutung von Freiheitsstrafen, eines effektiven Jugendstrafrechtes und der Entwicklung unserer Jugendlichen sind wir es uns schuldig, den Warnschussarrest einmal zu hinterfragen. Wir sollten alles

dazu tun, dass wir gemeinsam Handlungsstrategien erarbeiten und hinterfragen, ob der Warnschussarrest zur Reduzierung der Jugendkriminalität geeignet ist oder nicht. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Justizministerin Frau Kuder.

Ministerin Uta-Maria Kuder: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Also ich muss schon sagen, ich finde Ihren Antrag – ich sage es mal höflich – bemerkenswert.

(Heinz Müller, SPD: Das ist richtig.)

Und so werde ich auf die Feststellungen, die Sie da treffen, nur insoweit eingehen: In richterlicher Unabhängigkeit wird darüber entschieden, für wen der Warnschussarrest sinnvoll ist oder nicht. Und ich habe Vertrauen in die Richter, die genau schauen, wo könnte er denn auch Wirkung entfalten. Darauf kommt es letztlich an.

Vielleicht einen Hinweis noch: Sie haben richtig gesagt, im März 2013 ist der Warnschussarrest in Kraft getreten.

(Heinz Müller, SPD: Genau.)

Das heißt aber nicht, dass er im März 2013 schon hat verhängt werden können, sondern es geht um Straftaten, die nach dem März 2013 erst verursacht worden sein mussten. Das heißt, wir haben eine Verurteilungspraxis von derzeit maximal einem Jahr.

Und noch etwas zu Ihren Forderungen: Sie fordern ja die Evaluierung des Warnschussarrestes. Sie begründen diese Forderung damit, dass es keine Rückfallstatistik gebe, und nehmen diesbezüglich, das haben Sie auch gerade wieder gemacht, Bezug auf die Kleine Anfrage, die Sie seinerzeit gestellt haben, in der das Justizministerium geantwortet hat, dass es keine Rückfallstatistiken führt. Aber lesen Sie weiter die Antwort auf die Kleine Anfrage! Ich möchte gerne draus zitieren, das Justizministerium hat geantwortet: „Durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ist ein umfangreiches Forschungsprojekt zum ‚Warnschussarrest‘ in Auftrag gegeben worden, das unter anderem die Evaluation von Rückfällen nach Vollstreckung des Warnschussarrestes zum Gegenstand hat. Der Forschungsauftrag ist an das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen vergeben worden und wird in Kooperation mit der Universität Kassel durchgeführt.“ Das steht in der Kleinen Anfrage, die Sie allerdings nur insoweit zitiert haben, wie es Ihnen in den Kram passt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Aha!)

Also frage ich mich: Was soll der Antrag?

Ich will aber noch mal auf ein weiteres Thema zu sprechen kommen, und zwar die Rückfallquote bei Jugendli-

chen, die in den Jugendanstalten inhaftiert waren. Sie haben eben gesagt, bei den Arrestanten gebe es eine Rückfallquote von zwischen 60 und 70 Prozent. Ich glaube, Sie haben da ein bisschen was in einen Pott geworfen, was nicht in einen Pott gehört, nämlich Inhaftierte in der Jugendanstalt und Arrestanten in der Arrestanstalt. Das sind zwei unterschiedliche Dinge.

Grundsätzlich: Natürlich haben die, die in der Jugendanstalt sind, wie auch in anderen Gefängnissen Inhaftierte eine höhere Rückfallquote als solche, die eine Bewährungsstrafe haben oder bei denen andere Maßnahmen greifen. Das liegt in der Natur der Sache, denn die sind deswegen dort, weil sie ein höheres Rückfallrisiko haben, weil sie eine schlechte Sozialprognose haben und die Wahrscheinlichkeit des Rückfalls eben besonders hoch ist. Also das ist eine ganz natürliche Sache.

Im Übrigen hat sich gerade bei Jugendlichen in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, zumeist haben die Jugendlichen in der Jugendanstalt schon eine lange Liste von Straftaten, bevor sie in der Jugendanstalt landen. Insofern hat es sich ja auch gezeigt, dass genau die anderen Maßnahmen an der Stelle eben nichts genutzt haben und es deswegen notwendig war, hier doch endlich zu einer Inhaftierung zu kommen.

Und ein Weiteres möchte ich ansprechen, und zwar das Thema Rückfallstatistiken, die Sie ja gerne haben möchten. Sie schreiben hier oder verlangen eine Rückfallstatistik für Mecklenburg-Vorpommern, wobei ich da sagen muss, selbst die würde wenig Sinn machen, weil Rückfälle ereignen sich überall im Bundesgebiet. Man kann gar nicht seriös sagen, nur weil jemand in Mecklenburg-Vorpommern vielleicht nicht rückfällig geworden ist, dass er nicht doch an anderer Stelle rückfällig geworden ist.

Dabei muss man sich mal fragen, was ist denn überhaupt ein Rückfall. Heißt das, es ist eine Reinhaftierung, die erfolgen muss, oder ist es nur ein einschlägiger Rückfall, das heißt also mit gleichen Straftaten? Welchen Zeitraum wollen Sie da in Betracht nehmen? Jetzt im Hinblick auf den Warnschussarrest haben wir gerade mal ein Jahr. Reicht Ihnen das aus, zu sagen, der ist innerhalb eines Jahres oder eines halben Jahres nicht rückfällig geworden? Entscheidend ist doch auch die Dauer, die man da betrachten muss. Wir können sagen, ist jemand nicht rückfällig geworden nach ein, zwei, drei, fünf, zehn Jahren oder lebenslang von mir aus. Also die Frage nach der Rückfallstatistik ist überhaupt nicht einfach zu beantworten.

Die Frage ist ja auch immer – und das muss man noch mal betonen –, aus welchen Gründen ist denn jemand rückfällig geworden oder eben auch nicht rückfällig geworden. Was steckt dahinter? Diese Aussage kriegen Sie über eine Rückfallstatistik überhaupt gar nicht. Und deswegen ist es sinnvoll, dass ein solches Forschungsprojekt bundesweit in Auftrag gegeben wurde. Insofern bedurfte es Ihres Antrages dazu nicht.

Insgesamt kann ich nur sagen: Ich würde mir wünschen, wenn wir schon Kleine Anfragen beantworten, dass sie dann auch vollständig gelesen werden und im Übrigen auch vollständig zitiert werden. Das würde mich freuen für die Zukunft. – Insofern herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Drese von der SPD-Fraktion.

Stefanie Drese, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem Beschluss des von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Erweiterung der jugendgerichtlichen Handlungsmöglichkeiten hat der Bundestag 2012 den sogenannten Warnschussarrest eingeführt. Dieser steht seit dem 7. März 2013 als zusätzliche Sanktionsmöglichkeit im Jugendgerichtsgesetz zur Verfügung.

Der Warnschussarrest kann verhängt werden neben einer Jugendstrafe, deren Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt wird, wenn die Entscheidung über die Verhängung der Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt wird und wenn das Gericht sich die Entscheidung über die Aussetzung der Jugendstrafe vorbehält. Laut Jugendgerichtsgesetz soll er dem Jugendlichen seine Verantwortlichkeit für das begangene Unrecht und die Folgen weiterer Straftaten verdeutlichen. Er soll es ermöglichen, einen Jugendlichen für eine begrenzte Zeit aus einem Lebensumfeld mit schädlichen Einflüssen herauszunehmen. Durch die Behandlung im Arrestvollzug soll der Jugendliche auf die Bewährungszeit vorbereitet werden und auf den Jugendlichen soll im Arrestvollzug nachdrücklich erzieherisch eingewirkt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, beim Warnschussarrest handelt es sich schon seit geraumer Zeit um ein umstrittenes Instrument. Für und gegen den Warnschussarrest wird jeweils eine Reihe von Argumenten geltend gemacht. Teile der Praxis haben dessen Einführung seit langer Zeit gefordert. Demgegenüber wurde in der Wissenschaft überwiegend kein Bedarf dafür gesehen.

Die Einführung des Warnschussarrestes hat dann auch dementsprechend unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Teilweise wird die neue Sanktion als Erweiterung des richterlichen Entscheidungsspektrums begrüßt, zum Teil wird sie als überflüssig abgelehnt. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, die Anwendung und die Ausgestaltung sowie die Wirkung dieser neuen Sanktionsmöglichkeit zu untersuchen.

Ich möchte daher noch mal unterstreichen: Durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ist ein umfangreiches Forschungsprojekt zum Warnschussarrest in Auftrag gegeben worden, welches unter anderem die Evaluation von Rückfällen nach Vollstreckung des Warnschussarrestes zum Gegenstand hat. Die Evaluation des Warnschussarrestes wird durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen vorgenommen und wird in Kooperation mit der Universität Kassel durchgeführt. Die Evaluation hat eine Projektdauer von Januar 2014 bis Dezember 2015. Dann erst haben wir etwas auszuwerten.

Bei der Evaluation sollen Erkenntnisse zur praktischen Anwendung sowie zu den Auswirkungen auf die Betroffenen einerseits und die übrigen Sanktionsmöglichkeiten des Jugendgerichtsgesetzes andererseits gewonnen werden. Darüber hinaus soll auch die Haltung der Praktiker gegenüber diesem Instrument erforscht werden.

Ein zentrales Anliegen des Projektes stellt die Klärung der Frage dar, wie der Warnschussarrest von den Ge-

richten genutzt wird. Dabei gilt es, in Erfahrung zu bringen, gegen welche Personen aufgrund welcher Straftaten ein Warnschussarrest verhängt wird. Ein weiterer Schwerpunkt des Projektes liegt in der Untersuchung der Einstellung der Praxis gegenüber dieser neuen Sanktionsmöglichkeit. Schließlich sollen die Ausgestaltung des Vollzugs des Warnschussarrests und dessen Wirkung untersucht werden.

Die aufgeworfenen Fragestellungen sollen durch folgende Maßnahmen beantwortet werden: Analyse der Akten, eine standardisierte Befragung von Praktikern, Anwaltsbesuche sowie Vollzugsleiterbefragung, die Befragung von Warnschussarrestanten, eine Sonderauswertung der Strafverfolgungsstatistik und eine Rückfalluntersuchung mithilfe von Bundeszentralregisterdaten. Bei Letzterem soll zu allen Fällen, die im Rahmen der Aktenanalyse erfasst wurden, Auskünfte aus dem Bundeszentralregister eingeholt werden. Dies soll die Frage beantworten, wie hoch die Rückfallwahrscheinlichkeit ausfällt und wie lange es gedauert hat, bis gegen die Betroffenen wegen einer erneuten Straftat ein Verfahren durchgeführt worden ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, durch das vom Bundesjustizministerium in Auftrag gegebene umfangreiche Forschungsprojekt zur Evaluation des Warnschussarrestes wird der Intention des Antrages längst Rechnung getragen, und zwar nicht nur bezogen auf Mecklenburg-Vorpommern, sondern bundesweit. Die SPD-Fraktion lehnt daher den vorliegenden Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mir einen relevanten Teil dessen, was ich vortragen wollte, ersparen – ich begrüße das, dass der Kollege Lenz das begrüßt –, weil Sie a) auf die Geschichte des Warnschussarrests hinsichtlich der Entstehung eingegangen sind und weil Sie auch auf die Studie, auf die Evaluation hingewiesen haben, die derzeit auf Bundesebene läuft und jetzt in diesen Monaten in einem ersten Teilabschnitt abgeschlossen werden wird.

Ich will aber zumindest, weil seinerzeit sehr strittig darüber diskutiert worden ist, politisch strittig diskutiert worden ist, ob eine derartige Einführung sinnvoll ist oder nicht, noch mal auf drei zentrale Punkte hinweisen, die in der Projektskizze der Universität Kassel auch genannt worden sind. Frau Drese hat ja gerade in einem anderen Zusammenhang ebenfalls aus dieser Projektskizze zitiert.

Die drei Ziele, die genannt worden sind – sie sind hier sinngemäß in der Projektskizze noch mal benannt –, sind seinerzeit auch diskutiert worden. Es soll dem Jugendlichen seine Verantwortlichkeit für das begangene Unrecht und die Folgen weiterer Straftaten verdeutlicht werden. Der Warnschussarrest soll es ermöglichen, einen Jugendlichen für eine begrenzte Zeit aus einem Lebensumfeld mit schädlichen Einflüssen herauszunehmen und auf die Bewährungszeit vorzubereiten. Also das Argument ist, ich nehme jemanden aus dem sozialen Umfeld her-

aus, denn es hat einen negativen Einfluss auf ihn, und die beste Alternative ist dann tatsächlich der Arrest. Das wurde als Argument vorgetragen. Und ein dritter wesentlicher Grund war: Mithilfe des Arrestvollzugs sollen eine nachdrücklichere erzieherische Einwirkung auf den Jugendlichen erreicht oder bessere Erfolgsaussichten für eine erzieherische Einwirkung in der Bewährungszeit geschaffen werden. Wenn man das als Argument heranzieht, dann unterstellt man, dass Maßnahmen außerhalb des Arrests nicht in so guter Art und Weise geeignet sind, einen jungen Menschen – ich sag das mal sehr salopp – auf den Tugendweg zurückzuführen.

Wir haben uns damals klar positioniert. Wir haben seinerzeit eindeutig gesagt und dafür geworben, den Warnschussarrest nicht einzuführen. Warum wir das getan haben, wird, glaube ich, aus der Philosophie, die aus diesen unterschiedlichen Argumenten hervorgeht, auch sehr deutlich. Es geht im Kern bei jungen Menschen um die Frage, was sind die geeigneten Maßnahmen, um jemanden, der straffällig geworden ist, dazu zu befähigen, nicht wieder rückfällig zu werden. Das ist die zentrale Frage. Da haben wir eine klare Position und sagen, Arrest ist in den Fällen, in denen eine Bewährungsstrafe ausgesprochen wird oder zur Bewährung ausgesprochen wird, ein ungeeignetes Mittel. Das ist nach wie vor meine feste Überzeugung und ich bin ein Vertreter der Philosophie, dass andere Maßnahmen geeigneter sind. Aber in der Tat, wir wissen es im Augenblick vor dem Hintergrund der Evaluierung, die noch aussteht, nicht.

Wenn, Frau Borchardt, DIE LINKE hergegangen wäre und hier möglicherweise auch im Verfahren – obwohl wir wissen, dass dieses Verfahren ja erst seit Kurzem läuft – den Antrag gestellt hätte, wir wollen den Warnschussarrest wieder abschaffen, wäre ich aus grundsätzlichen Erwägungen bei Ihnen gewesen. Aber jetzt stellen Sie einen Antrag zu einem Zeitpunkt, zu dem der erste Schritt der Bundesevaluation gerade ausläuft. Das ist der erste Schritt, ich komme gleich noch mal auf den zweiten Schritt, über den hier noch nicht gesprochen worden ist, und das halte ich auch für relevant. Da wir das abwarten wollen, halten wir eine zusätzliche Evaluierung auf Landesebene nicht für sinnvoll, auch wenn Sie – ich hab das vorhin als Zwischenruf gehört – sagen, na ja, das, was wir wollen als LINKE, ist ja eine begleitende Evaluierung. Da muss man aber klar sagen, das läuft auf der Basis einer viel zu kleinen Fallzahl, um daraus in irgendeiner Form Erkenntnisse sammeln zu können.

Das wird deutlich – und da möchte ich gern mit Erlaubnis der Präsidentin einmal zitieren – in der Studie oder im Projektauftrag der Uni Kassel. Da ist nämlich unter 3.6 der zweite Schritt der Evaluierung genannt worden, und der zweite Schritt der Evaluierung ist die Rückfalluntersuchung. Das ist ja das, was Sie explizit wollen, und zwar aus dem laufenden Prozess. Ich zitiere, unter 3.6 steht es in diesem Papier: „Etwa sechs Monate vor Ende des Projekts sollen im Juli 2015 zu allen Fällen, die im Rahmen der Aktenanalyse erfasst wurden, Auskünfte aus dem Bundeszentralregister eingeholt werden. Dies soll einen ersten Einblick in die Frage erlauben, wie hoch die Rückfallwahrscheinlichkeit bei den verschiedenen Gruppen von Bewährungsprobanden ausfällt und wie lange es jeweils gedauert hat, bis gegen die Probanden wegen einer erneuten Straftat ein Jugendstrafverfahren durchgeführt worden ist. Dabei ist offenkundig, dass diese erste Rückfallanalyse nur begrenzte Aussagekraft entfalten kann.“ Und das wohlgernekt auf einer Basis, auf der

viel breiteren Basis, der Bundesbasis, und mit der Anmerkung, dass kurzfristig nur begrenzte Aussagen dazu möglich sind.

Da frage ich mich an dieser Stelle, was wollen wir denn mit einer Evaluierung auf Landesebene dann hier vor Ort erreichen. Aus meiner Sicht ist das völlig unzureichend. Deshalb – bei aller Sympathie für den Grundsatz Ihres Antrages – kann ich nicht nachvollziehen, warum wir dies an dieser Stelle tun sollten.

Ich will nur eine Anmerkung zu dem sagen, was die Justizministerin hier vorgetragen hat. Die Justizministerin hat noch mal den Unterschied zum Arrest deutlich gemacht. Ich glaube sehr wohl, dass man argumentieren kann oder dort ableiten kann. Ich glaube, man muss ableiten und sagen, die Frage ist grundsätzlich, ob eine wie auch immer geartete Strafe, die im Arrest landet, dazu geeignet ist, einen jungen Menschen dazu zu befähigen, nicht mehr straffällig zu sein. Ist das die geeignete Maßnahme oder braucht man neben der Bewährungshilfe noch andere Maßnahmen, die möglicherweise geeignet sind? Das ist die grundsätzliche Auseinandersetzung. Wir lehnen diesen Antrag ab, aber im Kern, von der inhaltlichen Ausrichtung her sind wir bei dem, was DIE LINKE eigentlich will. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Texter von der CDU-Fraktion.

Andreas Texter, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Wortbeiträge, die wir sowohl von der Justizministerin als auch von Frau Drese – und hier, muss ich sagen, schließe ich Herrn Suhr ausdrücklich mit ein – gehört haben, haben ja eine ganze Reihe über die Historie des Warnschussarrestes, über den Status quo ausgesagt. Und, meine Damen und Herren, es ist auch schon eine ganze Reihe über die in Auftrag gegebene Evaluation ausgesagt worden, sodass ich mein Redekonzept deutlich einkürzen möchte.

Liebe Frau Borchardt, ich habe nebenbei gesagt Ihrem Vortrag entnommen und Sie sprachen davon, dass Arrestanten in der Jugendanstalt in Neustrelitz möglicherweise dort erst richtig unter den Einfluss von Strafvollzug kommen. Ich habe so den Eindruck, Sie waren da noch nicht. Wir haben uns das mal angesehen. Es ist in der Tat so, dass die Arrestabteilung ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ich war schon viermal da.)

Dann wissen Sie es ja auch. Insofern haben Sie einen falschen Eindruck vermittelt. Jedenfalls ist die Arrestabteilung vom geschlossenen Vollzug räumlich völlig getrennt, sodass Arrestanten mit Insassen im Vollzug gar nicht in Verbindung kommen, während der ganzen Zeit nicht. Das hätten Sie ja auch so sagen können.

Und als Zweites habe ich auch vermisst – das ist aber schon mal gesagt worden –, dass Sie den Inhalt der Kleinen Anfrage, die Sie gestellt haben, wirklich nur zur Hälfte wiedergegeben haben. Das zeigt ganz deutlich, dass Sie wissen, dass diese Evaluation auf Bundesebene läuft und dass es auch nur dort laufen kann, weil es sich beim Warnschussarrest um Bundesrecht handelt.

Ich gebe Ihnen recht, wenn man sich mal den Punkt 2 der beauftragten Evaluation ansieht, da werden in der Tat viele Argumente aufgeführt – das ist ja hier auch schon angesprochen worden –, die für diesen sogenannten Warnschussarrest sprechen. Aber es gibt natürlich auch eine ganze Reihe Gegenargumente, also gegen den Warnschussarrest. Letztendlich haben sich die Befürworter bei der Gesetzgebung zunächst durchgesetzt, aber genau aus diesem Grund ist ja wenig später, also ein knappes Jahr später schon die Evaluation in Auftrag gegeben worden. Insofern haben Sie zumindest in Ihrem Vortrag nur die Gegenargumente hier vorgetragen und somit für mich ein doch sehr einseitiges Bild geschaffen.

Zum Auftrag der Evaluation will ich jetzt doch eher nicht mehr viel sagen. Es ist also schon vieles hier angesprochen worden und vielleicht auch noch mal von mir die Bemerkung: In dem sogenannten Modul 6 dieses Auftrages, dieser Evaluation, die von Professor Pfeiffer durchgeführt werden wird bis Ende 2015, geht es ja insbesondere um die Erforschung der Rückfallquote. Die Rückfalluntersuchung erfolgt aus Daten des Bundeszentralregisters. Auch das ist hier schon angeführt worden. Nur eine landeseigene Rückfallstatistik – Herr Suhr hat es eben auch gesagt – ist aufgrund der geringen Fallzahlen bisher wirklich nicht aussagekräftig.

Ich habe schon erwähnt, dass ich bei den Besuchen in der JVA Neustrelitz auch zum Beispiel mal mit einem Arrestanten gesprochen habe und ihn nach seiner Meinung dazu gefragt habe. Dieser junge Mann sagte mir – und ich zitiere es sinngemäß so, wie er es da gesagt hat –: Ich möchte hier wieder raus und nie wieder herkommen, mir ist mein Fehler klar geworden. Wenn das zumindest bei einem Teil der Arrestanten der Fall ist und wir dadurch Untersuchungshaft vermeiden können, dann, denke ich, ist es das auf alle Fälle wert, auch auf dieses Mittel der Jugendgerichtsbarkeit zurückzugreifen.

Auf Ihre Kleine Anfrage ist schon eingegangen worden. Insofern kann ich mir das hier auch sparen. Dazu ist eigentlich alles gesagt und ich will mich deswegen kurzfassen. Die CDU-Fraktion wird aus den genannten Gründen Ihren Antrag selbstverständlich ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Stefanie Drese, SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt noch mal die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Aussprache war schon sehr interessant und für mich kommt die Ablehnung nicht überraschend. Richtig ist – und natürlich haben wir das auch zur Kenntnis genommen –, dass mit dieser Evaluierung auf Bundesebene über ein Forschungsprojekt begonnen wird. Das ist die eine Seite. Dieses Forschungsprojekt – das haben Sie selber hier noch mal gesagt – endet 2015. Für uns ist aber eine Evaluierung, eine kontinuierliche Evaluierung auf Landesebene genauso wichtig, und zwar neben dem Forschungsprojekt. Ich bin mir auch sicher, dass man, wenn man sich für eine Evaluierung ausspricht, die Kriterien, was man evaluieren will, vielleicht noch mal besprechen muss, auch mit Fachleuten, und das dann sozusagen begleiten muss. Das heißt für mein Selbstverständnis, dass man auch dann, wenn man

geringe Fallzahlen hat, eine Evaluierung in Bezug auf die Sinnhaftigkeit dieses Instrumentes im eigenen Land durchaus prüfen sollte.

Wenn man sich jetzt auf die richterliche Unabhängigkeit zurückzieht, kann man das sicherlich tun. Ich stelle ja nicht infrage, dass die Richter in ihrem Sinne sagen, also ich nehme den Warnschussarrest nicht allzu oft in Anspruch, nämlich aus den und den Erkenntnissen. Das ist ihr legitimes Recht. Bei einer Evaluierung aber habe ich den Anspruch, dass man auch mal hinterfragt, warum tun es die Richter nicht. Welche Gründe gibt es dafür, dass sie andere Jugendstrafen, also andere Maßnahmen, die ja das Jugendstrafrecht durchaus vorhält, vom Prinzip her eher in Anspruch nehmen als den Warnschussarrest. Das könnte ja durchaus auch für die weitere Entwicklung in Bezug auf unsere Jugendstrafanstalten, unseren Jugendarrest – alles das, was damit zusammenhängt – Konsequenzen haben. Man könnte dabei schon mal die Frage stellen, wenn man sich das genau anguckt. Und selbstverständlich kennen wir den Unterschied. Also das brauchen Sie uns nicht zu unterstellen, und das habe ich auch deutlich gemacht, denke ich. Vielleicht hat man da nicht richtig zugehört.

In der Öffentlichkeit oder im Mainstream heißt es ja vom Prinzip her, die Strafe soll auf dem Fuße folgen, also nach der Straftat so schnell wie möglich. Und wenn Sie sich erinnern, in der ARD lief der Film „Das Ende der Geduld“ über eine Jugendrichterin aus Berlin, der das noch mal veranschaulicht hat. Da stellt sich für mich die Frage, ob denn dieses Schnellverfahren oder die Instrumente, die wir haben, wirklich dazu geeignet sind, um der Jugendstraffälligkeit entgegenzutreten. Meiner Ansicht nach nicht. Und das besagen ja auch die wissenschaftlichen Untersuchungen von vielen Kriminologen, die andere Instrumente durchaus für erfolgreicher halten.

Man sollte sich auch die Frage stellen, warum zum Beispiel beim Jugendschöffengericht die Verfahrensdauern so lang sind, auch im Durchschnitt gegenüber den anderen Bundesländern. Wir haben eine Verfahrensdauer, wenn ich mal an die Antwort auf meine Kleine Anfrage erinnere, von ungefähr zwei bis neun Monaten. Das ist nicht der Unterschied zwischen kleinen und großen Gerichten, sondern das hält sich die Waage. Sowohl an kleinen Gerichten als auch an großen Gerichten sind die Verfahrensdauern sehr unterschiedlich und betragen bis zu neun Monate. Also das, glaube ich, muss man in Bezug auf den Warnschussarrest und den Umgang mit Jugendstraftätern in unserem Land durchaus noch mal hinterfragen und begleiten.

Sicherlich kann man darüber diskutieren, ob das jetzt zu diesem Zeitpunkt gemacht werden sollte, aber ganz und gar darauf zu verzichten in Bezug auf die Entwicklung von weiteren Konzeptionen für unser Land, das halte ich für grundsätzlich falsch und verstehe deshalb die Ablehnung insgesamt nicht. Man kann sicherlich darüber nachdenken, ob man im Rechts- und Europaausschuss darüber noch mal hätte diskutieren können, ob es jetzt sinnvoll ist oder ob es nach dem Abschluss der Evaluierung sinnvoll ist, aber ein Abschluss bereits 2015 sagt für die weitere Zukunft vom Prinzip her erst mal für unser Land aus meiner Sicht noch gar nichts.

Herr Texter, zu Ihnen kann ich nur sagen, ich habe nicht nur die negativen Darstellungen oder die Auffassungen derjenigen, die gegen den Warnschussarrest sind, hier

zum Ausdruck gebracht, sondern ich habe durchaus zum Ausdruck gebracht, was dafür und was dagegen spricht, denn genau daraus ergeben sich ja die Schlussfolgerungen, über eine Evaluierung nachzudenken. Ich habe ganz explizit gesagt, wenn man den Anspruch hat, dass durch die Einführung des Warnschussarrestes jugendliche Straftäter von zukünftigen Straftaten abgehalten werden sollen, dann muss ich mir auch angucken, ob das wirklich so ist. Und da verstehe ich Ihren Vorwurf diesbezüglich überhaupt nicht.

Ich kann Sie nur bitten – und vielleicht sollten wir uns das gemeinsam im Rechts- und Europaausschuss noch mal ganz genau angucken –, auch für die Zukunft, das muss ja nicht heute und morgen sein, dass wir uns den Umgang mit Jugendstraftätern in Mecklenburg-Vorpommern, geeignete Maßnahmen, die dazu beitragen, die Jugendlichen von weiteren Straftaten oder überhaupt von Straftaten abzuhalten, dass wir uns das noch mal genau angucken, zum Beispiel über eine Verbesserung der Jugendgerichtshilfe und anderer Institutionen. Da gibt es Reserven und auch das belegen die Forschungsaufträge beziehungsweise die, ich sage mal, Arbeiten von Kriminologen in der Bundesrepublik Deutschland. Also ich denke, da haben wir noch sehr, sehr viele Reserven und wir sollten das im Blick behalten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3497. Wer dem zustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Und Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3497 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Fraktion der NPD, bei keinen Stimmenthaltungen.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 21:** Das ist die Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gemeinschaftsstand des Landes auf der CeBIT 2015 sicherstellen, die Drucksache 6/3504.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Gemeinschaftsstand des Landes
auf der CeBIT 2015 sicherstellen
– Drucksache 6/3504 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Minister Dr. Till Backhaus:
Ich bin da, ich bin wieder da.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ja, Herr Backhaus.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich wollte gerade sagen, der Anblick der Regierungsbank ist fast schon symptomatisch zu diesem Thema. Aber Sie sind da, Herr Backhaus. Ich habe Sie nicht gesehen. Ich nehme das zurück.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am 18. November – vor nicht mal einem Monat – hat die Wirtschaft das einseitige Landesmarketing kritisiert. Es geht um die Kampagne „MV tut gut.“ Und die Wirtschaft hat gesagt, sie ist zu einseitig. Man muss sie viel mehr auch auf den Arbeitsstandort Mecklenburg-Vorpommern ausrichten. Man muss viel mehr auf Zukunftsbranchen setzen und man muss auch auf Wissenschaft setzen. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, das tut auch not. Wir müssen unser Land, unser Marketing viel mehr auf Zukunftsbranchen ausrichten, denn wir haben ein Problem, das muss ich Ihnen nicht lange vorstellen: Wir sind vor allem von Branchen abhängig, in denen momentan das Lohnniveau nicht besonders stark ist. Tourismus, Landwirtschaft – das sind zwar starke Branchen in unserem Land und das ist gut, was dort geleistet wird Tag für Tag, aber das Lohnniveau ist nicht besonders gut. Es gibt eine Branche in unserem Land, die IT-Branche, da gibt es momentan 650 Unternehmen. Dort arbeiten 14.500 Spezialisten in unserem Land, und das auf einem sehr guten Niveau.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Förderung der IT-Branche kann zum Beispiel auch gelingen, indem man junge dynamische Unternehmen fördert, indem man ihnen eine Präsentation auf der CeBIT verschafft beziehungsweise sie dabei unterstützt, dass sie sich dort präsentieren können. Allerdings ist die Entwicklung der Präsentation des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf der CeBIT traurig, muss ich ehrlich sagen. Noch im Jahr 2006 gab es 21 Aussteller des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 2014 waren es nur noch 12 Aussteller auf dem Landesstand der CeBIT. Es waren nur noch 70 Quadratmeter Fläche. Und in diesem Jahr drohte das Land überhaupt keine Repräsentation auf der größten Branchenmesse in Hannover zu haben.

Zwischenzeitlich hat man versucht, auch durch das Engagement der Staatskanzlei, das will ich Ihnen nicht verheimlichen, dennoch irgendeine Lösung zurechtzumauern. Es wird jetzt einen norddeutschen Gemeinschaftsstand mit Schleswig-Holstein zusammen geben. Allerdings ist der Anmeldestand eher dramatisch. Es gibt momentan zwei Anmeldungen, ein Unternehmen und eine Hochschule. Vermutlich werden wir auf eine Fläche von 12 bis 20 Quadratmeter kommen. Und um das mal einzuordnen – die Stadt Nowosibirsk wird auf der CeBIT 2015 eine Fläche von 70 Quadratmetern haben.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Richtig.

(Torsten Renz, CDU: War der
Zwischenruf abgesprochen?)

Und ich hoffe, dass das in Zukunft besser wird. Es kann ja nicht sein, dass die Stadt Nowosibirsk besser repräsentiert ist als das ganze Land Mecklenburg-Vorpommern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was sind denn die Ursachen für diese Entwicklung? Ich glaube, es liegt

an der Prioritätensetzung der Landesregierung, was die Unterstützung der Branchen im Land anbelangt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren ...

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Ja, Herr Gundlack, selbst wenn es so wäre,

(Tilo Gundlack, SPD: Es ist so. Nowosibirsk hat 1,5 Millionen Einwohner.)

dann sind wir trotzdem noch unterdurchschnittlich repräsentiert. Und Sie können ja sicherlich nicht leugnen, dass die Anreise von Nowosibirsk sehr viel länger ist als vielleicht von Mecklenburg-Vorpommern nach Hannover.

Meine sehr geehrten Damen und Herren ...

(Torsten Renz, CDU: Nun halten Sie uns mal nicht von der Weihnachtsfeier ab!)

Herr Renz, keine Angst, Sie kommen noch früh genug auf die Weihnachtsfeier. Wir sind sehr gut im Zeitplan.

(allgemeine Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, woran liegt das denn nun? Es könnte zum Beispiel daran liegen, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern einen entsprechenden Landesgemeinschaftsstand nicht entsprechend so fördert

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

wie zum Beispiel den Landesgemeinschaftsstand auf der Grünen Woche. Der Stand auf der Grünen Woche wird durch das Land mit 400.000 Euro jährlich unterstützt. Der Stand auf der CeBIT wird mit 15.000 Euro maximal unterstützt. Und das führt dazu ...

(Dietmar Eifler, CDU: Wie viel Antragsteller sind denn auf der Grünen Woche?)

Herr Eifler, ich will auch noch mal darauf hinweisen, dass wir uns weiterentwickeln müssen und dass wir auf Branchen setzen müssen, in denen die Leute gute Löhne verdienen. Und ich glaube, dass die IT-Branche dazugehört.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das führt dazu, dass ein Unternehmen auf der CeBIT, das auf dem Gemeinschaftsstand des Landes Mecklenburg-Vorpommern stehen will, eine Standgebühr von etwa 4.000 bis 4.500 Euro bezahlen muss. Zum Vergleich: Ein gleiches Unternehmen bezahlt auf dem Stand von Sachsen-Anhalt nur 800 Euro, weil das Land Sachsen-Anhalt den Gemeinschaftsstand sehr viel stärker fördert. In Bayern zahlen gleiche Unternehmen 2.500 Euro, um auf den Gemeinschaftsstand des Landes Bayern zu kommen. Warum? Weil Bayern entsprechend die Mieten, die Standgebühren höher fördert als das Land Mecklenburg-Vorpommern. Also müssen wir uns auch nicht wundern, warum die Tendenz so traurig ist, so abnehmend ist, dass immer weniger Unternehmen sich mit dem Land präsentieren wollen, wenn sie 4.500 Euro auf den Tisch legen müssen.

Auch durch das hier zwischenzeitlich erfolgte starke Engagement der Staatskanzlei, für März 2015 überhaupt eine Repräsentanz für das Land Mecklenburg-Vor-

pommern sicherzustellen, in Form dieses norddeutschen Gemeinschaftsstandes sind wir von diesen hohen Kosten immer noch nicht runter, denn im Kern ist das Grundproblem nicht gelöst. Der Zuschuss ist nicht erhöht worden vom Land und damit bleiben die Kosten etwa bei 3.700 Euro pro Unternehmensstand. Es gibt jetzt Überlegungen, dass man vielleicht zwei Unternehmen auf einen Counter stellt, dann halbieren sich etwa die Kosten. Nichtsdestotrotz sind die Anmeldestände momentan eher traurig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Antrag – ich gebe es gern zu – ist in einem Punkt schon leicht veraltet,

(Marc Reinhardt, CDU: Das ist gut so.)

weil es jetzt wenigstens eine Repräsentanz gibt, eine Präsentationsfläche. Allerdings möchte ich den Antrag ...

(Marc Reinhardt, CDU: Zurückziehen.)

Nicht zurückziehen, auf keinen Fall!

... zum Anlass nehmen, Herr Reinhardt, dass wir uns auf den Weg machen, dass unser Land, gerade was die IT-Branche anbelangt, die ich für eine Zukunftsbranche halte, sich auf den Weg macht und sicherstellt, dass wenigstens auf der CeBIT 2016 eine bessere Präsentation des Landes erfolgt. Und hierzu sollten wir Vorkehrungen zum Beispiel im kommenden Doppelhaushalt treffen, und wir sollten uns auch im Wirtschaftsausschuss beraten, wie wir möglichst viele Unternehmen dazu überreden, sich unter der Dachmarke „Mecklenburg-Vorpommern“ mit „MV tut gut.“ auf dieser wichtigen Messe zu präsentieren.

Deswegen beantrage ich auch, dass der Antrag in den Wirtschaftsausschuss überwiesen wird. Dort können wir beraten, was die besten Wege sind, damit wir zumindest für 2016 sicherstellen können, dass wir hier eine bessere Präsentation hibekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch mal auf eine interessante Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums vom März 2014 hinweisen. Damals hat das Land ja, wie gesagt, noch mit 70 Quadratmetern und zwölf Ausstellern teilgenommen auf der CeBIT 2014. Damals sagte Staatssekretär Rudolph, unser Land brauche mehr wissensbasierte Arbeitsplätze. Das unterschreibe ich. Das ist richtig.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ohne Wenn und Aber.)

Ohne Wenn und Aber.

Und hier steht auch, dass eine starke IT-Branche als Innovationsmotor wirkt und für mehr hoch qualifizierte wissensbasierte Arbeitsplätze sorgt, die wir in unserem Land dringend brauchen. Das sagte Staatssekretär Rudolph und verkündete stolz, dass hier als Land Mecklenburg-Vorpommern mit dem Landesstand von 70 Quadratmetern fünf Unternehmen und sieben universitäre Projekte vertreten sind und das vielfältige Angebot der Unternehmens- und Hochschullandschaft des IT-Landes Mecklenburg-Vorpommern vorstellen.

(Marc Reinhardt, CDU: Ich denke, wir sind Gesundheitsland?)

Also ich glaube, es ist in diesem Raum unumstritten, dass diese Präsentation der CeBIT wichtig ist. Zumindest war es ja im März 2014 noch wichtig. Also darüber brauchen wir uns heute nicht zu unterhalten.

Mich würde freuen, wenn sich dieses Haus darüber Gedanken macht, wie wir sicherstellen können, dass wir bei der CeBIT 2016 wieder angemessen vertreten sind, dass wir unsere IT-Branche im Land mit den über 14.000 angestellten Spezialisten sozusagen voranbringen und dass wir uns Gedanken machen – am besten im Wirtschaftsausschuss –, dass hier die Tendenz umgekehrt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf die Wichtigkeit dieses Antrages brauche ich nicht noch mal hinzuweisen. Allerdings ist klar, ich glaube, für die CeBIT 2015 ist der Zug erst mal abgefahren. Das sehe ich gern ein. Das wird zu knapp, jetzt hier noch mal einen Landesstand sozusagen aus der Taufe zu heben, von Grund auf neu aufzubauen. Da wird die Zeit zu knapp. Und mir geht es vor allem darum, dass wir nach vorn schauen und dass wir schauen, wie wir das 2016 besser hinkriegen. Es kann nicht sein, dass wir 4.500 Euro für die Grüne Woche bereitstellen, aber dass wir nur knapp daran vorbeigeschrammt sind, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern fast überhaupt nicht auf der CeBIT 2015 vertreten ist.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass das jetzt hier eine konstruktive Diskussion wird. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heinz Müller, SPD: Aber worüber?)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz in Vertretung des Ministerpräsidenten. Herr Backhaus, bitte.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja eben schon angedeutet worden, der Ministerpräsident befindet sich auf der Ministerpräsidentenkonferenz und ich darf insofern die Auffassung der Landesregierung vertreten.

Herr Saalfeld, ich glaube, wenn Sie die Grüne Woche angesprochen haben

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das war das Reizwort.)

oder andere wichtige Messen und Ausstellungen, dann muss eins klar sein: Natürlich ist uns vollkommen klar, dass Messen und Ausstellungen für das Land Mecklenburg-Vorpommern eine hohe Bedeutung haben. Und ich glaube, das, was mir aus der Staatskanzlei noch mal mit auf den Weg gegeben worden ist, deckt sich mit einigen Aussagen von Ihnen, die Sie angesprochen haben, denn klar ist auch, dass damit die Unternehmen ihre Dienstleistungen in breitem Maße vorstellen und dem Publikum

präsentieren, wodurch hoffentlich potenzielle Kunden und Geschäftspartner angeworben werden und damit für das Land und die Unternehmen, die dort ausstellen, gewonnen werden. Natürlich zeigt sich auch, dass man dann wahrgenommen wird. So können Kunden, können Geschäftspartner die Leistungsstärke, die Qualität der Unternehmen kennenlernen und man kann sich gegenüber der Konkurrenz positionieren. Gerade für Unternehmen von Mecklenburg-Vorpommern in einem kleinen Binnenmarkt ist dieses besonders wichtig.

Für große Unternehmen bei uns im Land gehören Auftritte und Präsentationen auf Events und Messen zu wichtigen Marketinginstrumenten. Viele kleine und mittelständische Unternehmen und gerade auch viele Start-up-Unternehmen verfügen aber oftmals nicht über die notwendige personelle und finanzielle Ausstattung, um ihr Know-how und ihre hoch innovativen Produkte so zu präsentieren, wie man sich das wünscht. Und genau da kommt jetzt der Bruch. Da helfen wir auch, jedenfalls sehe ich das persönlich so. Da hat die Landesregierung mit der Messeförderung ein wichtiges Instrument entwickelt, um die Teilnahme an Messen zu unterstützen. Das gilt für die einzelbetriebliche Messeförderung, für die in jedem Jahr im Übrigen 650.000 Euro bereitgestellt werden, und es gilt auch und insbesondere für Firmengemeinschaftsstände, die im Jahr mit 170.000 Euro gefördert und unterstützt werden. Damit präsentieren sich Unternehmen aus unserem Land erfolgreich auf nationalen und internationalen Messen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, Sie haben angedeutet mit mehr als 650 Unternehmen und immerhin mit 14.500 Beschäftigten ist die IT-Branche bei uns in Mecklenburg-Vorpommern eine wichtige Zukunftsbranche. Sie steht für innovative Produkte und natürlich auch für Dienstleistung. Diese auf der CeBIT zu präsentieren und einem internationalen Fachpublikum vorzustellen, das liegt natürlich im vitalen Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der IT-Unternehmen auch aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern, denn die CeBIT gilt als weltweit wichtigste Veranstaltung der digitalen Wirtschaft. Rund 4.000 Ausstellerinnen und Aussteller aus mehr als 70 Ländern präsentieren sich jedes Jahr in Hannover.

Seit 2007 ermöglicht die Landesregierung mit der Förderung der IT-Branche des Landes, mit einem Gemeinschaftsstand an der CeBIT beteiligt zu sein, und wir unterstützen das auch. Die Organisation, die Antragstellung obliegt damit im Übrigen auch der IT-Initiative Mecklenburg-Vorpommern, dem Branchenverband der IT-Industrie des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der – auch gefördert durch das Land – federführend für alle interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer handelt und der für diese wichtige Aufgabe auch einen hauptamtlichen Geschäftsführer besitzt.

Aktuell ist ein Gemeinschaftsstand Norddeutschlands geplant. Sie haben darauf hingewiesen. Und entgegen der von Ihnen im Antrag aufgestellten Behauptung, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, sind für einzelne Unternehmen keinesfalls Kosten zwischen 4.000 und 5.000 Euro für eine Beteiligung daran notwendig. Wir werden interessierte Unternehmen natürlich mit Mitteln der einzelbetrieblichen Messeförderung, aber auch für die Firmengemeinschaftsstandpräsentation fördern, wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden. Es geht dann etwa um 3.000 Euro für jedes einzelne Unterneh-

men und es gibt zusätzlich die Möglichkeit, dass sich zwei Unternehmen eine solche Präsenz auf der CeBIT teilen, um Kosten zu sparen.

Ergänzend gibt es im Übrigen ein neues Instrument für junge innovative Start-up-Unternehmen mit klugen und starken Ideen, die aber noch finanzschwach sind, eine weitere Möglichkeit. Für diese Unternehmen bietet das Bundeswirtschaftsministerium eine spezielle Komplettförderung von bis zu 7.500 Euro pro Messe an.

(Egbert Liskow, CDU: Hört, hört!)

Für diese Unternehmen, gerade die kleinen und jungen Unternehmen, bietet das eine sehr attraktive Bedingung. Ich würde mir jedenfalls sehr wünschen, dass der hauptamtliche Koordinator dieses auch in die Branche hinein trägt, um somit möglichst viele Unternehmen zu mobilisieren, an der CeBIT teilzunehmen.

Die Bewilligung von Fördergeldern für Messeauftritte erfolgt in einem geordneten Verwaltungsverfahren. Unterstützungsanträge sind insofern da aus unserer Sicht nicht möglich. Die Bewilligung erfolgt nach objektiven Kriterien und nicht aufgrund von Einflussnahmen. Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, wird deutlich, die CeBIT 2015 wird hoffentlich durch eine Reihe von Unternehmen begleitet. Wir gehen davon aus, dass dieses auch ein Erfolg für die IT-Branche werden wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Eifler von der CDU-Fraktion.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach der Rede von Minister Backhaus kann ich das sehr kurz abhandeln. Ich möchte aber auf zwei, vielleicht auch drei Aspekte eingehen.

Herr Saalfeld, Sie haben bei der Einbringung des Antrages gesagt, zurzeit sind lediglich zwei Interessenten bekannt, die auf der CeBIT ausstellen wollen. Das ist eigentlich traurig, aber es macht deutlich, wie schwierig es für diese kleinen Unternehmen ist, sich dort zu präsentieren,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es kommt drauf an, wie teuer das ist.)

und nicht deshalb, weil es an finanzieller Unterstützung fehlt,

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das hat ja der Minister eben gerade gesagt, sondern weil die Unternehmen selbst personell so strukturiert sind, dass sie das kaum leisten können. Das ist ein gewichtiger Grund und nicht ausschließlich der finanzielle Grund.

Ich möchte hier noch mal auf die Unterstützung eingehen, die bisher geleistet worden ist, und auch einen kleinen Kostenvergleich machen. Mecklenburg-Vorpommern leistete einen angemessenen Beitrag bisher. Die Lan-

desbeteiligung an der CeBIT wurde in den vergangenen Jahren nicht wie ursprünglich veranschlagt mit 10.000, sondern sogar jeweils mit 15.000 bis 17.000 Euro unterstützt. Welche Kostenbeteiligung daraus resultiert für die Unternehmen, habe ich in einem kleinen Ländervergleich zusammengestellt für das Jahr 2014. In Sachsen-Anhalt lag die Beteiligung bei 2.300 Euro, in Bayern lag sie zwischen 3.200 und 4.700 Euro

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Die Landesbeteiligung.)

und in Mecklenburg-Vorpommern lag die Beteiligung für die Unternehmen zwischen 2.500 und 3.900 Euro, also im Ländervergleich vergleichbare Beteiligung der Unternehmen selbst.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also das, was Sie in der Begründung aufgeschrieben haben, dass in anderen Bundesländern die Beteiligung der Aussteller wesentlich geringer wäre, anders gefördert werde, ist schon erst mal nicht richtig. Richtig ist diese Anmerkung, die Sie auch gebracht haben: Als es im Wirtschaftsministerium angesiedelt war, haben sie bessere Ergebnisse erzielt. Das ist wahr. Es gab einen Ressortzuschnitt in der 6. Legislaturperiode, nämlich dass dieses Thema „Messen und Außenwirtschaft“ in der Staatskanzlei angesiedelt ist. Aber allein die Zahlen der Unterstützung der Beteiligung der Unternehmen im Ländervergleich lassen Ihrer Vermutung keinen freien Lauf, dass es da eine qualitative Veränderung gegeben hat.

Viel wichtiger ist, dafür zu sorgen, dass Unternehmen in die Lage versetzt werden, sich auf Messen zu präsentieren. Und da greife ich auch noch mal das Angebot von Minister Backhaus auf, der gesagt hat, es wird nicht daran scheitern, dass seitens der Landesregierung keine entsprechende finanzielle Unterstützung gewährleistet wird. Die Überweisung in den Wirtschaftsausschuss halte ich nicht für erforderlich, eher in den Finanzausschuss. Aber sei es, wie es sei, die CDU-Fraktion wird Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Danke, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nun ist Herr Suhr gegangen. Ich wollte meinen Kollegen fragen, ob es denn Veränderungen innerhalb der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegeben hat. Ich habe nämlich Herrn Saalfeld noch nie im Wirtschaftsausschuss wahrgenommen, weil er ja hier auch im Namen eines Wirtschaftsausschussmitgliedes gesprochen hat.

Und, Herr Saalfeld, ich möchte Sie fragen: Wissen Sie eigentlich, was Sie tun?

(Heinz Müller, SPD: Das war
eine rhetorische Frage, oder?! –
Jochen Schulte, SPD: Nee. –

Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Nein, das meine ich jetzt wirklich. Das meine ich nicht nur rhetorisch, ich meine es ernst. Sie stellen einen Antrag „Gemeinschaftsstand des Landes auf der CeBIT 2015 sicherstellen“, erklären hier in der Einbringung, der Antrag hat sich eigentlich erledigt und wir müssen ja noch nicht über 2016 sprechen. So war Ihre Begründung.

(Dietmar Eifler, CDU: Genau.)

Und alle, die vor mir geredet haben, ob der Minister oder Herr Eifler eben, haben vom Grunde her meine Argumentationslinie vorgetragen. Das hat im Prinzip dazu geführt, dass der Minister uns namens der Landesregierung noch mal das ganze Prozedere der Messeförderung vorgestellt hat. Das ist hinreichend bekannt

(Jochen Schulte: SPD: Zumindest bei den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses!)

und das gehört meines Erachtens auch nicht in dieses Plenum.

Nein, ich will das wirklich mal so sagen, weil ich mich frage: Womit verbringen wir hier unsere Zeit?

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU und
Simone Oldenburg, DIE LINKE –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Und deswegen, Herr Kollege Saalfeld, die Frage, die Sie hier aufwerfen, ist eine typische Ausschussfrage. Man hätte das in der Selbstbefassung des Wirtschaftsausschusses – Herr Eifler, oder von mir aus im Finanzausschuss, das ist jetzt egal – machen können und aufklären können, wie es denn mit einem Gemeinschaftsstand 2015 aussieht, wie es dazu gekommen ist, dass nur zwei Unternehmen 2015 auf der CeBIT auf dem Norddeutschen Gemeinschaftsstand ausstellen. Wir können jetzt über die Bedeutung der IT-Branche für die Zukunft sprechen, können etwas über die Rolle und Bedeutung von Messen sagen. Wenn Sie einen Antrag gestellt hätten, zum Beispiel zu evaluieren, ob denn die Zuordnung der Messen und der Auslandstätigkeit der Landesregierung in der Staatskanzlei sich bewährt hat oder es richtiger gewesen wäre, es im Wirtschaftsministerium zu lassen, dann, würde ich sagen, würden wir hier eine ganz andere Debatte führen. Das gehört hier ins Plenum.

(Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie können das alles machen.)

Und deswegen ...

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Den Antrag überlassen wir Ihnen für
die nächste Landtagssitzung.)

Wie bitte?

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Den Antrag überlassen wir Ihnen für
die nächste Landtagssitzung.)

Das können wir gerne mal tun. Das habe ich übrigens im Rahmen der Haushaltsberatung schon mal angesprochen, Frau Berger. Das ist vielleicht zu Ihnen nicht vordrungen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
der CDU – Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also ich bin der Überzeugung ...

Es muss auch erlaubt sein, sich mit einem Antrag einer demokratischen Oppositionsfraktion mal auseinanderzusetzen,

(Michael Andrejewski, NPD:
Auch wenn sie früher SED hieß. –
Gelächter bei Udo Pastörs, NPD:
Michael, nicht so vorlaut!)

weil es ist in der Tat so, dass die Branche Zukunft hat und dass es für junge Start-up-Unternehmen schwierig ist, sich auf Messen zu präsentieren, angesichts der Zahlen, die hier genannt wurden, 4.500 bis 5.000 Euro Standgebühr, und den weiteren Kosten, die damit zusammenstehen.

Und ich will natürlich auch fragen, ob es angebracht ist, einen norddeutschen Gemeinschaftsstand zu machen. Wohl weniger, weil bei der ITB präsentiert sich Mecklenburg-Vorpommern mit einem eigenen Stand genauso wie bei der Grünen Woche. Das ist ja hier auch schon mal gesagt worden. Und deswegen ist es meines Erachtens vollkommen richtig, dass wir für 2016 in der Vorbereitung darüber reden, wie Mecklenburg-Vorpommern sich mit einem Gemeinschaftsstand präsentiert. Das kann nicht an der Messeförderung liegen, die ist vorhanden, sondern es liegt daran, ob Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern bereit sind, auf die Messe zu gehen, und welche Unterstützung sie durch das Land Mecklenburg-Vorpommern benötigen, um diesen Gemeinschaftsstand dann auch mit dem Land gemeinsam tatsächlich ausfüllen zu können oder darstellen zu können.

Deswegen wird DIE LINKE Ihren Antrag ablehnen. Wir wollen wie Sie die Überweisung in den Ausschuss, um Detailfragen im Ausschuss zu diskutieren. Das haben Sie ja bereits beantragt. Wenn die Überweisung und der Antrag insgesamt abgelehnt werden, werden wir im Wirtschaftsausschuss, Herr Eifler, das kann ich schon ankündigen, uns 2015, und zwar nach der CeBIT, dann damit befassen wollen, welches Ergebnis die CeBIT 2015 gebracht hat und wie die CeBIT 2016 aus Sicht der Landesregierung vorbereitet wird. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dietmar Eifler, CDU: Das können
wir gerne machen.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Und das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der SPD-Fraktion.

(Burkhard Lenz, CDU:
Wetten, dass Sie kürzer können?!)

Jochen Schulte, SPD: Wenn Sie Ihre Wetten abgeschlossen haben, würde ich anfangen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kollege Holter, wir können das gerne so machen, wir können uns im Wirtschaftsausschuss damit beschäftigen, das ist überhaupt kein Thema.

Und dann komme ich auf den Antrag der Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurück. Also wollen wir jetzt mal das außen vor lassen, was Sie eben schon gesagt haben, dass sich 2015 nach den Worten des Antragstellers selber schon erledigt hat. Wir können dann ja tatsächlich auf 2016 reflektieren, aber dann sollten wir uns wirklich mal einiges fragen, auch im Wirtschaftsausschuss. Es ist immer sehr einfach, mit dem Finger auf die Landesregierung in diesem Zusammenhang zu zeigen. Aber ich will es mal ganz deutlich machen: Ein Messeauftritt ist erst einmal die Entscheidung des Unternehmens.

(Burkhard Lenz, CDU: Richtig.)

Das Unternehmen, da rede ich überhaupt nicht über die Kostenfrage, das Unternehmen muss erst einmal für sich die Entscheidung treffen, ja, ich gehe auf eine Messe – völlig egal, ob es die CeBIT ist oder irgendeine Messe –, weil es für mich einen unternehmerischen Mehrwert hat. Und mit der Frage des unternehmerischen Mehrwerts, mit dieser Frage steht natürlich dann auch die Kostenfrage im Zusammenhang. Ich möchte jetzt nicht noch mal alles wiederholen, was Herr Minister Backhaus für den Ministerpräsidenten hier dargelegt hat, was es für eine Art und Weise der Fördermöglichkeiten für Messeauftritte, egal ob es Start-ups sind oder KMU, in diesem Land alles gibt. Da gebe ich Herrn Kollegen Holter auch recht, das sind Themen, die im Wirtschaftsausschuss schon rauf und runter besprochen worden sind, das ist keine Sache, die man hier noch mal im Plenarsaal wiederholen muss. Aber es gibt eine vom Grundsatz her für die Unternehmen in diesem Lande zumindest hinreichende Förderung für Messeauftritte.

Der zweite Punkt ist, und da komme ich auf die CeBIT 2014 zurück, die CeBIT 2014 ist organisiert worden von der Rostocker Wirtschaftsförderungsgesellschaft Rostock Business gemeinsam mit der IT-Initiative. Und dann sollten wir vielleicht auch mal die Herren oder Damen, ich weiß nicht, wer dafür zuständig war bei Rostock Business, dazu laden und uns von denen einmal erklären lassen, woran es denn gelegen hat, dass nur eine begrenzte Anzahl von Unternehmen tatsächlich Interesse daran hatte, überhaupt auf der CeBIT selber auszustellen. Das muss nämlich nicht zwangsläufig finanzielle Gründe gehabt haben. Nach allem, was ich gehört habe, ich will es mal mit aller Vorsicht sagen, hat es auch durchaus Probleme gegeben bei den Unternehmen, die gesagt haben, wollen wir nicht oder wir haben andere Interessen.

Aber das, Herr Kollege Holter, können wir uns gerne im Wirtschaftsausschuss darlegen lassen. Nur den Umstand, Herr Kollege Saalfeld, dass seit ein paar Jahren die Anzahl der Unternehmen, die aus diesem Land aus dem Bereich IT-Branche auf der CeBIT ausstellen, zurückgeht, jetzt gleich dazu als Argument zu nehmen, dass die Förderung nicht ausreichend ist, ohne sich im Grunde darüber Gedanken zu machen, was denn die ganze Palette an Argumenten oder an Gründen dafür sein kann, das ist allerdings tatsächlich sehr kurz ge-

sprochen und das dient weder dem Unternehmen, noch dient es der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir werden den Antrag hier ablehnen. Wir sind gerne bereit, dieses Thema in Ruhe im Wirtschaftsausschuss zu diskutieren, aber das machen wir dann im Rahmen der Selbstbefassung. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: So, und jetzt hat das Wort noch mal Herr Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Egbert Liskow, CDU: Ziehen Sie zurück!)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Also zunächst zu Herrn Holter: Ich glaube, es macht wenig Sinn, die Fraktion zu fragen, wer nun zu welchem Thema spricht. Da könnte man sicherlich die Hälfte der gesamten Aussprache damit schon mal totschiessen. Ich habe Sie gestern auch nicht zur Aktuellen Stunde gefragt, warum Sie nicht sprechen, Herr Holter. Sie sprechen sonst auch zu jeder Aktuellen Stunde.

(Manfred Dachner, SPD: Aber Sie hätten können.)

Sie hätten sicherlich als Bauminister von 1998 bis 2006 auch viel zur JVA Waldeck sagen können, ich habe es nicht gefragt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, weder noch.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist relativ leidlich, dann zu sagen, ja, aber der Antrag wäre doch besser gewesen im Ausschuss, wenn man ihn selbst dort nicht eingebracht hat, Herr Holter. Die GRÜNEN haben es gemacht, die GRÜNEN haben das zum Thema gemacht.

(Manfred Dachner, SPD: Ja.)

Und ich sage Ihnen – da kennen Sie vielleicht die Hintergrundgeschichte nicht –, ohne diesen Antrag,

(Zurufe von Manfred Dachner, SPD, und Helmut Holter, DIE LINKE)

ohne diesen Antrag hätte es auch keinen norddeutschen Gemeinschaftsstand gegeben, denn es lief ja sozusagen alles auf die Wand zu. Und man hat sich an mich gewandt und hat gesagt, also wenn wir jetzt hier nicht aus dem Knick kommen, dann wird das Land wahrscheinlich ohne Repräsentanz, ohne eigenen Stand auf der CeBIT 2015 stehen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Dann haben wir uns an die Staatskanzlei gewandt, dann haben wir einen Antrag gestellt. Und auf einmal, als wir den Antrag gestellt hatten und klar war,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

dass eigentlich Herr Sellering dazu sprechen muss, weil sich der Wirtschaftsminister nicht vors Loch schieben lässt,

(Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Dr. Norbert Nieszery, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

weil er ja mal ursprünglich verantwortlich war,

(Glocke der Vizepräsidentin)

allerdings die Verantwortlichkeit in die Staatskanzlei gewandert ist, da war klar, es bewegt sich was. Und es bewegte sich auch was.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Auf einmal ging ein norddeutscher Gemeinschaftsstand mit Schleswig-Holstein. Da kann ich mir auch vorstellen, wer da wen angerufen hat. Wahrscheinlich ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Meine sehr geehrten Herren! Herr Saalfeld, bitte einen kleinen Moment.

Meine Herren, es ist noch Redezeit da.

(Egbert Liskow, CDU: Ja?)

Ansonsten bitte ich, Herrn Saalfeld reden zu lassen. Sie können jetzt bitte fortfahren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Dann soll er auch was sagen.)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Ich kann mir auch vorstellen, wer da wen angerufen hat, vielleicht die Staatskanzlei Herrn Meyer. Er ist ja auch ehemals Chef der Staatskanzlei gewesen.

(Dietmar Eifler, CDU:
Sie sind doch ein Träumer.)

So kommt es dann zu einem Gemeinschaftsstand. Und wir müssen uns ernsthaft überlegen,

(Dietmar Eifler, CDU: Sie sind ein Träumer.)

wir müssen uns ernsthaft überlegen: Warum ist die Tendenz abnehmend?

(Stefan Köster, NPD: Weil Sie
den Antrag gestellt haben.)

Und, Herr Schulte, wenn Sie sagen, ja, die Unternehmen, die wollen gar nicht, die machen Probleme oder keine Ahnung, was, dann müssen wir uns fragen: Warum wollten sie denn früher?

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Dann müssen Sie sie mal fragen.)

Es ist ja nun nicht so, dass es ein systematisches Problem gibt,

(Andreas Butzki, SPD:
Das hat er gar nicht gesagt.)

sondern die Unternehmen wollten 2006 noch in Massen für Mecklenburg-Vorpommern auf die CeBIT und heute nicht mehr.

(Jochen Schulte, SPD: Herr Saalfeld,
hören Sie eigentlich auch mal zu? –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Da müssen wir uns fragen: Warum ist das so?

(Jochen Schulte, SPD:
Dann lesen Sie sich das Protokoll
durch! Das wurde gar nicht gesagt.)

Sie haben ja selbst gesagt, da gibt es Diskussionsbedarf.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Und da frage ich mich: Warum kann ein Antrag der Opposition hierzu nicht in den Ausschuss überwiesen werden?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde, es gibt einigen Änderungsbedarf an der Geschäftsordnung des Landtages. Zum Beispiel wünschte ich mir, dass bestimmte Anträge auch vordiskutiert werden können in den Ausschüssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist doch kein Wunschkonzert.)

Das ist aber leider hier nicht vorgesehen. Wir kennen das aus den Kommunalparlamenten, dort funktioniert das sehr gut. Man stellt einen Antrag, man überweist ihn vorher, bevor er in das große Plenum kommt, in die Ausschüsse. Dann kann man sich darüber verständigen und dann kommt er vielleicht besser heraus.

(Dietmar Eifler, CDU: Ja, reden wir
jetzt über die Kommunalverfassung,
oder worüber reden wir jetzt?)

Aber das ist von der Geschäftsordnung her leider hier nicht vorgesehen. Also müssen wir den Weg gehen: erst in den Landtag, dann in den Ausschuss.

(Jochen Schulte, SPD: Sie wissen, dass Sie
jederzeit im Ausschuss mit der Selbstbefassung
jedes Thema auf die Tagesordnung setzen
können. Da brauchen Sie auch gar nicht
die Zustimmung der anderen Fraktionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den Ländervergleich von Herrn Eifler habe ich nicht ganz verstanden. Das müssen Sie mir vielleicht irgendwann noch einmal genauer erklären. Aber Sie haben ja auch nicht von den Kosten für die Unternehmen gesprochen, sondern Sie haben explizit von den Landeszuschüssen gesprochen.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Dementsprechend weichen natürlich die Zahlen in gewisser Weise von den Zahlen ab, die ich genannt habe.

(Dietmar Eifler, CDU: Dann müssen Sie richtig zuhören.)

Aber für mich ist wichtig, was unterm Strich für das Unternehmen herauskommt.

(Dietmar Eifler, CDU: Zuhören, Herr Saalfeld!)

Und da, muss man dann schon sagen, da machen andere Bundesländer offensichtlich mehr als Mecklenburg-Vorpommern.

Dass es nun kein finanzieller Grund sei, Herr Eifler, sondern ein personeller Grund, also das, glaube ich, wird Ihnen die IT-Branche nicht bestätigen. Fragen Sie sie, führen Sie die Gespräche! Ich glaube allerdings, wir sollten dieses Thema nicht dazu nutzen, um sozusagen uns gegenseitig hier zu zerreiben,

(Egbert Liskow, CDU:
Die werden alle zu Ihnen kommen. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

sondern es geht ja darum, und da habe ich auch Einigkeit hier im Plenarsaal erkannt, da habe ich Einigkeit hier im Plenarsaal erkannt, wir müssen für 2016 einen besseren Weg finden, wir müssen eine bessere Lösung finden. Und ich weiß auch nicht, warum es dann nicht über unseren Antrag laufen soll, weil im Kern, und dass will ich hier auch noch mal unterstreichen, Herr Holter, im Kern bleibt der Antrag aktuell, nämlich in seinem Punkt 2: Der Zuschuss des Landes muss für die Messförderung steigen. Das ist der Kern, der auch in den Ausschüssen, meinerwegen auch im Finanzausschuss, diskutiert werden könnte.

Und der erste Punkt, das meinte ich vorhin in meiner Einbringung, der hat sich natürlich in gewisser Weise, ja, ich sage mal, durch Erfolg obsolet gemacht, denn da stand drin, wir bedauern, dass es möglicherweise keinen Stand des Landes Mecklenburg-Vorpommern geben wird.

(Andreas Butzki, SPD: Das haben wir jetzt schon dreimal gehört.)

Dann haben wir Aktivitäten der Staatskanzlei, dankenswerte Aktivitäten der Staatskanzlei registriert. Damit hat sich der Punkt ein bisschen überlebt, aber er ist nicht der zentrale Punkt des Antrages. Der zentrale Punkt des Antrages ist: Das Land solle doch bitte seine Förderung erhöhen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und ich glaube, das ist auch der Kern des Problems, dass es immer weniger Unternehmen gibt, die es sich leisten können, auf dem Gemeinschaftsstand des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu stehen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Sie hören ja gar nicht zu!)

Ich habe von Unternehmen gehört, sie haben keine Probleme, auf die CeBIT zu kommen, aber die stehen eben dann beim Bundeswirtschaftsministerium,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Haben Sie jetzt zugehört, was die anderen gesagt haben?)

die stehen dann bei irgendwelchen Initiativen, aber die stehen nicht unter dem Dach des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Und das finde ich schade, das finde ich einfach schade.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, um das noch einmal zusammenzubinden: Wir müssen uns jetzt hier nicht darüber unterhalten, wer welchen Antrag wo besser hätte eingebracht haben können.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich sage, die GRÜNEN haben es wenigstens überhaupt gemacht,

(Andreas Butzki, SPD: Ja,
die GRÜNEN sind die Helden.)

und deswegen bitte ich, dass wir das gerne noch mal im Wirtschaftsausschuss, gerne auch im Finanzausschuss – ich ergänze also meinen Überweisungsantrag auch auf den Finanzausschuss – weiter beraten

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

und dass wir hier am gemeinsamen Ziel weiterarbeiten können, dass für 2016 eine bessere Repräsentation einer Zukunftsbranche gelingt, in der auch vernünftige Löhne gezahlt werden.

(Andreas Butzki, SPD:
Wie viel Redezeit hat er?)

Ja, das ärgert Sie, ne, Herr Butzki?

(Heiterkeit bei Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Andreas Butzki, SPD: Ja.)

Aber es ist leider so, dass in der Demokratie auch die Opposition Redezeit im Parlament hat.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Andreas Butzki, SPD: Ja, na klar. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Gott sei Dank, sonst würden ja hier
Wahnsinnsredebeiträge nicht stattfinden.)

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube nicht – das wollte ich übrigens noch ergänzen, Herr Eifler –, dass es die IT-Initiative, der Branchenverband verpasst hat, das Angebot eines Landesstandes und von Countern auf den Landesstand in die Branche hineinzutragen. Es kam bloß eben immer wieder zurück: Es ist uns zu teuer. Und wir haben andere Möglichkeiten, unter anderen Dächern auf die CeBIT zu kommen, zum Beispiel über das Wirtschaftsministerium, das Bundeswirtschaftsministerium, über die dortige Start-up-Initiative.

(Dietmar Eifler, CDU: Da gibt es auch ganz andere Fördermöglichkeiten.)

Da gibt es noch ganz andere Initiativen.

(Dietmar Eifler, CDU: Andere Fördermöglichkeiten auch.)

Ich fände es schade, wenn das Land Mecklenburg-Vorpommern mit 12 Quadratmetern dann vertreten ist, Novosibirsk, zwei Gänge weiter wie gesagt, mit über 50 Quadratmetern

(Dietmar Eifler, CDU: Das liegt aber nicht an der Finanzausstattung unseres Landes.)

und die ganzen mecklenburgischen und vorpommerschen IT-Unternehmen ja doch da sind auf der CeBIT,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

aber dann überall woanders stehen und nicht mehr unter der Dachmarke.

(Dietmar Eifler, CDU: Das liegt doch nicht am fehlenden Geld.)

Und das ist doch der Kern von Landesmarketing.

(Dietmar Eifler, CDU: Nein.)

Das ist doch der Kern zu sagen, das ist das Land Mecklenburg-Vorpommern, das sind unsere leistungsfähigen Unternehmen und wir sind stolz darauf, dass sie hier mit uns an einem Stand auf der CeBIT 2015 stehen.

(Dietmar Eifler, CDU: Das ist unglaublich, denn man kann Sie in dem Punkt nicht ernst nehmen. – Glocke der Vizepräsidentin)

Der Zug ist in der Tat abgefahren. Und wie gesagt, lassen Sie uns schauen, dass wir das 2016 hinbekommen!

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber hören wir doch auf, uns hier gegenseitig in die Tasche zu lügen: Der Antrag ist am falschen Ort gestellt. Warum spricht Herr Saalfeld und nicht Herr Suhr? Das sind doch alles so nebensächliche Punkte und Kampfschauplätze. Wir sind alle erwachsen,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Helmut Holter, DIE LINKE: Das hat keiner aufgeworfen, Herr Saalfeld. Sie hören einfach nicht zu. – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Glocke der Vizepräsidentin)

wir sind alle erwachsen und ich bitte Sie darum, dass wir dann mit solcher Besserwisserei einfach hinter dem Berg halten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich frage mich wirklich, ob die Eierschale da schon weg ist. – Heiterkeit bei Stefanie Drese, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Antrag war bereits ein Erfolg, weil es immerhin dadurch einen gemeinschaftlichen Stand mit Norddeutschland, also diesen Gemeinschaftsstand von Norddeutschland gibt, gemeinsam mit Schleswig-Holstein. Das finde ich von der NPD einfach peinlich, Sie haben heute überhaupt noch nicht geredet zu dem Antrag.

(Jochen Schulte, SPD: Und da glauben Sie jetzt allen Ernstes, das beeinflusst das Ergebnis Ihres Antrages?!)

Halten Sie einfach mal den Mund, wenn Sie sich noch nicht einmal trauen, hier vorne zu so einem wirtschaftspolitischen Thema zu sprechen.

(allgemeine Unruhe – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Also an Lächerlichkeit sind Sie wirklich nicht mehr zu überbieten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Saalfeld.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Besser ist das.)

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor und ich würde gerne die Aussprache schließen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gott sei Dank, das reicht ja auch.)

und abstimmen lassen.

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Macht nur weiter so, dann kriegt ihr noch einen Ordnungsruf!)

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3504 zur Beratung federführend an den Wirtschaftsausschuss und an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Überweisungsvorschlag abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der SPD, der CDU und der Fraktion der NPD und bei Stimmenthaltungen ...

(allgemeine Unruhe)

Wir sind in der Abstimmung und ich bitte um die notwendige Ruhe.

So, und jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3504. Wer dem zustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der ...

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Frau Berger.)

Das war Frau Berger, na ja, da saß noch einer.

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

So, ich will das Stimmergebnis bekanntgeben. Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3504 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Andreas Butzki, SPD: Außer Frau Berger.)

und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU, Fraktion DIE LINKE und Fraktion der NPD und bei keinen Stimmenthaltungen.

(allgemeine Unruhe –

Andreas Butzki, SPD: Außer Frau Berger. –
Heinz Müller, SPD: Eine Gegenstimme
aus der Fraktion der GRÜNEN. –
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: So ein Quatsch.)

Ich glaube, das Ergebnis, das ich eben bekannt...

(allgemeine Unruhe)

Wie bitte? Dann wiederholen wir die Abstimmung. Ich habe das nicht gesehen.

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Heinz Müller, SPD: Stimmen wir jetzt
hier ab, oder was soll denn das?)

Ich habe es nicht gesehen.

(allgemeine Unruhe –

Minister Dr. Till Backhaus: Was ist denn hier los? –
Heinz Müller, SPD: Sie haben es nicht
gesehen, das ist das Problem.)

Ich bitte jetzt um die notwendige Ruhe, meine Herren.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

So, ich wiederhole die Abstimmung und ich kann auch gerne unterbrechen, wenn es mit der Unruhe so weitergeht.

(Heinz Müller, SPD: Sie müssen aber das
Ergebnis wiedergeben, was hier passiert ist. –
Egbert Liskow, CDU: Na, das geht doch nicht.
Es kann doch nicht so lange gehen, bis
wir zum anderen Ergebnis kommen. –
Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heinz Müller, SPD: Was ich sehe,
entscheide ich selber, nicht Sie, Frau Berger!)

Es gibt eine Unterbrechung von zwei Minuten auf Antrag der NPD.

Unterbrechung: 16.58 Uhr

Wiederbeginn: 16.59 Uhr

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich eröffne noch mal und verweise auf den Paragraphen 90 Absatz 6. Es ist von einer Fraktion angezweifelt worden. Ich möchte die Abstimmung jetzt wiederholen, damit es korrekt ist.

Ich rufe noch mal den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3504 auf. Wer dem

zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3504 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU, der Fraktion DIE LINKE und Fraktion der NPD, bei keinen Stimmenthaltungen.

(allgemeine Unruhe)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Das ist die Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Mobile Sondereinheiten zur Aufklärung der Ausländerkriminalität, Drucksache 6/3506.

**Antrag der Fraktion der NPD
Mobile Sondereinheiten zur
Aufklärung der Ausländerkriminalität
– Drucksache 6/3506 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Müller.

Ich bitte um entsprechende Ruhe.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein wesentliches Merkmal unterscheidet die NPD-Fraktion von den restlichen Fraktionen in diesem Haus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, Gott sei Dank! Der Scheitel.)

Unsere Politik besteht nicht aus Hinhaltung, Manipulation, falschen Versprechungen und Lügen.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Wir sind angetreten, um die Probleme in unserem Land beim Namen zu nennen und, was noch viel wichtiger ist, nachhaltige Lösungen aufzuzeigen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist eine glatte Lüge.)

Warum genau das in unserer Heimat so enorm wichtig ist, kann der interessierte Bürger tagtäglich zwar nicht den manipulierten Medien entnehmen, dafür aber auf offener Straße hautnah erleben.

(allgemeine Unruhe)

Am frühen Morgen des 11. Oktobers wurde in der Felix-Hausdorff-Straße in Greifswald unter Anwendung von brutaler Gewalt eine Frau auf offener Straße vergewaltigt. Anstatt die Öffentlichkeit frühzeitig über das schwere Verbrechen aufzuklären und vor dem frei herumlaufenden Täter zu warnen, hüllte sich die zuständige Polizeiinspektion Anklam in Schweigen. Erst auf Nachfrage gaben die Behörden zu, den Vergewaltiger zwei Tage nach der Tat gefasst zu haben. Der genaue Tatort und nähere Angaben zum Täter wurden weiterhin verschwiegen.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Aufgrund dieser Unzulänglichkeiten forderte ich mit einer Anfrage die Landesregierung zur Stellungnahme über den Sachverhalt auf. Und siehe da, wieder einmal bestä-

tigte sich, was ich eingangs erwähnte: Lüge und Manipulation sind in diesem Land allgegenwärtig. Man schweigt, weil der Täter kein Deutscher war. Der brutale Vergewaltiger stammt aus Afrika, Eritrea.

Nun wissen wir, dass diese schreckliche Tat viele Abgeordnete hier in diesem Haus kaltlässt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das stimmt doch gar nicht. – Zuruf von Martina Tegtmeyer, SPD)

Um es mit den Worten von Frau Borchardt zu sagen: Na und?!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat Frau Borchardt mit Sicherheit nie gesagt. – Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Ihnen traue ich sogar den abartigen Wunsch zu, Herr Nieszery, dass der Täter ein Weißer gewesen wäre und das Opfer eine Schwarze.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was reden Sie denn da für einen Schwachsinn?)

Jeder weiß, diese Tat hätte Eingang in die Schulbücher gefunden. Jahrzehnte hätte dieses Verbrechen hier in diesem Hause sein Echo gefunden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ein Quatsch. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Uns als NPD geht es nicht darum, welche Nationalität Täter oder Opfer haben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, seit wann das denn?! – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

eine Vergewaltigung ist und bleibt ein abscheuliches Verbrechen, egal ob der Täter schwarz oder weiß ist. Für uns gibt es keine Opfer zweiter Klasse,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Für uns auch nicht, Herr Müller.)

und genau hier liegt unsere Kritik begründet.

(Zuruf von Martina Tegtmeyer, SPD)

Das ungeheuerliche Vorgehen vonseiten der Behörden und Medien, die bis heute nicht über die wahren Fakten der Tat öffentlich berichteten, beweist eines eindeutig: Es geht Ihnen nicht um Opferschutz und darum, uns als Bürger zu informieren. Ihnen geht es darum, die von den etablierten Parteien erdichtete Lüge der Bereicherung durch Zuwanderung am Leben zu erhalten, und das um jeden Preis.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was hat das damit zu tun? Was hat das damit zu tun?)

Wir halten also fest, nicht wir, sondern die vom Hass zerfressenen Gutmenschen, so, wie Sie hier sitzen, Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gucken Sie mal in den Spiegel!)

erschaffen regelmäßig

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gucken Sie mal in den Spiegel!)

Opfer zweiter Klasse.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gucken Sie mal in den Spiegel!)

Für Sie ist ein deutsches Opfer einen Dreck wert.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, oh, oh!)

Nur wenn ein Ausländer am Boden liegt, lässt sich daraus politisches Kapital schlagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Das ist menschenverachtend.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Einzige, der hier Menschen verachtet, sind Sie, Herr Müller!)

Ich habe diese Einleitung ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Müller, einen Moment bitte! Ich fordere Sie auf, solche Unterstellungen hier zu unterlassen, vor allen Dingen in dieser Pauschalität werden Sie die nie beweisen können. Von daher erwarte ich, dass Sie sich zukünftig den Gepflogenheiten des Landtages anpassen und von solchen ehrverletzenden Unterstellungen absehen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Davon lebt das doch.)

ansonsten muss ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilen. Bitte fahren Sie fort.

Tino Müller, NPD: Ich habe diese Einleitung gewählt, um zu verdeutlichen, warum wir heute mit unserem Antrag fordern, eine mobile Sondereinheit zur Aufklärung der Ausländerkriminalität in Mecklenburg und Vorpommern einzurichten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie soll sie denn heißen? SA?)

Uns geht es darum, angemessen und organisiert auf die eingetretene Kriminalitätsverschiebung zu reagieren. Und hier gibt es jede Menge Nachholbedarf.

Aufgrund der katastrophalen Sicherheitspolitik von SPD und CDU findet auf einzelnen Kriminalitätsfeldern eine besorgniserregende Entwicklung statt. Da helfen auch keine statistischen Tricks des Innenministers.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Die Überlastung der Polizeibeamten im Land hat signifikant zugenommen. Dazu haben wir Nationalen in den vergangenen Jahren hier in diesem Hause zur Genüge vorgetragen und uns stets auf die Seite der Polizei gestellt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja klar.)

Zwei bedeutende Kriminalitätsfelder haben sich herauskristallisiert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, insbesondere bei den Demos, ja klar.)

Das ist zum einen die Grenzkriminalität und zum anderen das Umfeld von Asylunterkünften, zusammengefasst: die Ausländerkriminalität.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Auch zur Grenzkriminalität haben wir wiederholt in den vergangenen Jahren hier in diesem Hause ausgeführt. Mehrfach haben wir die Wiedereinführung von stationären Grenzkontrollen gefordert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Klar.)

Wir haben beantragt, die Polizei personell und materiell besser auszustatten. Alle Anträge hatten ein Ziel: die Durchsetzung von Recht und Ordnung im Land. Dieses Ziel erreicht man eben nicht, indem man wie Herr Dahlemann ein Polizeirevier besucht,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

den Beamten vor Ort speichelleckend das Blaue vom Himmel verspricht und hier im Landtag als Partei, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Müller!

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Herr Müller, auch diese Äußerungen sind ehrverletzend. Ihre Bewertungen, wenn Sie sie denn abgeben wollen, müssen Sie bitte so formulieren, dass sie auch unseren Geschäftsordnungsgepflogenheiten entsprechen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Tino Müller, NPD: ... der hier im Landtag als Partei genau das Gegenteil vertritt, nämlich den weiteren gezielten Stellenabbau bei der Landespolizei.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das ist das Ziel der SPD. Vom Profilneurotiker zum SPD-Pinocchio.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Einer von vielen ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Einen Moment, Herr Müller!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Finden Sie das gut?)

Ich glaube, ich habe Ihnen genügend Hinweise dazu gegeben, wie Sie sich hier auszudrücken haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Finden Sie das gut, ja?)

Jetzt ist der Punkt erreicht, dass ich Ihnen einen Ordnungsruf erteile.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist genau das Niveau, was er braucht, ne, Herr Müller?!)

Jetzt können Sie fortfahren.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Tino Müller, NPD: Auch die CDU hat oft genug bewiesen, wie es nicht funktioniert. Gerne stellt sich Herr Caffier mediengeil

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

vor seine Polizisten und betont,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach ja! Mein Gott, begreifen Sie es mal, Herr Müller!)

dass diese richtig ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Müller! Ich glaube, ich hatte Ihnen einen Hinweis gegeben, sich hier angemessen auszudrücken.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Sie wollen mir doch bitte nicht erklären, dass das, was Sie eben gesagt haben, angemessen ist?!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist für ihn angemessen. Der kann nicht anders.)

Ich habe Sie jetzt oft genug ermahnt. Ich erteile Ihnen einen zweiten Ordnungsruf und mache Sie darauf aufmerksam, dass ein dritter Ordnungsruf die Wortentziehung für diese Sitzung zur Folge hat. Jetzt können Sie fortfahren, und versuchen Sie sich bitte an meine Anmerkungen zu halten.

Tino Müller, NPD: Er stellt sich vor seine Polizisten und betont, dass diese richtig gehandelt haben, wenn es mal wieder Kritik vonseiten der linken und grünen Krawallmacher gibt. Dabei weiß doch selbst jedes Polizistenkind, wer für die Sorgenfalten, blauen Flecke und Krankentage

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die NPD.)

bei Vater und Mutter verantwortlich ist.

(Heiterkeit bei Martina Tegtmeier, SPD: Die NPD, genau.)

Egal ob Steinhagel von Linksradiakalen oder Messerattacken von Ausländerbanden, die Ausstattungs- und Personalprobleme sind hausgemacht und von CDU und SPD gleichermaßen zu verantworten. Auch LINKE und GRÜNE gelten nicht gerade als Polizistenfreunde.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Die NPD, oder was?)

Auch für sie gibt es keine Grenz- und Ausländerkriminalität.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Durch gezieltes Kleinreden und Wegsehen tragen Sie ebenso, Herr Ritter, Verantwortung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jaja, natürlich. Die Verantwortung für die Polizei trage ich gern, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Müller.)

Da stehen sich also Hunderte Polizisten am Thinghaus in Grevesmühlen die Beine in den Bauch und jagen Phantomverbrechern hinterher, während die Kollegen mit Mühe und Not die eigenen Polizeireviere verteidigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Au, au, au!)

Da durchstreifen mehrere Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei im Verbund mit Zivilstreifen stundenlang die Landschaft von Pasewalk über Torgelow bis Uecker- münde, um ein angebliches Musikkonzert von systemkri- tischen Jugendlichen aufzuklären. Gleichzeitig,

(Heinz Müller, SPD: Das tut weh! Das tut weh! – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

gleichzeitig harren Beamte mit Grauen ihrer Nachtschicht entgegen,

(allgemeine Unruhe – Heinz Müller, SPD: Das tut weh! – Glocke der Vizepräsidentin)

weil sie wissen, es geht wieder zum Asylantenheim nach Torgelow/Drögeheide.

(Andreas Butzki, SPD: Asylbewerberheim!)

Dort heißt es, sich in einer massiven Unterzahl, heute vielleicht nur zu zweit, von Dutzend vollgetrunkenen und höchst aggressiven Männern beleidigen, bespucken und schubsen zu lassen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Andreas Butzki, SPD: Oh, oh, oh! – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Das regelrechte Verheizen von Polizisten ist zur traurigen Realität im Land geworden.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

In den Asylheimen des Landes gab es in den Jahren 2012 und 2013 insgesamt 301 Polizeieinsätze.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Einzige, der betrunken durch die Gegend fährt, der steht am Rednerpult!)

Darüber hinaus gab es in der Erstaufnahmeeinrichtung in Horst im Landkreis Ludwigslust-Parchim 1.959 Polizei- einsätze.

(Michael Andrejewski, NPD: Sauber!)

Das sind durchschnittlich etwa drei Polizeieinsätze täg- lich allein in den Asylunterkünften in Mecklenburg-Vor- pommern.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Diese ungeschminkten Zahlen stammen aus einer Ant- wort auf eine Kleine Anfrage der NPD-Fraktion, Druck- sache 6/2780. Sie sind der Beweis für einen neu ent- standenen Kriminalitätsschwerpunkt. Allein im Asylheim Torgelow/Drögeheide kam es in nur zehn Monaten zu 54 Polizeieinsätzen. Dabei ging es nicht um Kleinigkei- ten. Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, gegen das Waffengesetz und selbst gegen das Sprengstoffge- setz wurden festgestellt. Hinzu kommt eine hohe Anzahl an Sachbeschädigungen, Diebstählen, Bedrohungen, Beleidigungen bis hin zu gefährlichen Körperverletzun- gen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

So wie in Drögeheide kam es auch in anderen Asylunter- künften und in deren unmittelbarem Umfeld zu einer erheblichen Konzentration von Straftaten.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Daher fordern wir, nicht länger wegzusehen. Wir fordern, unserer Landespolizei den Rücken zu stärken.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, machen wir.)

Wir fordern die Einrichtung einer Sondereinheit zur vordergründigen Aufklärung der Ausländerkriminalität. Diese mobilen Einheiten sollen in allen Polizeiinspektio- nen des Landes stationiert werden. Sie sollen jeweils aus mindestens sechs Personen bestehen, eine spätere Aufstockung soll je nach Bedarf erfolgen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

In der Hauptsache geht es darum ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Müller, Ihre Re- dezeit ist abgelaufen. Ich habe Ihnen schon mehr Rede- zeit eingeräumt, aber ich bitte, das nicht überzustrapazie- ren.

Tino Müller, NPD: Der letzte Satz.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Satz.

Tino Müller, NPD: Der letzte Satz:

(Udo Pastörs, NPD: Das ist fair.)

In der Hauptsache geht es darum, Straftaten durch prä- ventive Aufklärung zu verhindern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD: Sehr gut.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist ver- einbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu kei- nen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröff- ne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordne- te Herr Ritter.

(Stefan Köster, NPD: Jetzt geht er in die Bresche für seine kriminellen Ausländer.)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen!

Zu Beginn: Herr Müller, meiner Kollegin Frau Borchardt zu unterstellen,

(Gelächter und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ihr wäre die Straftat einer Vergewaltigung egal, ist eine schamlose Unterstellung

(Stefan Köster, NPD:
Das hat sie aber gesagt. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und auf das Entschiedenste zurückzuweisen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Michael Andrejewski, NPD: Schauen
Sie sich mal die Aufzeichnungen an!)

Kriminalität und NPD, das ist ganz offensichtlich eine Verbindung, die unseren Landtag permanent beschäftigt,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, so ist das.)

und das nicht nur allein in Gestalt des vorliegenden Antrages. Nein, wir wissen, dass die Aufhebung der Immunität in unserem Landtag geradezu von NPD-Abgeordneten gepachtet ist,

(Tino Müller, NPD: Zum Thema!)

und hierbei geht es bekanntermaßen um Strafrecht, um strafrechtliche Verfolgung

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und Kriminalität, Herr Müller.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Zweitens. Zunehmend wird in den Medien über Initiativen berichtet, die Hilfe und Unterstützung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber bei deren Ankunft organisieren,

(Michael Andrejewski, NPD: Jaja.)

Stichwort „Begrüßungs- und Willkommenskultur“.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wäre nun die NPD-Fraktion Bestandteil dieser Willkommenskultur,

(Gelächter von Udo Pastörs, NPD)

dann könnte sie einen ganz konkreten Beitrag zum weiteren Abbau der Ausländerkriminalität leisten,

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

sie könnte nämlich den ankommenden ausländischen jungen Männern aus eigener Erfahrung vermitteln,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass es in Deutschland beispielsweise kriminell ist, Frauen zu schlagen, und noch krimineller, sie zu schlagen, wenn diese bereits am Boden liegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Drittens. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

(Stefan Köster, NPD: Ihre
Willkommenskultur ist im Grunde
genommen eine Aufforderung zu Straftaten.)

mitunter wird bereits vermutet, dass die NPD deshalb das Thema Kriminalität häufig aufgreift, um abzulenken, abzulenken von der eigenen Themenmenge oder gar abzulenken von sich selbst.

(Tino Müller, NPD: Zum Thema!)

Sei es, wie es sei, für mich ist der vorliegende Antrag noch etwas ganz anderes,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

er ist eine Form der Verschwendung öffentlicher Gelder.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Da haben Sie ja Erfahrung
von der SED, wie das geht.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am letzten Donnerstag tagte der Innenausschuss in der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow. Die NPD-Fraktion verzichtete auf eine Teilnahme.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich meine, es war dennoch oder gerade deshalb eine sehr gelungene, sehr informative Veranstaltung.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön sagen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachhochschule.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und Marc Reinhardt, CDU)

Die mündlichen und schriftlichen Informationen werden den Innenausschuss in den Haushaltsberatungen

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und darüber hinaus, Herr Andrejewski, beschäftigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der zur Verfügung gestellten Zeitschrift der Fachhochschule befindet sich unter anderem ein wissenschaftlicher Aufsatz – ein wissenschaftlicher Aufsatz! –

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

mit der Überschrift: „Wie ‚kriminell‘ ist Mecklenburg-Vorpommern?“

Im vorliegenden NPD-Antrag ist die Rede von einer besorgniserregenden Entwicklung auf einzelnen Kriminalitätsfeldern und sogar davon, dass Recht und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern erst wiederhergestellt werden müssten,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

am besten durch eine Sondereinheit. Soll sie dann vielleicht auch noch SA heißen, Herr Pastörs?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Der einleitende Satz des bereits erwähnten Fachaussatzes lautet hingegen anders, ich zitiere: „Die Kriminalitätsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern zeigt eine sinkende Tendenz.“

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist das Recht der Opposition – und auch das Recht der Opposition in Form der NPD-Fraktion, so ist der Rechtsstaat nun einmal –, es ist das Recht der Opposition, Darstellungen und Maßnahmen der Landesregierung oder der Koalition zu kritisieren oder anzuzweifeln.

(Michael Andrejewski, NPD: Tatsächlich?!)

Damit verbunden, Herr Andrejewski, ist allerdings die Pflicht der Opposition, diese Darstellungen und Maßnahmen erst einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Und an dieser Stelle, Herr Pastörs und Herr Köster, müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, ob Sie überhaupt noch wissen, was Sie als Vorsitzender oder Geschäftsführer unterschreiben, ob Sie überhaupt wissen, wer wann aus Ihrer Fraktion an Ausschusssitzungen noch teilnimmt, und ob Sie überhaupt wissen, welche Informationen den Abgeordneten zur Verfügung gestellt werden. Das muss Sie alles nicht interessieren, auch NPD-Abgeordnete sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Welchem?)

also im besonderen Maße frei.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Nur aus einer Basis des Desinteresses und des blanken Populismus heraus sollten Sie keine Anträge für Fachdebatten im Landtag stellen. Das nenne ich dann Verschwendung öffentlicher Gelder.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dem vorliegenden Antrag gelingt es sogar, über Kriminalitätsentwicklung zu sprechen, ohne die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) unseres Landes auch nur mit einer Silbe zu erwähnen. Dabei ist ja gerade die PKS für Legislative,

Exekutive und Wissenschaft ein Hilfsmittel, um Erkenntnisse über Häufigkeit, Formen

(Michael Andrejewski, NPD:
Sie leben in Wolkenkuckucksheim.)

und Entwicklungstendenzen von Kriminalität zu gewinnen. Vielleicht verzichtet die NPD auch deshalb hierauf, weil die Datenbasis der Intention ihres Antrages widerspricht,

(Stefan Köster, NPD: Vielleicht sollten Sie
mal eine Woche in Horst verbringen.
Dann wären Sie geläutert.)

denn Zahlen sprechen eine andere Sprache.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich zitiere aus der Aufstellung Tatverdächtigenermittlung im Bereich Diebstahl aus der Polizeiinspektion Anklam für den Landkreis Vorpommern-Greifswald: „1.611 deutsche ermittelte Tatverdächtige im Bereich Diebstahl, 277 polnische, 78 andere im Jahr 2013,“

(Michael Andrejewski, NPD:
Das glaubt doch keiner. Da können
Sie erzählen, was Sie wollen.)

„1.584 deutsche, 296 polnische und 70 andere im Jahr 2011.“

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wenn Sie daraus eine extreme Steigerung der Ausländerkriminalität im Land Mecklenburg-Vorpommern ableiten, dann ist Ihnen wirklich nicht mehr zu helfen, meine Herren von der NPD!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch zu diesen Angaben lassen sich durchaus kritische Fragen stellen. Mein Arbeitskreis hat das zum Beispiel beim jüngsten Besuch in der PI in Anklam getan.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wie zuverlässig und genau sind derartige Einschätzungen der Kriminalitätssituation? Wie sicher sind die Daten? Ist die PKS ausreichend für eine effektive Kriminalitätsbekämpfung, Stichwort „Kriminalität im Hell- und Dunkelfeld“?

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf all diese Mühen verzichtet die NPD-Fraktion, sie fordert stattdessen Maßnahmen mit Haushaltsrelevanz – auch das grenzt an Verschwendung öffentlicher Mittel.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wenn die PKS beispielsweise im Bereich der Wohnungseinbrüche Anlass zur ernststen Sorge gibt – denn die Anzahl hat sich erhöht und 90 Prozent der aufgeklärten Wohnungseinbrüche in Mecklenburg-Vorpommern werden übrigens nicht durch ausländische, sondern durch einheimische Täter begangen –, wenn also diese Einbrüche auch im Landkreis Vorpommern-Greifswald, also in

der Grenzregion angestiegen sind, dann ist es richtig, dass die dortige Polizei bereits reagiert hat und eine spezielle Ermittlungsgruppe im Kriminalkommissariat Anklam eingerichtet hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach nee?!)

Wir müssen also nicht warten, bis die Herren der NPD auf irgendeine Idee kommen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

uns hier mit einem Antrag zu langweilen. Das entspricht allerdings der jeweiligen Lage vor Ort und nicht spekulativen Anträgen der NPD.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend meine Ablehnung und unsere Ablehnung des NPD-Antrages in drei Punkten zusammenfassen:

Erstens ist der Antrag nicht durch Fakten belegt. Jede Straftat – da sind sich die demokratischen Fraktionen einig –, jede Straftat ist eine zu viel, auch die Straftaten, die von Ausländerinnen und Ausländern begangen werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und in der Tat gibt es besorgniserregende Entwicklungen im Umfeld von Asylbewerberunterkünften im Land.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich denke hier an zum Hitlergruß erhobene Hände oder an Hakenkreuzschmierereien. Dem ist entgegenzutreten mit aller Entschiedenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und DIE LINKE und Vincent Kokert, CDU)

Zweitens reiht sich auch dieser Antrag der NPD zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern in die fremdenfeindlichen NPD-Anträge der Vergangenheit ein.

(Stefan Köster, NPD: Das „R“
müssen Sie aber besser rollen.)

Drittens ist es der NPD nicht möglich, die Wörter „Interkulturelle Kompetenz“ auszusprechen,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

also eine der Konsequenzen des NSU-Untersuchungsausschusses bezüglich der Polizeiausbildung und des professionellen Umgangs mit gesellschaftlicher Vielfalt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen, passiert jetzt in der Landespolizei, und das ist Ihnen natürlich ein Dorn im Auge. Wir lehnen Ihren Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Müller.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Ritter, vor lauter Willkommenskultur haben Sie anscheinend nicht verstanden, worum es uns mit diesem Antrag geht.

(Martina Tegtmeier, SPD: Doch, das
haben wir. – Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das haben Sie doch selber nicht.)

Darum wiederhole ich es an dieser Stelle noch einmal:

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Uns geht es darum, ehrlich,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

angemessen und organisiert

(Martina Tegtmeier, SPD: Das Wort „ehrlich“
überhaupt in den Mund zu nehmen!)

auf neu entstandene Kriminalitätsschwerpunkte zu reagieren und unserer Landespolizei den Rücken zu stärken.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Eine unvoreingenommene und ehrliche Zustandsanalyse

(Glocke der Vizepräsidentin)

hätte längst zu einer merklichen Personalaufstockung führen müssen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Aber dazu sind Sie nicht in der Lage. Was nicht sein darf, darf eben nicht sein. Da spielt es auch keine Rolle, wie oft die Polizei ausrücken muss. Für die guten Menschen werden es immer Einzelfälle bleiben – 2.260 Einzelfälle, um genau zu sein, 2.260 Einzelfälle in den Jahren 2012 und 2013 in den Asylunterkünften.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das sind mehr als drei Einzelfälle täglich. Für wie dumm halten Sie die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich, Herr Ritter? Hinzuzurechnen sind Einsätze, welche im Zusammenhang mit dezentral untergebrachten Asylanten stehen,

(Patrick Dahlemann, SPD, und
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Asylbewerber!)

denn diese werden laut Landesregierung nicht separat erfasst,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und die Einsätze, die in keinem direkten Bezug zur Asylunterkunft stehen, zum Beispiel, als im Dezember 2013 eine Mutter mit Kind von einer neunköpfigen Negerbande in Torgelow ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Mein Gott! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Müller! Einen Moment!

Tino Müller, NPD: ... nur wenige Kilometer vom Asylantenheim ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Herr Müller! Herr Müller, jetzt rede ich.

Ich habe Sie mehrfach darauf hingewiesen, dass Sie sich nicht so abfällig und pauschal über ganze Menschengruppen hier zu äußern haben und dass ich dann einen Ordnungsruf erteile. Wenn Sie jetzt richtig zählen, steht der dritte an. Ich habe Ihnen angekündigt, dass dieser Ordnungsruf auch eine Wortentziehung nach sich zieht und so ist es jetzt auch.

(Der Abgeordnete Tino Müller spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Von daher nehmen Sie bitte Platz.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Der Abgeordnete Udo Pastörs bittet um das Wort.)

Das Wort ...

Einen Moment, ich muss das auch entsprechend der Geschäftsordnung wieder vermelden.

Ums Wort gebeten hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank, gnädige Frau, für die Worterteilung! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: „Frau Präsidentin“ heißt das und nicht „gnädige Frau“!)

Herr Ritter, die drei Punkte will ich dann doch noch ganz kurz abarbeiten.

Erstens. Keine Fakten. Also wenn mir Polizisten persönlich berichten,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Das glauben Sie doch wohl selber nicht.)

dass sie angespuckt worden sind, dann sind das Fakten.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Wenn der Herr Müller hier gerade ausgeführt hat, dass wir über 1.000 Einsätze, konkret benannt,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

in Verbindung mit Lärmbelästigungen oder kriminellen Handlungen von Ausländern mittlerweile in diesem Land zu beklagen haben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oooh!)

wo die Polizei selber sagt, wir sind personell absolut überfordert,

(Heiterkeit und Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

das überhaupt leisten zu können, dann ist das keine Lüge, sondern dann sind das Fakten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jaja, jaja. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Zweiter Punkt. Da sprachen Sie von „Interku... Inter... Interkultureller Kompetenz“.

(Gelächter vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Die „Interkulturelle Kompetenz“ der Beamten muss geschult werden und die Beamten sagen, dass sie, ähnlich wie schon Nordrhein-Westfalen, sogenannte Spuckschutzmasken anfordern, wenn sie ...

(Patrick Dahlemann, SPD: „Spuk“ oder „Spuck“? – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, Spuckschutzmasken anfordern, das gibt es schon.

Und diese Masken oder diesen Schutz ... Die verlangen

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jaja.)

solch einen Schutz.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Jaja.)

Es wird auch schon darüber nachgedacht,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jaja.)

so etwas anzuschaffen. Das ist für uns so anachronistisch, so etwas von krank,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Als wenn Polizisten mit Ihnen reden, Herr Pastörs!)

dass die Polizei genötigt wird, in die Unterkünfte zu gehen,

(Patrick Dahlemann, SPD: Da können Sie rumspuken.)

um da eventuell interkulturell beglückt zu werden dadurch, dass die Fremden, dass die, ja,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh, wie er mit den Augen funkelt!)

entarteten Menschen, ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zurufe aus dem Plenum: Oooh!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs!

Udo Pastörs, NPD: ... die entarteten Menschen ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Pastörs!

Ich weiß nicht, ob es Unklarheiten gibt. Das, was ich Herrn Müller erläutert habe ...

Udo Pastörs, NPD: Wenn ich Polizisten bespucke, ist das eine Entartung, ganz klar.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer? – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Eine Entartung!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs! Herr Pastörs, Sie haben ihnen nicht, Sie haben ...

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Herr Pastörs, jetzt ist mal Ruhe hier!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Also, Herr Pastörs, das ist jetzt wirklich eine gröbliche Verletzung der Ordnung des Hauses. Ich kann mich hier stimmlich nicht durchsetzen. Von daher schließe ich Sie von der heutigen Sitzung aus.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Patrick Dahlemann, SPD: Und der nächste Held.)

Das Wort hat jetzt Herr Köster von der NPD-Fraktion.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt kommt der nächste Rausschmiss.)

Herr Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja bitte?)

es besteht ein gravierender Unterschied

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja bitte?)

zwischen dem, was Sie wahrnehmen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und dem, was Sie hier träumen.)

und dem, was draußen passiert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was Sie hier träumen, Herr Köster.)

Sie befinden sich in Ihrem Elfenbeinturm

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie wollen mir doch nicht erzählen, dass ein Polizist mit Ihnen redet?!)

und die Polizeibeamten draußen müssen mit diesen kriminellen Ausländern zurechtkommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jaja, jaja.)

Das ist der gravierende Unterschied. Und das passt in Ihre Märchenwelt nicht hinein, dass die vielen Fremden,

(Zuruf von Stefanie Drese, SPD)

die in unser Land kommen, sich nun mal nicht so verhalten, wie das hier kulturell normal ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So, wie Sie es möchten, das ist bei Ihnen normal?)

Und insofern haben die auch gar keinen Respekt vor der Gesetzgebung hier im Land,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dass Sie Frauen schlagen, das ist bei Ihnen normal?)

keinen Respekt vor Ihnen und auch keinen Respekt vor den Polizeibeamten. Das ist die Realität.

(allgemeine Unruhe – Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Und Sie können Ihre Willkommenskultur predigen wie eine Religion, die Realität draußen auf der Straße ist eine andere.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Und die Geschehnisse in Greifswald, ...

Dahlemännchen, jetzt sei mal ruhig!

... die Geschehnisse in Greifswald ...

(Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also einen Moment, Herr Köster!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist unanständig mit einem Bonbon im Mund.)

Auch für Sie gilt das, was ich Herrn Müller erläutert habe und was ich Herrn Pastörs erläutert habe.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist unanständig so etwas. Das sieht doof aus mit einem Bonbon im Mund.)

Ich bin nicht bereit, das hier zu dulden. Und auch für Sie gilt, wenn sich das jetzt noch mal wiederholt, erhalten auch Sie einen Ordnungsruf.

In dem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, Herr Pastörs, dass ich Sie von der Sitzung ausgeschlossen habe und das heißt, Sie haben den Saal zu verlassen

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl. Sehr gut.)

und so lange wird Herr Köster jetzt auch warten.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Dann weiß er gar nicht mehr, wen er angucken soll. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Stefan Köster, NPD: Dann gucke ich Sie an, Herr Renz.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Kleb ihn doch unters Pult! – Torsten Renz, CDU: Das wird jetzt schwierig. Chef nicht mehr da. – Peter Ritter, DIE LINKE: Ich glaube, die machen schon Weihnachtsfeier heute.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: So, Herr Köster, Sie haben noch 15 Sekunden.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Stefan Köster, NPD: Vielen Dank.

Herr Renz, hören Sie kurz zu! Also die Realität ist so, Ihre Märchengeschichten

(allgemeine Unruhe)

fallen zusammen und die Polizeibeamten wissen ganz genau, was draußen im Land passiert.

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE: Neun! Zehn!)

Insofern ist der Antrag durchaus gerechtfertigt.

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE: Elf! Zwölf!)

Und, Herr Ritter,

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE: Dreizehn!)

Sie sind eine Lachnummer.

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE: Vierzehn!)

Danke schön.

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE: Fünfzehn! – Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: So, meine sehr geehrten Damen und Herren! Also auch das, was jetzt hier aus den Reihen der Fraktionen der SPD,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – da bin ich mir nicht ganz sicher, aus der Richtung habe ich, glaube ich, nichts gehört –, also alle, die sich jetzt eben hier in so zählender Weise betätigt haben, auch die möchte ich daran erinnern, dass wir eine Geschäftsord-

nung haben und dass das, was eben gelaufen ist, nicht den demokratischen Gepflogenheiten hier im Landtag ...

(Michael Andrejewski, NPD: Die Geschäftsordnung gilt nicht für Demokraten!)

Ich weiß nicht, ob ich jetzt hier die Geschäftsordnung runterbeten soll, Herr Andrejewski. Ihnen teile ich dann mit, dass Sie meine Anmerkungen hier nicht zu kommentieren haben.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Die Abgeordneten, die sich jetzt durch meine Ermahnung angesprochen fühlen, weise ich darauf hin,

(Stefan Köster, NPD: Superdemokraten.)

dass auch ein Zuwiderhandeln im Wiederholungsfall einen Ordnungsruf, auch wenn ich mir nicht sicher bin, ob ich dann alle erwischen werde, zur Folge hat.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Michael Andrejewski, NPD: Die sind nur so glibberig und glitschig.)

Ich denke mal, es ist jetzt wirklich Schluss.

Jetzt schließe ich die Aussprache. Seitens der Fraktion der NPD ist eine namentliche Abstimmung beantragt worden.

(Zurufe aus dem Plenum: Ooh! – Michael Andrejewski, NPD: Fröhliche Weihnachten! –

Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Zu dumm, dass der Chef nicht mehr da ist.)

Der Antrag der Fraktion der NPD erfolgt gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung, und zwar geht es um die Abstimmung des Antrages der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/3506. Sie beantragten eine namentliche Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Ich bitte Sie, sich zu Ihren Plätzen zu begeben, damit vom Präsidium aus das Stimmverhalten eines jeden Mitglieds des Landtages zu erkennen ist. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen. Ich bitte nunmehr den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 17.35 Uhr

Wiederbeginn: 17.36 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 54 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 4 Abgeordnete, mit Nein stimmten 50 Abgeordnete, kein Abgeordneter enthielt sich der Stimme. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/3506 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE, Initiativen für ein Nationales Konversionsprogramm ergreifen, Drucksache 6/3498. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3558 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Initiativen für ein Nationales
Konversionsprogramm ergreifen
– Drucksache 6/3498 –**

**Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 6/3558 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben ihre Kritik an deutschen Rüstungsexporten in Staaten mit bedenklicher menschenrechtlicher Lage bekräftigt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Am Montag dieser Woche stellte die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung ihren neuesten Rüstungsexportbericht vor. Laut diesem Bericht sind Lieferungen deutscher Rüstungsgüter in Länder außerhalb der Europäischen Union, der NATO und dem Militärbündnis gleichgestellten Staatengruppen in Höhe von 3,6 Milliarden Euro genehmigt worden. Das sind 62 Prozent aller erteilten Ausfuhrgenehmigungen und das ist vor allem für die Hersteller und Exporteure der Rüstungsgüter ein Bombengeschäft. Will man also Rüstungsexporte eindämmen, braucht man für die Hersteller von Rüstungsgütern eine Alternative. Diese Alternative kann mit einem nationalen Programm zur schrittweisen Konversion von Rüstungsindustrie in zivile Wirtschaftsbereiche erfolgen.

Die Linksfraktion fordert daher hier im Landtag die Landesregierung auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für ein solches Programm einzusetzen. Auch Bundeswirtschaftsminister Gabriel hatte zu Beginn seiner Amtszeit angekündigt, er wolle bei Rüstungsexporten in Staaten, die nicht in der EU oder der NATO sind, restriktiver entscheiden als sein Vorgänger Philipp Rösler von der FDP. Außer dieser Ankündigung hat sich allerdings nicht sehr viel getan. Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung stellt daher in ihrem Bericht fest, ich zitiere: Besondere „Sorge“ bereitet uns „die weiter steigende Bedeutung nordafrikanischer Staaten und Länder aus dem Nahen und Mittleren Osten als Abnehmer deutscher Rüstungsgüter.“ Zitatende.

Als Staaten mit sehr schlechter Menschenrechtssituation, wie es der Bericht feststellt, stuft die gemeinsame Konferenz unter anderem Saudi-Arabien – Kooperationspartner der Peene-Werft in Wolgast –, Algerien, Israel

und Indonesien ein. Heftige Kritik üben die Kirchen daher an U-Boot-Lieferungen an Israel und am Verkauf von Patrouillenbooten an Saudi-Arabien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen also hier einen direkten Bezug zu unserem Land, zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor und einem wichtigen Standort. Die Linksfraktion hatte die Lieferung der Boote nach Saudi-Arabien kritisiert, aber die Linksfraktion sagt nicht einfach: Licht aus! Nein, wir wollen Alternativen, auch für den Werftenstandort Wolgast. Deshalb ist die Forderung nach einem Konversionsprogramm für Rüstungsindustrie auch eine Chance für neue Betätigungsfelder der Wirtschaft in unserem Land.

Im Punkt 2 unseres Antrages fordern wir ein Forschungsprogramm Konversion. Wir haben hier schon mehrfach das Thema „Zivilklausel an unseren Hochschulen und Universitäten“ angesprochen. Unsere Anträge wurden unter anderem immer mit der Begründung abgelehnt, dass Gelder, die zur wehrtechnischen Forschung zur Verfügung gestellt würden, eine wichtige Einnahmequelle für die Lehreinrichtungen unseres Landes seien. Deshalb sagen wir auch hier nicht einfach Nein. Wir schlagen eine Umwidmung der öffentlichen Finanzmittel für Vorhaben der wehrtechnischen Forschung in ein Forschungsprogramm Konversion vor. Gründe, warum eine solche Forderung abgelehnt werden sollte, fallen mir nun wahrlich nicht ein. Vor allem nicht, wenn man Artikel 18a unserer Landesverfassung im Blick hat.

Punkt 3 unseres Antrages hat etwas mit den gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen der Konversion militärischer Liegenschaften hin zur zivilen Nutzung im Rahmen von Standortschließungen zu tun. Konversion in Mecklenburg-Vorpommern ist dank der 2001/2002 von Rot-Rot initiierten Leitlinien und Förderprogramme eine Erfolgsgeschichte. Die im Frühjahr 2006 unterzeichnete Konversionspartnerschaft zwischen dem Land, den Konversionskommunen, der Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten und der Bundeswehr sucht bundesweit noch immer ihresgleichen.

Wir wissen aufgrund dieser Erfahrungen vor allem, dass Konversion ein langfristiger und ressortübergreifender Prozess ist, der Kontinuität und finanzielle Unterstützung braucht. Wir wissen auch, dass die Förderprogramme des Landes überwiegend aus EU-Strukturfonds gespeist wurden. Wir wissen aber nicht, ob und wie diese Finanzquelle auch in Zukunft sprudelt. Nicht umsonst hieß es auf einer der letzten Beratungen der IMAG Standortkonversion, an die Konversionskommunen gerichtet: Stellt eure Anträge jetzt, wir wissen nicht, ob und wie es im nächsten Jahr weitergeht.

Auch die Fachkommission Städtebau der Bauministerkonferenz kommt in ihrer „Arbeitshilfe zu den rechtlichen, planerischen und finanziellen Aspekten der Konversion militärischer Liegenschaften“ zu der Feststellung, ich zitiere: „Derzeit besteht jedoch keine Klarheit darüber, wie die Europäische Strukturfondsförderung der Periode 2014 bis 2020 konkret ausgestaltet wird und ob mit diesem Finanzierungsinstrument auch künftig Liegenschaftskonversion unterstützt werden kann.“

(Regine Lück, DIE LINKE: Sehr bedauerlich.)

„Ebenso im Umbruch befindet sich die ‚Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

tur.“ Zitatende. Besagte Arbeitshilfe stellt aber auch fest, ich zitiere: „Ein bundesweites Konversionsprogramm besteht derzeit nicht.“ Zitatende.

Wir meinen, es ist höchste Zeit, diesen Zustand zu ändern. Deshalb halten wir es für zielführend, dass die durch den Vermarktungsauftrag der BImA entstehenden Einnahmen nicht im allgemeinen Haushalt des Bundesfinanzministers aufgehen, sondern vollständig in einen zu schaffenden Konversionsfonds fließen. Dieser Fonds wäre dann eine wichtige Hilfe für die Konversionskommunen bei der Bewältigung einer großen Herausforderung, einer Herausforderung, die sie nicht selbst verursacht haben. Deshalb haben sie Anspruch auf landes- und bundespolitische Unterstützung, die sie dringend notwendig haben. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst in Vertretung des Ministers für Wirtschaft, Bau und Tourismus die Justizministerin Frau Kuder.

Ministerin Uta-Maria Kuder: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Bei dem hier vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE handelt es sich um die gekürzte Form eines Antrages der Bundestagsfraktion der LINKEN aus dem Oktober 2014

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig. –
Marc Reinhardt, CDU:
Plagiate! Plagiate! Plagiate!)

mit dem Titel „Nationales Konversionsprogramm entwickeln – Umwandlung der Militärwirtschaft in eine Friedenswirtschaft ermöglichen“.

(Rainer Albrecht, SPD: Ihr habt abgeschrieben! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Was ist daran falsch?)

Nun gut, man muss eben nicht immer alles neu erfinden

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Macht die CDU übrigens auch.)

und kann gern einmal abschreiben, aber nicht alles, was vielleicht auf Bundesebene aus Sicht der LINKEN Sinn macht, passt auf die Gegebenheiten Mecklenburg-Vorpommerns.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Deswegen habe ich den Antrag umformuliert, und dann passt es Ihnen auch wieder nicht. – allgemeine Heiterkeit)

Ihre Forderung ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hätte ich den Antrag eins zu eins übernommen, hätten Sie gemeckert. Jetzt habe ich die landesspezifischen Dinge herausgearbeitet und es ist Ihnen auch wieder nicht recht.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, bitte schön!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Also was denn nun? –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Herr Ritter, ich gucke mal auf meine Liste, Sie haben auch noch Redezeit. Wie gesagt, kurze Zwischenrufe sind zulässig, aber es soll nicht in einen Monolog oder in ein Zwiegespräch mit der Ministerin ausarten, zumal die Ministerin hier die Rede des Wirtschaftsministers vorträgt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Pech gehabt!)

Bitte schön, Frau Kuder, machen Sie weiter!

Ministerin Uta-Maria Kuder: Ihre Forderung, sich im Rahmen eines nationalen Programms für den Umbau der Rüstungsindustrie in zivile Wirtschaftsbereiche einzusetzen, zielt in unserem Land ziemlich ins Leere.

(Egbert Liskow, CDU: Siehste!)

In Mecklenburg-Vorpommern ist die Lürssen Werft in Wolgast eines der wenigen Unternehmen, welches man der Rüstungsindustrie zuordnen kann. Ansonsten spielt die Rüstungsindustrie in unserem Bundesland so gut wie keine Rolle. Nur sehr wenige Unternehmen haben überhaupt mit Wehrtechnik im weitesten Sinne zu tun, und wenn, dann nur in Teilbereichen ihrer Unternehmenstätigkeit.

Und, um auf die Lürssen Werft zurückzukommen, hier die Umstellung der Produktion auf ausschließlich zivile Produkte zu fordern, erscheint bei dem bestehenden weltweiten Überangebot im maritimen Bereich geradezu absurd. Nur zu sagen, die Werft darf keine Marineaufträge mehr annehmen, ist unehrlich. Wenn Sie für die Schließung eintreten, denn das würde Ihre Forderung bedeuten, dann sollten Sie das den Bürgern direkt sagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ein Quatsch!
Entschuldigung, Sie können ja nichts dafür, dass Sie so einen Quatsch aufgeschrieben bekommen haben.)

Auch Punkt 2 Ihres Antrages, der sich gegen die Bewilligung von öffentlichen Finanzmitteln für wehrtechnische Forschung ausspricht, greift für Mecklenburg-Vorpommern nicht. Hier darf ich auf die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Saalfeld, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hinsichtlich militärischer und sicherheitstechnischer Forschung an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern verweisen. Daraus geht hervor, dass in diesem Bereich so gut wie keine Aktivitäten erfolgen. Die Antwort hat auch heute nach eineinhalb Jahren noch Gültigkeit.

Außerdem fehlen mir Erläuterungen dazu, was das von Ihnen geforderte Forschungsprogramm „Konversion“ beinhalten soll und welchen Nutzen es für Mecklenburg-Vorpommern bringen könnte. Dies erschließt sich leider nicht aus dem Antrag und insofern kann ich hierzu keine Aussage treffen.

(Egbert Liskow, CDU:
Fragen Sie Herrn Saalfeld!)

Nun zu Punkt 3. Hier kommen wir immerhin zu einem Thema, das mit unserem Land stärker zu tun hat, nämlich zu militärischen Liegenschaften, die der Bund nicht mehr benötigt. Hier fordern Sie, dass die Einnahmen aus der Veräußerung in einen Konversionsfonds fließen sollen, leider jedoch ohne zu erläutern, wozu dieser Fonds genutzt werden soll.

In der Tat benötigen die Länder die Unterstützung des Bundes beim Konversionsprozess, also bei der Umwandlung militärischer Liegenschaften in eine zivile Nutzung. Hierzu gibt es bereits zahlreiche Initiativen. So hat zum Beispiel der Bundesrat einen Beschluss für einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben vorgelegt, der eine verbilligte Abgabe von Liegenschaften ermöglichen soll. Der Entwurf wurde aber noch nicht beraten.

Das Bundeskabinett hat zudem in dem für 2015 vorgelegten Haushaltsentwurf eine Grundlage für die verbilligte Abgabe von Konversionsgrundstücken durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verankert. Dazu ist ab 2015 für die nächsten vier Jahre ein Maximalumfang von insgesamt 100 Millionen Euro vorgesehen. Darüber hinaus ist im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehen, das Nationale Naturerbe in einer dritten Tranche um mindestens weitere 30.000 Hektar zu erweitern. Hiervon kann zum Beispiel beim Truppenübungsplatz Lübtheen Gebrauch gemacht werden.

Sie sehen, der Bund unterstützt die Länder und somit auch Mecklenburg-Vorpommern bereits bei ihren Konversionsprozessen. Sicher, es kann mehr werden, aber dafür brauchen wir keinen Antrag der Opposition.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ach so!)

Das Wirtschaftsministerium als zuständiges Ministerium braucht hier keinen Nachhilfeunterricht durch die LINKEN. Eine weitere Initiative, wie Sie sie wünschen, ist nicht notwendig. Ein zusätzlicher Nutzen aus einem neuen Konversionsfonds ist nicht ersichtlich, da Sie in Ihrem Antrag zudem nicht erläutern, wozu er verwendet werden soll.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Wozu braucht man einen Konversionsfonds?)

Meine Damen und Herren, dieser Antrag geht an der Lebensrealität in Mecklenburg-Vorpommern vorbei und sollte deshalb abgelehnt werden.

(Michael Andrejewski, NPD:
Wie immer bei den LINKEN.)

Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schwarz.

Thomas Schwarz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Peter Ritter, du hast vollkommen recht, da gebe ich dir recht, dass wir hier in diesem Land unseren Konversionsaufgaben, ich sage mal, sehr gerecht werden, und unter Rot-Rot gute Voraussetzungen geschaffen worden

sind. Und das will ich wirklich mal lobend erwähnen: Mit dir gab es immer eine verlässliche Zusammenarbeit.

(Egbert Liskow, CDU: Aber jetzt ist Schluss.)

Und ich muss sagen, die Große Koalition setzt natürlich auf dieses Erfolgsmodell auf. Also Konversion ist in diesem Land Mecklenburg-Vorpommern, hast du gesagt, ein sehr erfolgreiches Modell. Da gebe ich dir recht. Aber der Antrag, den ihr heute stellt, geht weit über die Konversionsaufgaben unseres Landes hinaus.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Die LINKEN verfolgen mit ihrem Antrag insbesondere das Ziel, und darauf konzentriere ich mich, der Rüstungskonversion.

Als Rüstungskonversion wird die Umstellung industrieller Betriebe, ganzer Rüstungszweige der Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung bezeichnet. Der Zweck von Rüstungskonversion ist, bisher für Militär und Rüstung verwendete Innovationen und Produktionsressourcen für zivile Nutzung umzuwidmen. In der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und SPD steht unter anderem, ich zitiere: „Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.“

Wer über Rüstungsindustrie reden will, in welcher Form und in welchem Zusammenhang auch immer, muss die Außen- und Sicherheitspolitik im Auge haben. Das kommt in Ihrem Antrag mit keinem Wort vor. Mit Genehmigung der Präsidentin würde ich gerne aus der Rede von Bundesminister Gabriel zitieren,

(Marc Reinhardt, CDU: Unbedingt!)

und zwar vom 08.10.2014 vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere: „Dabei werde ich mich ... auf ein Terrain begeben, das eigentlich nicht in den Aufgabenbereich des Wirtschaftsministers fällt, das aber unverzichtbare Grundlage jeder Debatte über Rüstung und Rüstungsexporte sein muss: das Terrain der Außen- und Sicherheitspolitik. ... wer über Rüstungswirtschaft reden will, darf über Außen- und Sicherheitspolitik nicht schweigen. Im Gegenteil: sie, die Außen- und Sicherheitspolitik, muss Ausgangs- und Zielpunkt einer rüstungspolitischen Strategie Deutschlands – und soweit erreichbar – auch Europas werden.“ Zitatende.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und SPD wird die außen- und sicherheitspolitische Interessenlage Deutschlands wie folgt umschrieben, ich zitiere: „Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa wollen wir die globale Ordnung mitgestalten und zur Lösung von Krisen und Konflikten beitragen. Dabei leiten uns die Werte und Interessen unseres Landes.“

Ich glaube, dass das westliche Verteidigungsbündnis die Welt sicher gemacht hat,

(Michael Andrejewski, NPD:
Besonders in Afghanistan.)

weil wir in der Lage sind und die Fähigkeit besitzen, uns gegen jegliche mögliche Aggression zu verteidigen. 28 Staaten sind Mitglied des NATO-Nordatlantikpaktes. Deutschland wird auch in Zukunft seinen Verpflichtungen und seiner Verantwortung innerhalb des Bündnisses und darüber hinaus nachkommen. Es geht hier um kollektive Sicherheit und es geht auch um Bündnisfähigkeit. Deutschland spielt auf dem internationalen Parkett der Diplomatie eine bedeutende Rolle, und gerade jetzt ist es wichtig, sich für Stabilität, Ausgleich und Frieden einzubringen. In Ihrem Antrag ignorieren Sie dies völlig.

Das zeigt außerdem, dass dieses Thema auf Bundesebene gehört, denn die außen- und sicherheitspolitischen Interessen vertritt nicht das Land Mecklenburg-Vorpommern, sondern die Bundesrepublik Deutschland.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Na klar wäre es schön, wenn die Menschheit auf jegliche Waffen verzichten würde, wenn die ABC-Waffenarsenale, die unsere Erde und die Menschheit mehrmals zerstören beziehungsweise vernichten könnten, verschwinden würden, aber leider ist dies aus heutiger Sicht nur ein Traum, ein Traum, für den es sich lohnt zu kämpfen. Da steht aber die gesamte Menschheit in der Verantwortung, und ich hoffe aus tiefstem Herzen, dass die Vernunft siegen wird.

Wir dachten alle, dass nach dem Fall des Eisernen Vorhangs eine Abrüstungs- und Entspannungspolitik folgen würde. Das Gegenteil ist der Fall: Die Welt ist aus den Fugen geraten. Es gibt besorgniserregende Entwicklungen und Veränderungen, die wir momentan auf der Welt erleben, und das alles in einem rasanten Tempo. Eine Vielzahl von bewaffneten Konflikten wird ausgetragen mit der Gefahr eines Flächenbrandes, zum Beispiel der Konflikt zwischen Israel und Palästina – zwei Flugstunden östlich von Berlin tobt ein Krieg –, die Krise um das iranische Atomprogramm, der sunnitisch-schiitische Konflikt – Austragungsort des Konflikts ist Syrien –, dann gibt es den internationalen Terrorismus mit seinen ganzen Organisationen. Ich erinnere an den 11. September, an Al Kaida, Hamas, Hisbollah, IS und, und, und. Diese Konflikte können sich jederzeit militärisch entladen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die rüsten
wir alle schon mit Waffen aus.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, vor diesem Hintergrund kommen Sie mit einem Antrag, der die schrittweise Entwaffnung unserer Streitkräfte zur Folge hätte. Das können wir nicht verantworten! Wir lehnen Ihren Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Gerkan.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie merken schon an den Vorrednern, es handelt sich letztendlich um einen Bundesantrag, und das bringt mich auch

dazu, mehr zum Thema Bundespolitik zu reden als zum Thema Landespolitik.

Friedenssicherung und Abrüstung sind seit jeher auch Kernziele grüner Politik. Abrüstung ist ein Grundpfeiler einer Außenpolitik im Dienste des Friedens. Aufrüstung und Rüstungsexporte in Krisenregionen gefährden Frieden und Sicherheit. Die Politik der Bundesregierung steht diesem entgegen. US-Atomwaffen in Deutschland werden modernisiert statt abgezogen. Und der Rüstungsexportbericht: Wir haben es gehört vonseiten der LINKEN, dass die Rüstungsexporte in den letzten Jahren stark ansteigen.

Wir Bündnisgrüne setzen uns auch für ein Ende militärischer Forschung an den Hochschulen ein. Johannes Saalfeld hat dazu bereits einiges gemacht.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Oh ja! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei muss allerdings die Hochschulautonomie gewahrt bleiben. Wir unterstützen unsere GRÜNEN-Hochschulgruppen und die Hochschulmitglieder in ihrem Bestreben, sogenannte Zivilklauseln durchzusetzen, in denen sich die Hochschule dazu verpflichtet, keine Forschung für militärische Zwecke durchzuführen.

Den dritten Punkt der Fraktion DIE LINKE unterstützen wir, die Schaffung und die Errichtung eines Konversionsfonds. Im Gegensatz zu den Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE sehen wir aber vor allem den Rüstungsexport als Hauptproblem der Militärindustrie. Die Inlandsnachfrage sinkt seit Jahren, und wie Sie in Ihrem Bundestagsantrag – der wurde ja schon zitiert – zu einem Nationalen Konversionsprogramm korrekt feststellen, ist die volkswirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsindustrie entsprechend gering. Die Rüstungsproduktion beträgt gerade mal 0,6 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt, wovon 70 Prozent auf den Export entfallen. Ich denke daher, Sie konzentrieren sich hier auf den falschen Weg. Abrüstung und Friedenssicherung lassen sich meiner Überzeugung nach eher auf dem Wege einer nachhaltigen Außen- und Sicherheitspolitik und durch eine strengere Rüstungskontrolle erreichen als durch ein milliardenschweres Programm für die Umwandlung der Rüstungsindustrie,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das haben wir seit
Jugoslawien gemerkt, wo die Reise hingeht.)

das Sie aus den Gewinnen der Rüstungsindustrie und den Gewinnen der Bundesbank finanzieren wollen. So lese ich es zumindest aus dem Antrag auf der Bundesebene. Das riecht mir zu sehr nach linker Planwirtschaft.

(Heinz Müller, SPD: Oh! –
Regine Lück, DIE LINKE: Das
ist ja ein Totschlagargument!)

Konzentrieren wir uns also lieber auf die Außen- und Sicherheitspolitik und auf die fragwürdigen Rüstungsexporte, denn hier macht die Große Koalition auch keine bessere Politik als unter Schwarz-Gelb. Wie meine Kollegin Agnieszka Brugger von der GRÜNEN-Bundestagsfraktion feststellte, ist das Rekordhoch der Ausfuhren von Rüstungsgütern an Drittstaaten besorgniserregend und sicherheitspolitisch hoch riskant dazu.

Die schwarz-rote Rüstungsexportpolitik ist eine große Enttäuschung. Ob unter Merkel mit der FDP oder jetzt mit der SPD, immer mehr Waffen außerhalb von EU und NATO werden geliefert, das macht in der Substanz hier keinen Unterschied. Zwar genehmigte Wirtschaftsminister Gabriel im ersten Halbjahr 2014 etwas weniger Exporte von Kleinwaffen, doch auch bei Schwarz-Rot geht die Exportoffensive in Staaten in sicherheitspolitisch fragilen Regionen ununterbrochen weiter.

In Deutschland mangelt es zudem im Bereich der Rüstungsexportentscheidungen weiterhin an Transparenz und insbesondere in unserem Sinne an parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten. Die Rüstungsexportrichtlinien sind gesetzlich nicht verbindlich und werden nach politischem Belieben in Geheimgremien der Bundesregierung ausgelegt. Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden Informationen und Mitwirkungsrechte vorenthalten, die für eine Kontrolle der Politik ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh, oh!)

Ja!

... der Bundesregierung entscheidend sind.

Der Bundestag wird erst mit erheblicher Verspätung sowie unzureichend über nicht revidierbare Entscheidungen unterrichtet und die Rüstungsexportberichte sind zudem lückenhaft.

(Heinz Müller, SPD: Och!)

Das erschwert die demokratische Kontrolle der Entscheidung der Bundesregierung gravierend.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Mit Interesse nehmen wir zur Kenntnis, dass der Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel unsere Forderung nach einer Verlagerung der Zuständigkeit für Rüstungsexporte ins Auswärtige Amt übernommen hat. Hier und nicht im Wirtschaftsressort sitzt die Expertise zur Prüfung der Situation im Empfängerland. Doch Herr Steinmeier möchte diese Verantwortung nicht haben. Es ist also absehbar, dass außen-, sicherheits-

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Frau Gerkan.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist sehr schwer, der Rednerin zu folgen, weil hier so ein allgemeines Gemurmel ist. Wir sind beim letzten Punkt der Tagesordnung. Ich bitte um etwas Disziplin.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich wiederhole noch mal den letzten Satz, ...

(Heinz Müller, SPD:
Aber nicht die ganze Rede!)

Nein.

... gemäß einer RTL-Pause, damit Sie das noch verfolgen können.

Doch Steinmeier möchte diese Verantwortung nicht haben. Es ist also absehbar, dass außen-, sicherheits- und

menschenrechtliche Kriterien bei dieser Bundesregierung nicht an erster Stelle stehen sollen. Stattdessen wird man weiter im Geheimen entscheiden und anschließend im Bundestag verkünden, dass man eine Reihe von außen- und sicherheitspolitisch wohlbegründeten Einzelfallentscheidungen getroffen habe. Das ist intransparent und nicht nachvollziehbar.

Sigmar Gabriel muss seine Äußerungen also endlich mit einem glaubwürdigen Strategiewechsel und mit realer Politik untersetzen,

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

sonst macht er sich und die Sozialdemokratie unglaubwürdig. Gerade die SPD sollte genauso engagiert für die Menschenrechte in Empfängerländern streiten wie über den Erhalt von Arbeitsplätzen und Schlüsselfähigkeiten in der deutschen Rüstungsindustrie.

Angesichts dieser Politik nach Gutdünken haben die Bündnisgrünen im Bundestag die Aufwertung der bisher unverbindlichen politischen Leitlinien für Rüstungsexporte gefordert. Diese müssen in einem Rüstungsexportgesetz rechtsverbindlich gemacht werden. Diesen Entwurf haben wir bereits im Januar 2013 in den Bundestag, übrigens auch unter Zustimmung der Fraktionen der SPD und DIE LINKE, eingebracht.

(Egbert Liskow, CDU: Ach, der!)

Ich bitte Sie daher, unserem Änderungsantrag zuzustimmen und hierzu eine entsprechende Bundesratsinitiative zu starten. Im Übrigen bitte ich um punktweise Abstimmung der drei Punkte. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Waldmüller.

(Vincent Kokert, CDU: Es ist alles
gesagt. Ich ziehe meinen Redebeitrag
zurück. Frohe Weihnachten! –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Wolfgang, hast du gehört?)

Wolfgang Waldmüller, CDU: So!

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU: So!)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dem Antrag der LINKEN fehlt es leider an der Begründung.

(Vincent Kokert, CDU: Natürlich.
Das kann gar nicht anders sein.)

Wir haben während der Einbringung ein paar Einblicke bekommen, wohin die Reise gehen

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wo steht
eigentlich, dass es eine schriftliche
Begründung geben muss?)

und welche Relevanz ein nationales Konversionsprogramm möglicherweise für Mecklenburg-Vorpommern haben soll.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil Sie ja beklagen, dass es keine Begründung gibt. – Heinz Müller, SPD: Muss ja nicht, aber es hilft.)

Uns ist – wie dem Wirtschaftsminister, in Vertretung Frau Kuder – natürlich nicht entgangen, dass der Antrag inhaltlich in fast identischer Form, Herr Ritter, datiert vom 15.10.2014, auch gegenüber dem Bundestag gestellt werden soll.

(Vincent Kokert, CDU: Ei, jei, jei, jei! – Helmut Holter, DIE LINKE: Das hätten wir doch bei der Handwerker Geschichte auch machen können.)

Ich verweise dazu auf die Bundestagsdrucksache 18/2883. Nach unserer Information wird dieser Antrag aber in absehbarer Zeit nicht auf die Tagesordnung kommen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glocke der Vizepräsidentin)

Und jetzt haben wir den Antrag im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Bei der Bundestagsfraktion der LINKEN ist der Antrag wie folgt überschrieben: „Nationales Konversionsprogramm entwickeln – Umwandlung der Militärwirtschaft in eine Friedenswirtschaft ermöglichen“. Die hehre Zielrichtung dieses Antrages wird insgesamt deutlicher als in Ihrem Antrag. Unter anderem soll das Gewinnstreben der Rüstungsindustrie eingeschränkt werden. Dazu dienen dann ein Konversionsfonds und ein Forschungsprogramm „Konversion“, das sich auch aus den Mitteln speisen soll, die der Forschung und Entwicklung im Rüstungsbereich entzogen werden, und die schrittweise Konversion oder Enteignung –

(Regine Lück, DIE LINKE: Sehr gut. Und das aus Ihrem Munde!)

nennen Sie es, wie Sie es wollen – von Rüstungsindustrie.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Meine Damen und Herren, grundsätzlich möchte ich vorab anmerken, dass die deutsche Rüstungsindustrie privatwirtschaftlich organisiert ist. Das bedeutet, dass der Staat zunächst keinen unmittelbaren Einfluss auf deren Produktion hat. Aber unter anderem vor dem Hintergrund der notwendigen Zustimmung des Bundessicherheitsrates für Rüstungsexporte gibt es natürlich einen mittelbaren Einfluss. Wenn wir über den Bundessicherheitsrat reden, bedeutet das auch, dass dieser Landtagsantrag nicht losgelöst von einer geostrategischen Bewertung betrachtet werden kann.

Ich mache Ihnen das an dem Bereich der Militärfor schung deutlich. Ohne Forschung und Entwicklung gäbe es mittelfristig keine neuen innovativen Produkte in Deutschland. Natürlich sind hier entsprechende Aufwendungen nötig. Diese können nicht nur privatwirtschaftlich getragen werden. Ein Verzicht auf eine öffentliche Förderung hätte unvorhersehbare Folgen sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen als auch

für die nationale Souveränität und die deutsche Beitragsfähigkeit in internationalen Kooperationen.

Schon wegen dieser geostrategischen Bewertung, die unmittelbar mit der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zusammenhängt, halte ich es für sinnvoll, und zwar nur auf die Zuständigkeit und gar nicht auf den Inhalt bezogen, dieses Thema dort zu besprechen, wo auch die Zuständigkeit für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland liegt. Das ist nun einmal nicht der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schon deswegen werden wir diesem Antrag heute nicht zustimmen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach, dann enthalten Sie sich?!)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen aber folgende Bemerkung heute nicht ersparen. Ich glaube nämlich nicht, dass dieser Antrag auf ungeteilte Zustimmung bei Ihren eigenen Genossen hier im Land stößt.

(Vincent Kokert, CDU: Was?!)

Zumindest auf kommunaler Ebene ist der Widerstand der LINKEN zum Beispiel gegen den grauen Schiffbau ja überschaubar. Ich möchte diese mangelhafte Parteiräson übrigens als kommunalpolitisch verantwortungsvoll bezeichnen.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

Der saudi-arabische Milliardenaufritt bei Lürssen offenbart nämlich einen Zielkonflikt bei den LINKEN,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und zwar zwischen Kreis und Land oder programmatisch eben zwischen lokalen Wirtschaftsinteressen und übergeordneten pazifistischen Interessen. Der letztgenannte Punkt ist die Motivation Ihres Landtagsantrages. Lokale Wirtschaftsinteressen fallen hinten runter.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Das sagen Sie dann aber auch bitte so deutlich, zum Beispiel in einer Begründung zu Ihrem Antrag!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich lasse mir doch von Ihnen nicht vorschreiben, wie ich meine Anträge gestalte!)

Herr Holter sprach sich ja unmittelbar gegen den Milliardenauftrag für Lürssen, der vor allem in Wolgast abgearbeitet werden wird, aus. Lokale Politiker der Linkspartei, wie Lars Bergemann, aber auch die Landrätin Barbara Syrbe,

(Vincent Kokert, CDU: Was?)

haben diesen Großauftrag hingegen begrüßt. Ja, was denn nun?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, was denn nun? Was ist denn nun mit der Südbahn, Herr Waldmüller?)

Meine Damen und Herren, jetzt haben wir über einen Zielkonflikt bei den LINKEN in der Rüstungspolitik, Sicherheitspolitik und in der Außenpolitik gesprochen.

(Vincent Kokert, CDU: Ich sage doch, da passt kein Blatt Papier zwischen Kommunalpolitik und Landespolitik.)

Lassen Sie mich aber, losgelöst von den Fragen der Zuständigkeit und der Glaubwürdigkeit dieses Antrages, einige Worte zur Konversion in Mecklenburg-Vorpommern sagen. Ich denke nämlich, hier gibt es viele gelungene Beispiele mit Arbeitsmarktrelevanz und wirtschaftlichem Potenzial, und zwar auch ohne ein von Ihnen gefordertes übergeordnetes Konversionsprogramm.

2008 wurde ein Antrag der LINKEN in den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

(Vincent Kokert, CDU:
Wie ist denn das passiert?)

Der Wirtschaftsausschuss beschloss seinerzeit, das Wirtschaftsministerium mit regelmäßigen Konversionsberichten zum Jahresende zu beauftragen. Dem kommt das Wirtschaftsministerium natürlich nach.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Liegt das schon vor? Es ist Jahresende.)

Seit dem oben genannten Landtagsantrag im Jahr 2008 hat sich vieles getan. Denken Sie an die Bundeswehrstrukturreform und den daraus resultierenden Wandel!

Lassen Sie mich einige Sätze zu den Rahmenbedingungen für eine aktive Begleitung dieser Anpassungsphase durch die Landesregierung sagen.

Erstens aus dem Bereich der Konversionsförderungen: Hier ist mit dem Titel „Standortoffensive Mecklenburg-Vorpommern“ im Einzelplan 06, also jenem des Wirtschaftsministeriums, die 90-prozentige Förderung eines externen Konversionsmanagers für zunächst zwölf Monate bei maximal förderfähigen Kosten in Höhe von 50.000 möglich. Die Fortführung des begleitenden Konversionsmanagements um weitere zwölf Monate bleibt dann auch möglich. Und im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ konnten bis einschließlich 30. Juni 2014 ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das brauchen Sie mir nicht zu erzählen. Ich bin bei der IMAG-Sitzung dabei, ich kenne das.)

Hören Sie doch zu! Dann sind wir schneller fertig.

... die Beratungs- und Planungsleistungen bis zu 90 Prozent gefördert werden. Ab dem 1. Juli 2014 gilt ein für die Förderung aus diesem Programm maßgeblicher Koordinierungsrahmen, der dann eine Förderung bis zu 75 Prozent zulässt.

Zweitens aus dem Bereich der investiven Maßnahmen: Der mit Wirkung vom 1. Juli 2014 in Kraft getretene neue Koordinierungsrahmen

(Vincent Kokert, CDU: Die CDU ist immer einen Schritt voraus, Herr Ritter.)

für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sieht auch weiterhin die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen vor. Der Fördersatz beträgt dabei bis zu 60 Prozent der förderfähigen Kosten. Unter

bestimmten Voraussetzungen hat das Land aber die Möglichkeit, den Fördersatz auf bis zu 90 Prozent anzuheben. Und aus dem Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ konnten zweistellige Millionenbeträge an Städtebaufördermitteln für Konversionsstandorte ausgereicht werden.

Meine Damen und Herren, dass wir mit diesen Rahmenbedingungen auf einem guten Weg sind, zeigen uns viele Beispiele in unserem Land. Denken Sie an Peenemünde, denken Sie an Rechlin, Lübtheen, Neubrandenburg, die Halbinsel Pütznitz,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jaja, denken Sie an Rechlin! Habt ihr das gehört?)

das ehemalige Gelände der Lützow-Kaserne in Stavenhagen

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Darauf habe ich gewartet.)

oder an die Kaserne Karpin bei Eggesin.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Marc Reinhardt, CDU: Was?!)

Die Bewältigung der Konversionsfolgen liegt nach der Verfassung vorrangig bei den Ländern. Die zitierten Beispiele zeigen, dass wir hier erfolgreich sind, und zwar ohne das von Ihnen beantragte Bundeskonversionsforschungsprogramm. Dieser gute Weg wird auch in Zukunft mit regelmäßigen Konversionsberichten oder den Wirtschaftsberichten – so wie dem diesjährigen auf Seite 44 – dokumentiert. Bei den erfolgreichen Konversionen werden wir die Landesregierung auch in Zukunft konstruktiv begleiten. Eines Antrages Ihrerseits bedarf es nicht. Der Änderungsantrag der GRÜNEN macht den Antrag auch nicht besser. Insofern lehnen wir ihn ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Der Einzige, der noch reden darf.)

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann es ganz kurz machen.

(Heinz Müller, SPD: Das ist erfreulich.)

Wer sich wie die LINKEN gegen die Unabhängigkeit im Bereich der Rüstungsindustrie ausspricht, der spricht sich auch gegen die Souveränität einer Nation aus. Aus den Gründen lehnen wir von der NPD-Fraktion diesen Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ach, schon fertig? –
Heinz Müller, SPD: Das freut uns.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Wir ziehen unseren Antrag zurück.)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich bin vor allen Dingen dem Vorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion im Kreistag Ludwigslust-Parchim sehr dankbar dafür, dass er hier über kommunalen Ungehorsam spricht, tut er das doch im Zusammenhang mit der Südbahn nahezu jeden Tag. Insofern, glaube ich, ist der Hinweis auf meine Genossinnen und Genossen in Wolgast, die eine andere Auffassung haben, überhaupt nicht zielführend.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Zweitens bedanke ich mich bei allen Rednerinnen und Rednern, dass sie dem Antrag meiner Bundestagsfraktion so viel Aufmerksamkeit gewidmet haben und den Inhalt dieses Antrages hier viel ausführlicher dargestellt haben, als ich es getan habe. Herzlichen Dank dafür, dass Sie die Position der Linksfraktion im Bundestag hier in den Landtag Mecklenburg-Vorpommern tragen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dank Wikipedia hat der Kollege Thomas Schwarz richtig festgestellt und uns beschrieben, was Rüstungskonversion heißt. Das ist nicht verboten

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

und das ist nicht unüblich. Genauso ist es nicht verboten oder unüblich, Anträge der eigenen Bundestagsfraktion in abgestimmter Art und Weise in die Landtage hineinzutragen.

(Vincent Kokert, CDU:
Außer, wenn wir das machen.
Das ist natürlich verwerflich.)

Ich glaube, beim Thema Handwerk war heute ein ähnliches Herangehen zu erkennen. Insofern sind solche Vorwürfe völlig haltlos.

(Vincent Kokert, CDU: Das sage
ich Ihnen das nächste Mal auch.)

Wie die Anträge aussehen

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

und ob ich dem Antrag eine schriftliche Begründung hinzufüge oder nicht, das müssen Sie immer noch mir überlassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heinz Müller, SPD: Aber wir
wollten den Antrag doch verstehen.)

Ja, verstehen – wenn wir Begründungen dazuschreiben, verstehen Sie es ja auch nicht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Insofern habe ich mir ein bisschen Zeit gespart vor Weihnachten,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Manfred Dachner, SPD)

weil es weder zum Verstehen noch zur Entscheidungsfindung beiträgt, denn wenn über dem Antrag steht „Antrag der Fraktion DIE LINKE“ – ob mit oder ohne Begründung –, wird er abgelehnt.

(Manfred Dachner, SPD:
Der ist überflüssig, der Antrag.)

Insofern, Kollege Müller, sehen Sie es mir nach, dass ich mir dieses Mal etwas weniger Arbeit gemacht habe.

(Vincent Kokert, CDU:
So, dann kommen wir jetzt noch
mal zu den Inhalten, Herr Ritter. –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Und, liebe Frau Ministerin, ich möchte mich bei Ihnen entschuldigen,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

denn Sie können ja nichts dafür, dass Sie hier so etwas Unausgegorenes vortragen mussten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte mich aber gleichzeitig bei der IMAG Standortkonversion und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wirtschaftsministeriums bedanken, die in dieser IMAG arbeiten. An den IMAG-Sitzungen nehme ich, soweit ich es einrichten kann, regelmäßig teil.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ich auch.)

Ich kriege immer noch Einladungen dafür. Da bin ich der rot-schwarzen Regierung sehr dankbar, dass Sie die Oppositionspolitiker einladen.

(Vincent Kokert, CDU: Das müssen
wir gleich ändern, wenn Sie sich da
so eine Geschichte ausdenken.)

Ich befürchte, dass ich künftig, lieber Vincent Kokert, keine Einladungen mehr kriege, wenn Sie das so durchstellen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der
SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will aber sagen, dass ich zum Beispiel den Kollegen Waldmüller dort noch nicht so häufig gesehen habe. Insofern ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ich bin doch da, Peter.)

Ja.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ich bin ja da.)

Ja, lass mich doch mal ausreden!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Einer reicht für die Fraktion.)

Im Gegensatz zum Kollegen Ringguth, der natürlich vertreten ist, weil er dort die Chance hat,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

die Interessen seiner Konversionsgemeinde Rechlin auf den Tisch zu packen.

(Vincent Kokert, CDU: Das macht er gut, ne?!)

Das macht er gut. Das läuft übrigens schon seit mehreren Jahren so.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der CDU und DIE LINKE –
Helmut Holter, DIE LINKE: Dafür gibt es Beifall. –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Auch der Erfahrungsaustausch für die Konversionskommunen funktioniert.

Deshalb – das war eigentlich der Sinn meiner Einlaufkurve, lieber Kollege Waldmüller – war es völlig unnötig, dass Sie mich hier über die Konversionsprogramme belehrt haben, weil ich die aus der IMAG kenne. Die gibt es nicht erst seit 2008, sondern – ich wiederhole – seit 2001/2002,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Dann wissen Sie ja auch, dass es funktioniert.)

als wir den Weg eingeleitet haben.

(Vincent Kokert, CDU: Dann haben wir ja gar keinen Handlungsbedarf.)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich gibt es unterschiedliche Bewertungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, aber, lieber Thomas Schwarz, es ist immer gut, wenn man den Rednern auch zuhört.

(Unruhe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Insofern habe ich die Außenpolitik nicht ausgeklammert. Allerdings habe ich es – anders als die Koalitionsvertreter – eben nicht gemacht, aus dem Antrag der Linksfraktion im Bundestag zu zitieren und die außenpolitische Bewertung hier vorzutragen, die ich teile, sondern ich habe auf den Bericht der Konferenz „Kirche und Entwicklung“ verwiesen. Die beiden großen Kirchen dieses Landes haben sich zu dieser Problematik geäußert und ich zitiere noch einmal: „Besondere Sorge bereitet uns die weiter steigende Bedeutung nordafrikanischer Staaten und Länder aus dem Nahen und Mittleren Osten als Abnehmer deutscher Rüstungsgüter.“ Zitatende. Ich habe an keiner Stelle davon gesprochen, dass wir die Bundeswehr entwaffnen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Also wo das in meiner Rede gehört worden ist, weiß ich nicht. Ich gucke mir die Rede im Netz noch mal an, das ist aber ein unberechtigter Hinweis oder Schluss, um einen Ablehnungsgrund für unseren Antrag zu finden.

Und letztlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, zum Änderungsantrag: Es hat mich doch schon etwas erstaunt, um nicht zu sagen erschüttert –

(Vincent Kokert, CDU: Oi, oi, oi!)

wenn das sozusagen eine friedenspolitische Komponente sein soll, dann liegen wir doch noch ein Stück weit auseinander, weil ...

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU –
Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, ich hoffe das sehr.

(Vincent Kokert, CDU: Das schreibe ich sofort nach Thüringen, Herr Ritter.)

... eine Friedenspolitik, die mit Jugoslawien ihren Anfang nahm, lieber Kollege Suhr, ist nicht meine Friedenspolitik.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Herr Ritter, was ist denn Ihre Friedenspolitik? –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Abrüstungs- und Sicherheitspolitik ist für uns auch Wirtschaftspolitik. Es ist keine ausschließliche Außenpolitik, denn Konversion, lieber Kollege Jaeger, um meine friedenspolitische Position darzustellen, Konversion ist Wirtschaftspolitik, ist Sozialpolitik, ist Städtebau, Städteumbau, ist Ökologie.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist ja alles richtig, ja.)

Ja, das ist alles richtig, das steht aber in Ihrer Begründung so nicht drin.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aber die Haltung zur Bundeswehr ist doch die Frage.)

Und was uns ...

Na, die Haltung zur Bundeswehr ist wohl klar, das habe ich hier schon tausendmal dargelegt.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aber ohne ...)

Ja, „aber ohne“! Was „ohne“? Wir sind für die Abschaffung der Wehrpflicht gewesen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aber ohne moderne Waffen.)

Sind Sie für moderne Waffen?

(Vincent Kokert, CDU:
Reden Sie doch mal weiter! –
Michael Andrejewski, NPD:
Ohne Hubschrauber.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Peter Ritter, DIE LINKE: Sind Sie für moderne Waffen? Dann halten wir das so fest.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Ritter, einen kleinen Moment.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, das ist es.)

Gestatten Sie mir noch den Hinweis, ich glaube, das ist heute schon mal gefallen,

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wir wollen hier keine Monologe führen. Wie gesagt ...

(Zuruf aus dem Plenum: Dialoge!)

Monologe, Dialoge – was auch immer. Jedenfalls ist das jetzt nicht Sinn der Rede.

So, Herr Ritter, ...

Peter Ritter, DIE LINKE: Alles klar.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... jetzt bin ich fertig, jetzt können Sie weitermachen.

Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist eben das Problem, wenn man aus einem Antrag ein Thema herausgreift, was in dem Antrag gar nicht drinsteht.

Was uns hier unterscheidet – das ist auch deutlich geworden durch diesen Änderungsantrag –, Sie wollen eine Rüstungsexportkontrolle.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, genau. – Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig.)

Ich will, wir wollen überhaupt keine Rüstungsexporte.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das unterscheidet uns.)

Das unterscheidet uns und deswegen müssen wir den Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schliesse die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3558 abstimmen. – Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3558 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und NPD, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3498 abstimmen. Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist beantragt worden, über die Ziffern 1 bis 3 einzeln abzustimmen.

Wer der Ziffer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3498 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. –

(Marc Reinhardt, CDU: Oha!)

Stimmenthaltungen? –

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Damit ist die Ziffer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3498 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Teilen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und zwei Stimmen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heinz Müller, SPD: Nee, der LINKEN.)

... bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und zwei Stimmen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wer der Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3498 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. –

(Unruhe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Egbert Liskow, CDU: Das machen wir nicht.)

Die Gegenprobe. –

(Zurufe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU: Ooh! –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir wollen euch ja mal was bieten. –
Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Schön, noch mal so kurz vor Weihnachten.)

Stimmenthaltungen? –

(Vincent Kokert, CDU: Ich bin für Hammelsprung.
Hier sieht ja kein Mensch mehr durch. –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Damit ist die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3498 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, NPD und einer Stimme aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

(Andreas Butzki, SPD: Richtig.)

bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer der Ziffer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3498 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. –

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? –

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Damit ist die Ziffer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3498 mit den Stimmen der Fraktionen

von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 12. Dezember 2014, um 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie jetzt alle – ich weiß nicht, ob die Zeit noch reicht – zu einem vorweihnachtlichen Konzert in die Schlosskirche und zu einem kleinen, aber feinen Weihnachtsmarkt auf dem Schlossinnenhof einladen.

Schluss: 18.22 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Mathias Brodkorb, Lorenz Caffier, Henning Foerster, Harry Glawe, Jörg Heydorn, Thomas Krüger, Erwin Sellering und Michael Silkeit.

Namentliche Abstimmung

über den

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Landkreis Vorpommern-Greifswald bei Altschulden und Altfehlbetragsumlage
rechtsaufsichtlich kompetent und politisch verlässlich beraten

– Drucksache 6/3496 –

Jastimmen

DIE LINKE

Dr. Al-Sabty, Hikmat
Bernhardt, Jacqueline
Borchardt, Barbara
Dr. Brie, André
Holter, Helmut
Lück, Regine
Oldenburg, Simone
Ritter, Peter
Rösler, Jeannine
Dr. Schwenke, Mignon
Stramm, Karen
Dr. Tack, Fritz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Berger, Ulrike
Gajek, Silke
Gerkan, Jutta
Jaeger, Johann-Georg
Dr. Karlowski, Ursula
Saalfeld, Johannes
Suhr, Jürgen

Neinstimmen

SPD

Albrecht, Rainer
Dr. Backhaus, Till
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Butzki, Andreas
Dachner, Manfred
Donig, Ingulf
Drese, Stefanie
Feike, Katharina
Gundlack, Tilo

Kaselitz, Dagmar
Mucha, Ralf
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Polzin, Heike
Saemann, Nils
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Tegtmeier, Martina

CDU

Friemann-Jennert, Maika
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Lindner, Detlef
Liskow, Egbert
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter
Schlupp, Beate
Schütt, Heino
Seidel, Jürgen
Texter, Andreas

NPD

Andrejewski, Michael
Köster, Stefan
Müller, Tino
Pastörs, Udo

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	54
Gültige Stimmen	54
Jastimmen	19
Neinstimmen	35
Enthaltungen	-

Namentliche Abstimmung

über den
Antrag der Fraktion der NPD
Mobile Sondereinheiten zur Aufklärung der Ausländerkriminalität
– Drucksache 6/3506 –

Jastimmen

NPD

Andrejewski, Michael
Köster, Stefan
Müller, Tino
Petereit, David

Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter
Schlupp, Beate
Schubert, Bernd
Schütt, Heino
Seidel, Jürgen
Texter, Andreas
Waldmüller, Wolfgang

Neinstimmen

SPD

Albrecht, Rainer
Barlen, Julian
Bretschneider, Sylvia
Butzki, Andreas
Dachner, Manfred
Dahlemann, Patrick
Drese, Stefanie
Feike, Katharina
Gundlack, Tilo
Kaselitz, Dagmar
Mucha, Ralf
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Polzin, Heike
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Tegtmeier, Martina
Wippermann, Susann

DIE LINKE

Dr. Al-Sabty, Hikmat
Borchardt, Barbara
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Lück, Regine
Oldenburg, Simone
Ritter, Peter
Rösler, Jeannine
Stramm, Karen
Dr. Tack, Fritz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Berger, Ulrike
Gajek, Silke
Gerkan, Jutta
Jaeger, Johann-Georg
Dr. Karlowski, Ursula
Saalfeld, Johannes
Suhr, Jürgen

CDU

Friemann-Jennert, Maika
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Lindner, Detlef
Liskow, Egbert
Reinhardt, Marc

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	54
Gültige Stimmen	54
Jastimmen	4
Neinstimmen	50
Enthaltungen	-